Montag, 24. Juni 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 143 - 26.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Attentat: Nach Zeugenaussagen befand sich die Bombe, die auf dem Frankfurter Flughafen am Mittwoch drei Menschen getötet hatte, in einer Reisetasche. In zwei Bekennerbriefen hat sich die bislang unbekannte Gruppe der „Friedenseroberer" zu dem Anschlag bekannt.

Wehrerziehung: In der „DDR" müssen sich jetzt schon zwölfjährige Schüler, die die weiterführende Oberschule besuchen wollen, zu einem dreijährigen oder längeren Wehrdienst verpflichten, wurde aus Kirchenkreisen bekannt. (S. 4)

Grüne: Seinen Austritt aus der Partei gab der frühere „DDR"-Regimekritiker Rudolf Bahro auf der Bundesversammlung in Hagen bekannt. (S. 12)

Nukem: Ein Sachschaden von 60 000 Mark entstand bei einem Anschlag auf die Hanauer Stadthalle, in der eine Ausstellung des Kernenergieunternehmens Nukem läuft.

Auto-Abgaswerte: Am Donnerstag, einen Tag vor dem EG-Gipfel in Mailand, treffen sich die für Umweltfragen zuständigen Minister in Luxemburg, um über gemeinsame Auto-Abgaswerte in der EG zu beraten. Die Sitzung war ursprünglich für den 25. Juni geplant.

Italien: Als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen haben die Christdemokraten den 57jährigen Francesco Cossiga vorgeschlagen. Seine Wahl zum Nachfolger von Sandro Pertini gilt als sicher, da auch die Kommunisten ihren Wahlmännern empfohlen haben, für den Kandidaten der Christdemokraten zu stimmen. (S. 5)

Polen: Die neuen Gewerkschaften, die vor drei Wochen formell zugelassen worden waren, haben das Vermögen der früheren Gewerkschaften von etwa 3,4 Milliarden Zloties (rund 65 Millionen Mark) erhalten, darunter auch 766 Millionen Zloties des verbotenen Gewerkschaftsbundes „Solidarität".

WELT-Serie Länderchefs

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen" oder mehr das Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat ihnen beim Regieren zugeschaut. Im letzten Beitrag dieser Serie porträtiert er den saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine. Seite 7

WIRTSCHAFT

Autoverkehr: Bis zum Jahr 2000 werden mit 25,75 Millionen Pkw etwa zwei Millionen Autos mehr in der Bundesrepublik zugelassen sein als bisher. Dies geht aus einer Vorhersage der Prognos AG hervor. (S. 13)

Schulden: Venezuela wird einen großen Teil seiner Auslandsverbindlichkeiten (27 Milliarden Dollar) langfristig umschulden. Das Paket umfaßt etwa 21 Milliarden Dollar. Diese Summe, die zwischen 1983 und 1988 fällig gewesen wäre, soll nun auf zwölf Jahre gestreckt werden – von 1985 bis 1997. (S. 13)

Wettgemacht: Die deutsche Wirtschaft hat zwar den tiefen Gewinneinbruch aus den Jahren 1981 und 1982 wettgemacht, aber trotz besserer Erträge sind die Renditen noch zu niedrig, zeigt eine Übersicht des Instituts der Deutschen Wirtschaft. (S. 13)

Flugpreise: Die für ihre Billigangebote bekannte „DDR"-Fluggesellschaft Interflug will ihre Tarife für Flüge ins westliche Ausland stärker der internationalen Preisentwicklung anpassen. In der Ost-Berliner Fachzeitschrift „DDR-Verkehr" wurde dies als vorrangige Aufgabe beschrieben.

ZITAT DES TAGES



„Wer ja sagt zur Einheit der Nation, ist kein Revanchist. Wir wissen, daß die Einheit der Nation möglich ist, wenn alle Nachbarn ja sagen."

Bundeskanzler Helmut Kohl auf dem Hambacher Schloß zu der Kritik aus Moskau an seiner Haltung in der deutschen Frage. FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

KULTUR

Rücktritt: Der Vorstand des Berliner Philharmonischen Orchesters ist zurückgetreten, nachdem er sich in der Frage der Intendanten-Nachfolge öffentlich für Richard Jacoby ausgesprochen hatte, ohne dieses Vorgehen mit dem Betroffenen und dem Senat abzusprechen. (S. 19)

Händel-Festival: Mit einem breiten Spektrum darstellender Kunst, das unter der Gesamtkonzeption von Herbert Asmodi entstanden war, feierte Hannover im ehemaligen Schloßgarten von Herrenhausen den 300. Geburtstag des Komponisten Georg Friedrich Händel. (S. 19)

SPORT

Leichtathletik: Beim Vergleich zwischen der „DDR" und der UdSSR in Erfurt erzielte Thomas Schönlebe mit 44,62 Sekunden über 400 m Weltjahresbestzeit. Es ist das drittbeste Resultat aller Zeiten in Europa. (S. 9).

Rad: Rolf Gölz (Bad Schussenried) wurde in seinem ersten Profi-Jahr in Baden-Baden deutscher Meister auf der Straße. Gölz (22) schlug den dreimaligen Ex-Meister Gregor Braun (29) im Spurt. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Berlin: Die Philharmoniker eröffnen am 2. Juli den Berliner „Sommernachtstraum", mit dem die Stadt das kulturelle Loch in den Monaten Juli und August füllen will. (S. 20).

Festnahme: Aufgrund der Mithilfe von reuigen Tätern konnte die italienische Polizei am Wochenende in einer landesweiten Aktion mehr als 200 mutmaßliche Mitglieder der Mafia verhaften. Nach 83 weiteren Verdächtigen wird noch gefahndet.

Wetter: Stark bewölkt mit Aufheiterungen. 15 bis 21 Grad. (S. 20)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Dregger grenzt CDU/CSU von Genschers Kurs ab

Forderung nach der „politischen Erneuerung" auch in der Außenpolitik

GERNOT FACIUS, Bonn

In der CDU/CSU gewinnt die Forderung nach einer klaren Begriffsdefinition in der Außenpolitik an Schubkraft. Ein Interview des Unions-Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger gestern im Deutschlandfunk kommt einer Abgrenzung von jüngsten Äußerungen Bundesaußenminister Genschers (FDP) gleich. Dregger stellt darin klar, daß der von Genscher wiederholt angeführte Begriff der Kontinuität „nicht der Wegweiser sein darf". Er setzt dieser „Kontinuität" die Forderung nach der „politischen Erneuerung" auch in der Außenpolitik entgegen.

Natürlich, so argumentiert Dregger, stehe jede Regierung in der Kontinuität ihrer Vorgängerin. Jede Regierung erbe die Fehler, aber auch die Erfolge der Vorgängerregierung, „aber die Politik muß weiterentwickelt werden". An dieser Stelle erinnert Dregger daran, daß das Wort von der Wende „von Herrn Genscher geprägt worden ist".

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU bestätigte, daß er über Genschers Formulierung von der neuen Phase der Ost- und Entspannungspolitik irritiert gewesen sei. „Auch die Außenpolitik muß von der Koalition gemeinsam konzipiert und getragen werden. Deswegen begrüße ich es außerordentlich, daß die drei Parteivorsitzenden das als ihr nächstes Thema gewählt haben."

Dregger dringt auf eine andere Verfahrensweise in der Zukunft: Außenpolitische Fragen oder auch nur neue Begriffe müßten in der Koalitionsrunde erörtert werden, „ehe sie nach außen getragen werden". Und kritisch an die Adresse Genschers merkte Dregger an: „Es ist ja selbstverständlich, daß jedes Ressort in der Gesamtverantwortung der Koalition und des Bundeskanzlers steht. So auch das Außenressort."

In diesem Zusammenhang nannte er die Fraktion der CDU/CSU das „stabilisierende Element in der Koalition". Die Unionsabgeordneten hätten der Bundesregierung ein festes Fundament verschafft. „Aber wir erwarten auch, daß die Bundesregierung sich nun Einflüssen öffnet. Ich habe da im Grunde nichts zu beklagen. Wir haben in den Koalitionsrunden alle Entscheidungen vorbereitet und mitbeeinflussen können. Mein einziges Petitum ist, daß nun auch der Bereich der Außenpolitik stärker in diese Koalitionsrunden einbezogen wird."

Sein Wort von dem „stabilisierenden Element" Fraktion bezieht der CDU-Politiker ausdrücklich auch auf die CSU-Landesgruppe im Bundestag.

Einem immer engeren Zusammengehen mit Frankreich in der Sicherheitspolitik, wie es Genscher befürwortet, bringt Dregger einstweilen noch Vorbehalte entgegen. Es sei schon immer der Wunsch der Franzosen gewesen, sich von den USA abzusetzen, jedoch nicht vollständig. In Paris werde „zweigleisig" gefahren. Das zeige sich auch in der SDI-Frage. Vorkehrungen auch gegen eine europaspezifische Bedrohung müßten gemeinsam mit den USA erforscht und abgewogen werden. Ein europäisches System, unabhängig vom amerikanischen System, halte er „in jedem Falle für töricht". Dregger: „Einmal würde es die europäischen Kräfte außerordentlich in Anspruch nehmen. Wir müssen ja dann außerdem auch noch unsere konventionelle Abwehrfähigkeit verstärken. Unsere Finanzmittel sind begrenzt. Ich halte es auch allianzpolitisch für falsch. Alles, was den Zusammenhalt über den Atlantik hinweg festigt, dient unserer Sicherheit."

Neuer FDP-Vorstoß für Rentenreform

Bangemann fordert „staatliche Grundsicherung" / Plädoyer für andere Steuerstruktur

DW. Bonn

Die Rentenpolitik wird aller Voraussicht nach zu einem zentralen Thema der bevorstehenden Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland. Auf der Seite der Freien Demokraten ist das Bemühen nicht zu übersehen, die Meinungsführerschaft in dieser Frage zu gewinnen. So hat nach mehrmonatigem Schweigen der FDP-Bundesvorsitzende Martin Bangemann, wenn auch in modifizierter Form, seinen umstrittenen Gedanken einer Volksrente wieder ins Gespräch gebracht.

In einer Rede auf dem Parteitag der bayerischen FDP in Bayreuth umging Bangemann die Reizvokabeln „Volksrente" und „Grundrente", er sprach vielmehr von einer „staatlichen Grundsicherung". Der FDP-Vorsitzende nannte es eine „tiefe soziale Ungerechtigkeit", daß große Gruppen der Bevölkerung, wie etwa die Hausfrauen, von den Renten ausgeschlossen seien. Er plädierte für eine „stärkere Heranziehung von Steuermitteln zur Finanzierung der Rente".

Bangemann hatte seinen Vorschlag einer Art Volksrente im Frühjahr dieses Jahres revidiert, nachdem er auf scharfen Protest auch aus den eigenen Reihen gestoßen war. Die Kritiker aus dem Lager der Koalition hatten sich darüber verwundert gezeigt, daß ein Freier Demokrat Gedanken entwickelte, wie man sie bislang nur von sozialistischen Politikern gewohnt war. Jetzt in Bayreuth ließ Bangemann erkennen, daß er seinen Vorstoß nur deshalb zurückgenommen habe, um seine Partei im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf nicht in zusätzliche Argumentationsschwierigkeiten zu bringen.

In seiner Bayreuther Rede kündigte der FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister ein Papier seiner Partei zu einer Steuerstruktur-Reform an. Es solle noch vor der Sommerpause vorgelegt werden. Wie Bangemann erläuterte, zielt die Ausarbeitung – sie sei am vergangenen Freitag vom Parteivorstand genehmigt worden – auf einen gerechteren Tarif und ein besseres Steuersystem ab, und solle auch der Vereinfachung des Steuersystems dienen. Eine „lineare Progression" könnte eingeführt werden, wenn verschiedene Einzelvorschriften abgeschafft würden. Auch solle eine andere Besteuerung des unternehmerischen Kapitals erreicht werden. Bangemann sprach sich für eine völlige Beseitigung der Gewerbesteuer aus und wandte sich gegen die „Subventionsmentalität" in der Bundesrepublik Deutschland. „Es muß aufhören mit der Subventioniererei", rief der FDP-Vorsitzende unter dem Beifall der Delegierten aus.

Für die hohe Arbeitslosigkeit nannte Bangemann fünf Ursachen: Den Strukturwandel, die ungenügende Qualifikation der Hälfte aller Beschäftigungslosen, die mangelnde Flexibilität, den großen Ansturm der Berufsanfänger und das Problem der gegenwärtigen Besteuerung.

Der Wiedereinzug der FDP in den Bayerischen Landtag ist das erklärte Ziel der Freien Demokraten. Die Partei will ihren Wahlkampf in Bayern vor allem gegen die CSU führen. Die Bayern-Wahl findet im Oktober 1986 statt.

USA setzen in Beirut auf Diplomatie

Reagan beriet mit Krisenstab im Weißen Haus / Konzessionen an Terroristen ausgeschlossen

F. WIRTH, Washington

Die Verstärkung der US-Flotte vor der Küste Libanons durch 1800 Marine-Soldaten ändert nichts an der Tatsache, daß die Reagan-Administration nach wie vor eine gewaltlose Lösung der Geiselnahme von Beirut anstrebt. Hohe amerikanische Beamte versichern nachdrücklich, das Handeln der USA in diesem Konflikt werde nach wie vor vom Leitsatz des Präsidenten bestimmt, daß bei den Befreiungsbemühungen das Leben Unschuldiger nicht aufs Spiel gesetzt werden kann und soll.

Zugleich werden Konzessionen an die Terroristen ausgeschlossen. Das State Department nannte in diesem Zusammenhang Berichte über angebliche vermittelnde Interventionen der Schweiz, Schwedens und Österreichs „ohne Substanz". Im übrigen bemüht sich das amerikanische Außenministerium, das in den letzten Tagen stark strapazierte Verhältnis mit Israel zu glätten. Ministerpräsident Shimon Peres führte am Wochenende ein längeres Telefongespräch mit Außenminister George Shultz, in dem eine enge Koordinierung der Positionen beider Länder vereinbart wurde.

Präsident Reagan unterbrach am Samstag seinen Wochenend-Aufenthalt in Camp David und führte im Weißen Haus eine Krisenkonferenz mit seinem Sicherheitsberater McFarlane und Vizepräsident Bush, der am Sonntag eine elftägige Europareise antrat, auf der er Ronald Reagans Pläne für eine internationale Allianz zur Terror-Bekämpfung diskutieren wird.

Nach einer Gallup-Umfrage, die heute von „Newsweek" veröffentlicht wurde, befürworten 60 Prozent der Amerikaner das Krisenmanagement Reagans. 42 Prozent der Befragten sind der Meinung, daß er die Forderungen der Terroristen ignorieren solle, selbst wenn damit das Leben der Geiseln aufs Spiel gesetzt werde. Andererseits sind 47 Prozent der Meinung, daß die sichere Freilassung der Geiseln Priorität haben solle, selbst wenn dazu Zugeständnisse an die Terroristen notwendig sein sollten.

Volle Unterstützung erhielt Reagan außerdem von einem sogenannten „Weltforum" in Colorado, an dem am Wochende außer Industriellen aus aller Welt auch die ehemaligen Regierungschefs Ford, Schmidt, Callaghan, Giscard d'Estaing und Fraser teilnahmen. „Es ist unsere Überzeugung", heißt es in einer Erklärung dieses Forums, „daß jeder direkte oder indirekte Handel mit den Terroristen das Leben zahlloser unschuldiger Bürger in allen unseren Ländern gefährdet und zugleich die politische Stabilität in der gesamten Zone unterminiert". Der ehemalige Kanzler Schmidt nannte die Entführer Mörder, und der frühere australische Premier Fraser verurteilte Libyen als das Trainingszentrum der Terroristen. Den US-Medien wird vorgeworfen, sich von den Terroristen mißbrauchen zu lassen.

Papandreou droht den USA

DW. Athen

Der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou hat vor dem Parlament seine Ankündigung wiederholt, er wolle die vier US-Stützpunkte in Griechenland bis 1988 schließen lassen. Bei der Vorlage seiner Regierungserklärung sagte Papandreou, 1983 habe Griechenland für fünf Jahre das Stützpunktabkommen mit den USA unterzeichnet. Die Regierung sei nun entschlossen, die Bedingungen und den Zeitplan für die Schließung der Stützpunkte wirksam werden zu lassen. Das Abkommen kann von jeder Seite gekündigt werden. Griechenland, so Papandreou, werde weiterhin nicht an NATO-Manövern teilnehmen, solange das Bündnis die Probleme Griechenlands mit seinem NATO-Partner Türkei nicht zur Kenntnis nehme.

Kirchentag mahnt SED

DW. Greifswald

Mehr Freizügigkeit der „DDR"-Bewohner und die Wiederherstellung der ungehinderten Reisemöglichkeiten nach Polen sind am Wochenende auf dem Kirchentag in Greifswald gefordert worden. Landesbischof Horst Gienke sagte, alle Christen in der „DDR" hätten ein „sehr dringendes Interesse daran, daß die Kommunikations- und Begegnungsmöglichkeiten auf vielfältige Weise wieder intensiver möglich sind". Der stellvertretende Vorsitzende des Bundes der evangelischen Kirchen in der „DDR", Manfred Stolpe, erklärte, die „DDR" sei „in der Gefahr, Ungerechtigkeit zu schaffen oder zu erhalten". So seien Jugendliche „in ihren Reisemöglichkeiten schlechter dran als Rentner".

Seite 2: Weltenraum, Himmelreich
Seite 4: Menschenrechte

Flugzeugabsturz durch Explosion?

AP, Neu-Delhi

Der Absturz eines Jumbo-Jets der Fluggesellschaft „Air India" vor der Südwestküste Irlands, bei dem vermutlich alle 325 Insassen und die 22köpfige Besatzung ums Leben kamen, ist möglicherweise nach Angaben der Londoner Polizei auf eine Explosion an Bord des Flugzeugs zurückzuführen.

Nach Meinung der japanischen Polizei könnte ein Zusammenhang zwischen dem Absturz der indischen Verkehrsmaschine und einer Explosion auf dem Tokioter Flughafen, durch die zwei Personen ums Leben kamen, bestehen. Dieser Verdacht gründet sich auf die Tatsachen, daß beide Unglücke sich etwa zur gleichen Zeit ereigneten und beide Flugzeuge aus Kanada kamen.

Seite 20: Der Absturz

DER KOMMENTAR

Brandt

MANFRED SCHELL

Es lohnt sich, die Rede von Willy Brandt vor den Genossen in Bremen genau zu betrachten. Sie ist ein semantisches Kunststückchen, das herausfordert, einmal abzuklopfen, was Brandt nicht gesagt hat oder hinter einem Schleier von Andeutungen verschwinden ließ. Natürlich ist es politisch legitim, wenn der SPD-Vorsitzende für 1987 den Herrschaftsanspruch für seine Partei erhebt. Er selbst hat realistischerweise auf die Voraussetzung dafür aufmerksam gemacht: Im Süden müßte die SPD fünf Prozent zulegen, im Westen und Norden dürfte sie nichts verlieren. Der Anspruch der SPD ist die eine Sache. Ihm steht das Recht des Bürgers gegenüber zu erfahren, wohin dann bitteschön die Reise mit der SPD gehen würde – zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik?

Brandt weiß, daß seine Programmdiskussion im Vorfeld der Bundestagswahl die SPD als ideologisch zerstrittene, für Führungsaufgaben unattraktive Partei erscheinen lassen müßte. Deshalb will er diese Diskussion nicht, die in einer Auseinandersetzung zwischen den Öko-Marxisten und dem Gewerkschaftsflügel gipfeln würde. Obwohl diese Diskussion in der SPD überfällig ist, denn das „Selbstverständnis" der heutigen SPD stimmt mit dem von Godesberg 1959 nicht mehr überein. Dies alles hat Brandt im Hinterkopf, wenn er seiner Partei rät: 1986 ist der Wahlkampf wichtiger als die Programmdiskussion. Darüber soll dann 1988, nach der Wahl, beschlossen werden.

Von Brandt ist in Bremen kein Wort über die Substanz des SPD-„Regierungsprogramms" zu hören gewesen. Zum Beispiel darüber, woher die SPD die Milliarden für ihren Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nehmen will? Die Jungsozialisten haben an diesem Wochenende für ein „kurzfristig" angesetzes Arbeitsbeschaffungsprogramm 30 Milliarden gefordert. Klärungsbedürftig ist auch, ob die SPD die von Stoltenberg unter harten Opfern erzwungene Haushaltskonsolidierung wegwischen und wieder ins Schuldenmachen gehen will? Welchen Kurs will die SPD in der Steuergesetzgebung? Wie hält sie es mit der sozialen Marktwirtschaft? Zur Marktwirtschaft hat sich Brandt überaus sibyllinisch geäußert. Er meinte, der demokratische Sozialismus müsse sich zur „Erreichung seiner Ziele" der Mittel des Marktes „pragmatisch" bedienen. Welcher Ziele? Brandt wird schon wissen, warum er sich nicht konkreter äußert.

Brandt: Wieder Schulterschluß mit dem DGB

DW. Bonn

Die Sozialdemokraten gehen davon aus, daß die nächste Bundestagswahl auf dem Feld der Wirtschaftspolitik entschieden werden wird. Die „programmatische Erneuerung" der Partei, von der der Vorsitzende Brandt und SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz am Wochenende sprachen, setzt deshalb bei Themen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik an, wobei Brandt „die Anerkennung des Marktes als eines der wichtigen Mittel für die Wirtschaft einer Industriegesellschaft" charakterisierte. Es sollte für die SPD dabei bleiben, sagte Brandt vor der Bremer SPD, daß „Planung und Markt, Vergesellschaftung und freie Unternehmensentscheidung Mittel sind, deren sich demokratischer Sozialismus zur Erreichung seiner Ziele pragmatisch bedienen kann und muß". Brandt: Die Partei habe durch ihre Ablehnung des von der Koalition betriebenen „Sozialabbaus" den Schulterschluß mit den DGB-Gewerkschaften erneuert.

Der von ihm beschworene Pragmatismus geht offensichtlich von einer Gleichrangigkeit von Planung und Markt aus. Auf dem Juso-Bundeskongreß in Lahnstein warnte das Vorstandsmitglied Peter von Oertzen vor einem Frontalangriff auf das „kapitalistische System", befürwortete aber eine Politik der Investitionskontrolle.

Brandt sieht die SPD „wieder eindeutig als Partei des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung bestätigt. Die Impulse der Friedensbewegung „leben gerade auch in der SPD und sie sind dort gut aufgehoben".

Hellenbroich soll Chef des BND werden

ms. Bonn

Neuer Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND) wird aller Voraussicht nach Heribert Hellenbroich (48), bisher Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln. Nach Informationen der WELT hat es in den vergangenen Tagen ein entsprechendes Gespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Hellenbroich gegeben. Hellenbroich wird somit Nachfolger von Eberhard Blum werden, der die Pensionsgrenze bereits um ein Jahr überschritten hat und am 1. Juli ausscheidet. Mit in der Diskussion für das Amt des BND-Präsidenten waren der deutsche Botschafter in Israel, Hansen, und General Söder, der früher auf der Hardthöhe mit geheimdienstlichen Fragen befaßt war.

Hellenbroich ist CDU-Mitglied. Er gilt als qualifizierter Fachmann und hat eine bislang einmalige Karriere hinter sich. Das Bundesamt für Verfassungsschutz leitet Hellenbroich, der sich vor allem in der Spionagebekämpfung einen Namen gemacht hat, erst seit Mai 1983.

Offen blieb gestern, ob Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der jetzige Dienstherr Hellenbroichs, über die Absichten des Bundeskanzlers unterrichtet gewesen ist und wie sich die Neubesetzung an der Spitze des Verfassungsschutzes darstellen wird. Wie verlautete, soll dieses Amt mit einem Abteilungsleiter aus dem Hause besetzt werden. Ungeklärt ist auch, ob es einen Wechsel im Amt des stellvertretenden BND-Präsidenten geben wird, das zur Zeit mit Norbert Klusak besetzt ist. Hierfür war der BND-Abteilungsleiter Rudolf Werner genannt worden.



UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neueinstellungen

Von Günther Bading

Es kommt nicht von ungefähr, daß Friedhelm Ost in seinem ersten Interview als Regierungssprecher einen „gemeinsamen Kraftakt" von Bundesregierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern für mehr Beschäftigung gefordert hat. Der bisherige Leiter des ZDF-Magazins für Wirtschaft und Soziales kennt sich auf dem Felde aus. Wichtiger aber ist, daß der Kanzler, dessen Ansichten er jetzt zu vertreten hat, ihm diese Aufgabe als vorrangig in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode bezeichnet hat.

Die Regierung hat die Zeichen der Zeit nicht erst seit der Ankündigung der Gewerkschaften erkannt, man werde für einen heißen Herbst sorgen; mit Massenkundgebungen für mehr Beschäftigung (was verständlich ist) und gegen angeblichen Sozialabbau (für den dann wohl die frühere sozialliberale Koalition verantwortlich wäre). Der von Ost geforderte Kraftakt ist seit langem gut vorbereitet worden. Am 23. Juli wollen Kanzler und Gewerkschaftsspitze ihre im Januar geführten Gespräche zur Beschäftigungsförderung wieder aufnehmen. Und beim DGB bemüht man sich, die Drohung mit dem heißen Herbst zu relativieren. Demonstrieren wolle man gegen die falsche Regierungspolitik. Niemand aber plane, die Regierung zu demontieren, sagte DGB-Vorständler Siegfried Bleicher. Eine Klarstellung zur rechten Zeit – auch an die Adresse hitzköpfiger Funktionäre in den eigenen Reihen.

Sie mag auch das Gespräch erleichtern, das die von Arbeitsmarktproblemen direkt berührten Minister Blüm, Bangemann und Stoltenberg heute abend mit den Spitzenvertretern der Wirtschaft führen. Neueinstellungen angesichts positiver Gewinnsituation müsse die Devise für die Unternehmen heißen, hört man aus Blüms Ministerium. Anknüpfen müsse man auch an die erfolgreiche Kampagne der beiden vergangenen Jahre zur Schaffung von Ausbildungsplätzen; die habe gezeigt, daß die Marktwirtschaft auch ohne staatliche Reglementierung ihre soziale Verantwortung wahrnehme. Ist man heute abend und am 23. Juli erfolgreich, so mag der heiße Gewerkschaftsherbst so kühl sein wie der Sommeranfang.

Weltenraum, Himmelreich

Von Hans-Rüdiger Karutz

Wenn der Ostberliner Jurist Manfred Stolpe, der Vize-Vorsitzende des mitteldeutschen Kirchenbundes, das Wort ergreift, ist ihm Aufmerksamkeit gewiß. Sein Greifswalder Appell an die SED, es mit den Menschenrechten genau zu nehmen, darf nun aber nicht zu dem Denkfehler verleiten, Stolpe sei vom Saulus zum Paulus der christlichen unabhängigen Friedens- und Menschenrechtsbewegung in der „DDR" geworden. Der Nicht-Theologe, der eher politische denn geistliche Worte spricht, ist in der „DDR"-spezifischen Kunst des Sowohl-als-auch ungewöhnlich artistisch geübt.

Seine Greifswalder Äußerungen zeigen, daß Stolpe die Einsichten und Rücksichten auf die innere Machtstruktur in seinem Land kennt: Er verteidigt die Werte-Welt der SED, deren Stichworte Arbeitsplatz und soziale Sicherheit lauten. Dies alles gebe auf, wer sich für die „Auswanderung" entscheide. Das ist eine Vokabel, die kaum einer im anderen Teil Deutschlands verwendet. Denn niemand außerhalb des Staatsapparates sieht in einer Übersiedlung mit genehmigtem Ausreiseantrag eine „Auswanderung". Da nähert sich Stolpe doch sehr der SED-Begriffswelt, die in der Bundesrepublik Ausland sieht (nur wenn es um EG-Vorteile geht, schadet ein bißchen „Inland" auch wieder nichts).

Stolpe macht das Dilemma der „DDR"-Kirchen deutlich: Wollen sie etwas nach innen bewirken, müssen sie auf den außenpolitischen Kurs Ost-Berlins einschwenken. Das tat Stolpe mit der gegen Washington zielenden Äußerung, Entspannungspolitik (sprich Menschenrechte) könne es nur ohne „Konfrontation im Kosmos" geben.

Mit dieser Gratwanderung läuft die Kirche Gefahr, von den Protestanten als moralische Garnierung von SED-Positionen betrachtet zu werden. Als Kirchenmann mit Honeckers Vertrauen weiß Stolpe das. Seine Vorstellung von einer demokratischen, „österreichisierten" Republik ist mindestens solange eine Vision, wie Ost-Berlin dann gern eine „finnlandisierte" Bundesrepublik hätte. Helsinki und die dortigen Beschlüsse zu den Menschrechten jedenfalls sind in der „DDR" noch weit. Und in Ost wie West sollte weniger der Weltenraum, sondern mehr das Himmelreich Thema der Kirchen sein.

Knochen einziehen

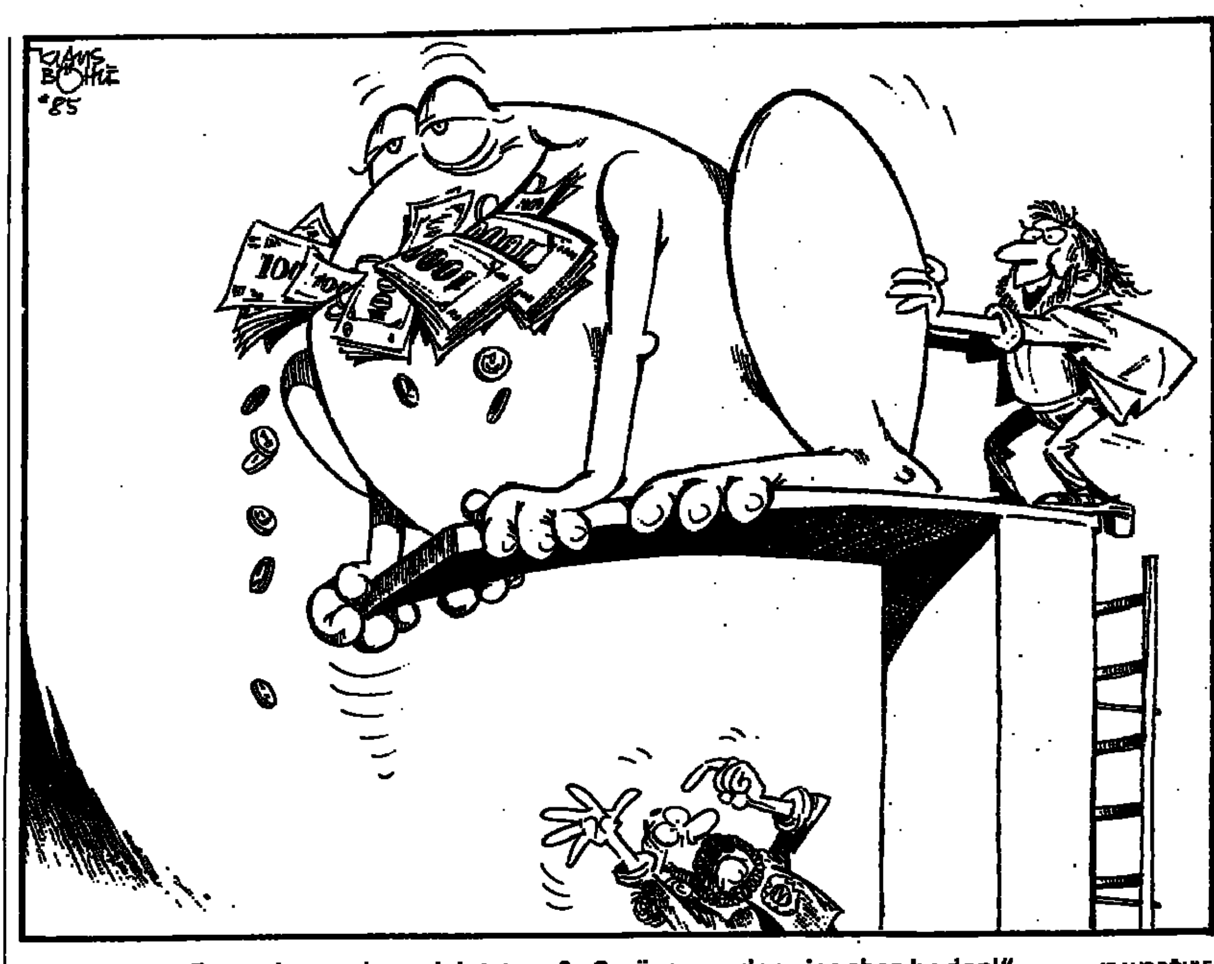
Von Joachim Neander

Man stelle sich vor, jeden Abend um neun erscheint auf dem Bildschirm ein Pop- oder Fußballstar und fordert mit neckisch drohendem Zeigefinger alle Kinder unter zwölf Jahren auf, hübsch artig ins Bett zu gehen. Würden die lieben Kleinen gehorchen? Zweifel sind erlaubt. Der Vorschlag, zugegebenermaßen spontan und ins Unreine formuliert, wurde auf der jüngsten Konferenz der Kultusminister bei einem Gespräch mit den beiden Fernsehverantwortlichen Stolte (ZDF) und Räuker (ARD) vorgetragen. Er spiegelt Ratlosigkeit wider.

Ein Kind, das heute mit sechs Jahren zur Schule kommt, hat im Durchschnitt, so wurde errechnet, weit mehr Fernsehstunden hinter sich, als ihm in seinem gesamten ersten Schuljahr an Unterrichtsstunden bevorstehen. Der Lehrer, so klagen die Kultusminister, habe keine bildbaren Geschöpfe mehr vor sich, sondern unfertige Menschen, die dennoch schon angefüllt sind mit einem ungeordneten, nicht erklärten Wust von Bildern. Psychologen in den USA weisen seit Jahren daraufhin, daß bei Kleinkindern der unmäßige Konsum von Zeichentrickfilmen die Vorstellung einprägt, die dort gezeigten Verrenkungen und Quetschungen von Körpern seien auch in der Wirklichkeit möglich. Es ist, als habe man Fleisch in der Hand und müsse nun nachträglich das Knochengerüst einziehen, so formuliert es Bayerns Kultusminister Hans Maier.

Nun rufen sie also das Fernsehen um Hilfe: mehr Verantwortungsbewußtsein, mehr kulturelle und bildende Sendungen schon am Nachmittag und frühen Abend – und eines Tages vielleicht Udo Lindenberg als Sandmännchen. Aber vielleicht darf man daran erinnern, daß eben diese jetzt hilfesuchende Schule noch vor gar nicht langer Zeit unter dem Einfluß der Bildungsreformer wie selbstverständlich das Recht und die Fähigkeit für sich beanspruchte, soziokulturelle Unterschiede des Elternhauses zu kompensieren und Chancengleichheit für alle herzustellen.

Nun kriegt sie die Gleichheit schon frei Haus geliefert, die Gleichheit vor der Glotze. Die Eltern scheinen abgemeldet. Aber Gott sei Dank gibt es sie noch. An ihnen wird es am Ende doch wieder hängenbleiben.



„Entweder machen wir jetzt große Sprünge – oder wir gehen baden!" KLAUS BÖHLE

Schranken des Asylrechts

Von Albrecht Randelzhofer

Über die Sitzung des Bundesrates am 14. Juni 1985 berichtete die Presse: Nach dem Willen der CDU/CSU-regierten Länder solle der Anspruch auf Asyl enger eingegrenzt werden. Dazu hätten diese Länder einen Entwurf zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes eingebracht.

Daraus könnte der Eindruck entstehen, als könnte der Gesetzgeber den Umfang des Asylrechts nach Belieben ändern. Das Asylrecht ist jedoch ein keinem Gesetzesvorbehalt unterliegendes Grundrecht.

Das bedeutet aber nicht, daß es schrankenlos ist, wie oft angenommen wird. Auch Grundrechte ohne Gesetzesvorbehalt unterliegen Schranken, die sich aus der Einheit der Verfassung ergeben. Für das Asylrecht hat das Bundesverwaltungsgericht diese Schranken so umschrieben: „Die Sicherheit des Zufluchtsstaates und der in ihm lebenden Menschen hat Vorrang gegenüber dem Asylrechtsschutz für politisch Verfolgte." Dem ist zuzustimmen. Die Sicherheit des Staates und die seiner Bevölkerung sind Vorbedingungen dafür, daß das Asylrecht gewährt werden kann. Es kann nicht angehen, das Asylrecht auch in den Fällen uneingeschränkt zu gewährleisten, in denen dies dazu führen würde, daß die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und ihrer verfassungsrechtlichen Ordnung gefährdet würde.

Auch eine zu große Zahl von Asylberechtigten könnte die Schranke „Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland" überschreiten. Millionen von Asylanten, eventuell aus fremden Kulturkreisen, würden die Identität der Bundesrepublik Deutschland verändern und im äußersten Falle zerstören. Darüber hinaus könnten auch die materiellen Leistungen, die mit der Gewährung des Asylrechts verbunden sind – Unterkunft, Hilfe zum Lebensunterhalt – nicht unbegrenzt erbracht werden.

Die Aussage des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 1971, „politisch Verfolgte genießen Asylrecht ohne Rücksicht auf die Zahl", *stammt aus einer Zeit, in der das* Asylrecht noch nicht durch massenhafte Inanspruchnahme zum Problem geworden war. Sie ist mit der neueren Rechtsprechung des Gerichts zu den Schranken des Asylrechts nicht vereinbar.

Freilich läßt sich insoweit keine feste Zahl für alle Zeiten gültig festlegen. Sie hängt von der politischen Lage ab, besonders von der wirtschaftlichen Situation, wobei vor allem die Lage auf dem Arbeitsmarkt bedeutsam ist. Eine Rolle spielt auch die Zahl der übrigen Ausländer, die sich hier aufhalten. Gegenwärtig ist diese Grenze meines Erachtens noch nicht erreicht.

Fehlvorstellungen über das Asylrecht bestehen auch bezüglich seiner Voraussetzungen. Der Begriff des politisch Verfolgten, die entscheidende Voraussetzung für das Asylrecht, wird von der höchstrichterlichen Rechtsprechung in Anlehnung an die Genfer Flüchtlingskonvention definiert. Asyl genießt danach, wer wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung der Verfolgung ausgesetzt ist. Demnach ergibt sich der Tatbestand der Verfolgung aus der Art und der Intensität des Eingriffs, während sich ihr politischer Charakter aus dem Grund für diesen Eingriff ergibt. Für eine Verfolgung aus politischen Gründen kommt es daher entscheidend auf die der Verfolgung zugrunde liegende Motivation an. Diese Interpretation des Asylrechts entspricht dem Geist, in dem es konzipiert wurde und der Situation, für die es gedacht ist.

Daraus ergibt sich, daß das Asylrecht nicht automatisch jedem politischen Straftäter zusteht. Das Auslieferungsverbot des politischen Straftäters stellt auf den politischen Gehalt der Tat, die Asylgewährung auf den politischen Gehalt der Verfolgung ab. Staatsschutz ist nicht per se politische Verfolgung. Auch die Schwere des Eingriffs ist nicht entscheidend. Sie bewirkt nicht den politischen Charakter der Verfolgung. Das Asylrecht schützt nicht vor jeder Verletzung der Grund- und Menschenrechte, sondern nur vor der Verletzung, die durch Rasse, Religion, Nationalität et cetera des Verfolgten bedingt ist.

Das Asylrecht schützt auch nicht vor den allgemein schlechten Lebensbedingungen im Heimatland, seien diese durch Hungersnot, Naturkatastrophen, Krieg oder Bürgerkrieg bewirkt. In diesen Fällen fehlt es nicht nur am politischen Charakter der Verfolgung, sondern bereits an der Verfolgung selbst, die einen zielgerichteten Eingriff des Staates in Rechtsgüter voraussetzt. Aus alledem ergibt sich, daß das Asylrecht nicht die Verheißung des gelobten Landes für alle Mühseligen und Beladenen ist.

Wen dies enttäuscht, dem sei gesagt, was einer der Stammväter der liberalen Staatsrechtswissenschaft, Robert von Mohl, vor mehr als hundert Jahren zum Asylrecht gesagt hat: „Es bewahrt sich aber wohl der Staat den Geist der praktischen Vernunft und der Mäßigung, wenn er ... zugibt, was Menschlichkeit und eigener Vortheil verlangen ..." Mit anderen Worten: An das Asylrecht kann man nicht nur mit dem Gefühl herangehen, es müssen auch Realitätssinn und praktische Vernunft obwalten.

Neben diesen grundlegenden Fragen stellt sich das Problem, daß sich unter Berufung auf das Asylrecht eine steigende Zahl von Menschen einen langjährigen Aufenthalt verschafft, da ihr Asylantrag erst nach jahrelanger Prüfung rechtskräftig abgelehnt wird. Es ist daher ein legitimes Ziel, das Asylverfahrensgesetz so zu gestalten, daß möglichst schnell agiert werden kann. Dem soll die eingangs erwähnte Gesetzesinitiative dienen. Den von der Verfassung und dem Völkerrecht insoweit gesteckten Rahmen hat das geltende Asylverfahrensgesetz freilich bereits weitgehend ausgefüllt. Nennenswerter Spielraum für weitere Novellierungen mit dem Ziel weiterer Beschleunigung besteht nicht mehr.

Hier wirkt sich das in der Verfassung großzügig gewährte Asylrecht beschränkend aus. Eine substantielle Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten könnte nur durch eine Änderung des Grundgesetzes geschaffen werden, für die gegenwärtig die erforderlichen Mehrheiten sicher nicht zu finden sind.

GAST-KOMMENTAR



Albrecht Randelzhofer ist Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Freien Universität Berlin FOTO: KLAUS MEHNER

IM GESPRÄCH Romeu Tuma

Showman und Stardetektiv

Von Werner Thomas

Der Mann versetzte die ausländischen Presseleute ins Staunen. Und die drei deutschen Kripo-Beamten auch. „Ich habe noch nie einen Polizeichef gesehen, der so offen arbeitet", sagte ein BKA-Beamter, „die Journalisten konnten aus dem Vollen schöpfen."

Romeu Tuma (53), der Chef der Bundespolizei im Staat Sao Paulo, erregt seit zwei Wochen weltweite Aufmerksamkeit. Er leitet die Ermittlungen im Fall Mengele und weiß sich dabei geschickt ins Rampenlicht zu stellen. Er könnte eine Figur aus einem Kriminalroman seiner Lieblings-Autorin Agatha Christie sein.

„Tuma-Show" hießen die täglichen Pressekonferenzen im 17. Stock des Gebäudes der Bundespolizei. Sie verliefen meist chaotisch, weil Tuma mit seiner leisen Stimme lediglich Zuhörer im Umkreis von einem Meter erreichte. Oft drängten sich jedoch bis zu hundert Reporter um den Redner. Niemand ging allerdings leer aus: Tuma gewährte anschließend geduldig und freundlich separate Interviews. Eine für zehn Minuten geplante Begegnung mit der Presse konnte eineinhalb Stunden dauern.

Dabei kultiviert Tuma die Unpünktlichkeit. Stundenlange Verspätungen waren keine Seltenheit. Dann kam er aber auch manchmal zwei Stunden zu früh zum Informationsspektakel.

Er hatte immer etwas zu bieten. Er präsentierte Zeugen, so die Mengele-Freunde Wolfram und Lieselotte Bossert und Gitta Stammer, die er aufforderte: „Erzählen Sie diesen Herren und Damen etwas." Er zwang nach der Exhumierung der Leiche den irritierten deutschen Generalkonsul Sepp Wölker, mit der Presse zu sprechen. Er brachte den Fotografen Bilder und Schriftstücke Mengeles zum Ablichten. Mengeles Ausweis unter dem Namen Wolfgang Gerhard muß durch hunderte Hände gegangen sein. Am besten trafen es die Teams der brasilianischen Fernsehanstalt Rede Globo: Tuma fuhr in ihren Fahrzeugen durch die Gegend.

Der Sohn syrischer Einwanderer ist bereits seit Jahren der bekannteste Polizist des Landes. Er ließ 1978 einen anderen Naziverbrecher festnehmen, Franz Wagner, der 1980 Selbstmord verübte. Er konnte 1983 den international gesuchten Mafioso Tomasso Buscetta fassen, der an Italien ausgeliefert wurde und dessen Denunziationen viele Gangster in Italien und den USA ins Gefängnis brachten. Linksgerichtete Brasilianer erinnern auch an Tumas Dienste bei der berüchtigten politischen Polizei Dops. Niemand aber beschuldigte ihn eines Vergehens gegen die Menschenrechte.



Klärte den Fall Mengele: Romeu Tuma FOTO: AP

Der kleine, schnauzbärtige Polizeichef, der eine Krawatte, aber keine Pistole trägt, mag ein Showman sein. Er geriet dennoch nie in Verdacht, schlechte Arbeit zu leisten. „Er besitzt einen sicheren Instinkt", sagte ein Reporter der Zeitung „O Estado de Sao Paulo".

Im Fall Mengele lag „o Chefe" (der Chef) von Anfang an richtig. Vor zwei Wochen sah er eine „neunzigprozentige Chance", daß in dem Grab in Embu die Leiche des Naziverbrechers lag. Er verkündete damals: „Es ist eine Tatsache, daß Josef Mengele in Sao Paulo gelebt hat." Es gab viele Skeptiker. In der Zwischenzeit schrumpfte dieser Kreis.

Romeu Tuma scheint als jener Polizist in die Geschichte einzugehen, der den Fall Mengele klären konnte. Mit tatkräftiger Hilfe deutscher Kollegen freilich, die das Rampenlicht scheuten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hannoversche Allgemeine

Sie schreibt über die Auswirkungen der Dauerarbeitslosigkeit:

Die Klassengesellschaft von ehedem mit ihren unterschiedlichen Rechten, ihre Privilegien und Benachteiligungen ist eingeebnet worden. Kommt sie in veränderter Gestalt wieder? Daß niemand hungert und jeder gleiche politische Rechte hat, darf uns nicht blind machen für neue soziale Erscheinungen. Die Zahl derer wächst, die am Massenwohlstand keinen Anteil mehr haben.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie kommentiert den Start der neuen Regierungssprecher:

Nachdem der langgehegte Wunsch der CSU in Erfüllung geht, einen eigenen Regierungssprecher installieren zu dürfen, wird sie nicht so schnell den Vorwurf wiederholen können, die Leistungen der Koalition seien gut, würden aber viel zu schlecht verkauft. Regierungssprecher Nr. 3, Norbert Schäfer, wird's *schon richten*. Oder *muß sich* das Publikum darauf einstellen, daß künftig das Bundespresseamt statt mit einer Stimme mit deren drei spricht?

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie meint zur Bonner Reaktion auf Honeckers Kritik:

Sonst eher geneigt, die Pfeile von drüben in Watte fallen zu lassen, ist Kanzleramtsminister Schäuble diesmal – salopp gesagt – der Kragen geplatzt. Seine heftigen Reaktionen auf die Kritik Erich Honeckers am Kanzlerbesuch beim Schlesiertreffen sind nicht nur verständlich, sie sind um der Selbstachtung Willen geboten. Ein Regierungschef kann sich nicht von einem anderen Staat quasi vorschreiben lassen, wohin er zu gehen hat und wohin nicht. Überdies darf sich Kohl getrost auf die völlige Übereinstimmung seiner Äußerungen in Hannover mit jenen im gemeinsamen Moskauer Kommuniqué nach dem Treffen bei der Beisetzung von Partei- und Staatschef Tschernenko berufen.

ПРАВДА

Die sowjetische Parteizeitung geht auf die Lage in Libanon ein:

Aber Libanon ist nicht das kleine Grenada. Dort sind andere Gebote gültig, dort glühen die Leidenschaften als Folge vieljähriger Kämpfe und Leiden. Und wenn das Pentagon auf einen leichten „Spaziergang" auf libanesischem Boden hofft, dann kann es sich schwer irren. Man darf nicht die Stärke des Hasses der Patrioten im Zusammenhang mit dem antilibanesischen Kurs der USA unterschätzen. Viele Libanesen und Palästinenser betrachten die USA genauso wie Israel als die Schuldigen ihres Leidens. Jetzt, da Washington einen „Sündenbock" für den Zwischenfall mit der Boeing 727 sucht, wird offensichtlich, daß die von ihm angewandten Methoden der Erpressung, Einschüchterung und Drohungen sich wie ein Bummerang auswirken und die Spannungen noch weiter verschärfen.

Euro-Einigung auf wichtigem Gebiet: dem Zynismus?

Eine Woche der Entscheidungen – oder Vertagungen / Von Thomas Kielinger

Wie der Europa-Zug sich von Gipfel-Bahnhof zu Gipfel-Bahnhof schleppt, das wird niemand als Erfolgskurs bezeichnen wollen. Die Regierungen lassen das Streckennetz unangetastet, wohl weil sie befürchten, die Stillegung auch nur eines Gipfelbahnhofs könnte zu viel Aufsehen erregen und weiter demoralisieren.

Die Chefeuropäer sollten sich keinen Zwang antun. Das Publikum ist aufgeklärter als sie denken und würde keine Krokodilstränen vergießen, wenn man beispielsweise die Tagungen des Europäischen Rats von bisher drei Jahresterminen – März, Juni, Dezember – auf zwei zusammenstriche. Gipfeltreffen sind besonders dann von Übel, wenn die Aussichten auf Ergebnisse so mager bleiben wie in den vergangenen zwei Jahren. Denn dann sind die erneut enttäuschten Hoffnungen so hoch wie die Konferenz-Ebene. Lange kann sich die EG solche Vorstellungen nicht mehr leisten, ohne Gefahr zu laufen, die Einigkeit nur auf einem Gebiet gefördert zu haben: im Zynismus.

Diese Hypothek lastet auf dem am Wochenende beginnenden Mailänder Gipfel. Noch allzu deutlich schwingen uns im Ohr die zu Beginn 1985 verkündeten Parolen des „Jetzt oder nie". Daß gerade Bonn so lautstark auf das laufende Jahr als die auf lange Zeit beste Occasion der Europa-Politik hinwies, wirkt im Nachhinein des Getreipreisdebakels dabei fast peinlich. So geht das mit den Europa-Aposteln: noch ehe der nächste Gipfel graut, haben sie ihre Ideale dreimal verleugnet.

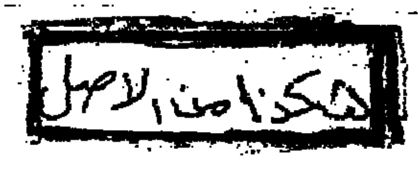
Es hat der deutschen Position, die sich lange als europäisches Gewissen zu verpacken beliebte, ebenfalls nicht geholfen, in der Frage der Autoabgas-Normen einen so „teutonisch" anmutenden Husarenritt des Unilateralismus vorgelegt zu haben. Wir können uns zwar einiges zugute halten in der Aufklärung unserer Partner über die Gefahren des Waldsterbens. Aber wir haben uns restlos übernommen in der Erwartung, damit könnten wir nun die deutschen Abgaslösungen europaweit durchsetzen.

Wer soviel supranationale Öffentlichkeit für sein nationales Anliegen beansprucht wie die Deutschen für „Le Waldsterben", der muß sich gefallen lassen, in einigen seiner liebgewordenen nationalen Gewohnheiten supranational unter die Lupe genommen zu werden. Und da kommt die unbegrenzte Geschwindigkeit auf den Autobahnen ins Visier – mithin der Vorwurf, wir seien ja nur deshalb so versessen auf unsere Abgasgrenzwerte, weil wir bei der Geschwindigkeit so kompromißunwillig seien.

Ideal und Wirklichkeit – sie in der Balance zu halten, erfordert gerade in der EG, wo lange Zeit Sonntagspredigten mit Politik verwechselt wurden, staatsmännische Kunst. Insofern stehen heute Länder wie Großbritannien am besten da, die nie für unerreichbare Ziele eingetreten sind. London hat immer mit Eigeninteresse pragmatisch für eine EG des Möglichen gefochten und die Aufmerksamkeit der Partner darauf gelenkt, wie sich aus den legitimen Eigeninteressen das kollektive Interesse bündeln lasse.

Die Antwort darauf ist heute unter den Mitgliedsstaaten eigentlich nicht mehr strittig. Politische Union hin oder her – erst muß der europäische Binnenmarkt, müssen die kommerziellen Konditionen verbessert werden. Ein Glück im Unglück der letzten Europa-Enttäuschungen, daß diese Priorität des Pragmatismus sich jetzt durchzusetzen beginnt. Insofern sendet das vor zehn Tagen in Brüssel vorgestellte Weißbuch der EG-Kommission mit seinen 300 Vorschlägen das richtige Signal. Hier werden die Schritte wieder in der richtigen Reihenfolge gemacht. So etwa, wenn man die Hoffnung auf europaweite Rechtsharmonisierung einstweilen zurückstellt und statt dessen fordert, daß die EG erst einmal ein System der gegenseitigen Anerkennung von Bildungsabschlüssen einführt.

Der richtige Weg ist es auch, wenn jetzt in allen Hauptstädten nach Verschärfung der Anwendung des Veto-Rechts gerufen wird. „Vitale nationale Eigeninteressen" sollten mehr sein als Regierungs-Sorgen um Stimmen für die nächste Wahl. Dieser Reflex, so vordergründig verständlich, führt in die blanke Rückschrittlichkeit, da sich auch das ängstlich gehütete nationale Wohl nur verschlechtern kann, wenn die protektionistischen Barrieren in West-Europa nicht rascher abgebaut werden. Das politische Gewicht der EG jedenfalls kann nur wachsen auf der Stärkung des wirtschaftlichen Leistungs- und Konkurrenzpotentials, das – würde es sich nur auf sich selbst besinnen – von den USA und von Japan gefürchtet werden müßte.



Europa feiert die Kultur der Griechen

„Kulturhauptstadt Europas" mit diesem Titel der EG darf sich seit dem Wochenende für ein Jahr Athen schmücken. Mit Konzerten, Theateraufführungen, Ausstellungen und Kongressen sollen sich die Europäer so auch kulturell näher kommen.

Von E. ANTONAROS

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, nach Frankreichs Präsident François Mitterrand ranghöchster Staatsgast, war enttäuscht: „Ich hätte mir gewünscht, daß die anderen europäischen Staaten ebenso vertreten wären wie die Bundesrepublik."

Was dem Besucher aus Bonn mißfiel, war die Tatsache, daß die anderen europäischen Partner entweder nur ihren Kultusminister oder gar nur Politiker der zweiten Garnitur nach Athen geschickt hatten, um einen „wichtigen Beitrag zur europäischen Identitätsfindung" – so Genscher – zu feiern: Athens Proklamation zur ersten Kulturhauptstadt Europas.

Die Wahl der griechischen Hauptstadt geht auf die feierliche Deklaration zur europäischen Union vom Stuttgarter EG-Gipfel im Juni 1983 und die Initiative der griechischen Kulturministerin, der ehemaligen Schauspielerin Melina Mercouri, zurück, jährlich eine „Kulturhauptstadt" zu erwählen. Genscher: „Wo sonst als in Athen sollte man mit dieser Übung anfangen?"

Die ihnen als erste zuteil gewordene Ehre – nach Florenz 1986 und Amsterdam 1987 ist Berlin 1988 an der Reihe – wußten die Griechen zu schätzen: Mit einer Feierstunde bei Sonnenuntergang auf dem Akropolis-Hügel wurde ein Kultur-Spektakel eingeleitet, das bis zum Jahresende andauern soll. Ministerpräsident Andreas Papandreou erinnerte in seiner Eröffnungsrede daran, daß diese Akropolis zwar einst mit Geld aus der Kriegskasse gebaut wurde, heute aber ein Symbol des Friedens sei.

Ein Kinderchor, der auf den Stufen des sonst für normale Sterbliche seit vielen Jahre gesperrten Parthenon-Tempels saß, sang (gleich zweimal) eine „Hymne an die Sonne". Und während die erlauchten Gäste sich mühten, auf den glatten Marmorplatten der Propyläen nicht auszurutschen, ertönte ein futuristisches Musikstück, das der in Paris lebende Grieche Iannis Xenakis eigens für diese Veranstaltung komponiert hatte. Ein wenig verwirrt zog dann die Prominenz langsam zur Agora, dem antiken Marktplatz Athens, hinunter, wo sie bei Blasmusik in der Philosophenschule Stoa von Attalos Platz nehmen sollten – zum Festmahl.

Doch zunächst gab es Probleme: Touristen und hungrige Athener hatten sich an die für die Prominenz reservierten Tische gesetzt. Frau Mercouri, die in dieser Veranstaltung einen Höhepunkt ihrer politischen Arbeit sieht, ließ sich nicht beeindrucken: „Selbst wenn die Organisation nicht in jeder Einzelheit klappt, wir Griechen können vorzüglich improvisieren."

Bei Fisch, Lammbraten mit Bauernsalat und griechischem Weißwein der Marke „Château Matsas" war das Chaos schnell vergessen und vor den Gästen entfaltete sich ein Volksfest: Tänze und Gesänge aus den Komödien von Aristophanes, Clown-ähnliche Gestalten, Jongleure, Jazzbands und Zauberkünstler, schließlich kurz vor Mitternacht ein Feuerwerk. Über die Qualität der Veranstaltung gehen die Meinungen auseinander: „Ist eine solche Kirmes-Veranstaltung der Kultur-Hauptstadt Europas würdig?" fragte die Verlegerin Eleni Vlachou am Sonntag in ihrer Zeitung „Kathimerini".

Pünktlich, allerdings erst wenige Stunden vor ihrer Eröffnung durch Frau Mercouri und Genscher (der zur Begrüßung von seiner Gastgeberin nach griechischer Art auf die Wange geküßt wurde), war auch die Ausstellung „Troja – Heinrich Schliemanns Ausgrabungen und Funde" im früheren Schliemann-Haus in Athen fertiggestellt worden.

Griechenlands Restauratoren, von Experten aus Deutschland unterstützt, hatten sich viel Mühe gegeben, die bis vor einigen Jahren als Sitz des obersten Gerichtshofs benutzte und völlig heruntergekommene Residenz „Iliou Melathron" in der Athener Innenstadt wieder herzurichten: Stärker noch als die ausgestellten Stücke, die aus Berlin eingeflogen worden waren, beeindruckten die leuchtendfrischen Farben der Wandmalerei die ersten Besucher.

Außenminister Genscher benutzte seine Rede, um kulturpolitische Akzente zu setzen: „Die kulturelle Identität Europas endet nicht an den Grenzen der europäischen Gemeinschaft, sie umfaßt ganz Europa. Alle europäischen Völker haben Hervorragendes zur gemeinsamen europäischen Kultur beigetragen. Da wir die nationalstaatliche Einengung der europäischen Kultur überwunden haben, dürfen wir nicht neue, diesmal Systemgrenzen, akzeptieren." In diesem Sinne will sich Genscher auch in Budapest, wo er ab heute Gespräche mit seinem ungarischen Amtskollegen führt, für eine Einbindung auch der Länder des Warschauer Paktes in diese breitgefächerte kulturelle Zusammenarbeit einsetzen.

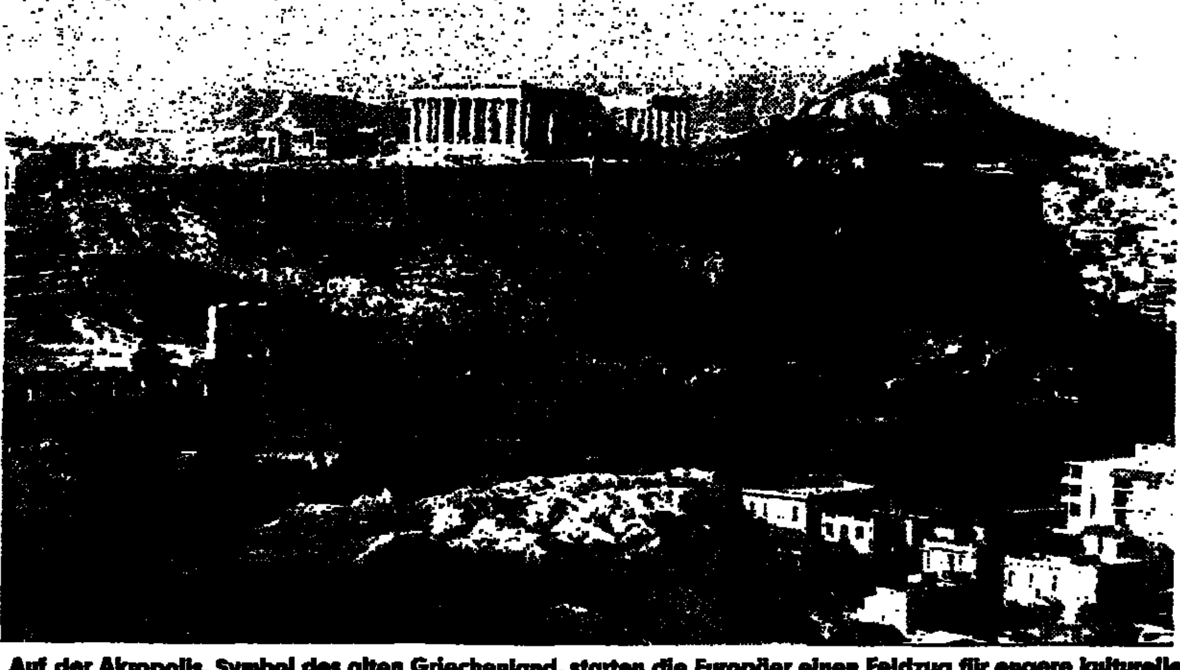
Wie ernst das Auswärtige Amt diese „Einheit in Vielfalt" nimmt, zeigt die Höhe des deutschen Beitrags: Knapp 1,4 Millionen Mark läßt sich Bonn die Entsendung beziehungsweise die Subventionierung von Orchestern, Theaterensembles und Künstlern nach Griechenland kosten. Genscher: „Wären die anderen Länder so vertreten wie wir, hätte alles eine andere Breite und Qualität."

Übertrieben ist diese Feststellung nicht: Neben der Troja-Ausstellung sind die Deutschen auch sonst überdurchschnittlich gut repräsentiert. Am Wochenende führte das Badische Staatstheater Karlsruhe Händels Oper „Xerxes" auf. Bis zum Ende des Sommers sind unter anderem Auftritte des Con-Brio Kammerorchesters aus München, eine Aufführung der „Orestie" von Aischylos und der „Drei Schwestern" von Tschechow durch die Berliner Schaubühne, sowie Auftritte des Residenz-Theaters München und des Münchener Theaters „Wächter" vorgesehen. Schließlich ist eine Ausstellung über den deutschen Expressionismus in der Nationalpinakothek geplant.

Doch nicht nur deutsche, sondern auch viele weltberühmte Namen und Ensembles werden Athens Kultursommer schmücken. Eingeleitet wurde das monatelange Spektakel mit Maurice Bejarts Ballett-Stück „Dionysos" im antiken Theater von Epidaurus. Es folgen unter anderem: Ingmar Bergman und Giorgio Strehler mit dem Piccolo Teatro di Milano, das Symphonie-Orchester von Washington mit Mstislaw Rostropowitsch, Leonard Bernstein und das Leningrader Kirov-Ballett, eine Rockoper aus der Sowjetunion und die Sängerin Miriam Makeba. Eine Reihe von Kongressen, darunter eine europäische Philosophenkonferenz, runden das Programm ab.

Eine unerwartete Absage erreichte die Griechen bereits am 2. Tag des Festes. Das New Yorker Philharmonieorchester sagte seine Konzerte für Montag und Dienstag ab. Die Absage wurde mit der Empfehlung des amerikanischen Außenministeriums begründet, den Flughafen Athen wegen erhöhter Gefahr von Terrorakten zunächst zu meiden. Die harte Politik hat die Kultur wieder eingeholt.

(SAD)



Auf der Akropolis, Symbol des alten Griechenland, starten die Europäer einen Feldzug für engere kulturelle Zusammenarbeit. FOTO: POLY PRESS

Die Gefangenen von Remagen: Erinnerung wird Mahnung

Es war Erinnerung an das Grauen der Kriegsgefangenschaft, aber es war auch – und vor allem – eine Mahnung zum Frieden: Bei Remagen trafen sich ehemalige Gefangene des amerikanischen Lagers „Goldene Meile".

Von EBERHARD NITSCHKE

Die Erinnerung ist für alle, die am Wochenende nach Remagen am Rhein gekommen sind, übermächtig. In der Feldflur mit dem Namen „Goldene Meile" außerhalb des romantischen Städtchens gab es von März bis September 1945 auf engstem Raum ein Kriegsgefangenenlager für etwa 300 000 deutsche Soldaten, die hier ohne Dach über dem Kopf unter unbeschreiblichen Bedingungen leben mußten. Viele starben. Vierzig Jahre danach kamen als Friedensaktion etwa tausend ehemalige Lagerinsassen in Remagen zusammen. Ihre wichtigste Aussage: „Wir tragen niemandem mehr etwas nach. Aber warum hat man unsere Geschichte noch nicht erzählt?"

Als die amerikanischen Truppen am 7. März 1945 über die intakt gebliebene Eisenbahnbrücke von Remagen den Rhein überschritten hatten und ins Ruhrgebiet und nach Osten vorstießen, machten sie innerhalb weniger Wochen so viele Gefangene, daß sie in Frontnähe nicht mehr unterzubringen waren. Mit Lastwagen wurden sie selbst aus dem Harz und aus dem gesamten Ruhrkessel in die Sammellager Andernach, Mainz-Bretzenheim und zur „Goldenen Meile" gebracht: dies ein Geviert von drei Quadratkilometern aufgewühlter nackter Erde hinter hohen Stacheldrahtverhauen, ohne sanitäre Einrichtung, ohne Wasser, mit absurder Lebensmittelversorgung, die nur mit den Wirren des Zusammenbruchs zu erklären ist.

Das Lager der 300 000, dessen tatsächliche Struktur sich mit einer Zeichnung auf der Unterseite einer Schublade in einem ehemals für Wachposten beschlagnahmten Haus von Karl Schneider in der Nachbarschaft erhalten hat, war in etwa 25 Flächen aufgeteilt. Jede war für 5000 bis 7000 Menschen gedacht. Da man ihnen bei der Einlieferung aus unbekannten Gründen alles bis auf die gerade getragene Bekleidung abgenommen hatte, wühlten sie sich mit bloßen Händen Höhlen in die Erde, die aber während der zahlreichen Regengüsse bei im Frühjahr eiskalten Temperaturen häufig zusammenbrachen und die Insassen verschütteten.

„Tausendschaftsführer" hatten an „Hundertschaftsführer", wenn einmal Nahrungsmittel geliefert wurden, diese aufzuteilen. Das bedeutete manchmal nichts, im besten Falle ein Kilo Brot pro Tag für 25 Leute, dazu je Mann ein Löffel Gries, Milchpulver oder Kaffee – ohne Wasser. Täglich fuhren morgens Lastwagen durch die Lagerstraße und holten die Toten der Nacht ab.

Vierzig Jahre danach wogt auf dem Gelände der „Goldenen Meile" das Getreide. Auf der neuen Straße von Remagen nach dem benachbarten Ort Kripp ziehen die Übriggebliebenen von damals, die der Ruf des Remagener Bürgermeisters Hanz Peter Kürten zur Zusammenkunft erreicht hat, nach einem gemeinsamen Gottesdienst zum frühren Lagergelände.

Mit dabei ist auch der frühere Lager-Dolmetscher Walter Jacob, der als Luftwaffensoldat in einer Flak-Stellung bei Mönchengladbach in Gefangenschaft geriet. Er ist heute 76 Jahre alt. Der gebürtige Berliner hatte vor dem Kriege als Chefmonteur in Frankreich und Algerien gearbeitet, seine Fremdsprachenkenntnisse haben ihm wahrscheinlich das Leben gerettet, dafür war er wahrscheinlich auch der Letzte, der aus der „Goldenen Meile" entlassen wurde. Im Juni 1945 übernahmen die Franzosen, in deren „Zone" es nun lag, das Lager von den Amerikanern.

Als unter religiösen Gesängen die Kunststoff-Plane von einem im Lager-Bereich neu aufgestellten Kreuz gezogen wurde, entfährt es einigen alten Herren: „Meine Güte, wenn wir so was damals gehabt hätten!" Schon der Besitz eines Konservenbüchsendeckels war – verbotenes – Privileg. Verwundete gaben ihre Gipsbeine damals der „Hundertschaft" ab, weil man daraus Dächer bauen konnte.

Eine einzige Möglichkeit existiert für die Ehemaligen der „Goldenen Meile", sich nach 40 Jahren noch im Gelände zu orientieren. Das einzige Haus weit und breit, in dem damals von bis heute unbekannt gebliebenen Soldaten die „Kommandantur" geführt wurde, steht noch.

Hier wohnt heute Frau Elli Baesgen, deren Foto einst um die Welt ging. Der Kriegsberichter Hilmar Pabel fotografierte sie als junges Mädchen, als man sie, die Front war noch weit vom Rhein entfernt, nach einem Bombenangriff auf Remagen aus den Trümmern eines zerstörten Hauses zog.

Warum gibt es auch einige Jüngere unter den meist recht zerfurchten Gestalten, die da am 22. Juni 1985 in einer Art Prozession über den Ort ihrer einstigen Leiden ziehen? Ein Kaufmann aus Düsseldorf erzählt: „Ich bin mit 14 Jahren 1945 Soldat geworden, weil die Hitler-Jugend uns anstiftete, das Geburtsdatum auf Einberufungsbescheiden zu fälschen. Es gab eine Menge solcher Kinder im Lager."

Mit einem davon nahm es ein tragisches Ende. Walther Schneider aus Remagen konnte aus dem Stacheldrahtgeviert sein Elternhaus sehen. Er verlor die Nerven, wollte den Stacheldraht übersteigen, und wurde dabei von Posten erschossen. Ein „Lagerkind" war auch der heutige Kölner Diözesan-Sekretär Johannes Stöber, der vor den Ehemaligen der „Goldenen Meile" eine Ansprache hielt.

Draußen im Foyer der neuen Versammlungshalle von Remagen, hart an der Grenze des früheren Lagergeländes, hat man in Vitrinen die Erinnerungsstücke von damals ausgestellt. Fetzen Papier sind dabei mit Tagebuchresten, Gedichte mit Titeln wie „Tal des Hungers und der Tränen", Zeichnungen vom Lageralltag, Fotos, an die man aus amerikanischen Archiven gekommen ist. Das wichtigste Überbleibsel aber ist die „Schwarze Madonna", die der Lagerinsasse Adolf Wamper, späterer Kunstprofessor in Essen und inzwischen gestorben, aus dem Lehm der von ihm gegrabenen Erdhöhle formte.

Bürgermeister Kürten hat die noch nicht einen Meter große Figur kürzlich in einem Pfarrhaus wiedergefunden und restaurieren lassen. Das Standbild soll in der Erinnerungskapelle Aufstellung finden, für die bereits schon rund 100 000 Mark Spenden eingingen. Kürten: „Es ist eine Friedensaktion, wie schon das Friedensmuseum in den Resten der Remagener Brücke."

Die Malaria bleibt ein gefährlicher Feind der Touristen

Millionen Touristen reisen jährlich in Gebiete, in denen nach wie vor die Malaria grassiert. Herkömmliche, vorbeugende Arzneimittel reichen für manche Regionen nicht mehr aus. Auf der Suche nach neuem Schutz zeichnen sich Erfolge ab.

Von LUDWIG KÜRTEN

Typhus, Cholera, Gelbfieber, Bilharziose und Hepatitis, vor allem jedoch die Malaria bedrohen nach wie vor den Reisenden. Besonders gefährlich ist vor allem die Malaria: Sie ist noch immer in fast allen tropischen Ländern der Erde verbreitet. Jedes Jahr werden dort etwa 200 Millionen Neuerkrankungen gemeldet. Alleine in Afrika sterben jedes Jahr mehr als eine Million Menschen an dieser Krankheit.

Der Reisende aus Europa kann sich dagegen schützen, denn die Prophylaxe gegen diese Krankheit ist verhältnismäßig einfach und billig. Man muß dazu lediglich während der Reise und noch sechs Wochen danach zweimal in der Woche zwei Tabletten schlucken, die Chloroquin („Resochin"), einen Abkömmling des Chinins, enthalten. Dieses Mittel besitzt kaum Nebenwirkungen. Wenn die Krankheit dagegen erst einmal ausgebrochen ist, wird es sehr viel unangenehmer: Die Behandlung, bei der hohe Dosen der Medikamente verabreicht werden müssen, ist langwierig und ist mit Nebenwirkungen für den Patienten verbunden. Wird die Krankheit nicht bald erkannt, kann der Patient sein Leben lang immer wieder von den Anfällen heimgesucht werden.

Während früher allgemein das Chloroquin als Medikament ausreichte, muß man heute in einigen Gebieten der Erde schwerere Geschütze auffahren, um einer Infektion vorzubeugen. Das liegt daran, daß sich inzwischen Stämme des Erregers gebildet haben, die gegen das Chloroquin resistent sind.

Man mußte deswegen eine neue Stoffklasse suchen, die gegen den Erreger der Malaria hilft. Sie fand sich schließlich in einer Mischung aus den Substanzen Pyrimethamin und Sulfadoxin („Fansidar"). In weiten Teilen Südamerikas, in Ostafrika (vor allem Kenia) und in ganz Südostasien gehört dieses Medikament heute ebenfalls in die Reiseapotheke, da dort Erreger vorkommen, die gegen Chloroquin resistent sind.

Allerdings ist das Fansidar nicht ganz ungefährlich. Es führt leicht zu Beschwerden im Verdauungstrakt und zu Kreislaufstörungen. In einigen wenigen Fällen löste es auch schwerste Nebenwirkungen aus, etwa Veränderungen des Blutes, der Organe sowie Hautreaktionen. Nachdem es sogar zu Todesfällen gekommen war, hat das Bundesgesundheitsamt (BGA) die Anwendung von Fansidar stark eingeschränkt.

Hinzu kam, daß viele Ärzte den Touristen Fansidar als einziges Mittel zur Malaria-Vorbeugung verschrieben. Diese häufige Verwendung führt jedoch dazu, daß in den jeweiligen Ländern die Resistenzen auch gegen diese neue Wirkstoffkombination geradezu herangezüchtet wurden. Tatsächlich gibt es bereits einige Regionen (vor allem in Kenia, daneben auch in Indonesien und den Philippinen), in denen Fansidar nicht mehr wirkt. Das BGA zog daraus die Konsequenz: Es schreibt inzwischen vor, daß Fansidar nur noch als Mittel der zweiten Wahl benutzt werden darf.

Alle Reisenden sollten demnach die normale Prophylaxe mit Chloroquin durchführen, aber Fansidar im Reisegepäck mitführen. Erst wenn während des Urlaubs plötzlich Fieber, verbunden mit starken Kopf- und Gliederschmerzen auftritt, empfiehlt die Gesundheitsbehörde, mehrere Tabletten zu nehmen. Auf jeden Fall muß jedoch schon während der Reise oder aber sofort danach ein tropenmedizinisch erfahrener Arzt aufgesucht werden.

Seit dem letzten Jahr gibt es ein drittes Präparat, das neben den beiden Wirkstoffen des Fansidar noch Mefloquin enthält („Fansimef"). Es wird aber nur noch zur Therapie benutzt, wenn sich die herkömmlichen Mittel als nicht mehr wirksam genug erweisen. Man will damit unbedingt neue Resistenzen vermeiden.

Ein völlig neuartiges Medikament haben jetzt Wissenschaftler des Walter-Reed-Institutes entdeckt. Sie gingen dabei Hinweisen von chinesischen Wissenschaftlern nach, die entdeckt hatten, daß das Beifußgewächs Artemisia annuac eine Substanz enthält, die gegen den Malaria-Erreger wirkt. Dieser Stoff, das „Artemisinin", enthält eine sogenannte Peroxid-Gruppe, die für Pflanzen ungewöhnlich ist. Diese macht den Stoff chemisch sehr aggressiv, so daß er den Parasiten zerstören kann.

Die größte Aussicht auf Erfolg aber verspricht ein Impfstoff gegen die Malaria. Amerikanische Wissenschaftler sind diesem Ziel in den letzten Monaten entscheidend näher gekommen. Es gelang ihnen, Moleküle zu isolieren, die sich in der Oberfläche eines bestimmten Stadiums des Erregers befinden. Diese sogenannten Sporozoiten werden beim Stich der Anopheles-Mücke in das Blut des Menschen übertragen. Mit gentechnischen Verfahren können die Antigene inzwischen in beliebiger Menge hergestellt werden. Man prüft zur Zeit, ob der Impfstoff in der Lage ist, im Körper des Menschen das Immunsystem gegen den Malaria-Erreger sensibel zu machen.

Die „DDR"-Kirche pocht bei der SED auf die Menschenrechte

Auf Greifswalder Kirchentag den Abbau von Defiziten bei individuellen Rechten gefordert

hrk./epd/dpa, **Greifswald**

Die evangelischen Kirchen in der „DDR" drängen im Vorfeld des 10. Jahrestages von Helsinki die SED, endlich mit den damaligen Zusagen auf Achtung der Menschenrechte und persönlichen Freiheiten ernst zu machen. Auf dem Greifswalder Kirchentag forderte der stellvertretende Kirchenbunds-Vorsitzende Manfred Stolpe (Ost-Berlin), „die in der DDR noch vorhandenen Defizite bei individuellen Rechten und Möglichkeiten schrittweise abzubauen".

Stolpe sprach vor rund 2000 Besuchern bei einem Forum „Recht und Frieden". An dem Laientreffen, das am Sonntag zu Ende ging, nahmen rund 10 000 Protestanten aus dem norddeutschen Raum teil. Stolpe, der zugleich als Konsistorialpräsident der höchste Beamte des Ostteils der Berlin-Brandenburgischen Kirche ist, sagte in der Greifswalder Marienkirche in seinem Rückblick auf die zehn Jahre nach der KSZE-Konferenz von Helsinki:

- In Anspielung auf die Übersiedlerwelle aus der „DDR" und die Probleme von Mitteldeutschen in der Bundesrepublik verwies Stolpe darauf, daß die „DDR zwar viele Recht verwirklicht hat, deren Wert erst der spürt, der sie nach leichtfertiger Auswanderung verliert". Aber ebenso sei die „DDR" in der „Gefahr, Ungerechtigkeiten zu schaffen oder zu erhalten".
- Als Beispiele führte Stolpe auf: „Jugendliche sind, bei sonst gleichen Rechten, in ihren Reisemöglichkeiten schlechter dran als Rentner."
- Frauen würden in Beruf und Haushalt „doppelt belastet", die Art der Behandlung älterer Mitbürger laufe Gefahr, sie zum „Betreuungsobjekt" zu machen.
- Eine Frage sei auch, meinte Stolpe, „wie mit Menschen mit abweichenden Meinungen, unbequemen Fragen oder direkter Kritik sowohl in der Kirche als auch in der Gesellschaft" umgegangen werde. „Sie werden schnell in die Ecke gestellt." Daran schloß Stolpe die Frage an: „Wird genug getan, andere Meinungen als ernste Anliegen wirklich zu hören und zu verarbeiten?"
- Der Kirchenrepräsentant bezeichnete die Menschenrechte für das Zusammenleben als von „elementarer Bedeutung". So könne auch der „Umgang mit abweichenden Meinungen innerhalb eines Staates Mißtrauen oder Vertrauen bei anderen Staaten wecken".

Zugleich wandte sich Stolpe – darin mit der offiziellen Ostberliner Politik in Übereinstimmung – energisch gegen die Vorstellung, „Entspannungspolitik auf der Erde und Konfrontation im Kosmos" seien miteinander „vereinbar". Er machte sich dabei die auch von SED-Funktionären im vertraulichen deutsch-deutschen Dialog mehrfach geäußerte These zu eigen, der Abbau von Defiziten bei den individuellen Rechten sei „auch vom Fortschritt im Entspannungsprozeß abhängig". Weitere Rüstungsanstrengungen, vor allem im Weltraum, würden die Entspannungsergebnisse der vergangenen zehn Jahre gefährden.

Stolpes Äußerungen greifen das seit Jahren in der evangelischen Kirche behandelte Thema der unveräußerlichen Rechte des einzelnen in der Gesellschaft erneut auf. Mehrfach hatten prominente „DDR"-Protestanten – unter ihnen der langjährige Kirchenbunds-Vorsitzende Albrecht Schönherr – an die SED appelliert, den „Helsinki-Kurs" fortzusetzen. Dabei erneuerte die Kirche regelmäßig die Forderung nach mehr Freizügigkeit, vor allem im innerdeutschen Reiseverkehr.

Auch der Gründe und Begleitumstände der Übersiedler-Welle hatte sich die Kirche angenommen und auf verschiedenen Synoden um eine grundsätzliche Analyse der Probleme gebeten. Offenkundig liegt dieses Papier aber noch nicht vor.

Erst im Mai waren führende Kirchenvertreter der Arbeitsgruppe „Menschenrechte" beim Kirchenbund mit Kirchen-Staatssekretär Klaus Gysi (SED) zusammengetroffen. Bei diesem Gespräch traten die Meinungsverschiedenheiten zwischen Kirche und Staatspartei in diesem Punkt abermals offen zutage. Die SED bestreitet nach wie vor die Existenz von nicht an die politische Gesellschaftsform gebundenen Menschenrechten und agitiert vor allem gegen sogenannte „bürgerliche Menschenrechts-Definitionen".

‚Planung und Markt pragmatisch sehen'

Brandt beschreibt Standort der SPD in der Wirtschaftspolitik / Partei der „Entspannung"

W. WESSENDORF, **Bremen**

„Wenn wir 1987 das Mandat erhalten, dann werden wir alles dransetzen, die Atomwaffen auf deutschem Boden wegzuverhandeln und den Krieg der Sterne abwenden zu helfen", sagte der SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt am Wochenende auf einem außerordentlichen Parteitag der Bremer Sozialdemokraten, der sich mit der Fortschreibung des Godesberger Programms beschäftigte. Brandt, der zur Verabschiedung Koschnicks nach Bremen gekommen war, meinte, die SPD sei nach Jahren des Zweifels wieder eindeutig eine Partei des Friedens, der Entspannung und der Abrüstung.

Mittlerweile herrsche große Eintracht unter den europäischen Schwesterparteien, daß das Ringen um Entspannung wiederaufgenommen werden müsse, daß der Militarisierung des Weltraums ebenso energisch zu wehren, daß mit der Selbstbehauptung Europas ernst gemacht werden müsse. Es sei gut zu wissen, daß die SPD mit einer entschieden europäischen Option international nicht allein stehe, sondern bei den wichtigsten westlichen Nachbarn auf Zustimmung rechnen könne.

Dann wandte sich der Vorsitzende der Innenpolitik zu: Die unzweideutige Ablehnung des von der Bonner Mehrheit betriebenen Sozialabbaus und der Beschneidung von Arbeitnehmerrechten, die Kampagne für Arbeitszeitverkürzung hätten den Schulterschluß zu den Gewerkschaften erneuert. Das sei nötig gewesen um klarzumachen, daß die sozialdemokratische Vorstellung von der gerechten Verteilung unabweisbarer Lasten und Opfer eine andere sei als die christlich-demokratische und parteiliberale.

„Veränderte Ansichten und Bereitschaften haben es möglich gemacht", fuhr Brandt in seiner Rede fort, „in Sachen Arbeit und Umwelt eine neue Seite aufzuschlagen". Die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen werde nicht länger verharmlost, Versicherung der natürlichen Lebensgrundlagen die ihr gemäße fundamentale Bedeutung beigemessen.

Nicht zur Disposition steht nach Brandts Worten das Bekenntnis zur Demokratie und zum Staat des Grundgesetzes; zum demokratischen Sozialismus als einer dauernden Aufgabe; zur Volkspartei, die in der Tradition der Arbeiterbewegung stehe. Der SPD-Vorsitzende: „Auch nicht die Anerkennung des Marktes als eines der wichtigsten Mittel für die Wirtschaft einer Industriegesellschaft. Es sollte für uns dabei bleiben, daß Planung und Markt der Gesellschaftung und freie Unternehmensentscheidung Mittel sind, denen sich der demokratische Sozialismus zur Erreichung seiner Ziele pragmatisch bedienen kann und muß".

Nach Brandts Ankündigung soll über den überarbeiteten Entwurf zur Fortschreibung des Godesberger Programms auf einem ordentlichen oder außerordentlichen Parteitag 1988 abschließend befunden werden.

„Kieler Woche": „Brücke zwischen den Völkern"

dpa, **Kiel**

Bundestagspräsident Philipp Jenninger würdigte am Samstag abend bei der Eröffnung der „Kieler Woche" die völkerverbindende Kraft des mehr als 100 Jahre alten Stadtfestes. Dieses sei sichtbarer Ausdruck des Wunsches, mit den Nachbarn Skandinaviens sowie mit den Ostsee-Anrainern „DDR", Polen und Sowjetunion gute und friedliche Beziehungen zu unterhalten. Ereignisse wie die „Kieler Woche" belegten eindrucksvoll die Brückenfunktion Schleswig-Holsteins. Die bevorstehende Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags zwischen Kiel und Gdingen würdigte der Politiker als Beispiel für das Ziel, Gespräche über die Grenzen hinweg, Begegnung zwischen den Menschen und Verständigung unter den Völkern zu suchen.

An den traditionellen Segelregatten der „Kieler Woche" beteiligen sich bis zum 30. Juni 3000 Segler mit mehr als 1300 Booten aus 31 Nationen. Bereits vor der offiziellen Eröffnung sind am Samstag 250 Hochseegelyachten zur traditionellen „Aalregatta" nach Eckernförde gestartet. Gestern liefen rund 1000 weitere Boote aus etwa 30 Nationen zu den Dreiecks-Regatten auf der Außenförde aus.

Die „Kieler Woche" steht unter dem Motto „Musik – Brücke zwischen den Völkern". 6000 Musiker, Sänger und Tänzer werden sich an der Veranstaltung beteiligen. Zum Kulturprogramm gehört auch die deutsche Erstaufführung von Rolf Hochhuths Trauerspiel „Judith". Prominentester Gast des Stadtfestes ist heute und morgen Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

„DDR": Verpflichtung der Kinder zur Armee

hrk. **Berlin**

In der „DDR" müssen sich jetzt schon zwölfjährige Schüler, die die weiterführende Oberschule besuchen wollen, zu einem dreijährigen oder längeren Wehrdienst in der Volksarmee verpflichten. Das wurde jetzt aus Kirchenkreisen bekannt. Obwohl ohne jede Rechtswirksamkeit, scheuen sich viele Eltern, die Verpflichtung ihrer Kinder mit Rücksicht auf die eigene Lage zurückzunehmen oder gegen diese Methoden zu protestieren.

Dieser Tatbestand gewinnt vor allem vor dem Hintergrund eines neuen SED-Politbürobeschlusses Gewicht, mit dem eine neue, noch intensivere Stufe der Wehrerziehung in den Schulen gefordert wird. Generaloberst Heinz Keßler, Chef der politischen Hauptverwaltung der Volksarmee, berichtete darüber vor dem SED-Zentralkomitee. Keßler, ein Vertrauter von Staats- und Parteichef Erich Honecker, gilt neben Heinz Stechbarth, dem Chef der Landesstreitkräfte, als möglicher Nachfolger von Verteidigungsminister Heinz Hoffmannn.

In dem Beschluß wird die sozialistische Wehrerziehung zum „gesamtgesellschaftlichen Anliegen" erhoben. Hierbei sei besonderer Wert auf die „allseitige Vorbereitung der Jugend auf den Wehrdienst" zu legen. Der bisher auch in der „DDR" öffentlich nicht bekannte Beschluß verpflichtet die poiltische und militärische Führung, „noch aktiver daran mitzuwirken und fordert von den territorialen Organen, die höheren Maßstäbe für die Vorbereitung auf den Wehrdienst und die Wehrbereitschaft der Reservisten zu beachten".

Scheidungsrecht – die ärgsten Löcher gestopft, aber viele Wünsche bleiben

Von BENNO ERHARD

Wenn ein Ehegatte die Scheidung gegen den Willen des anderen erzwingen kann, kommt den Ehescheidungsfolgen eine zentrale Bedeutung zu. Das hat auch der Deutsche Bundestag in den Beratungen der 1977 in Kraft getretenen Eherechtsreform durchaus gesehen. Er hat daher viele Vorschriften über die Rechtsfolgen der Scheidung erlassen. Gemeinsame Kinder sollen dort sein, wo es für sie am besten ist. Der wirtschaftlich Schwächere soll Unterhalt erhalten, und die während der Ehe erworbenen Versorgungsanwartschaften sollen hälftig zwischen beiden Eheleuten aufgeteilt werden (Versorgungsausgleich).

Das Bundesverfassungsgericht hat sowohl im Bereich des Unterhaltsrechts als auch beim Versorgungsausgleich einige der Neuregelungen für verfassungswidrig erklärt oder deswegen beanstandet, weil durch sie verfassungswidrige Zustände entstünden. So darf beispielsweise nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts die schlimmste Bosheit nicht auch noch mit einem Unterhaltsanspruch belohnt werden, nur deshalb, weil ein gemeinsames Kind versorgt wird.

Der Ausgleich von Versorgungsanwartschaften, für den Ausgleichspflichtigen häufig mit kurzfristig an die Rentenversicherung zu entrichtenden hohen Zahlungsverpflichtungen verbunden, darf nach Meinung des Bundesverfassungsgerichts nicht zur schwersten wirtschaftlichen Belastung im Zusammenhang mit der Scheidung führen.

Mit Recht hat deshalb die Koalition aus CDU/CSU und FDP vereinbart, das Scheidungsfolgenrecht mit dem Ziel zu ändern, verfassungswidrige Zustände zu beseitigen und den Gerichten die Möglichkeit einzuräumen, gerechtere Entscheidungen zu finden. Es soll vermieden werden, daß die Rechtsordnung selbst für den böswillig handelnden Ehepartner auch noch eine Prämie gewährt.

Durch die jetzt vorgesehenen geringfügigen Veränderungen soll die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes im Gesetz festgeschrieben und den Gerichten Mut zur weiteren Konkretisierung gemacht werden. Eine nicht ehebedingte Arbeitslosigkeit des einen geschiedenen Ehegatten soll nicht auf Dauer zu Unterhaltsverpflichtungen des anderen Ehegatten führen und damit zu einer vermeintlichen Folge der Ehe umfunktioniert werden. Wenn die Begrenzung von Ansprüchen auch sinnvoll erscheint und daher ermöglicht werden soll, so muß doch festgehalten werden, daß das größte Ärgernis nach einer Scheidung durch die jetzigen Änderungen weder eingegrenzt noch ausgeräumt werden soll. Es bleibt bei der mittelbaren Besserstellung eheähnlicher Gemeinschaften, während doch die Vorschrift des Artikels 6 GG eine Meistbegünstigung von Ehe und Familie gebietet und nicht deren Benachteiligung. Ich meine, der wirtschaftlich Stärkere dürfte und sollte nicht verpflichtet sein, die Verbindung seines früheren Ehegatten mit einem neuen Partner finanzieren zu müssen, und das zumeist noch auf Dauer. Eine Änderung in diesem Punkt ist in der jetzigen Koalition nicht durchsetzbar.

Im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hat der Deutsche Bundestag 1982/83 das Härteregelungsgesetz beschlossen. Dieses Gesetz ist befristet bis zum 31. 12. 1986. Diese Befristung erschien 1982 ausreichend, weil die Probleme bekannt waren und eine Verständigung über ihre Lösung innerhalb einer so langen Zeit möglich erschien. Nunmehr ist nur noch daran gedacht, die Befristung des Härteregelungsgesetzes aufzuheben und die brennendsten Probleme zusätzlich zu regeln.



Staatssekretär Erhard: Reform an Haupt und Gliedern
FOTO: J. DARCHINGER

Bei vielen Ehescheidungen können Anwartschaften auf Betriebsrenten, Zusatzrenten und ähnliche Versorgungsansprüche nach geltendem Recht nicht ausgeglichen werden. Der Anspruchsberechtigte erhält keinen unmittelbaren Anspruch gegen den Versicherungsträger. Es bleibt nur ein Anspruch gegen den geschiedenen Ehegatten (schuldrechtlicher Versorgungsausgleich). Stirbt dieser, geht dieser Versorgungsanspruch unter. Durch die Neuregelung soll in Fällen dieser Art der Anspruchsberechtigte einen unmittelbaren Anspruch gegen den Versicherungsträger erhalten. Die sogenannten geschiedenen Witwen sind in der Regel die Berechtigten.

Da die Entscheidungen über den Versorgungsausgleich in den allermeisten Fällen 20 bis 30 Jahre vor Eintritt in das Rentenalter der Eheleute getroffen werden, können sich die der Entscheidung zugrunde gelegten Erwartungen verändern, beispielsweise durch gesetzliche Neuregelungen, durch Tarifverträge oder durch sonstige nicht vorhersehbare tiefgreifende Veränderungen. Dadurch sind schon heute zahlreiche Entscheidungen über die Höhe des Versorgungsausgleichs falsch geworden. Man denke auch an einen Rentenanspruch, der bei der Scheidung als unverfallbar angesehen wurde, aber später doch verfällt, oder an eine Anwartschaft, die verfallbar war und nun unverfallbar ist. In all diesen Fällen muß eine Anpassungsmöglichkeit eröffnet werden, und dies ist beabsichtigt.

Mit den vorgestellten Änderungen werden die ärgsten Löcher im System des Versorgungsausgleichs gestopft, schwerlich aber alle Wünsche befriedigt. So werden Frührentner und Frühpensionäre weiter über die unverhältnismäßige, weil bereits mit dem frühen Versorgungsfall einsetzende Kürzung ihrer Versorgung murren. Statisch oder teildynamisch Versicherten werden die fragwürdigen Geheimnisse der Barwertverordnung auch fürderhin unerschlossen bleiben. Ruheständler, deren geschiedene Ehefrauen erst nach mehr als 2jährigem Rentenbezug vorversterben, werden sich nach wie vor über die fortdauernde Kürzung ihrer Bezüge erregen. Und geschiedene Ehefrauen, nach dem Tod ihres geschiedenen Ehemannes ohne Unterhalt, ohne Arbeit und – dank Eherechtsreform – auch ohne Geschiedenenwitwenrente, werden wohl auch künftig nicht den Vorteil einer eigenständigen Versorgung begreifen, die sie bis zum Erreichen des Rentenalters auf die Sozialhilfe verweist. All diesen Betroffenen bleibt die Hoffnung auf die unverändert notwendige Reform des Versorgungsausgleichs an Haupt und Gliedern, für die es derzeit am politischen Willen mangelt. Vielleicht bleibt den Betroffenen aber auch die bittere Erkenntnis, daß hochfahrende Ideale, wie sie an der Wiege des Versorgungsausgleichs Pate standen, zwar löblich, der Wohlfahrt der Betroffenen in der Praxis aber deshalb noch lange nicht dienlich sind.

Benno Erhard (CDU) ist parlamentarischer Staatssekretär im Bundesjustizministerium.

Streit in der bayerischen FDP beigelegt

lz. **Bayreuth**

Die bayerischen Liberalen, bei der letzten Landtagswahl unmittelbar nach dem Koalitionswechsel in Bonn mit nur 3,5 Prozent gescheitert, haben wieder Tritt gefaßt. Die Rückkehr in das Landesparlament sei das wichtigste Ziel, die Chancen dafür stünden günstig, erklärte der erst 37jährige Landesvorsitzende Manfred Brunner am Wochenende auf dem Parteitag der bayerischen FDP im oberfränkischen Bayreuth. Vielen Bürgern, so Brunner, sei das Münchner Zwei-Parteien-Parlament zu steril geworden, zudem profitiere auch Bayerns FDP vom „allgemeinen unübersehbaren Aufschwung" der Bundespartei, die nach jüngsten Umfragen bei neun Prozent liegt.

Das wohl wichtigste Kapital für einen erfolgreichen Landtagswahlkampf, den Brunner in Bayreuth bereits für eröffnet erklärte, ist die wiedergewonnene Eintracht. Der heftige Streit, der sich nach dem Wechsel in Bonn zwischen Brunner, der sich schon frühzeitig für ein Bündnis zwischen FDP und Union ausgesprochen hatte, und der Wende-Gegnerin Hildegard Hamm-Brücher entzündet hatte, wurde am Wochenende öffentlich beigelegt.

Mit großem Beifall quittierten die knapp 400 Delegierten die überraschende Aufforderung von Frau Hamm-Brücher, die ganze Partei sei aufgerufen, die Außenpolitik von Hans-Dietrich Genscher zu unterstützen. Der Lohn für dieses Genscher-Lob blieb nicht aus: Mit 331 Stimmen wurde sie zur zweiten Beisitzerin gewählt und erreichte damit ein besseres Ergebnis als Brunner, der mit 298 von 392 Stimmen im Amt des Landesvorsitzenden bestätigt wurde.

„Ich bin froh über diese Entwicklung", kommentierte Brunner gegenüber der WELT die neue Einbindung von Frau Hamm-Brücher in den bayerischen Landesverband. „Jetzt können wir uns voll auf den Wahlkampf konzentrieren."

Unklar ist jedoch noch, ob Hildegard Hamm-Brücher für den Landtag kandidieren wird oder nochmals eine Legislaturperiode in Bonn absolvieren will. Entsprechende Fragen wehrt sie ab: „Ich will noch mit den Kindern und meinem Mann sprechen."

Blüm fordert ein neues Ethos der Freiwilligkeit

Weizsäcker nennt DRK ein Symbol der Menschlichkeit

PETER SCHMALZ, **Augsburg**

Das Deutsche Rote Kreuz sieht sich in unruhigem Fahrwasser: An der Afrikahilfe wurde bissige Kritik geübt, der Blutspendedienst gerät immer wieder als Millionengeschäft in die Schlagzeilen, und die Spenden fließen auch für die Hilfsorganisationen magerer, seit die Steuerfahnder hinter den Parteispenden herjagen. Da wirkte es wie ein Wundpflaster, als Bundespräsident Richard von Weizsäcker am Samstag zum Abschluß der 35. DRK-Bundesversammlung in Augsburg meinte, das Rote Kreuz sei ein „unersetzlicher Hoffnungsträger in unserer Zeit", ja, es sei in seinen 120 Jahren zum Symbol der Hoffnung, der Menschlichkeit und der weltweiten Verständigung geworden.

Ausdrücklich unterstützte das Staatsoberhaupt die Afrikahilfe. Noch kein Mensch sei im Moment seines Todeskampfes dadurch gerettet worden, daß er den Grund erfährt, warum er in diese Lage gekommen ist, meinte von Weizsäcker zu der verbreiteten Ansicht, anstelle von Soforthilfe sollten die Ursachen erforscht werden, die zu der Notsituation geführt haben. „Mögliche Hilfe durch scharfsinnige Analysen zu ersetzen grenzt an unmenschlichen Zynismus", sagte der Bundespräsident dazu.

„Wir arbeiten mit gläsernen Taschen", beteuerte der in seinem Amt bestätigte DRK-Präsident Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein und erläuterte die DRK-Hilfe mit einer Reihe von Zahlen. Demnach leistete das DRK im vergangenen Jahr für knapp 67 Millionen Mark Katastrophenhilfe im Ausland, davon allein für 45 Millionen in 25 afrikanischen Ländern.

Der „Tag für Afrika" brachte dem Roten Kreuz 20 Millionen Mark, von denen 11,6 Millionen in die Soforthilfe geflossen sind, 8,6 Millionen Mark gelten als „noch verfügbare ungebundene Mittel". Unabhängig davon plant die Hilfsorganisation in den Dürregebieten mittel- und langfristige Programme für über 15 Millionen Mark.

Die nach Afrika gerichtete Aufmerksamkeit der Medien ließ eine andere Hilfsaktion in den Hintergrund treten, obwohl sie weiterhin mit erheblichem Einsatz läuft: Im vergangenen Jahr transportierte das DRK Hilfsgüter im Wert von 14 Millionen Mark in die Volksrepublik Polen, womit die seit 1981 geleistete Polenhilfe auf insgesamt 73 Millionen Mark gestiegen ist.

Ein heikles Thema sprach Bundesarbeitsminister Norbert Blüm als Gastredner in Augsburg an: Er forderte ein „neues Ethos der Freiwilligkeit" und warnte, soziale Leistungen allein den Profis zu überlassen, wodurch wichtige Werte wie Nächstenliebe und Spontaneität verlorengingen. Deshalb müsse die ehrenamtliche Tätigkeit wieder aufgewertet werden.

Das Prinzip der freiwilligen Leistung ist die wichtigste Stütze der DRK-Arbeit, die mit 3,6 Millionen fördernden Mitgliedern und 440 000 freiwilligen Helfern (mit noch immer leicht steigender Tendenz) zwar noch sehr tragfähig erscheint, doch besonders bei der Jugend stößt der Appell zum persönlichen Opfer für den Dienst am Nächsten zunehmend auf taube Ohren.

Das „Milieu freiwilliger Tätigkeit", so der Augsburger Kongreß, sei sowohl in der Gesellschaft wie in der DRK-Organisation von Gefahren bedroht. Es sei daher unerläßlich, „sowohl für die Gesellschaft als auch für das Rote Kreuz Inhalt, Formen und Einsatzmöglichkeiten freiwilliger Mitarbeit zu erhalten und zu entwikkeln, wenn nicht angesichts des sich immer weiter ausbreitenden professionalisierten Dienstleistungsgedankens und des gewinnanimierten Strebens schwere Gefährdungen des Gemeinschaftslebens und existentielle Problemstellungen für das Rote Kreuz entstehen sollen".

Gewährleistet aber wird im DRK weiterhin ein pfleglicher Umgang mit den Spenden: Von jeder Spendermark, so der DRK-Präsident, fließen weniger als fünf Pfennig in die Verwaltung.

Bestechungsverdacht zurückgewiesen

dpa, **Hamburg**

Der in einem Bericht des Magazins „Der Spiegel" geäußerte Verdacht, die pharmazeutische Industrie in der Bundesrepublik Deutschland habe Politiker und Beamte bestochen, wurde von einem Sprecher des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, Hans-Joachim Cramer, zurückgewiesen. Die Branche unterstütze Parteien in ihren Wahlkämpfen durch Spenden, der Verband könne sich aber nicht vorstellen, daß „Schmiergelder" gezahlt worden seien, um eine industriefreundliche Arzneimittelgesetzgebung zu erreichen. Nach Angaben des „Spiegel" waren Beweise für Zahlungen an Politiker im Bankschließfach des rheinland-pfälzischen FDP-Landesvorsitzenden Hans-Otto Scholl gefunden worden, der im Verdacht steht, im Dezember 1984 ein Juwelengeschäft in Baden-Baden überfallen zu haben. „Wir sind nicht in der Lage zu beurteilen, was Scholl alles getrieben hat", sagte Cramer. Scholl war vor mehr als fünf Jahren als Hauptgeschäftsführer des Verbandes zurückgetreten. Die Größenordnung der Spenden seiner Branche für Politiker und Parteien bezifferte Cramer auf rund 120 000 Mark jährlich.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Verjüngungskur leitet eine neue Ära ein

Spöri und Maurer in der Südwest-SPD auf dem Sprung

XING-HU KUO, **Stuttgart**

Erhard Eppler genoß den glanzvollen Auftritt. Die 320 Delegierten des dreitägigen Landesparteitages der baden-württembergischen SPD vor einer Woche in Waiblingen gewährten nur ihm stehende Ovationen und stürmischen, minutenlangen Beifall. Dieses Comeback für den ehemaligen langjährigen streitbaren und streitsüchtigen Landesvorsitzenden galt doch einem Mann, der von 1980 an wegen schlechter Wahlergebnisse, Querelen innerhalb des Landesverbandes, Krach mit dem damaligen Bundeskanzler und Genossen Helmut Schmidt mehr oder weniger freiwillig den undankbaren Job in der Südwest-SPD quittierte.

Vor diesem glänzenden Rhetoriker mußte in Waiblingen sein noch erfolgloserer Nachfolger Ulrich Lang verblassen. Der Parteitag machte deutlich, daß jetzt eine neue Ära begonnen hat. Sowohl inhaltlich als auch personell zeichnen sich für die nächsten Jahre Veränderungen deutlich ab. Ähnlich wie in vielen anderen Landesverbänden der SPD wird die Verjüngungskur auch im Südwesten fortgesetzt, die „Enkel" um die 40 kommen jetzt zum Zuge.

Lang wurde zwar für die nächsten zwei Jahre als Landesvorsitzender wiedergewählt, mit erheblich schlechteren Ergebnissen als vor zwei Jahren, aber sein Rückzug auf Raten ist kaum noch aufzuhalten. Der Lehrer aus Michelsbach erkennt seine Schwächen offenbar selbst, wie er gleich zu Anfang des Parteitages offen zugab. Er sei eben, im Gegensatz etwa zu seinem politischen Hauptkonkurrenten Lothar Späth (CDU), kein „Volkstribun".

Möglicherweise entspreche er auch nicht den Erwartungen der Medien, räsonierte Lang. Und er machte deutlich, daß er 1988 bei der nächsten Landtagswahl nicht mehr als Spitzenkandidat zur Verfügung stehen werde. Dieser freiwillige Verzicht ist von vielen SPD-Genossen mit Erleichterung und Respekt aufgenommen worden: Genosse Lang „klebt nicht auf seinem Sessel", war anerkennend zu hören.

Zwei mögliche Spitzenkandidaten wurden immer häufiger für die Landtagswahl 1988 genannt: der Heilbronner Bundestagsabgeordnete Dieter Spöri (42) und der stellvertretende Landesvorsitzende Ulrich Maurer, mit 36 Jahren gerade erst aus dem Juso-Alter geschlüpft. Ein Indiz für ihre künftige Rolle an der Spitze der baden-württembergischen SPD ist die Tatsache, daß beide an dem neuen Strategiepapier „Arbeit und Umwelt" maßgeblich mitgearbeitet haben und diese künftige Grundsatzrichtung der SPD gemeinsam sowohl der Presse als auch dem Parteitag vorstellen durften.

Spöri, der Wirtschaftsexperte, habe vor allem in der Parteispendenaffäre in Bonn sich profilieren können. Allerdings fehlten ihm landespolitische Erfahrungen, heißt es. Maurer, der Umweltexperte und Jurist, weist dieses landespolitische Defizit nicht auf. Im Gegenteil, als von vornherein aussichtsloser Gegenkandidat bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart vor einigen Jahren errang er auf Anhieb achtbare 25 Prozent gegen Amtsinhaber Manfred Rommel von der CDU. Deshalb werden auch Maurer Chancen eingeräumt, die Lang-Nachfolge anzutreten.

Das neue, einstimmig verabschiedete Papier „Arbeit und Umwelt" ist möglicherweise entscheidend für die Frage, ob es den Sozialdemokraten aus Baden-Württemberg gelingt, etwa 1987 bei der Bundestagswahl spürbar mehr als die üblichen 30 Prozent der Wählerstimmen zu bekommen. Denn diese Wahl wird, so Ulrich Lang, „im Süden der Bundesrepublik" entschieden. Die guten Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen nützen wenig, wenn in Bayern und Baden-Württemberg das SPD-Tief nicht in ein Hoch geändert werden könne.

Das neue Strategiepapier enthält Positionen, die von den radikalen Vorstellungen etwa der Jungsozialisten oder der Feministinnen in der SPD scharf kritisiert werden: ein klares Bekenntnis zu modernen Technologien, im wesentlichen sogar auf marktwirtschaftlicher Grundlage. Allerdings soll die umweltpolitische Komponente dabei einen genauso wichtigen Stellenwert bekommen wie die ökonomische.

Hupka begründet Forderung nach „Destabilisierung"

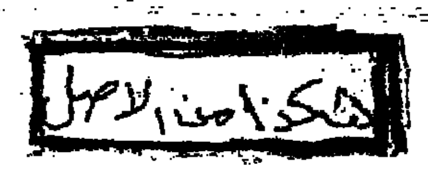
WERNER KAHL, **Bonn**

Die Befürchtung, daß durch die Politik des Westens die Gewaltregime im Osten gestärkt würden, kam auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU zum Ausdruck. Der wiedergewählte Bundesvorsitzende, der CDU-Abgeordnete Herbert Hupka, sagte, die Bundesregierung dürfe nicht dazu beitragen, daß diese Regime „zementiert" würden.

In diesem Zusammenhang sprach sich Hupka, der auch Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien ist, für eine „Destabilisierung, moralisch, rechtlich und politisch, aber nicht etwa mit Gewalt", aus. Der Zustand, in dem sich „Mittel- und Ostdeutschland sowie Osteuropa befinden", müsse „in Frage gestellt werden", auch wenn die SPD und „teilweise die FDP" weiterhin für die Stabilisierung seien, betonte Hupka. Es sei zu befürchten, daß sich die Appeasementpolitik der 30er Jahre wiederhole.

Kritik an der Außenpolitik der Bundesregierung kleidete Hupka in die Worte: „Diplomatische Methoden ohne den Scheinwerfer der Öffentlichkeit mögen in Ordnung gehen, sie reichen aber nicht, will man etwas zum Besseren verändern." Es sei zum Beispiel nicht „hilfreich" gewesen, daß das Auswärtige Amt keinen Protest gegen die Rede des polnischen Staatschefs Jaruzelski am 7. Mai in Breslau eingelegt habe. „Wider die Wahrheit" habe Jaruzelski behauptet, es existiere keine deutsche Volksgruppe in Polen und das Problem der Ausreise sei inzwischen erledigt.

Der Vorsitzende des Innerdeutschen Ausschusses des Bundestages, Reddemann, erklärte in der Diskussion, zur Politik von Hans-Dietrich Genscher hätte er „viel zu sagen". Reddemann beließ es jedoch bei dem Hinweis, der einstige „Architekt der SPD/FDP-Koalition" sei heute für die CDU/CSU-Außenpolitik gewiß „problematisch". „Das haben wir aber 1982 gewußt." Im Bereich der „DDR"-Politik könne er sich nicht über Genscher beklagen, fügte Reddemann hinzu. „Was seine Heimat Halle an der Saale betrifft, ist er ein Patriot. Bei Breslau bin ich mir nicht so sicher."



Die KPI sträubt sich nicht mehr gegen Cossiga

Er gilt als Favorit für das Amt des Präsidenten Italiens

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Heute nachmittag treten 1010 italienische Parlamentarier und Vertreter der Regionen zur Wahl des neuen Staatspräsidenten zusammen. Auf Grund der in den letzten Tagen geführten vorbereitenden Gespräche unter den Parteien des „Verfassungsbogens" (Regierungsparteien und Kommunisten) werden dem christdemokratischen Senatspräsidenten Francesco Cossiga große Chancen gegeben, schon im ersten Wahlgang mit Zweidrittelmehrheit zum Nachfolger des fast 89jährigen Sozialisten Sandro Pertini gewählt zu werden. Selbst die Kommunisten scheinen bereit zu sein, für den 57jährigen ehemaligen Ministerpräsidenten aus Sardinien zu stimmen.

Ursprünglich hatte die KPI auf die Wiederwahl Pertinis gesetzt – ersatzweise auf die Wahl eines betont links orientierten Democrazia Cristiana (DC). Als sie jedoch erkennen mußte, daß ihre Vorzugskandidaten angesichts der in der DC und im gesamten Regierungslager dominierenden Pro-Cossiga-Stimmung keine reelle Chance hatten, änderte sie ihre Taktik, um nicht ins Abseits zu geraten.

Wenn in den letzten Stunden vor Beginn der Wahl nichts Unvorhergesehenes mehr geschieht, kann nach der am Sonntag in politischen Kreisen Roms fast einstimmig vertretenen Ansicht der Erfolg Cossigas als sicher gelten. Dieser Erfolg wäre zweifellos auch ein Erfolg des christdemokratischen Parteisekretärs De Mita, der die Sondierungsgespräche dirigiert hat.

Ihm lag dabei vor allem daran, eine Wiederholung der Vorgänge vergangener Staatspräsidentenwahlen zu vermeiden, als offizielle Kandidaten der DC auf Grund ihrer Uneinigkeit unter den Christdemokraten selbst und im Regierungslager scheiterten. Die Wahl wurde dann schließlich entscheidend von den Kommunisten – einmal auch von den Neofaschisten – beeinflußt.

De Mita vergatterte zunächst seine eigene Partei auf das Prinzip, den von den Parteigremien noch auszuwählenden Kandidaten geschlossen zu unterstützen. Dann holte er sich von den Koalitionspartnern der Democrazia Cristiana die Zusage, für diesen Kandidaten zu stimmen. Da die Koalition in der Wahlversammlung über die absolute Mehrheit verfügt, war damit dessen Wahl vom vierten Wahlgang an, wenn keine Zweidrittelmehrheit mehr erforderlich ist, theoretisch schon gesichert.

Die KPI stellte er schließlich vor die Frage, ob sie mit ihren für die Zweidrittelmehrheit unverzichtbaren Stimmen die Wahl in den ersten drei Wahlgängen mitentscheiden oder zusehen wolle, wie dann im vierten Wahlgang der neue Präsident ohne sie gewählt werde.

Die Voraussetzung für den Erfolg dieser Taktik war, die Geschlossenheit der DC selbst und des ganzen Regierungslagers glaubwürdig zu machen. Das scheint De Mita gelungen zu sein.

Die letzte Nagelprobe war wenige Stunden vor Wahlbeginn die offizielle Nominierung Cossigas durch die


Der christdemokratische Senatspräsident Francesco Cossiga
FOTO: MINGAM/STUDIO X

Wahlmänner seiner Partei in geheimer Abstimmung. Von deren Ergebnis, von der Stärke der eventuellen innerparteilichen Opposition, wollten es die Kommunisten letztlich abhängig machen, ob sie in den ersten drei Wahlgängen einen eigenen Kandidaten nominieren oder ihre Stimme Cossiga geben.

Cossiga gilt innerhalb der DC als Mann der linken Mitte, fühlt sich allerdings keiner der Parteiströmungen direkt zugehörig. Sein Name war von Anfang an in einer Achterliste möglicher Kandidaten enthalten, die De Mita den Parteien präsentierte.

Die anderen Kandidatenanwärter waren Außenminister Andreotti, der ehemalige Ministerpräsident und Außenminister Colombo, Partei-„Patriarch" Fanfani, Ex-Parteisekretär Zaccagnini, Vizeministerpräsident Forlani, Innenminister Scalfaro und der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Elia.

Fabius und Jospin über den Parteikurs uneinig

Welche Strategie der Sozialisten für die Parlamentswahl?

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die im März 1986 fälligen Parlamentswahlen in Frankreich bekommen nicht nur der Opposition schlecht, die Mühe hat, ihre gaullistischen und giscardistischen Geigen auf ein gemeinsamen Wahlkonzert abzustimmen.

Auch die Sozialistische Partei, letzte Machtbastion des Staatspräsidenten Mitterrand und seines Premierministers Fabius, sieht sich einflußkämpfend zwischen ihren vielfachen Tendenzen ausgesetzt. Sie sind um so auffälliger als sie in geradezu dramatischer Weise die beiden profiliertesten Politiker des Apparates in ihren Strudel gezogen haben.

Zwischen Premierminister Fabius und dem ersten Sekretär der Partei, Lionel Jospin, ist es zu einem offenen Konflikt über die Frage gekommen, wer von beiden die Partei in die bereits begonnene Wahlschlacht führen soll. Der Parteichef läßt es sogar auf eine Kraftprobe mit dem Regierungschef ankommen: Er hat den Parteivorstand schriftlich aufgefordert, über die Frage auf einer Sondersitzung am 6. Juli zu entscheiden.

Auslöser des Streits war eine überraschend von Fabius vor einer Woche angesetzte Parteiwahlversammlung in Marseille, auf der sich der Premierminister zum ersten Wahlkämpfer der Sozialisten aufgeschwungen hatte, dem es obliege, den Sozialismus zum Sieg über die bürgerliche Opposition zu führen.

Offenbar war der Vorstoß, so jedenfalls vermutet man in der Umgebung Jospins, mit dem Elysee-Palais abgesprochen. Fabius, der immer schon Favorit Mitterrands war, hat sich seit seiner Ernennung zum Regierungschef im Sommer 1984 sowohl in der Gunst des Staatschefs wie der der Öffentlichkeit stark nach vorne gearbeitet.

Persönliche Rivalitäten sind auch im Spiel

Aber auch Jospin ist ein alter Kampfgenosse Mitterrands aus den ersten Tagen der Sozialistischen Partei (Auflage Mitterrand). Jeden Dienstag nimmt er mit dem Präsidenten das Frühstück ein und legt die Marschroute für die Regierungspartei fest. Besonders jetzt, wo der Bruch mit den Kommunisten der Partei die alleinige Verantwortung für die Regierungsarbeit auferlegt und ihr zusätzlich eine weitere Oppositionspartei beschert hat. Es gibt also zunächst einmal persönliche Rivalitäten zwischen den beiden ältesten Paladinen Mitterrands.

Es gibt vor allem aber konzeptionelle Unterschiede in der Strategie zwischen Fabius und Jospin. Und sie lassen den Bruch als tödliche Gefahr für die Partei und das Fortleben des Sozialismus erscheinen.

Fabius, ein Sozialdemokrat, dessen Regierungskurs der strammen Sanierung, der profitorientierten Konjunkturpolitik und des massiven Investitionsanreizes für private Anleger sich nicht mehr wesentlich von der eines liberalen Politikers unterscheidet (Fabius vergleicht sich manchmal mit Raymond Barre), will das Überleben eines gewissen Sozialismus durch eine Koalition mit der Mitte sicherstellen.

Republikanische Front oder wieder Linksunion

Nur so hofft er, seiner Partei einen Stimmenanteil von mindestens 27 Prozent zu retten und sie damit zur stärksten Einzelgruppierung zu machen.

Jospin dagegen setzt auf den harten und klaren Sozialismus der Anfangszeiten, der allein in der Lage wäre, die vom Kommunismus enttäuschten Wählermassen (etwa 12 Prozent) an sich zu ziehen und damit auf ein ähnliches Stimmenniveau zu kommen.

Schon die Terminologie unterscheidet die beiden Männer: Fabius will eine „republikanische Front" herstellen, zu der auch Elemente der Mitte stoßen könnten, Jospin sieht eine „Union der Volkskräfte", die nicht mehr allzuweit von der untergegangenen „Linksunion" aber ohne den Parteiapparat der Kommunistischen Partei entfernt ist.

Schließlich weigert sich Jospin in seinem siebenseitigen Schreiben an den Parteivorstand, seine Partei als einen „Treibriemen" der Regierung behandelt zu sehen, wie das unter General de Gaulle mit der Gaullistischen Partei der Fall war. Er überläßt Fabius die Erläuterung der Regierungspolitik.

Die Wahlstrategie aber muß Sache der Partei und ihres ersten Sekretärs sein. Die Sozialistische Partei war nie eine sonderlich geschlossene Formation und hatte stets mit ihrem Erbübel des Bestehens vieler „Kapellen" zu kämpfen. Heute ist sie wieder einmal in dieses Erbübel verfallen. Nur Präsident Mitterrand kann durch einen gebieterischen Schiedsspruch den Streit zwischen den beiden Männern schlichten.

Portugals Parteien gegen vorgezogene Wahlen

Minderheitsregierung möglich / Eanes will Zeit gewinnen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Eine Minderheitsregierung ohne Mario Soares soll die portugiesische Regierungskrise beenden. Als zweite Lösung bleibt die von Staatspräsident General Ramalho Eanes vorgeschlagene Allparteienregierung eines Übergangskabinetts im Gespräch. Aber weder die eine, noch die andere Regierungsform dürfte in der Lage sein, die gesetzlichen Änderungen zu treffen, die zum EG-Beitritt am 1. Januar 1986 notwendig sind.

Die Alternativlösungen bieten sich an, seit sich der erweiterte Vorstand der Sozialdemokratischen Partei


Seine Entscheidung ist gefragt: Präsident Ramalho Eanes
FOTO: CAMERA PRESS

(PSD) – bis vor kurzem Koalitionspartner der Sozialisten – in der Nacht zum Sonntag gegen vorzeitige Neuwahlen aussprach. Der Vorstand begründete diese Haltung damit, daß sich an den Mehrheitsverhältnissen bis zu den vorgezogenen Wahlen etwa im Oktober kaum etwas geändert haben werde. Die Entscheidung muß General Eanes treffen, der für morgen den Staatsrat zusammengerufen hat. Der Präsident ist jedoch nicht an die Weisungen des Rates gebunden.

Nach dem überraschenden Bruch der Koalition vor etwa zwei Wochen hatte Eanes auf Empfehlung des Staatsrates die Parteien zunächst aufgefordert, eine Allparteienregierung des Konsensus zu bilden, die bis zu den Wahlen die Geschäfte führen sollte. Für diesen Plan stimmte aber lediglich die Sozialistische Partei, die als stärkste Partei im Parlament in einer solchen Regierung den Ton angeben dürfte.

Zusammen mit den Kommunisten forderten dagegen die Sozialdemokratische Partei und die Christdemokratische Partei(CDS) vorgezogene Wahlen. Die Nachtsitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes ergab jedoch – wieder einmal – eine veränderte Situation: Jetzt sind Sozialisten und Sozialdemokraten, die die Mehrheit im Parlament bilden, dafür, daß man erst die ohnehin vorgesehenen Präsidentschaftswahlen Ende des Jahres abwarten solle, ehe das Parlament neu gewählt werde.

Da der Zeitgewinn auch der Demokratischen Erneuerungsbewegung, der kürzlich aus der Taufe gehobenen Partei von General Eanes, zugute kommen dürfte, erscheint folgender Ablauf als wahrscheinlich: Mario Soares zieht sich aus der Regierung zurück, um sich für die Präsidentenwahl zu rüsten. Der neue Regierungschef, der derzeitige Staatsminister Almeida Santos wird ein Kabinett mit Sozialisten und Unabhängigen bilden.

Was auch immer das Übergangskabinett unternehmen wird – die Parteien werden die Zeit nutzen, um ihre Messer für den Wahlkampf zu wetzen. Sind diese scharf genug, wird als erstes die Regierung stürzen.

Bis zum 14. Juli, dem Tag, an dem Eanes verfassungsgemäß sein Amt als Staatspräsident niederlegen muß, wird auch er seine Chancen wahrnehmen, um mit einem spektakulären Auftritt zur Lösung der Krise seine eigene Partei in den Vordergrund zu schieben. Die Enttäuschung der Wähler über den ständigen Regierungswechsel könnte dieser neuen Partei erheblichen Aufwind geben.

Die Demokratische Erneuerungsbewegung nennt ihr Programm „sozialdemokratisch". Und wenn die Partei auch so ziemlich alle politischen Richtungen von rechts nach links in sich vereint, so darf doch nicht der Einfluß jener kommunistischen und linkssozialistischen Gremien vergessen werden, die vor fünf Jahren die Wiederwahl des Generals zum Staatspräsidenten organisierten.

*

Vor dem EG-Beitritt wird auch die spanische Regierung zusätzliche Schwierigkeiten überwinden müssen. So trat am Wochenende die Landesregierung der Kanarischen Inseln, eine sozialistische Minderheitsregierung zurück, weil das Landesparlament das Dokument zum EG-Beitritt als „schädlich für die Landwirtschaft, Industrie und Fischerei der Inseln" bezeichnete. Der zurückgetretene Landeschef Saavedra sieht in dem Beschluß eine „nicht ungefährliche Stärkung" der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung auf den Inseln. (SAD)

Papandreou läßt außenpolitische Fragen offen

E. ANTONAROS, Athen

Die Außenpolitik der wiedergewählten sozialistischen Regierung Griechenlands bleibt weiterhin vage und läßt viele wichtige Fragen über die künftigen Beziehungen Athens zum Westen offen. Das geht eindeutig aus dem Regierungsprogramm von Ministerpräsident Andreas Papandreou hervor, das er zu Beginn einer dreitägigen Debatte am Samstag abend im Parlament vortrug. Papandreou befaßte sich im Laufe seiner knapp zweistündigen Rede nur am Rande mit der Außenpolitik und widmete sich vor allem innen- und wirtschaftspolitischen Fragen.

Besonders unklar äußerte sich Papandreou zu den seit Jahren gestörten Beziehungen zu den USA, die durch die jüngste Flugzeugentführung einen neuen Tiefpunkt erreicht haben. Athens Regierungschef bezeichnete das 1983 von seiner Regierung unterzeichnete Stützpunktabkommen als einen „Vertrag zur Entfernung der amerikanischen Basen". Er habe sich gegenüber dem Volk und dem Parlament verpflichtet, die „Bedingungen und den Zeitplan dieses Abkommens einzuhalten".

Athen und Washington interpretieren die Verlängerungsmöglichkeiten des 1988 ablaufenden Abkommens unterschiedlich: Während Papandreou seit Jahren die Meinung vertritt, daß eine Verlängerung nicht möglich sei, schließen die Amerikaner so etwas nicht aus. In den letzten Monaten hat Papandreou allerdings seine ursprüngliche These über eine „endgültige Schließung der Stützpunkte" nicht mehr wiederholt.

Von einem Bruch Griechenlands weder mit der europäischen Gemeinschaft noch mit der NATO ist in Papandreous Regierungserklärung nicht die Rede gewesen: Während er innerhalb der EG um Griechenlands „finanzpolitische Interessen" weiterhin kämpfen will, machte Athens Premier die vollwertige Wiedereingliederung Griechenlands in die NATO von einer „Anerkennung der nationalen Rechte in der Ägäis" abhängig. Auch einen Dialog mit der Türkei schloß er nicht aus, „solange der rechtliche Status quo in der Ägäis nicht in Frage gestellt wird".

Erstaunlich ungenau fiel auch der wirtschaftspolitische Teil aus: Obwohl Papandreou unmittelbar nach seinem Wahlsieg die Ausarbeitung eines „Stabilisierungsprogramms" als vorrangig bezeichnet hatte, gibt es drei Wochen später keine wegweisenden Grundentscheidungen. Papandreou nannte zwar die Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit als wichtigste Aufgaben seines Kabinetts, aber seine wiederholten Berufungen auf die „Sozialisierung" von verschiedenen Wirtschaftsbereichen nährt den Verdacht der Privatwirtschaft, daß die Sozialisten während dieser zweiten Legislaturperiode einen deutlicheren Linkskurs in der Wirtschaft einzuschlagen beabsichtigen. (SAD)

Notgedrungen finden sich die meisten Argentinier mit der „Kriegswirtschaft" ihres Präsidenten ab

WERNER THOMAS, Buenos Aires

An den Häuserwänden kleben mahnende Plakate: „Wer in einer Kriegswirtschaft spekuliert, ist ein Deserteur." Tausende Inspekteure, unter ihnen Schüler und Studenten, prüfen die Preise in den Geschäften. Schon wurden im Großraum von Buenos Aires fast 100 Läden geschlossen. Den inkriminierten Einzelhändlern drohen Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten.

Argentinien steht im Zeichen der „Kriegswirtschaft". Der Kampf gilt dem gefährlichsten Feind der Alfonsin-Regierung, der Inflation. Als die Steigerung der Lebenshaltungskosten im Mai die astronomische Jahresrate von 1000 Prozent erreichte, entschloß sich der alarmierte Präsident zu einer radikalen Schocktherapie: Lohnstopp, Preisstopp, Tarifstopp, Ende der Geldschöpfung durch das Schatzministerium, Senkung der Zinsen, Währungsreform. Der Austral ersetzte den schwindsüchtigen Peso.

Die Austral-Ära hat hoffnungsvoll begonnen. Viele Geschäftsleute setzten die Preise ihrer Waren herunter, auch die Zeitungen kosten weniger. Vor den Banken stauten sich zwar Menschenschlangen, aber es kam nicht zu einem massiven Abfluß der Spareinlagen. Als die vor sechs Wochen geschlossene „Banco de Italia" nach einer Rettungsaktion wieder geöffnet wurde, tanzten die Leute auf der Straße. Per Schlagzeile meldeten die Blätter am Wochenende eine höchst seltene Entwicklung: „Der Dollar fällt." Der Schwarzmarkt wechselte „los verdes" (die Grünen) für nur 0,78 Austral. Der offizielle Kurs lag bei 0,80.

Noch herrschen konfuse Verhältnisse. Im Umlauf sind weiter die „neuen" Pesos, seit 1983 gedruckt, und die aus den siebziger Jahren stammenden alten Pesos. Beim neuen Peso müssen drei Nullen weggedacht werden (1000 Pesos gleich ein Austral), beim alten gar sieben (eine Million Pesos gleich 0,10 Austral). Das deutschsprachige „argentinische Tageblatt" erinnerte an eine dritte, frühere Abwertung: „Die Inflation hat in 40 Jahren bereits neun Nullen verschlungen."

In Fernsehspots erläutert die Regierung die getroffenen Maßnahmen und richtet patriotische Appelle an die Bevölkerung. Jetzt komme es darauf an, zusammenzuhalten, Opfer zu bringen. Alfonsin signalisierte in seiner Rede an die Nation bereits den Tenor dieser Kampagne zur moralischen Aufrüstung. „Laßt uns den größten Feind besiegen", sagte er, „die Skepsis. Einige von uns haben die Kraft zum Kampf verloren. Ihnen möchte ich sagen, daß für sie kein Platz ist in dieser Nation."

Raul Alfonsin (57), einer der charismatischsten Präsidenten in der jüngeren Geschichte Argentiniens, möchte die Mentalität seiner Mitbürger verändert. Aus 30 Millionen Individualisten soll ein Volk werden, das gemeinsame Ziele verfolgt. Schluß mit der egoistischen Spekulationswirtschaft. Argentinien muß endlich eine Produktionswirtschaft erhalten.

Die Stimmung ist gut in Buenos Aires. Zum ersten Mal seit langer Zeit zeigen sich die Bürger zuversichtlich. Man hört oft die Meinung, daß die drastischen Maßnahmen notwendig waren, oder: „So konnte es nicht mehr weiter gehen." Umfragen ergaben eine überwältigende Unterstützung für Alfonsins Schocktherapie: 77 Prozent der Einwohner von Buenos Aires erklärten sich damit einverstanden.

Buenos Aires wirkt ruhig. Wie an jedem Wochenende flanierten die Passanten scharenweise bis in die frühen Morgenstunden über die Fußgänger-Straße Lavalle. Die Restaurants und Kinos sind gut besucht.

Es ist nicht zu dem befürchteten Generalstreik des peronistischen Gewerkschaftsverbandes CGT gekommen. Die Arbeiterschaft hielt still. Die CGT-Führung verkündete zwar Kampfmaßnahmen gegen das Alfonsin-Programm: „Wir werden keine weitere Schrumpfung der Reallöhne und des Arbeitsmarktes dulden." Dann besuchte eine Gewerkschaftsdelegation unter Leitung von Saul Ubaldini, dem mächtigen CGT-Boß, den Papst in Rom und mußte sich die Bitte des Gastgebers anhören, sie möge „zur Einheit und zum Frieden" beitragen. Die meisten politischen Beobachter glauben aber, daß sich die peronistischen Gegenspieler Alfonsins lediglich deshalb auf „verbale Attacken" – so die Zeitung „Clarin" – beschränkten, weil sie keine breite Unterstützung für einen Streikaufruf erhalten hätten.

Die große Frage bei allen Gesprächen: Wie lange hält Alfonsin durch? Hat er den Mut, die Schocktherapie bis zum November durchzuhalten, wenn wichtige Kongreßwahlen stattfinden und wenn bis dahin vielleicht die Stimmung des Volkes umschlägt? Er steht im Wort mit dem Versprechen, den Kampf gegen die Inflation zu gewinnen. Er kennt das Risiko des Scheiterns.

„Dieses Wirtschaftsprogramm soll nicht eine Regierung, sondern ein politisches System retten", betonte der Präsident. Er wollte sagen: Geht dieser Krieg verloren, droht auch ein Ende der Demokratie. (SAD)

Levesques Ideen fanden kaum noch Anhänger

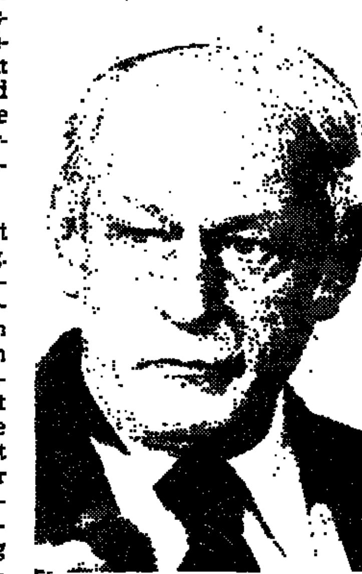
Quebecs Ministerpräsident tritt zurück / Partei gespalten

A. v. KRUSENSTIERN, New York

Der Mann, der Kanada zerschlagen wollte, zieht sich aus der Politik zurück. René Levesque, seit 1976 Ministerpräsident der Provinz Quebec, hat seinen Rücktritt angekündigt und will sein Amt aufgeben, sobald seine Partei, die Parti Quebecois, einen Nachfolger nominiert hat. Damit wird innerhalb der nächsten drei Monate gerechnet.

Levesques Traum war es, aus der kanadischen Provinz Quebec einen unabhängigen französischsprachigen Staat zu machen. Mit diesem Ziel gründete er 1968 die Parti Quebecois, die bereits acht Jahre später mit Levesque an der Spitze an die Macht kam. Levesque, ein ehemaliger Journalist mit viel Witz und Charme, sah die Bahn frei zur Verwirklichung seines Traumes.

Die Gelegenheit schien günstig. Die französischstämmigen Quebecois fühlten sich seit langem von der englischsprachigen Mehrheit Kanadas an die Wand gedrückt und als Bürger zweiter Klasse behandelt. Ein häßliches Wort ging um: „Die Quebecois sind die Nigger Kanadas." Separatismus und Chauvinismus, von Levesque kräftig angeheizt, beherrschten das politische Klima.


Enttäuscht zieht sich René Levesque aus der Politik zurück
FOTO: BISSON/STUDIO X

Die Parti Quebecois setzte ein Gesetz zum Schutze der französischen Sprache durch, das den Gebrauch von Englisch in der Provinz in vielen Fällen unter Strafe stellte. Als an Firmen mit rein englischsprachiger Belegschaft der Befehl erging, auch im internen Schriftverkehr nur Französisch zu benutzen, wanderten viele von ihnen in die englischsprachige Nachbarprovinz Ontario ab.

In der Bundeshauptstadt Ottawa wurde die Entwicklung in Quebec mit großer Sorge beobachtet. Es galt als ausgemacht, daß ein Ausscheiden Quebecs aus dem kanadischen Staatsverband das Ende Kanadas bedeuten würde. Kanada wäre dann vom Atlantik abgeschnitten, und die englischsprachigen Provinzen im Westen begannen mit einem Anschluß an die USA zu liebäugeln.

Im Jahre 1980 fühlte Levesque sich stark genug, um eine Volksbefragung zu wagen. Zur großen Überraschung aller Beobachter lehnten die Bürger Quebecs mit klarer Mehrheit den Schritt in die politische Unabhängigkeit ab (nach Levesques Vorstellungen sollte Quebec wirtschaftlich mit Kanada verbunden bleiben). Das war der Anfang vom Ende.

Mit der Niederlage hatte die Parti Quebecois ihre politische Attraktivität verloren. Sie schaffte es zwar, 1981 noch einmal die Provinzialwahlen zu gewinnen, doch ihr Stimmenanteil ging von da an unablässig zurück. Bei den letzten Meinungsumfragen gaben 60 Prozent der Befragten der in Opposition stehenden Liberalen Partei den Vorzug, und nur 27 Prozent bekannten sich noch zur Parti Quebecois. Es half Levesque nichts, daß er voriges Jahr offiziell die Erlangung der Souveränität als politisches Nahziel fallenließ. Sieben seiner Kabinettsmitglieder traten unter Protest zurück, und die Partei war fortan gespalten. Anfang Juni verlor die Partei vier Nachwahlen und damit ihre knappe Mehrheit im Provinzialparlament. Dem 62jährigen Levesque war der Verdruß immer deutlicher anzusehen. Er verlor den Spaß an der Politik und zog jetzt endlich die einzige logische Konsequenz. (SAD)

Artillerieangriff auf pakistanisches Dorf

AFP, Islamabad

Die pakistanische Grenzstadt Chamman (Provinz Belutschistan) ist am Samstag von Afghanistan aus beschossen worden. Nach Angaben der pakistanischen Nachrichtenagentur APP wurden zwanzig Granateinschläge gezählt. Bei dem Angriff sind drei Menschen getötet und vier verletzt worden. Der afghanische Geschäftsträger in Islamabad wurde gestern ins Außenministerium zitiert, wo ihm der „energische Protest" der pakistanischen Regierung gegen die erneute schwere Grenzverletzung übermittelt wurde. Bereits am 31. Mai hatten vier afghanische MiG-23-Jäger ein Dorf in der Region Chitral bombardiert. Zwölf Pakistanis waren dabei ums Leben gekommen. Mehrere weitere Grenzverletzungen hatten keine Todesopfer gefordert.

Milliarden an neue Gewerkschaften

rtr, Warschau

Das Vermögen der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" sowie die Vermögen aller früherer polnischer Gewerkschaften sind von der Warschauer Regierung dem vor drei Wochen formell zugelassenen neuen Gewerkschaftsbund überwiesen worden. Wie die amtliche Nachrichtenagentur PAP meldete, sind das rund 3,4 Milliarden Zloty (umgerechnet 65 Millionen Mark), darunter 766 Millionen Zloty und 65 000 Dollar in harter Währung aus dem „Solidarität"-Vermögen.

Arbeiterführer Lech Walesa reagierte darauf mit den Worten: „Sie sollten sicherstellen, daß sie es (das Geld) ordentlich zählen, da wir es überprüfen werden, wenn die Zeit kommt, es zurückzugeben."

Casaroli reist zur Methodius-Feier

KNA, Vatikanstadt

Kardinalstaatssekretär Agostino Casaroli hat, wie die tschechoslowakische Nachrichtenagentur CTK bestätigte, von den CSSR-Behörden die Erlaubnis zu einem Besuch in der Tschechoslowakei erhalten. Er wird als persönlicher Repräsentant des Papstes an den Feierlichkeiten zum 1100 Todestag des heiligen Methodius am 7. Juli in Velehrad teilnehmen. Erst kürzlich hatte der Erzbischof von Prag, der 86jährige Kardinal Frantisek Tomasek, bekanntgegeben, daß er Johannes Paul II. persönlich zu der Feier für den Slawen-Apostel eingeladen habe. Der Besuch des Papstes sei jedoch am Widerstand der CSSR-Behörden gescheitert. Beobachter werten die Einreiseerlaubnis für Casaroli als Zeichen einer gewissen Öffnung.

Polens Kirche gegen Mißdeutung

dpa, Regensburg

Der Bischof von Kattowitz, Herbert Bednorz, hat Behauptungen widersprochen, wonach die polnische Kirche politische Untergrundaktionen organisieren soll. In Regensburg wandte sich Bednorz gegen Mißdeutungen des kirchlichen Engagements in Polen. Die Kirche habe nichts mit politischer Manipulation zu tun, lasse sich nicht zum Instrument irgendwelcher außerkirchlicher Gruppen machen und beschränke sich auf ihre „authentische religiöse Aufgabe", sagte Bednorz. Gleichwohl seien polnische Nation und polnische Kirche auch in den schwersten Leidenszeiten einander treu geblieben.

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung der Diözese Regensburg pflegt intensive Kontakte mit der „Arbeiterdiözese" Kattowitz.

Genscher in Budapest

dpa, Budapest

Bundesaußenminister Genscher ist gestern zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in Budapest eingetroffen. Genscher wurde von seinem Amtskollegen Varkonyi empfangen und traf am Abend mit offiziellen Vertretern der etwa 200 000 Mitglieder zählenden ungarn-deutschen Minderheit zusammen. Bei seinem bis Dienstag dauernden Besuch wird Genscher politische Gespräche mit Varkonyi, Parteichef Kadar und ZK-Sekretär Szyrös führen. Genscher wird ebenfalls mit Vertretern der christlichen Kirchen zusammentreffen. Diplomatische Kreise in Bonn hatten am Vorabend der Reise des Außenministers die „Reibungslosigkeit des Verhältnisses zu Budapest" unterstrichen. Die Wirtschaftsbeziehungen zu Ungarn gelten als beispielhaft.

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Wie wahr! Wer Gutes tut, sollte es tun und über sein Tun schweigen. Erich Käsıner möge uns verzeihen, wenn wir seine Gedanken zwar ernst nehmen, aber trotzdem an dieser Stelle mißachten müssen. Weil es nämlich immer wieder Leute gibt, die glauben, daß das McDonald's Engagement nur darin besteht, möglichst viele Hamburger unters Volk zu bringen. Wir meinen aber, daß ein Unternehmen wie McDonald's auch eine Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber hat.

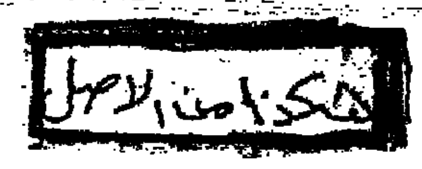
Darunter fällt die Unterstützung des Jugend- und Breitensports ebenso wie die (Hätten Sie's gewußt?) Finanzierung des olympischen Schwimmstadions in Los Angeles. Unser Engagement im feuchten Element geht aber noch weiter: Seit 3 Jahren unterstützen wir den Deutschen Schwimmverband. Apropos Sport: Jungen deutschen Tennis-Talenten geben wir die Chance, in Australien internationale Spielerfahrung zu sammeln.

Auf lokaler Ebene haben wir uns dem Bau von Spielplätzen angenommen und den Kindern in Verbindung mit den Jugendämtern, »Spielmobile« zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus fördern wir die verschiedensten sozialen Einrichtungen. Unser derzeit wichtigstes Projekt ist das Ronald McDonald Haus in Giessen. Ein Zuhause auf Zeit für Eltern, deren krebskranke Kinder sich in Behandlung einer Spezialklinik weit weg von daheim begeben müssen.

Daß wir hier und jetzt über unsere Aktivitäten gesprochen haben, möge uns Erich Kästner und alle, die so denken wie er, verzeihen.

Wenn Sie an weiteren Informationen über uns interessiert sind, schreiben Sie an: McDonald's-Verbraucher-Service C 10, Drygalskiallee 51, 8000 München 71





Die Länderchefs mal Manager mal Monarch

Kennen wir unsere Landesväter? Sind sie Politiker „zum Anfassen“ oder Produkt einer sorgfältigen Öffentlichkeitsarbeit? Horst Stein hat diesen Männern beim Regieren zugeschaut und mit ihren Wählern gesprochen. Diese Folge seiner WELT-Serie porträtiert Oskar Lafontaine, der im Frühjahr zum Regierungschef des Saarlandes gewählt worden ist.

„Der Oskar muß jetzt erst mal kleine Brötchen backen“

Von HORST STEIN

In der Nacht schon seines großen Siegs vom 10. März wußte Oskar Lafontaine, was er sich da eingehandelt hätte. Beklommen fast blickte er auf die Genossen hinab, die ihn im Saarbrücker Kulturhaus mit frenetischen „Oskar, Oskar“-Ovationen empfingen und auf den Tresen hoben. Du hast uns die Macht und die Mehrheit gebracht, sprachen ihre verzückten Mienen, weise uns nun den Weg! Doch der Wundermann hielt es für angebracht, allenfalls etwas vom Wein der Freude über das Ende einer jahrzehntewährenden CDU-Vorherrschaft im Saarland in Wasser zu verwandeln: „Ich hoffe, daß ihr alle noch dabei seid, wenn es mit der Arbeit beginnt“, sagte er, und ein Hauch von Zweifel strich kühl über die Hundertschaften voller Heilserwartung hin.

Es kommt nicht alle Tage vor, daß ein Volkstribun mit ausgewiesenem Talent zur Demagogie vor den Geistern zurückschreckt, die er selbst gerufen hat. Auch von Oskar Lafontaine war bis dahin eher das Gegenteil bekannt. Im mühseligen Ringen um die Rettung von Arbed Saarstahl, dem größten Arbeitgeber des Landes, beispielsweise, ließ er sich vor 5000 erbitterten Völklinger Stahlarbeitern zu dem Satz hinreißen: „Der Preis von zwei Tornados würde Euch und mich von so vielen Problemen befreien.“ Eine Argumentationsweise, die auch mal in blutige Krawalle münden kann. Den Ministerpräsidenten, damals Werner Zeyer (CDU), und dessen Minister schmähte Lafontaine zügellos als „Heldendarsteller“, sprach von ihnen als „diesen kläglichen Figuren in der Landespolitik“, nannte sie einen „Verein von Ignoranz und Inkompetenz“. Und mit schneidender Stimme tat er seine Überzeugung kund, daß es keinen Konzern gebe, „der so systematisch durch Dummheit in den Ruin getrieben worden ist wie Arbed Saarstahl“.

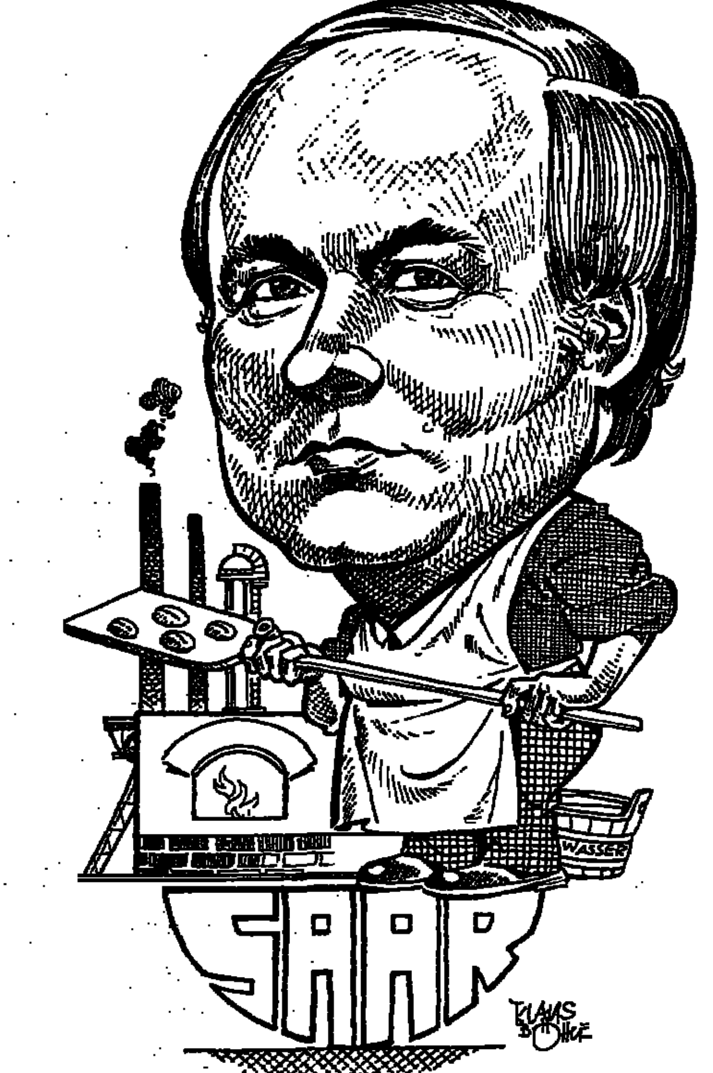
Dies alles freilich ließ Lafontaine, in dessen Wertordnung die Nächstenliebe, wie er beteuert, den ersten Platz einnimmt, v o r seiner Wahl vernehmen. Jetzt, da er nach seiner Inauguration als Ministerpräsident des Saarlandes sichtbarlich selbst einen ersten Platz hält, wenn auch im kleinsten und ärmsten aller Flächenländer der Bundesrepublik, jetzt sind von ihm eher moderate Töne zu hören. Die wirtschaftliche und finanzielle Situation des Saarlandes ist bitter genug, und der neue Regierungschef hat zur Kenntnis nehmen müssen, daß ohne die Hilfe des Bundes und das freundschaftliche Wohlwollen der übrigen Bundesländer wenig Hoffnung besteht, das Blatt irgendwann mal zu wenden. Auf dem Land liegt eine Schuldenlast von acht Milliarden Mark, das Doppelte also des Landeshaushaltes, jeder siebente arbeitsfähige Bürger ist ohne Beschäftigung und Arbed noch immer ein Faß ohne Boden: Drei Milliarden sind bereits verbuttert worden, 230 bis 270 Millionen werden im Minimum allein für dieses Jahr noch gebraucht. Eine in Rede stehende EG-Hilfe von 350 Millionen setzt weitere Rationalisierungen, auch Entlassungen, voraus.

Die erste Regierungserklärung Lafontaines konnte da nicht viel mehr als ein SOS-Ruf sein: Saarland in Not! Als er vor dem Landtag das Desaster beschrieb, kleinlaut und mit gepreßter Stimme, die Hände zuweilen pastoral vor dem gutgenährten Leib gefaltet, da fiel manchem der in die Opposition verbannten CDU- und FDP-Abgeordneten ein anderer Satz ein, den Lafontaine wenig zuvor ätzend und aggressiv in das Auditorium geschleudert hatte: „Wir haben eine schwarze Regierung und rote Zahlen, wir brauchen eine rote Regierung und schwarze Zahlen.“ Wenn das nur so leicht wäre. Auch der törichte Vorwurf an den Vorgänger im Amte kam Zuhörern in Erinnerung, daß nämlich Zeyer nie begriffen hätte, „daß es gut für das Land ist, wenn man im Bundesrat nicht immer mit der Mehrheit schwimmt“.

„Der Oskar“, so hatte Nordrhein-Westfalens Regierungschef Johannes Rau schon früher über seinen Parteigenossen angemerkt, „muß im Saarland eine ganz, ganz realistische Politik machen“, aber auch hinzugefügt: „Ich halte ihn für intelligent genug, zu lernen, was geht und was nicht.“ Und ein anderer Parteifürst, der sich am „demagogischen Talent“ des Saarländers stört, begnügte sich mit der lakonischen Feststellung: „Oskar muß jetzt erst mal kleine Brötchen backen.“

Wie klein oder groß die Brötchen am Ende ausfallen werden, das läßt sich wenige Wochen nach dem Saarbrücker Regierungswechsel nur vermuten. Die Bilder von den Antrittsbesuchen Lafontaines bei Bundeskanzler und Bundeswirtschaftsminister zeigen ihn immerhin als einen Mann, der sich in den Regeln des Geschäftes zu beugen weiß. Auch da hatten sein wilder Populismus und seine wüste Wahlkampf-Diktion mancherlei Befürchtungen aktiviert. Aber das eben, dies Eifern und Übersteigern, ist für den Polit-Profi Lafontaine, der im bischöflichen Konvikt in Prüm (Eifel) eine jesuitische Erziehung genossen hat, nichts weiter als eine kühl verwaltete agitatorische Technik: daß er vor seinen Zuhörern immer neue imaginäre Barrikaden erstürmt, daß er, um das Publikum zur Solidarisierung zu nötigen, fast schon ritualhaft „die da oben“ denunziert, „die Staatspensionäre, die mehrere Gehälter einstreichen und die doch kein Recht haben, so mit den Arbeitnehmern umzuspringen“ – obwohl er selbst lange schon und mit den entsprechenden Tantiemen einer „von denen da oben“ geworden ist. Jetzt nun, als Staatsmann in der Pflicht des Amtes, jetzt hat dies Marodieren vorbei zu sein, dies Agitieren und Vagabundieren mit dem jakobinischen Urverdacht, daß die „Herrschenden“ allesamt „Wahnsinnige“ und „Verbrecher“ seien, „apokalypseblind“ und auf Bereicherung bedacht. Tiraden, die SPD-Länderfürsten wie der Mehrzahl der Genossen ohnehin immer schon ein Greuel waren. Daß Lafontaine in der Partei dennoch unaufhaltsam wie Arturo Ui nach oben kommt, kommentierte Hamburgs Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, sichtbarlich ein Herr, mit dem kühlen Satz: „Die Partei ist mal auf der Kopflinie, mal auf der Bauchlinie. Im Moment bewegt sie sich halt mehr auf der Bauchlinie. Da kann man nichts machen.“

Je länger Oskar Lafontaine auf die Rolle des Landesvaters verpflichtet bleibt, so lauten die positiven Sozialprognosen, desto stärker werden ihn auch die Fakten zähmen. Andere Voraussagen gehen freilich dahin, daß Lafontaines Aspirationen auf eine führende Rolle in der Bundes-SPD entgegen eigenen Beteuerungen – „Im Moment habe ich überhaupt keine Sehnsucht nach höheren Würden und Weihen, ich habe im Saarland genug zu tun“ – keineswegs mit der Übernahme des Saarbrücker Amtes erloschen seien.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Einige Aspekte seiner freilich erst in den Ansätzen sichtbaren Politik für das Saarland legen die Vermutung nahe, daß dieser Ministerpräsident pragmatisch zu verfahren gedenkt. Zum einen scheint ihm klargeworden, daß die laut und lange postulierte Geltendmachung der sogenannten Gesellschafteroption bei Arbed nicht oder nicht so, wie von ihm gedacht, zu realisieren ist. Auch wenn sein Argument stimmt, daß der Stahlkonzern ohnehin schon faktisch verstaatlicht sei, ohne den – widerstrebenden – Bundeswirtschaftsminister läuft da gar nichts. Lafontaine muß am Ende froh sein – und wird es –, wenn Bonn zu einem größeren Anteil bei den Entschuldungsbemühungen bereit ist. Denn nur so kann das Land einigen finanziellen Spielraum zurückgewinnen, freilich auch nur, um damit die Direkthilfen für Arbed zu finanzieren.

Ein anderes Beispiel für die Lernfähigkeit des Ministerpräsidenten scheint die Energiepolitik zu liefern. Lafontaine, als Gegner selbst jeglicher friedlichen Nutzung der Kernenergie bei linken Linken wie bei Alternativen populär geworden, („Verschleuderung von Steuergeldern“ und „ein gigantisches öffentliches Subventionsprogramm“), hat sich als Oppositionsführer so heftig wie polemisch gegen das Pilotprojekt einer Kohleverflüssigungs-Anlage ausgesprochen: Das werde schon der notwendigen Zuschüsse wegen ein „Arbed Nummer zwei mal zwei“. Bei der damaligen Saarregierung hatte dieser „Verrat an den Interessen des Landes“ einen Aufschrei der Empörung ausgelöst. Heute nun muß Nordrhein-Westfalen als Mitbewerber registrieren, daß das saarländische Nein keineswegs als endgültig anzusehen sei.

Wer immer auch dies kleine Land regiert, den Spätheimkehrer unter den Bundesländern, wie man es einmal genannt hat: Kein Kabinett, kein Ministerpräsident kommt um die Feststellung herum, daß die Umstrukturierung der heimischen Wirtschaft vorangetrieben werden muß. Noch immer sind mehr als ein Drittel aller arbeitenden Saarländer in der Montanindustrie, einem schrumpfenden Wirtschaftszweig, tätig; vor zwanzig Jahren lag dieser Anteil sogar noch bei 56 Prozent. Im industriestarken Nordrhein-Westfalen dagegen liegt diese Quote nur noch bei 17 Prozent. Arbed-Saarstahl allein hält knapp 14 000 Mann in Lohn und Brot. Doch selbst wenn hier weiter reduziert werden wird: Rund 50 000 bis 60 000 Arbeitsplätze hängen zusätzlich über Lieferbeziehungen dran. Das sind, rechnet man die Familien hinzu, mehr als ein Drittel aller Menschen des Saarlandes.

Man darf füglich bezweifeln, daß Lafontaine mit soviel Volldampf wie er als Redner und Buchautor hat glauben machen wollen, die neuen Horizonte einer „ökosozialistischen Wirtschafts- und Umweltpolitik“ ansteuern wird. Die Verhältnisse, die sind nicht so. Und die saarländische Ministerialbürokratie ist es auch nicht. Sie wird sich, möglicherweise, unter dem Zorn des neuen Landesherren zu ducken haben, schon im Rathaus war Lafontaines absolutistischer Arbeitsstil berüchtigt, aber sie wird ihn doch, wenn er es gar zu wild treiben sollte, wie Gulliver zu lähmen wissen: mit tausend zwirnsdünnen Fädchen. Schneidendste Rabulistik kann dagegen nicht an. Da helfen auch nicht Hoffart und Präpotenz, die Oskar Lafontaine wie einen Geßlerhut vorantragen läßt.

Leute, die Lafontaine schon länger kennen, gerade jene, die als Zuarbeiter seine Vehemenz ertragen müssen, haben sich angewöhnt, die Kritiker ihres Chefs zu beruhigen: Lassen Sie den doch erst mal das Amt eine Weile genießen, und das kann er ja, denn vom Essen und vom Trinken und den anderen schönen Dingen des Lebens versteht er als Saarländer was, dann werden Sie sehen, daß er irgendwann ganz von selber auf dem Teppich bleibt. Schon Johannes Rau hatte wohl in diese Richtung gedacht, als er sagte: „Eines bewundere ich an Oskar, er wird nie zu leben vergessen.“

Die Wirklichkeit wiegt mehr als jede Ideologie, und im Saarland kommt die Drastik vor der Idylle. Rechts oder links, Rot, Grün oder Schwarz – alle Saarländer sind eins in der Maxime: Weihnachten ist ein schönes Fest, derf awer an Fasenacht nit tippe.

Erst Gesangbuch, dann Parteibuch

Oskar Lafontaine, Jahrgang 1943, verdankt seine Ausbildung der katholischen Kirche, die ihm über das Cusanus-Werk sogar das Studium (Physik) ermöglichte. Für seine Karriere indes bediente sich Lafontaine der saarländischen SPD. Er wurde 1966 Mitglied und noch im gleichen Jahr Vorsitzender der Saarbrücker Jungsozialisten. 1968 Mitglied des SPD-Landesvorstandes, 1969 Stadtrat in Saarbrücken, zog Lafontaine schon 1970 in den Landtag ein und war ein Jahr später Vorsitzender des wichtigen SPD-Unterbezirkes Saarbrücken-Stadt. 1974 rückte er auf den Platz des Saarbrücker Bürgermeisters, 1976 hatte er bereits den Chefsessel inne: Lafontaine wurde für zehn Jahre zum Oberbürgermeister gewählt, „das zweitwichtigste Amt im Lande“, wie er zu sagen pflegte. Seit 1977 Landesvorsitzender der Saar-SPD, errang Lafontaine bei zwei Kommunalwahlen (1979 und 1984), zwei Bundestagswahlen (1980 und 1983) und einer Landtagswahl gute bis glänzende Ergebnisse, bis ihm dann die Landtagswahl am 10. März 1985 die absolute Mehrheit der Mandate und damit die Regierungsmacht bescherte. Der Saarländer hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon als strikter Gegner von Kernkraft und NATO-Nachrüstung bundesweit einen Namen gemacht. Oskar Lafontaine ist verheiratet und hat einen Sohn.



FOTO: FERDI HARTUNG

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Streit um die Kirche

Einer der zentralen Themenbereiche des Evangelischen Kirchentages war das Mißverhältnis von Rüstungsausgaben und Entwicklungshilfe. Niemand wird bestreiten wollen, daß weniger Raketen und mehr Kampf dem Hunger nicht nur für engagierte Christen ein dringendes Anliegen ist.

Jedoch: Erhard Eppler formulierte, „die Frage ist, ob es Christen erlaubt ist, einer Utopie der absoluten Sicherheit, ja der Unverwundbarkeit nachzujagen und dabei am Wegrand Millionen Hungernder krepieren zu lassen“.

Dies fordert nicht nur deshalb zum Widerspruch heraus, weil es ja die Sowjetunion ist, die den Begriff „Sicherheit“ definiert als „stärker sein als alle nichtsozialistischen Staaten“, während die NATO sich mit „Sicherheit vor einem Angriff des Warschauer Pakts“ begnügt.

Epplers verbaler Blattschuß trifft doppelt daneben: Tatsache ist, daß die westlichen Industrienationen seit jeher ein Vielfaches der östlichen Entwicklungshilfe leisten, allein die NATO-Staaten mehr als das Zehnfache. Diese weithin unbekannte Wirklichkeit verdient einmal deutlich unterstrichen zu werden, vor allem für Kritiker, die auf einem Auge blind sind.

Im übrigen kann der Westen seine weit höheren Leistungen nur so lange erbringen, als er mit seiner Freiheit auch sein leistungsfähigeres Wirtschaftssystem verteidigt. Einseitige Abrüstung würde dem, auch zum Schaden der Entwicklungsländer, rasch ein Ende setzen.

Dr. G. Buhl,
Ottobrunn

*

„Frieden stiften“; WELT vom 8. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin keinesfalls der Meinung, daß die EKD oder die Laienbewegung „Rezepte für alle Nöte dieser Welt“ anbietet. Und was die Leere der Kirchen angeht: Kirchenbesuch ist eben kein Indikator für Christ-Sein. „An ihren Taten sollt ihr sie erkennen“ sagt schon Christus. Also nicht an Äußerlichkeiten. Und der Frieden, den die Nordelbischen Bischöfe nicht bringen können: Soll es Friedhofsruhe sein, die einkehrt in unsere Kirche? Glücklicherweise können die protestantischen Bischöfe eben nicht wie ihre katholischen Amtsbrüder jede Diskussion per „Machtwort“ abwürgen.

Die evangelische Kirche hat lange geschwiegen, es wird Zeit, daß sie sich nun bemerkbar macht. Je unbequemer sie dabei wird, desto besser.

Mit freundlichen Grüßen
H.-J. Losensky,
Euskirchen-Elsig

*

„Verzichtet Schmude jetzt vorzeitig?“; WELT vom 7. Juni

Der Präses der Synode der EKD, Jürgen Schmude, sprach zu den Auseinandersetzungen in Nordelbien sein Bedauern darüber aus, daß „das politische Engagement von Pastoren auf ‚verhängnisvolle' Weise in die Öffentlichkeit getragen worden sei, ohne daß man sich zuvor mit den aufgetretenen Konflikten ausreichend befaßt habe“.

Tatsache ist, daß es seit vielen Jahren Pastoren gibt,

- die in Predigten ihre politische Privatmeinung aussprechen,
- die im Talar, mit der Bibel in der Hand, an Protestmärschen (zum Teil mit Sachbeschädigungen) u. ä. teilnehmen,
- die zu Wehrdienst-, neuerdings auch zu Ersatzdienst-Verweigerung aufrufen.

Dies alles geschah in aller Öffentlichkeit, so als sei das die Meinung aller Christen dieser Kirche – und die Kirchenleitung schweigt.

Nun endlich haben sich einige Pastoren und mutige Mitchristen gefunden, die den Weg zurück zu biblischer Verkündigung suchen, damit ein Ende werde damit, daß die frohe Botschaft des Evangeliums verfälscht wird.

Wer verdient da Kritik?

Mit freundlichen Grüßen
B. Walther,
Hamburg 73

Tierversuche

„Geraubt, verkauft, verbraucht und vergessen“; WELT vom 3. Juni

Sehr geehrter Herr Ihle,

Tatsache ist:

- Es verschwinden nach Ihren eigenen Angaben nicht eine Million, sondern 12 000 Haustiere jährlich, das sind 988 000 weniger!
- Nicht eine Million Hunde und Katzen werden jährlich „gebraucht“, sondern nur etwa ein Prozent davon, 990 000 weniger!
- Und diese geraubten Haustiere sind nicht in unseren Labors zu finden, nicht einmal „eine Million“!

Sie machen sich unglaubwürdig und Sie sind unfair.

Auch wir haben Haustiere!

Auch wir haben ein Herz für Tiere.

Wir unterstützen die Bemühungen des Deutschen Tierschutzbundes und der Computerzentrale „Tasso“, tätowierte Haustiere zentral zu erfassen. Wir wünschen uns ebenso wie die organisierten Tierschützer, daß den skrupellosen Händlern und Schleppern das Handwerk gelegt wird. Es ist zu unser aller Vorteil: dem Leben unserer Haustiere und unserer Ehre als Wissenschaftler.

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. Dieter Palm,
Gesellschaft Gesundheit und Forschung, Frankfurt/Main

Wort des Tages

„‚Billiger Friede' ist der Friede, den wir uns selber ausdenken. ‚Billiger Friede', das ist Friede als Prinzip, als ungeschichtliche Forderung; ‚billiger Friede', das ist Friede ohne die Bereitschaft, diesen Frieden, auch wenn der Notstand gegeben ist, mit aller Entschlossenheit gegen Rechtsbrecher, gewalttätige Diktatoren und Unterdrücker zu verteidigen.“

Karl Barth; Schweizer Theologe (1886–1968)

Stau-Probleme

„Der Deutschen Lust am Stau ist ungebrochen“; WELT vom 13. Juni

In der abgebildeten ADAC-Karte werden 18 Stauzentren von Nord bis Süd gezeigt und empfohlen, wie man diese umfahren kann. U. a. heißt es, „wo der Verkehr durch einspurige Engpässe gezwungen wird, muß mit stundenlangen Pausen gerechnet werden“.

Wie entsteht ein Stau? Nach meinen Beobachtungen doch nur dadurch, daß der zweispurige Verkehr durch das Überholverbotszeichen auf eine Spur gezwungen wird. Der Verkehrsfluß kommt zum Erliegen und der Stau beginnt. Wenn der Verkehr auf eine Spur gezwungen ist, läuft er so zügig weiter wie der langsamste Verkehrsteilnehmer es zuläßt. Das Überholverbotsschild steht etwa 800 Meter vor der Baustelle, was meines Erachtens bei der heutigen Verkehrsdichte viel zu kurz ist.

Die Einordnung auf eine Spur sollte und muß so früh erfolgen, daß es nicht zum Stau kommen kann. Der Verkehrsteilnehmer wird lieber 10 oder 20 Kilometer einspurig mit Tempo 50 bis 80 km/h zurücklegen, als eine bis zwei Stunden im Stau mit Fußgängertempo stehen (das Radio spricht vom stehenden Verkehr, ohne dabei rot zu werden). Denn wenn der Verkehr zum Stehen kommt, dann haben wir den Stau.

Mit freundlichen Grüßen
J. Müller,
Arnsberg 1

Kritischer Humor

„Leserbrief: Streit um die Vignette“; WELT vom 19. Juni

Gewiß kann man um die schweizerische Autobahn-Vignette diskutieren. Das wurde auch vor der Volksabstimmung reichlich getan. Der Schreibende hätte an Stelle der Vignette eine Alpenpaß- und Alpentunnelgebühr vorgezogen. Die riesigen Bau- wie Unterhaltskosten dieser selbst von zahlreichen Deutschen bewunderten Bauwerke hätten dies ohne weiteres gerechtfertigt. Nun, das Schweizervolk hat die einfachere und zweifellos administrativ billigere Vignette beschlossen – eine bescheidene Gebühr, die der Schweizer ebenso bezahlt wie jeder Straßenbenützer. Wenn daher ausgerechnet die sich gerne als die wohlhabendsten und reiselustigsten Europäer bezeichnenden Deutschen – noch lange nicht alle – gegen die Vignette Sturm laufen, dann nehmen dies die Schweizer eben mit kritischem Humor zur Kenntnis.

Dieser hört allerdings dort auf, wo jemand Töne vernehmen läßt, die an jene aus der Zeit des unglückseligen „Tausendjährigen Reiches“ erinnern. Über Wirtschaft und Finanzen im Bereich Bundesrepublik/Schweiz mit dem Briefschreiber zu diskutieren, ist sinnlos. Scheinbar weiß er nicht einmal, daß die Handelsbilanz der beiden Länder Jahr für Jahr eine kräftige positive Bilanz für die Bundesrepublik aufweist. Was sollen da läppische Drohungen?

J. Forster,
St. Gallen (Schweiz)

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Red.

Personalien

GEBURTSTAG

Der Mentor der bayerischen Volksmusik, der „Fanderl Wastl“, wie ihn seine Freunde nennen, feiert heute seinen 70. Geburtstag. **Sebastian Fanderl**, dessen Wiege im Chiemseedorf Bergen stand, hat sich zur Lebensaufgabe gemacht, das bayerische Volkslied- und Volksmusikgut zu wahren und zu neuem Leben zu erwecken. Über Bayerns Grenzen hinaus bekannt wurde das Original insbesondere durch das „Baierische Bilder- und Notenbüchl“ im Fernsehen, das er moderierte. Als Schulbub hatte Fanderl im Heimatdorf seinen Lehrmeister und sein Vorbild **Kiem Pauli** kennengelernt, der auf seinen vielen Reisen zum Sammeln alter und vergessener Volkslieder unterwegs war. Der Kiem Pauli ermunterte den Zwölfjährigen, es ihm gleich zu tun. Als Fanderl 30 Lieder beisammen hatte, zeigte er sie dem Kiem Pauli, der aber, kritisch wie er war, nur ein einziges gelten ließ. Den Heimatschnulzen und krachledernen Fremdenverkehrsrummel hat der 70jährige den Kampf angesagt. In seinem Bauernhaus auf dem Stelzenberg hoch über Frasdorf im Chiemgau, wo der Fanderl im Ruhestand lebt, sind die unverfälschte Volksmusik und ein gebirglerisches Brauchtum noch zu Hause.

AUSZEICHNUNGEN

Drei Düsseldorfer haben die Jürgen-Ponto-Förderpreise für junge Künstler erhalten: **Thomas Ruff** (28) wurden 20 000 Mark zuerkannt und je 10 000 Mark gingen an den 31jährigen **Bernd Jünger** und an den 28jährigen **Bernd Kastner**. Zusammen mit sechs Kollegen der Kunstakamdemie Düsseldorf stellen die Preisträger ihre Arbeiten bis 28. Juni im Haus des Frankfurter Kunstvereins aus.

*

Der mit 10 000 Mark dotierte August-Steffen-Preis der Fresenius-Stiftung wurde in diesem Jahr an den Kinderarzt Dr. **Walter Spranger** aus Baden-Baden verliehen. Damit wird das kinderärztliche, wissenschaftliche und berufspolitische Wirken eines Pädiaters gewürdigt, der in den schweren Jahren nach dem Krieg unter den widrigsten Umständen vorbildlich dazu beitrug, daß die deutsche Kinderheilkunde auch international wieder zu Ansehen gelangte. Die Kinderklinik Baden-Baden, die Dr. Spranger auch leitete, verdankt ihr Entstehen seiner Initiative. Dr. Spranger wurde ebenfalls als Autor eines verbreiteten Lehrbuchs für Kinderkrankenschwestern und des Elternbuches „Vom gesunden und kranken Kind“ bekannt.

KIRCHE

Einer der populärsten Kirchenmänner der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, der Präsident des Sächsischen Landeskirchenamtes, **Kurt Domsch**, erhielt die Würde eines Ehrendoktors der Rechte des Wartburg-College im US-Bundesstaat Iowa. Es wird als private Stiftung von der Lutherischen Kirche unterhalten. Domsch bekam die Auszeichnung für seine langjährige Mitarbeit im Lutherischen Weltbund. Domsch hat sein wichtiges Amt, in dem er der engste Mitarbeiter von Bischof **Johannes Hempel** (Dresden) – Vorsitzender des „DDR“-Kirchenbundes – ist, seit zehn Jahren inne. Davor leitete er einen staatlichen Betrieb für Brükken- und Hochbau in Sachsen.

WAHL

Josef Großmann, Präsident des Landesverbandes Südbaden des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), ist zum neuen Vorsitzenden des Präsidialrates des DRK gewählt worden, dem förderativen Organ aller 14 DRK-Landesverbände, das eins der wichtigsten Gremien auf Bundesebene ist. Großmann tritt die Nachfolge des früheren Bayerischen Ministerpräsidenten **Alfons Goppel** an.

STIFTUNG

In Essen ist ein westdeutscher Freundeskreis „Ljudmila Schiwkowa-Stiftung“ ins Leben gerufen worden. Dem vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Friedrich-Krupp GmbH und Vorsitzenden des Kuratoriums der Alfred-Krupp-von-Bohlen-und-Halbach-Stiftung, **Berthold Beitz**, initiierten Zusammenschluß, gehören als Gründungsmitglieder unter anderem auch der Präsident des Goethe-Instituts, **Klaus von Bismarck** und der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), **Otto Wolff von Amerongen** an. Der Stiftung, benannt nach der 1982 verstorbenen Tochter des amtierenden bulgarischen Staatsratsvorsitzenden **Todor Schiwkow**, gehören 150 herausragende Persönlichkeiten in 40 Ländern der Welt an. In Zusammenarbeit mit der Unesco widmet sie sich vornehmlich der wissenschaftlichen Förderung der Jugend.



„Die Bäume des Lebens" heißt der Titel des neuen Buches von Gertrud Höhler, Professorin für Germanistik an der Universität Paderborn, das im Herbst dieses Jahres bei der Deutschen Verlagsanstalt (Stuttgart) erscheint. Im dritten Teil des Vorabdrucks betrachtet die Autorin heimische und exotische Baumarten, um dem Leser den Sinn für die „Sprache der Bäume" zu wecken.

Die stumme Sprache der Bäume

Unser Umgang mit Bäumen, wie mit der Natur im ganzen, wird deshalb immer schwieriger, weil wir immer weniger Bestandteile dieser Natur mit Namen nennen können. Unter Menschen ist es für uns selbstverständlich: Ich will jemanden anreden und brauche dafür seinen Namen. Wird dieser Mensch mir vertrauter, so erhält sein Name den „Geschmack" dieser Vertrautheit, er färbt sich ein mit dem Wesen dessen, der ihn trägt. Die Namen der Bäume sind nur noch wenigen unter unseren Mitmenschen in größerer Zahl bekannt. Längst ist es selbstverständlich, daß man sie nicht kennt, längst auch ist der Gedanke selbst an Pflaumenbäume, wenn wir Pflaumen kaufen, an Apfelblüten, wenn wir Äpfel einkaufen, an Kirschblatt und Birnbaumborke fern von uns, während wir die Frucht anschauen, aussuchen, verzehren. Vielen von uns ist nicht nur dieser Zusammenhang abhandengekommen; sie kannten ihn nie. Sie sind aufgewachsen mit städtischen Marktäpfeln und Supermarktkirschen in Pappkörbchen, Erdbeeren in „Klarsicht"-Schachteln. So als wüchse die Erdbeere in der Schachtel, so als glitzerte der Apfel sozusagen von der Herstellung an, also ab Fabrik wie Waschmittel und Nähgarn, durch eine Folie zu uns herüber. Fast ist der Gedanke ausgetilgt, daß Früchte wachsen, daß sie Stadien durchlaufen in der freien Luft, am Ast eines Baumes, unter den starken, zackigen Blättern der Erdbeerpflanze, im sonnendurchfluteten Laub des Kirschbaums, am windigen Standplatz eines Pflaumenbaumes.

Daß Früchte wachsen, sollen wir vergessen: Nur die makellosen werden uns präsentiert, jene ohne Kratzer und ohne Narbe, kugelrund und idealfarben; genormt nach Größe. Während wir an diese unwirkliche Makellosigkeit des Obstes gewöhnt wurden, sagte man uns, wir wollten nur solche Äpfel, solche unwirklich roten Tomaten, die uns schon deshalb nicht mehr an die Sonne erinnern, weil sie keine „Sonnenseite" mehr haben, auf der sie roter, glühend sind – und keine Schattenseite, die kühl und hell vom Standplatz des Baumes, der Tomatenpflanze, der Erdbeerstaude erzählen könnte. Wir werden mit Obst versorgt, das uns von den Bäumen wegführt – denn ein freiwachsender Baum hat immer neben großen und kleinen Äpfeln, neben runden auch seltsam verhutzelte, an denen die rauhen Stellen, Spuren von Astdruck oder Zweigschaben im Sturm, am besten schmecken.

Kinderumwelt ist baumarm geworden in den großen Städten; aber auch dort, wo die Baumsysteme unserer Großstädte gepflegt werden, in den Parks, ist die intime Annäherung an den Baum nicht mehr möglich. Sich unter Bäumen abends schlafen legen – oder auch nur ein Buch aufschlagen im Mittagsschatten, den Kopf im Gras, ins Laub hinaufblinzeln, Borke tasten, den schwarzgrünen Staub auf den Fingern zerreiben, Vögel hören, huschen sehen, ihr Nest ahnen, ihr Gezeter oder Liebesgeflöt aufsaugen und ihr Schwirren mit den Augen verfolgen – auch mit dem Ohr, jetzt nah, dann fern, nun im Laub und verstummt –: Dies alles gelingt Stadtmenschen nur, wenn sie entschieden wollen.

Für unsere Orientierung in der Umwelt ist es in der Tat völlig gleichgültig, ob wir heute noch wissen, daß Ahorn oder Platanen die Straße säumen, oder ob es Buchen sind, unter denen wir raschelnd im Frühjahr spazieren, von unglaublich zart im Zickzack gefalteten Blättchen überrascht, an die unser Kopf stößt. Das feine Haarfell dieser gefalteten Blättchen zwingt zum Streicheln, sacht mit den Fingerspitzen; es erinnert an kleine Tiere, deren Fell ähnlich dünn über der zarten Haut wächst. Erstaunen über solche Parallelen weckt den Respekt vor der stummen Lebendigkeit der Bäume. So können wir die Kastanien in unseren Städten bestaunen, wenn sie dunkel gleißende, klebrig tropfende Knospen aufrichten, als stünde eine Explosion im Winter angesammelter Kraft bevor. Scheint die Sonne in den März-Kastanienbaum, so glänzen die lackierten Knospen hell in den schwarzen Zweigen. Wenn die Blätter der Kastanie sich dann entfalten, so bewundern wir die gleichmäßig gefältelten schmalen, schnell breit auswachsenden Finger und später, im Mai, die festlichen Kerzen, weiß oder rosa, die der Baum aufrichtet.

Ahorn und Platane säumen ebenfalls Großstadtstraßen, der Ahornbaum in vielerlei Sorten, mit spitzzackigen oder fein geschlitzten Blättern, im Herbst rotgolden leuchtend, die Platane mit dem schöngemaserten Marmor ihres Stammes, der südliche Sonne und Sand, warme Erde wie auf abstrakten Gemälden zu beschreiben scheint. Seine kleinen Kugeln schmücken noch den kahlen Winterbaum wie ein lustiger Behang aus Jahrmarktstagen. Gewöhnt man sich an den Jahreslauf mit einer Allee oder mit Gartenbäumen, so entsteht ein engeres Verhältnis zu den Jahreszeiten: Der Frühling kündigt sich an im Baum, zuerst durch die Vögel, die ihn befliegen und in seinen Zweigen zwitschernd spielen. Der Sommer durchläuft im Baum die Phasen vom frischen, unberührten Grün bis zum dunkleren Junigrün, dem staubigen Juliblatt, bis in den gleißenden oder nassen August, wo wir hier und da ein Blatt fallen sehen, anders als die im Junisturm herabgerissenen, müde und beinahe herbstlich. Wir haben Zeit, uns an den Herbst zu gewöhnen.

Solche jahreszeitlichen Rhythmen entsprechen unserm eigenen Lebensrahmen; wir durchlaufen sie mit dem Baum gemeinsam und denken nur manchmal daran, daß er lange vor uns dort stand, zum Beispiel als die Häuserreihen rechts und links von der Allee im Zweiten Weltkrieg brannten, als hier Menschen starben, verschüttet wurden. Viel Leiden, Hoffnung und Freude, Heranwachsen und Altwerden hat sich unter diesen Bäumen einer Großstadtstraße bewegt, das geht uns wohl manchmal durch den Kopf.

Was bewegt uns, wenn wir im Südwesten Nordamerikas auf jene ältesten Bäume dieser Erde treffen, die Grannenkiefern, die nicht nur als Art, sondern als individuelle Lebewesen, wie sie da vor unsern Augen stehen, über viertausend Jahre an ihrem Platz wachsen? Unsere Zeitrechnung beginnt mit der Geburt Christi. Ihre Lebenszeit reicht weiter hinter die Zeitenwende zurück als in sie hinein: Einige dieser Kiefern begannen zu wachsen, mehr als 2600 Jahre vor Christi Geburt. Wir bewegen uns auf das Jahr zweitausend nach Christus zu; nicht die Hälfte seines Lebensalters hat ein solcher Baum in der von uns gezählten Zeit verbracht. In Babylon herrschten damals, in der ersten Lebensepoche des jungen Kiefernbaumes, assyrische Könige; von ihnen wird im Alten Testament erzählt. Das nordamerikanische Hochland, 3400 Meter hoch gelegen, war damals wahrscheinlich menschenleer. Kleine Nadelbäume entfalteten sich in diesem rauhen Klima, als der Glanz der mesopotamischen Städte verblaßte. Die Grannenkiefern wuchsen zu jungen Bäumen empor, als das alte Ägypten seine Macht und Weltdeutung entwickelte und zur bedeutendsten Kultur der alten Welt wurde.

Der Mensch wird leise in seiner Nähe
FOTO: MANFRED GROHE

Zur Zeit des Pyramidenbaus hatten die Grannenkiefern im fernen Kontinent schon ein Alter von tausendvierhundert Jahren erreicht. Siebenundzwanzig Jahrhunderte umfaßte ihr Lebensalter, als im fernen Palästina der Messias der Christenheit geboren wurde, der König der Juden, eine winzige Weltsekunde später ans Kreuz geschlagen. Die Kiefern im Hochland der nordamerikanischen Sierra setzten Jahresring um Jahresring an, Millimeterbruchteile dünn; sie gediehen weiter, während die antike Welt sich dem Christentum öffnete, unbeachtet und unbemerkt in einer Welt von Rittertum und Kreuzzügen, Kriegen und Reformation, Renaissance und Aufklärung, Revolutionen und immer wieder Kriegen, Festen und Staatstheorien. Wären sie nicht über Jahrtausende ohne menschlichen Zugriff gewachsen, die Grannenkiefern, so hätten die Forscher der fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts sie vermutlich dort oben nicht mehr angetroffen. Jene uralten Nadelbäume im Norden Amerikas wuchsen auch noch im gleichen Millimetertempo weiter, als das erste Raumschiff um den Erdball kreiste; die Ungeheuerlichkeit der abgelaufenen Weltgeschichte hat sie nicht erreicht und nicht beeinflußt.

Etwas von dieser Überlegenheit der Bäume mögen Menschen zu allen Zeiten geahnt haben; und die Erfahrung beständiger lebender Generationen vor uns trug auch solche Nachrichten weiter: daß es Bäume gab, die Geburten und Tode in langer Kette überdauerten, in deren Schatten schon die Urahnen Zuflucht gefunden hatten. Solche Nachrichten werden im wissenschaftlichen Zeitalter vielleicht bei Spezialdisziplinen verläßlicher als in den Erzählungen der Menschen; für den durchschnittlich lebenden Stadtbewohner aber besteht diese Frage in der Regel nicht: wie lange ein Baum, den er täglich sieht, schon hier aufrage, wer von seinen Vorfahren unter dessen Krone schon vorbeigegangen, an seinen Stamm schon die Hand gelegt, von seinen Knospen eine abgebrochen habe, um sie im Frühling neugierig zu entfalten. Wir sprechen den Bäumen keine besondere Individualität zu, deshalb leben wir mit ihnen als wären sie Dinge. Schöne Dinge, lebendige und wandlungsfähige Dinge, aber nicht eigentlich Lebewesen würden wir sie nennen. Das pflanzliche Leben ist zu weit von uns fort, das Vegetative ist uns fremd geworden – wiewohl wir in unseren medizinischen und psychologischen Interessen eben ein neues Zeitalter des schwärmerischen Umgangs mit dem Unsichtbaren und Unhörbaren, dem Geheimnisvollen und Übersinnlichen eröffnet haben.

Die kleinwüchsigen Grannenkiefern, deren Zweige rundum starke Nadeln tragen, wirken gedrungen und vital. Junge Bäume können von schönem, gleichmäßigem Wuchs sein; ein Kranz von gleichmäßig gewachsenen, unten längeren und nach oben kürzer werdenden Zweigen umgibt ihren Stamm rundum. Die Nadeln sind dunkelgrün und im Gegensatz zu ihrem starren, starken Aussehen weich wie Fell. Das Idealklima für diesen Baum ist in Höhen von zweitausend bis dreitausend Metern zu finden. Die Jahresringe sind so fein und dünn, wie das langsame Wachstum der Bäume vermuten läßt: fünfzig und mehr mikroskopisch feine Ringe gehen auf einen Zentimeter. Das Majestätische des Anblicks macht das bizarre Beieinander von altem, rindenlosem Holz mit grünen, saftigen Zweigen. Wie Bronze leuchtet das bloßliegende Holz; Stamm und Äste zeigen von Gelb über Orange bis zu Braun und Schwarz eine reiche, harmonische Buntheit. Metallisch leuchtend, erinnern diese Flächen an bunt zusammengegossene Metalle. „Wenn man mit dem Finger an den abgestorbenen Ästen entlangfährt, so glaubt man, glattes Metall zu berühren, so feinkörnig und abgeschliffen ist das Gewebe des Holzes, das Jahrhunderte hindurch Eis-, Schnee- und Sandstürmen ausgesetzt war" (Andreas Feininger).

Begrenzt wie das Terrain der heute noch lebenden Grannenkiefern ist auch der Lebensbereich jener Bäume, unter denen, soweit wir wissen, die höchsten dieser Erde sind: die Küstensequoien. Fünfunddreißig Stockwerke eines Hochhauses machen jene Reichweite in die Höhe aus, die eine Küstensequoie mit mehr als hundertzwölf Metern mißt. Die Mammutbäume freilich erreichen gewaltige Gesamtmassen, Stämme von bis zu neun Metern Durchmesser. Mammutbäume bilden aber nicht Wälder, die nur aus ihrer Art bestehen, sondern sie finden sich bei kleineren Bäumen, stehen in Gruppen zusammen. Was die Küstensequoie eindrucksvoll macht, ist der Wald, den sie auf einem einzigen, schmalen Streifen dieser Erdkugel bildet: entlang der Pazifikküste von Monterey in Kalifornien bis hinauf in den Südwesten von Oregon, siebenhundertfünfzig Kilometer lang zieht sich dieses schmale Band von Sequoienwäldern am Pazifischen Ozean entlang.

Blickt man an den Stämmen hinauf, so schafft neben ihrer schwindelerregenden Höhe die Musterung der Rinde eine spiralförmige Bewegung im Auge des Betrachters: Tiefe Kerben ziehen sich in den Stämmen aufwärts, während sie langsam den Stamm umkreisen wie große, langgezogene Spiralen. Zwischen den hohen Stämmen ist viel Licht; ein majestätischer Wald, durch den das Auge wandern kann, in die Tiefe und Höhe, an sonnengescheckten Stämmen entlang. Andreas Feininger berichtet, daß lärmend eingefallene Reisegruppen zwischen diesen gewaltigen Stämmen nach einer Weile den Ton wechselten: mit leiser Stimme tauschten sie ihre Eindrücke aus, und beruhigt und friedlich traten sie aus dem Wald ihren Rückweg an.

Die Riesensequoie, der Mammutbaum, ist der größte lebende Organismus dieser Erde. Kein Tier der Erdgeschichte reicht an seine Masse, sein Gewicht heran. Die größten dieser Bäume wiegen über tausend Tonnen, fast das Zehnfache dessen, was das größte Tier, der Blauwal, mit hundertzweiundfünfzig Tonnen wiegt. Mehr als zehn Meter Durchmesser hat der Stamm eines dieser gewaltigen Bäume durchschnittlich. „In der Regel wachsen Riesensequoien einzeln und weit verstreut, umgeben von Massen kleinerer Bäume, ihre unglaublichen Dimensionen, ihre Farbe, die von Fuchsrot und Bronze bis zu einem grauen Purpur hin variiert und die sich bei jeder Beleuchtung wieder zu verändern scheint, lassen diese Bäume wie Relikte aus einer vorsintflutlichen ‚verlorenen' Welt erscheinen" (A. Feininger). Die Rinde ist zimtfarben und samtweich. „Die Rinde der Riesensequoien ist sowohl vom Gewebe als von der Farbe her völlig verschieden von allen andern Bäumen – ein wundervolles Zimtbraun mit Schattierungen von Rostrot, Purpur und Aschgrau, oft mit schwarzen Flecken versehen, Erinnerungen an Waldbrände, die vor Jahrhunderten den Wald heimgesucht haben. Schimmernde Glanzlichter beleben das samtartige Gewebe, das sich warm und elastisch anfühlt. Diese Rinde ist bis zu sechzig Zentimeter dick, stark mit Gerbsäure durchsetzt und dadurch äußerst widerstandsfähig gegen Schädlinge und Feuer." Feininger berichtet, daß in den sechziger Jahren eine vom Blitz getroffene Riesensequoie mit ruhigem Feuer brannte, ohne hell aufzulodern, und, kaum versehrt, erst im Oktober von einem Schneesturm gelöscht wurde.

Fünfundsiebzig Millionen Jahre reicht die Geschichte der Sequoien zurück; sie führt ins Tertiär-Zeitalter. In Europa bekannt geworden und in vielen botanischen und privaten Gärten unterdessen angepflanzt ist die Metasequoia, die 1946 in Zentralchina wiederentdeckt wurde. Auch sie ist eine Art, die sich Millionen Jahre zurückverfolgen läßt bis ins Miozän im Jungtertiär. Manche Zeitgenossen unserer Jahrzehnte lernen die Bäume unserer Breiten wieder zu bewundern, wenn sie zwischen ihnen solche uns unvertrauten Baumgestalten sehen: die Metasequoia, die unseren Nadelbäumen ähnlich, aber spielerischer im Umriß ihrer Krone ist, leichter im Gezweig – und vor allem ungewohnt für unser Auge. Sie zieht uns an wie das Fremde, Unbekannte uns anzieht, weil es über andere Zonen dieser Erde Auskunft zu geben scheint. In ähnlicher Weise setzt sich unsere Phantasie in Bewegung, wenn wir Palmen sehen: morgenländische Sonne und der Wind unberührter Küsten ziehen durch unsere Gedanken, wenn wir nur Bilder von diesen Bäumen sehen.

Die Sehnsucht, nicht dort zu sein wo wir herkommen, wo alles geheimnislos erscheint, weil unsere Sinne abgestumpft sind, wird durch den Anblick solcher Bäume mächtig aufgerührt. Die Königspalmen, Dattel- oder Kokospalmen gehören überdies zu den schönsten Baum-Anblicken, weil sie alles das unmittelbar sichtbar machen, was unsere Bäume wegen ihrer stabilen Stämme und ihrer dichten Kronen nicht zeigen können: die Elastizität des Stammes, der mit dem Winde schwingt, und die glänzende oder kugelige Sinnlichkeit von dichthängenden Früchten – und schließlich die geometrischen Muster der gegeneinandergewebten Wedel, die sich wie Riesenfedern im Wind kreuzen. Die Spitzbogen der gotischen Kathedralen, so meinen manche Gelehrten, bildeten nichts anderes nach als zwei gegenüberstehende Palmenreihen, deren Wedel sich kreuzen.

Wer freilich die Bewunderung für exotische Bäume geübt hat, entdeckt auch an den heimischen Arten Einzelzüge, die er bis dahin nicht wahrgenommen hat: das bunte Rindenrelief der Platane in unseren Straßen-Alleen, ihre Stachelkügelchen vor dem Winterhimmel; die winterlichen Federreihen der entblätterten Pappeln, die abstrakten Tuschzeichnungen entlaubter Winterbäume vor warmen Sandsteinmauern und -brücken; die Lichtmuster auf Gehsteigen und an Hauswänden, die durch Baumgeäst gemalt werden, im Rhythmus des Windes hüpfend; das dramatische Astgewirr windgezeichneter Buchen und die zartlila Schöpfe treibender Weiden im Frühlingsnebel.

Wird fortgesetzt

Forderung nach Freiheit im eigenen Land: Der Kirchentag in der „DDR"

Eine Klammer der Gemeinsamkeit

Kirchentage im geteilten Deutschland wecken Hoffnung und Interesse. Durch die Mauer ab 1961 getrennt, teilen sie das Los von Land und Leuten. Sie spiegeln – nicht erst seit Düsseldorf vor 14 Tagen – das Bemühen von Deutschen nach ihrer Identität wider.

Die Leitworte der einstigen Gemeinsamkeit: „Wir sind doch Brüder" (Berlin 1951), „Seid fröhlich in Hoffnung" (Leipzig 1954) und „Ich bin bei Euch" (Berlin-West 1961) trafen die Empfindungen der Christen. Seither leben die Kirchentage mit der Mauer. Sie gibt es im Lande von Luther und Bach vor und hinter den unfriedlichen Sperren. In ihnen finden sich Annahme und Ablehnung derzeitiger Realitäten und unversiegbarer Kulturströme wieder. Sie sind eine Klammer.

Politischer Streit um die Qualität von Freiheit und Frieden weckt das Harmoniebedürfnis der Menschen zwischen Greifswald und Düsseldorf. Wie infantil es sich zuweilen auch äußert, es ist eine unüberhörbare Forderung nach Humanität, nach Liebe, Geborgenheit und Hoffnung, auf Freiheit im eigenen Land und auf der Erde. Es ist ein Rufen nach Selbstbestimmung, eine Forderung nach dem Kennenlernen von anderen Ländern, anderen Menschen.

„Gottes Wege führen weiter" war eine Kirchentagslosung in der „DDR" 1976 für Berlin, Rostock und Halle, die einen neuen Aufbruch verhieß. Vier Wochen vor Halle ging in der „DDR" Pastor Brüsewitz in den Flammentod. Er setzte ein Brandmal den Eiferern, die glaubten, stabilisierende Holme in den Flügeln des Sozialismus sein zu müssen, die nicht sahen, daß die Parteilehre der SED nicht nach dem Woher und Wohin eines Menschenlebens fragt, daß sie in Wirklichkeit leer ist, weil ihr Liebe und Verzeihung fehlen. Pastor Brüsewitz setzte ein Mal auch denen, deren Bequemlichkeit es auch heute nicht wahrhaben will, daß Frieden und Freiheit Größen sind, die im Bestand voneinander abhängen.

Reportage am Montag – ZDF, 19.30 Uhr

Nun fand am Wochenende am Nordostzipfel der „DDR" in Greifswald, einer Universitätsstadt seit 1456 – dem Heidelberg Pommerns – ein mehrtägiger Kirchentag statt, der von der „Greifswalder Kirche" aus, der Restkirche der Pommerschen Landeskirche, getragen wurde. Anlaß ist der 500. Geburtstag des Reformators Johann Bugenhagen, der am 24. Juni 1485, in Wollin/Pommern geboren wurde. Er war ein Mitstreiter Luthers.

„Durch Glauben reich sein" war das Leitwort. War es ein Kirchentag der Jugendlichen, von denen viele die Furcht vor einschüchternden Bedingungen zusehends verlieren, vor allem dann, wenn ihr christliches Bekenntnis bereits zum Stoppschild für Berufsausbildung und Karriere geworden ist? Oder war auch die breite Schicht der 35-65jährigen sichtbar vertreten?

Darüber hinaus kann man gespannt sein, ob in Greifswald auch ökologisch-politische Fragen gestellt und beantwortet wurden, denn sie liegen nahe: Atomkraftwerk bei Greifswald und Aufheizung der Bodengewässer; Zerstörung naturgeschützter Steinfelder; ziviler Ersatzdienst und vormilitärische Erziehung; Abhängigkeit des Studienplatzes von eigener Wehrdienstverlängerung und ideologischem Kotau; Reisebenachteiligung gegenüber den Rentner-Reisemöglichkeiten.

Haben SED-Funktionäre und Minister wieder die Chance verpaßt, zur Diskussion zur Verfügung zu stehen? Auch wird es uns interessieren, ob sich der Frage nach Gott und dem Reichtum des Glaubens die Fragen nach Anpassung und Bekenntnis im atheistischen Staat anschließen; ob Rufe nach einer bekennenden Kirche laut werden.

HANSJOACHIM MÜLLER-UIBRIG

KRITIK

Analyse der Gewalt

Der englische Film **Verrat in Belfast** stammte zwar aus dem Jahre 1979, und die Kriegsberichte aus dem Libanon haben inzwischen die aus Nordirland von den Titelseiten der Zeitungen verdrängt. Die regelmäßigen Kurzmeldungen rufen es aber immer wieder in die Erinnerung zurück: Geändert hat sich seitdem dort nichts, es wird weiter geschossen, weiter gebombt, weiter gemordet. Und Nordirland, das wurde in diesem Film deutlich, kann durchaus als Musterbeispiel für die in vielen Ländern ausgebrochene Gewalt genommen werden: Es kommt längst nicht mehr auf irgendwelche Ziele an, die Mittel haben sich von ihrem Zweck gelöst, die Gewaltausübung hat sich zu einem Kult verselbständigt, und deshalb gibt es für die Konflikte keine Lösung.

Es ist sehr schade, daß das ZDF diesen ernsten und ehrlichen Film des sonst unbekannten Regisseurs Tony Luraschi zu später Nachtstunde versteckt hat, in der sonst üblicherweise reine Actionware läuft. Luraschi analysierte die Gewalt, indem er sie beschrieb und so die Parolen der Terroristen als hohl und zynisch entlarvte. Die Kamerafahrten durch die trostlosen Gassen der Stadt, der sporadisch im Hintergrund ausbrechende Gefechtslärm, die Atmosphäre von Dunkelheit und Hoffnungslosigkeit zeigten, daß in einer Stadt wie Belfast die Menschen nicht mehr Herren ihres Schicksals sind.

SVEN HANSEN

Mit Krümeln abgespeist

Es ist wohl wahr: Auf einen Pfitzmann schießt man nicht mit Kanonen, und am Samstagabend nun schon gar nicht. Aber andererseits sollte man auch einem Wochenendunterhalter vorhalten dürfen, daß er sich in dem Fitzelkram hastig angerührter Dümmlichkeiten verbraten läßt.

Die „Geschichten zur Unterhaltung" (Untertitel) heißen **Berliner Weiße mit Schuß** (ZDF), das soll wohl bedeuten, daß sie vom grünen Strand der Spree kommen. Man möchte es gerne glauben, doch sie kommen nicht von dort, leider, sie kommen aus einer Allerweltsschreibstube, sie könnten spielen in Darmstadt so gut wie in Neu-Isenburg.

Aber das ist es nicht; es geht dem Schelter um das immer wieder vergeblich vorgehaltene Mißverständnis, die leichte Kost brauche keine Mühewaltung. Das Wochenendpublikum, so sieht man es wohl in den Programmetagen, ist ein minderes Publikum, und ein leichtgeschürztes Stück kann man mit links machen. Man braucht dazu nur ein paar populäre Gesichter, ein paar eingefahrene Gesten und Phrasen, und schon lacht die dankbare Nation.

Es mag sein, daß sie wirklich lacht, aber es ist so gut wie sicher, daß sie es nicht allzu lange tut. Irgendwann merken auch die Verschlafenen unter uns, daß sie mit Krümeln abgespeist werden. Und die Pfitzmanns und Haückes, die Sebalds und Brühls (um nur einige Namen aus der jüngsten Folge zu nennen) sollten für ihr ehrliches Handwerk eine adäquate Gegenleistung in Qualität verlangen.

VALENTIN POLCUCH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.03 Feuerwanzen küß ich nicht
11.40 Vorsicht, Falle!
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

15.00 Fury
15.25 Dr. Snuggles
4. Folge: Das Geheimnis des Zauberpilzes
16.00 Tagesschau
16.10 Schöne Aussichten
Gespräche im Glaskasten: Mutter und Kind
17.20 Im Schatten der Eule
5. Teil: Schwein gehabt
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Eine italienische Legende
Giuseppe Verdi
2. Teil: Erste Erfolge
Mit Ronald Pickup, Carla Fracci, Giampiero Albertini u. a.
Regie: Renato Castellani
21.15 Nagyrede – Vom Leben in Ungarns Provinz
Westliche Zeitungen, Striptease, kulinarische Spezialitäten und First Class Hotels: Auf den ersten Blick scheint Ungarns Sozialismus einen durchaus kapitalistischen Touch zu haben. Daß dies nicht für das ganze Land gilt, zeigt Friedhelm Brebecks Film über Nagyrede, ein Dorf, rund 80 Kilometer östlich von Budapest.
21.45 Rund um Big Ben
Britische Notizen
Von Wolf von Lojewski
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Weg mit Schaden
Kanadischer Spielfilm (1979)
Mit Marie Tifo u. a.
Regie: Francis Mankiewicz
0.50 Tagesschau

14.55 Programmvorschau
15.00 heute
15.03 Die Vogelscheuche
1. Teil: Wurzel verliert den Kopf
15.30 Ferienkalender
16.05 Charlie Brown
1. Folge: Snoopys Alptraum
16.30 Lassies Abenteuer
Man soll nie aufgeben
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Harte Pizza
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Kirchentag in der DDR
Reportage aus Greifswald
von Werner Brüssau und Dirk Sager
20.15 Die Piraten der grünen Insel
Ital.-span. Spielfilm (1970)
Mit Dean Reed, Alberto de Mendoza, Annabella Incontrera u. a.
Regie: Ferdinando Baldi
21.45 heute-journal
22.05 Zur 2000-Jahr-Feier
Mein Augsburg!
Fünf junge Autoren über ihre Stadt
22.40 Zum Jahr der Musik
Georg Friedrich Händel – zum 300. Geburtstag
Stationen eines Lebens
Mit Unterstützung des English Chamber Orchestra läßt dieser Film noch einmal das Leben des bedeutenden Komponisten Revue passieren.
Inszenierung von Tony Palmer
0.10 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
14.00 Tarzan
Der Tag des Goldenen Löwen
15.00 Die Bären sind los
Die Wette
15.30 Musicbox
16.30 Scooby und Scrappy Doo
Scooby als Höhlenforscher und Rekrut
17.00 Mondbasis ALPHA 1
Die Verstoßenen
18.00 Westlich von Santa Fe
Der Händler
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Gauner gegen Gauner
Eine schöne Bescherung
19.40 Die Rache des Samurai
Teil 11
20.30 TOP – Tagesordnungspunkt
Die Herausforderer – Mittelständler auf dem Weltmarkt / Internationale Börsenberichte
21.00 Galerie Buecher
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Käpt'n Raubbein aus St. Pauli
Deutscher Spielfilm (1971)
Mit Curd Jürgens, Heinz Reincke, Johanna von Koczian u. a.
Regie: Rolf Olsen
23.55 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
Kompass
Heiß und kalt (2)
19.00 heute
19.30 Sportreport
mit „Sport am Montag" aus Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Samstagnacht bis Sonntagmorgen
Englischer Spielfilm (1960)
Mit Albert Finney u. a.
Regie: Karel Reisz
23.10 Kennwort: Kino
23.30 3SAT-Nachrichten

III.

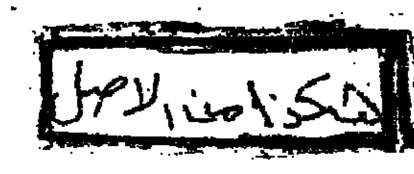
WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
Treffpunkt Mailand
21.45 Landesspiegel
Balance-Akt
Ein Kleinzirkus kämpft ums Überleben
22.15 Wiedersehen – neugesehen
Wie ein Hirschberger Dänisch lernte
Fernsehspiel von Dieter Meichsner
Regie: Rolf Busch
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Televisionen
20.00 Tagesschau
20.15 Nahaufnahme
Warten auf den Notruf
21.00 Das Montagsthema
Jugendkriminalität
22.00 20 Jahre III.
Villon unter uns
Chansons von Wolf Biermann
22.45 20 Jahre III.
Was Kinder wissen
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Catweazle
18.55 Wombles
19.00 Drei D – Spezial
Erbarmen – die Hessen kommen
20.00 Trends
20.45 Die Sprechstunde
Gesundheitsküche: Salmonellen
21.30 Drei aktuell
21.45 Owen Marshall – Strafverteidiger
Eine Falle für den Liebhaber
22.30 Italienische Literatur der Gegenwart (1)

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
Entscheidung in Los Robles
20.15 Nackt im Englischen Garten
21.15 Flash Gordon
Die Stadt unter Wasser
21.30 Rückblende
Vor 425 Jahren: Die Zitadelle von Spandau – Tresor des Reiches
21.45 Noch lieben die Götter Singapur
Dokumentarfilm
22.35 Jazz am Montagabend
23.45 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Aus Forschung und Lehre
Berichte aus bayerischen Hochschulen
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
Fotografie als Kunst
22.50 Die Untersuchungsrichterin
Französische Fernsehreihe
0.20 Rundschau



LEICHTATHLETIK / Weltklasse bei „DDR" – UdSSR

Europarekord von Skamrahl wackelt

dpa/K.Bl. Erfurt

Ein Feuerwerk der Weltklasse – das war der Leichtathletik-Vergleich zwischen der „DDR" und der UdSSR in Erfurt, dessen Endergebnis bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vorlag. Acht Weltjahresbestleistungen gab es am ersten Tag. Im Weitsprung lieferten sich Heike Drechsler und Galina Tschistjakowa ein begeisterndes Duell, das die Jenaerin mit 7,33 m zu 7,27 m gewann. Im Speerwerfen unterstrichen Uwe Hohn und Petra Felke ihre derzeitige Ausnahmestellung. Hohn kam auf 96,90 m, Petra Felke verfehlte ihren Weltrekord (75,40 m) mit 74,94 m nur knapp.

Trotz alledem – Prunkstück der zweitägigen Weltklasse-Veranstaltung von Erfurt war der 400-Meter-Lauf der Männer. Der 19jährige Thomas Schönlebe aus Karl-Marx-Stadt gewann auf der mit großen Pfützen übersähten Laufbahn in der neuen Jahres-Weltbestzeit von 44,62 Sekunden, was zugleich „DDR"-Rekord bedeutete. Zweiter wurde sein Klubkamerad Jens Carlowitz in 44,93 Sekunden. Zum Stellenwert dieser Leistung: Schneller als Schönlebe waren in Europa bisher nur Europarekordler Erwin Skamrahl aus Groß-Ilsede, der 1983 in München 44,50 Sekunden erzielte und Viktor Markin, der sowjetische Olympiasieger von 1980 in Moskau (44,60). Bundestrainer Manfred Kinder: „Ich glaube schon, daß Schönlebe Skamrahls Europarekord wegputzen kann. Man muß damit täglich rechnen." 400-m-Europameister Hartmut Weber (Kamen): „Ich gehe davon aus, daß Schönlebe in diesem Jahr noch schneller wird."

Was auch geplant ist, denn schon Anfang dieses Jahres spekulierte Schönlebes Trainer Peter Dost auf eine Zeit von 44,0 Sekunden – der Auftakt dafür wurde nun in Erfurt gemacht. Nach Maß, wie Schönlebe nach dem Rennen ausführte: „Für diesen Wettkampf hatte ich mir einiges vorgenommen, nachdem ich kurz zuvor Mathias Schersings DDR-Rekord von 44,86 Sekunden egalisiert hatte. Ich achtete deshalb auch gar nicht darauf, daß eigentlich das Wetter nicht danach war. Mich beunruhigte auch nicht, als der sowjetische Läufer Wladimir Krylow bereits an der 100-m-Marke an mir vorbeiging. Es war mir klar, daß dieses Anfangstempo zu hoch für ihn war. Ich vertraute auf meinen Schlußspurt, denn ich wollte nichts anderes als eine besonders gute Zeit erreichen." Aussagen eines jungen Läufers – „eines Ausnahmetalentes" Kinder) –, der genau weiß, was er kann. Schönlebes Fazit: 44,20 Sekunden seien seine 44,62 Sekunden von Erfurt schließlich wert gewesen – bei sommerlichen Temperaturen und auf trockener Bahn gelaufen. Wer sollte ihn in diesem Jahr schlagen können?

„Bestimmt keiner von uns," sagt Bundestrainer Kinder, der die Europameister Karl Honz (1974), Franz-Peter Hofmeister (1978) und Hartmut Weber (1982) herausbrachte und unter dessen Stabführung Erwin Skamrahl zum schnellsten europäischen 400-m-Spezialisten avancierte. Kinder analysiert: „Wer Weltspitze sein will, muß 44er Zeiten laufen können. Um das zu erreichen, braucht man 20,50 Sekunden über 200 m als Basis. Doch das kann hierzulande kein 400-m-Läufer." Und dann die Bestandsaufnahme: „Hartmut Weber hat noch einen Trainingsrückstand wettzumachen, hervorgerufen durch eine Fußverletzung im letzten Jahr. Klaus Just, der Vize-Europameister in der Halle, wird es von seiner Grundschnelligkeit her zwar auf 45,50 Sekunden bringen, aber das ist nur nationale Spitze. Erwin Skamrahl wird Spitzenleistungen schaffen, aber ich habe Bedenken, wenn ich an seine Leistungsstabilität denke."

Wie wäre es dann mal mit dem Leverkusener 200-m-Spezialisten Ralf Lübke, der es 1984 auf 20,51 Sekunden gebracht hat? Kinder weiß, daß Lübke die 400-m-Tradition des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) fortführen könnte. Er weiß aber auch, daß gerade ein solches Talent sorgfältig aufgebaut werden muß. „Ich bin deshalb mit seinem Heimtrainer Bernd Knut in Kontakt. Wir haben vor, Ralf Lübke in diesem Jahr schon mal in die 4x400-m-Staffel einzubauen, um ihn so an die 400-m-Strecke heranzuführen."

Mit einem Duell Schönlebe gegen Lübke bei den Europameisterschaften im nächsten Jahr in Stuttgart wird es denn wohl nichts. Aber selbst dann, wenn Lübke in Stuttgart bereits über 400 m antreten würde, wäre ihm Schönlebe längst so enteilt. Kinder sagt: „Beeindruckend war ja nicht nur die Zeit, die Schönlebe in Erfurt erzielte. Beeindruckend war, wie er sie lief."

Schönlebe sprintete auf der Distanz, die von den Engländern die „männermordende" genannt wird, die letzten 100 Meter so schnell wie die vorletzten, die letzten 50 Meter kaum langsamer als die davor. Und er rannte bei kühlem, regnerischem Wetter – mithin unter Bedingungen, die seine Konkurrenten aus der Bundesrepublik nicht zum Rekord, sondern zur Beschaffung eines ärztlichen Attestes veranlaßt hätten, um ja nicht erst antreten zu müssen.



Kraftvoller Antritt: Thomas Schönlebe (links) FOTO: DPA

Ovett und Coe sind wieder da

DW./sid/dpa, Birmingham

Eine Woche vor dem Länderkampf gegen die Bundesrepublik Deutschland in Bremen gewannen die Leichtathleten der USA in Birmingham einen Männer-Vergleich gegen England mit 119:91 Punkten. Höhepunkt war dabei der Auftritt der englischen Mittelstrecken-Garde mit den Olympiasiegern Sebastian Coe und Steve Ovett sowie Welt- und Europameister Steve Cram.

Der 28 Jahre alte Sebastian Coe, 1500-m-Sieger von Moskau und Los Angeles, lieferte sich über 800 m einen heftigen Kampf mit Steve Cram. Im Endspurt war Coe in 1:46,23 Minuten schneller, Cram wurde in 1:46,46 Minuten Zweiter.

1500-m-Weltrekordler Steve Ovett gewann über 3000 m in 7:55,95 Minuten. Für den 29 Jahre alten Olympiasieger von Moskau 1980 war es der erste große Wettkampf seit einer Virus-Infektion bei den Olympischen Spielen in Los Angeles. Damals stand die Fortsetzung seiner Karriere auf des Messers Schneide. Schon deshalb wurde Ovetts Comeback gestern in den englischen Sonntagszeitungen groß gefeiert. Erinnerungen an die Fernduelle zwischen Coe und Ovett in den späten siebziger Jahren wurden dabei wach. Und schon plant die englische Fernsehanstalt ITV ein Rennen über 1500 m mit Coe, Cram und Ovett. 50 000 englische Pfund würde ein französischer Champagner-Hersteller zahlen, würde dabei auch noch der Weltrekord gebrochen.

Ovett hat aber wohl andere Pläne, als seinem eigenen Weltrekord über 1500 m zu Leibe zu rücken. Er möchte vielmehr in diesem Jahr die Disziplin wechseln und zumindest zwei ordentliche Resultate über 5000 m erzielen. Dafür habe er in diesem Winter hauptsächlich trainiert, deshalb habe er beim Länderkampf gegen die USA bereits die für ihn ungewöhnlich lange Strecke von 3000 m bestritten. Er sei jetzt mit 29 Jahren reif genug, um ein Rennen über 12 und eine halbe Runde konzentriert vom ersten bis zum letzten Meter durchlaufen zu können. Früher habe er zwar immer gesagt, die 5000-m-Distanz sei viel zu lang für seinen Geschmack, doch diese Einstellung gelte nicht mehr.

Und Sebastian Coe? Auch der zeigte sich vorerst wenig an einem Wiederaufleben eines Duells mit Steve Ovett interessiert, wenngleich er zugab, daß man einander brauche, so, wie einst die Stummfilm-Stars Stan Laurel und Oliver Hardy. Doch jetzt bereite er sich erst einmal auf ein 800-m-Rennen gegen den brasilianischen Olympiasieger Joaquim Cruz vor, zu absolvieren in drei Wochen im Londoner Crystal Palace.

Die „Sunday Times" hält es dennoch nicht für ausgeschlossen, daß der Zweikampf Coe gegen Ovett in diesem Sommer fortgesetzt wird. Allerdings nicht auf den Mittelstrecken, sondern über 5000 m. Denn auch Coe habe vor einiger Zeit sein Interesse an dieser Strecke bekundet.

Beim Grand-Prix-Sportfest in Prag stellte sich die bereits 35jährige tschechoslowakische Kugelstoß-Weltmeisterin Helena Fibingerova in bestechender Form vor. Mit 21,03 m erreichte sie eine neue Weltjahresbestleistung. Den 800-m-Lauf gewann ihre Landsmännin Jarmila Kratochvilova in ausgezeichneten 1:56,57 Minuten. Im Stabhochsprung meisterten die sowjetischen Brüder Sergej und Wassili Bubka 5,80 m. Danach versuchten sie sich an der Weltrekordhöhe von 5,95 m – doch vergeblich. Den bisherigen Weltrekord hält Sergej Bubka mit 5,94 m, aufgestellt am 31. August letzten Jahres in Rom.

Den ersten Sieg eines Athleten aus der Bundesrepublik Deutschland bei den Grand-Prix-Sportfesten gab es in Prag über 400 m Hürden. Der 25 Jahre alte Frankfurter Peter Scholz gewann in 50,27 Sekunden. In Saarijervi (Finnland) schlug der Darmstädter Hammerwerfer Klaus Ploghaus den finnischen Olympiasieger Juha Tiainen. Der Olympia-Dritte lag mit 76,44 m zehn Zentimeter vor Tiainen, der kürzlich auch gegen Christoph Sahner (Wattenscheid) verloren hatte.

REITEN / Deutsches Dressur-Derby ging in Hamburg wieder an Reiner Klimke

Olympiasieger auch unter Profis und mit einem Pferdewechsel überlegen



Wird Deister etwas müde?

Paul Schockemöhle und sein 14 Jahre alter Deister (Foto) – das war das Paar, das in den letzten Jahren für die deutschen Springreiter die schönsten Erfolge erkämpft hat. Jetzt, so scheint es, hat Deister die alte Frische verloren. Paul Schockemöhle, der erfolgreiche Geschäftsmann mit dem Gespür für Pferde-Talente, ist jedenfalls schon auf der Suche nach einem Nachfolger für sein Erfolgspferd. Hat er es bereits in dem neun Jahre alten Rapp-Wallach Lorenzo gefunden? Mit dem Oldenburger blieb Schockemöhle beim mit insgesamt 19 800 Mark dotierten Großen Preis von Hamburg auf dem Derby-Kurs in Klein-Flottbek ohne Fehler. Im Stechen auf Zeit ritt er das junge Springpferd vorsichtig in 55,04 Sekunden über den 400 m langen Parcours. Am Ende lag nur noch der englische Landwirt John Whitaker mit dem 13 Jahre alten Fuchs-Wallach St. Mungo vor ihm (46,73 Sekunden). Franke Sloothaak setzte alles auf eine Karte, erreichte auch die schnellste Zeit, aber ihm unterlief mit Pavarotti ein Springfehler. Überraschend im Stechen von acht Reitern: Venicius da Motta aus Brasilien. (Das Derby war bei Redaktionsschluß noch nicht beendet).

FOTO: HORSTMÜLLER

dpa, Hamburg

30 Jahre nach seinem ersten Start beim Deutschen Derby in Hamburg kam Olympia-Sieger und Weltmeister Dr. Reiner Klimke (Münster) zu seinem 13. Erfolg. Er erreichte vor 4500 Zuschauern im Finale mit Pferdewechsel 2575 Punkte. Hinter ihm plazierten sich die beiden Berufsreiter Herbert Rehbein (Hamburg) mit 2547 und Udo Lange (Pforzheim) mit 2528 Punkten. Bestes Pferd im Finale der Herren war Fashion (2665 Punkte) von Lange vor Pascual (2565) von Klimke.

Bei den Damen setzte sich zum zweitenmal nach 1981 die 23 Jahre alte Studentin Monica Theodorescu mit 2456 Punkten vor der Kanadierin Gina Smith (2337) und der Schweizerin Amy-Catherine de Bary (2304) durch. Im Finale der Damen wurde Lexikon von Monica Theodorescu mit 2421 Punkten am höchsten von den Richtern bewertet, Aintree von de Bary erhielt 2400 Punkte.

Klimke, der als einziger der deutschen Spitzenklasse der Dressur am Derby teilnahm, aber auf den Einsatz seines Spitzenpferdes Ahlerich im Hinblick auf die kommende Europameisterschaft Anfang August in Kopenhagen verzichtete, meinte nach seinem Sieg: „Ich wußte, daß die Auseinandersetzung mit den beiden Profis knapp ausgehen würde. Aber ich glaube, daß ich auch auf den beiden fremden Pferden keine allzu schlechte Figur abgab."

Vor 30 Jahren – am 22. Juni 1955 – erlebte Hamburg das erste Deutsche Dressur-Derby, das seinerzeit noch im Flottbeker Reiterstadion stattfand. Der Sieger: Willi Schultheis. Er gewann das Derby insgesamt achtmal. Die Verlierer: Der Vater des heutigen Bundestrainers Harry Boldt und ein 19 Jahre alter Nachwuchsreiter namens Reiner Klimke. 30 Jahre später gehört Reiner Klimke (49), der 1960 zum ersten und 1983 zum zwölften Mal das Derby gewann, gleichsam zum Inventar in Kleinflottbek.

Klimke ist ehrgeizig wie eh und je und weiß, daß ihm Derby-Siege trotz der hohen Erfolgsquote schwerfallen. Beim traditionellen Pferdewechsel im Finale – gibt es bei keinem anderen großen Dressur-Turnier der Welt – muß er sich mit den besten deutschen Berufsreitern messen. Und die, von Herbert Rehbein über Johann Hinnemann bis zu Jürgen Koschel, sind nun einmal neben den deutschen Olympia-Reitern die besten Dressurreiter der Welt.

„Deshalb starte ich so gern beim Derby", bekennt Klimke, deshalb plädiert er mit Nachdruck für diese Tradition: „Der Pferdewechsel ist das Beste am Derby. Er macht diesen Wettbewerb erst so spannend." Der sechsmalige deutsche Meister und Doppel-Olympiasieger von Los Angeles (Einzel und Mannschaft) beteiligt sich mit Leidenschaft an der immer wieder aufkommenden Diskussion, ob dieser Pferdewechsel beibehalten werden soll oder nicht: „Gäbe es den Pferdewechsel nicht, würden doch nur Anne Grethe Jensen mit Marzog bei den Damen und ich mit Ahlerich bei den Herren gewinnen. Das wäre doch tödlich langweilig."

Daß er ein Pferd wie Ahlerich beim Derby nicht einsetzt und für die Europameisterschaft schont, ist für ihn kein Argument: „Das mögen zwar einige bedauern, aber das nimmt dem Derby nichts von seinem Reiz. Schließlich war doch der ursprüngliche Gedanke des Pferdewechsels, zu verhindern, daß ein reicher Kerl sich das beste Pferd kauft, sich draufsetzt und das Derby gewinnt."

Die Auseinandersetzung mit den Profis reizt Klimke: „Die reiten doch jeden Tag andere Pferde. Da muß ich immer aufpassen, daß ich nicht zweiter Sieger bin." Einer ihrer bekanntesten Repräsentanten ist der 39 Jahre alte Reitlehrer Rehbein vom berühmten Grönwohld-Hof. Der viermalige deutsche Meister und viermalige Derby-Sieger stellt klipp und klar fest: „Pferdewechsel macht das Derby erst richtig sportlich interessant für uns und für das Publikum. Deshalb kommen jedes Jahr auch viele tausend Zuschauer zum Dressur-Derby. Wo gibt es das denn sonst?" Der Vorwurf, daß beim Derby Berufsreiter Vorteile besäßen, schließt, so Rehbein, die Erkenntnis ein, daß das Derby nur wirklich gute Leute gewinnen können.

Ähnlicher Auffassung ist Jürgen Koschel, Verbandstrainer von Hamburg und Schleswig-Holstein und einer der stärksten deutschen Dressurreiter: „Im Finale sehen die Zuschauer nur erstklassigen Sport. Da kann man sehen, wer wirklich reiten kann. Wer das Derby gewinnt, versteht etwas vom Dressurreiten. Um Himmels willen, bloß keine Abkehr von dieser Tradition."

Gabriela Grillo, sechsmal deutsche Meisterin, Mannschafts-Weltmeisterin und Derby-Siegerin 1977 und 1980 – „diesmal sind meine Pferde noch zu jung und zu unerfahren fürs Derby" – beteiligt sich an der Auseinandersetzung um den Pferdewechsel mit Engagement: „Das Hamburger Dressur-Derby ist eins der sportlichsten Wettbewerbe überhaupt. Deshalb muß man dabei bleiben, sonst verliert das Derby seinen Charakter."

FUSSBALL / Zwei Nationalspieler in Bulgarien lebenslang gesperrt – Liverpool und Turin wehren sich

Bulgarien: „Ein unwürdiges Schauspiel von Rowdytum"

sid/dpa, Sofia

Im Zusammenhang mit der Auflösung der Vereine Levski Spartak und ZSKA Sofia sperrte der bulgarische Fußballverband zwei Auswahlspieler auf Lebenszeit. Über Torhüter Borislav Mikhailov (22) und Abwehrspieler Plamen Nikolov (27) – beide von Meister Levski Spartak – wurde dieser Bann verhängt, weil sie die „sportlichen Ziele des Sozialismus verletzt haben". Eine einjährige Sperre handelte sich Levski-Spieler Nasko Sirakov (25) ein. Er steht der Nationalmannschaft in den beiden letzten Qualifikationsspielen zur Fußball-Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko nicht zur Verfügung.

Hintergrund der drastischen Maßnahmen sind die Ausschreitungen beim Pokalendspiel, das der Armeeklub ZSKA am letzten Mittwoch mit 2:1 gewann. Das Spiel mußte unzählige Male wegen Fouls, Prügeleien unter Spielern und Verletzungen unterbrochen werden. Drei Spieler wurden vom Platz gestellt, sechs verwarnt. Das Treffen sei „ein unwürdiges Schauspiel von Fußball-Rowdytum" gewesen, rügte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, das die Auflösung beider Vereine beschlossen hatte. Die „elementaren Normen der sozialistischen Sportmoral" seien zertreten worden.

Die Funktionäre beider Vereine – darunter hohe Ministerialbeamte – dürfen nie wieder in Sportvereinen tätig werden, die Trainer erhielten totales Berufsverbot. Pokalsieger ZSKA muß die Trophäe zurückgeben. Unklar ist, wer nun Bulgarien in den Europapokal-Wettbewerben vertritt. Levski Spartak war als Titelträger für den Meister-Cup qualifiziert. ZSKA ist mit 23 Titeln Rekordmeister, Levski Spartak hält mit 15 Erfolgen den Rekord im bulgarischen Pokal-Wettbewerb.

Es sei nicht das erste Mal, daß das „zügellose Benehmen" der Stars „die Empörung der ganzen bulgarischen Öffentlichkeit hervorruft", bedauerte die Zeitung „Rabotnitschesko Delo". Schon im Februar hatte sich das Politbüro der Partei mit der Manipulation von Spielergebnissen, Korruption im Management und unsportlichem Verhalten der Fußballer befassen müssen.

Das damals als international völlig ungenügend gerügte Niveau der bulgarischen Spieler schien nach dem unerwarteten Sieg der Nationalmannschaft über Jugoslawien Anfang Mai angehoben worden zu sein. Jugoslawische Zuschauer hatten nach dem Spiel ihrer Mannschaft in Sofia allerdings bemängelt, das bulgarische Publikum sei „zum höheren Ruhm der Nation instrumentalisiert worden". Der Stadionsprecher habe die Zuschauer immer wieder mit aufpeitschenden Worten aufgefordert, ihre Mannschaft „zum Sieg zu führen". Erst nachdem sich Handgreiflichkeiten ausbreiteten, habe er zur Fairneß gemahnt.

Bei den drastischen Strafen gegen die beiden bulgarischen Spitzenklubs haben offensichtlich auch die Vorgänge in Brüssel und die harte Reaktion des Europäischen Fußball-Verbandes (UEFA) eine Rolle gespielt. Dabei wird noch einmal deutlich, daß randalierende Fans nicht nur eine Erscheinung des westeuropäischen Profisports sind. Auch in anderen Ostblockländern wird jetzt härter reagiert.

Als Konsequenz der Ausschreitungen nach dem Spiel zwischen Sparta Prag und Banska Bystrica verhängte die Leitung des tschechoslowakischen Meisters Sparta ein Alkoholverbot im Stadion. Auch Vereinsfahnen dürfen nicht mehr mitgebracht werden. Alkoholisierte Zuschauer werden künftig nicht mehr ins Stadion gelassen, die Eingangskontrollen, bei denen auch nach Waffen und Wurfgegenständen gesucht wird, verschärft. Bei wichtigen Spielen in Prag treten größere Polizeiaufgebote in Erscheinung.

35 randalierende Fußballfans von Sparta Prag waren am Mittwoch festgenommen worden. Sie hatten auf der Heimreise im Zug von Banska Bystrica nach Prag sechs Eisenbahnwaggons demoliert, eine Schaffnerin tätlich angegriffen und Flaschen aus dem Abteilfenster gegen einen vorbeifahrenden Schnellzug geworfen.

Berufung gegen UEFA

sid/dpa, London/Zürich

Der italienische Europapokalsieger Juventus Turin und der FC Liverpool wollen Berufung gegen die drastischen Strafen einlegen, die die Europäische Fußball-Union (UEFA) nach den schweren Ausschreitungen beim Brüsseler Cup-Finale gegen die beiden Vereine verhängt hat. Danach soll der FC Liverpool über die gegen alle englischen Vereine ausgesprochene unbefristete Sperre hinaus für drei weitere Jahre von allen Europacup-Wettbewerben ausgeschlossen bleiben. Die nächsten beiden Europacup-Heimspiele von Juventus Turin sollen vor leeren Rängen stattfinden.

„Diese Entscheidung provoziert nur neue Zwischenfälle", sagte Juventus' Sport-Direktor Francesco Morini. Liverpools Vorsitzender John Smith meinte, der Schuldspruch könne sich für seinen Klub „in wirtschaftlicher Hinsicht katastrophal auswirken".

*

sid/dpa, Bielefeld/Berlin

Bundesliga-Absteiger Arminia Bielefeld ist es offenbar gelungen, eine Bankbürgschaft in Höhe von 900 000 Mark beizubringen und damit die Bedingungen des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) zur Erteilung einer Lizenz für die Saison 1985/86 zu erfüllen. Von den 16 geforderten Spielerverträgen konnte die Arminia bisher 14 vorlegen. Förderverträge für Nachwuchsspieler sollen die Lücke schließen.

Für den 13. Juli setzte das Schiedsgericht des Deutschen Fußball-Bundes die Hauptverhandlung zwischen dem DFB und dem Berliner Zweitligisten Blau-Weiß 90 fest. Der Aufsteiger des letzten Jahres hatte die Forderung des DFB nach bar hinterlegten 800 000 Mark und der Garantie für einen Dispositionskredit nicht erfüllt und im Gegenzug eine Klage vor dem Schiedsgericht gegen die DFB-Vorstandsbeschlüsse eingereicht. Der Vorsitzende von Blau-Weiß, Manfred Kursawa, sagte, der Verein sei nicht bereit, die Summe beim DFB in bar zu deponieren.

Doch noch ein Titel

dpa/sid, Bremen

Klaus-Dieter Fischer, der Vize-Präsident von Werder Bremen, triumphierte: „In den vergangenen drei Jahren sind unsere Profis zweimal Deutscher Vizemeister geworden, unsere Amateure einmal und unsere B-Jugend ebenfalls einmal. Jetzt waren wir endlich dran!" Unter den Augen des Bremer Regierungschefs Hans Koschnick hatte die Amateurmannschaft von Werder Bremen den ehemaligen Zweitliga-Klub DSC Wanne-Eickel mit 3:0 (2:0) geschlagen und erstmals die Deutsche Amateur-Meisterschaft gewonnen. Die Meisterschaft zum Ende einer langen Saison wurde vom Vorstand honoriert: 15 000 Mark gab es für die Mannschaft. Dafür hatten die Spieler hart gearbeitet. Immerhin hatten die im Durchschnitt knapp 20jährigen Bremer Amateure bereits mehr als 60 Spiele hinter sich, bevor sie die Saison mit der Meisterschaft krönten.

Maßgeblichen Anteil daran hatten zwei Spieler, die schon in der ersten Halbzeit für den wichtigen 2:0-Vorsprung gesorgt hatten: Dirk Lellek (21) und Frank Ordenewitz (20), der Torschützenkönig der Amateur-Oberliga Nord. Ihre Entwicklung ist beispielhaft für die Bremer Amateurmannschaft. Sie verdeutlicht gleichzeitig das Dilemma, mit dem Trainer Karl-Heinz Kamp seit Jahren leben muß. Der ehemalige Bremer Profi baut in jeder Saison eine neue Mannschaft auf, bildet junge Spieler aus, gehört seit Jahren zu den Spitzenmannschaften der Oberliga Nord. Doch die Früchte seiner kontinuierlichen Arbeit konnte er selbst nie ernten. Seine Aufgabe besteht in der Talentsuche. Junge Spieler aus der Umgebung werden unter seiner Anleitung geformt, sollen zur Bundesligatauglichkeit herangezogen werden. Wie Dirk Lellek und Frank Ordenewitz, die für die nächste Saison in Bremen Profiverträge unterschrieben haben. Weniger erfolgreiche Spieler verlassen Bremen, weil sie keine Profi-Chance mehr sehen. Und Karl-Heinz Kamp fängt wieder von vorne an.

SPORT-NACHRICHTEN

Comeback von Kleemann

Heilbronn (dpa) – Nach einjähriger Verletzungspause gelang dem Stuttgarter Kunstspringer Jürgen Kleemann ein Comeback. Beim Sechs-Länder-Kampf in Heilbronn gewann er den Wettbewerb vom Dreimeterbrett mit 529,85 Punkten. Sieger des Länderkampfes wurde die Mannschaft des Deutschen Schwimmverbandes (379 Punkte) vor Spanien und Großbritannien (je 359).

Walsum: Geringe Chancen

Duisburg (dpa) – Nach dem 1:1 (0:0) im ersten Endspiel des Rollhockey-Europapokals gegen Sporting Lissabon hat die RESG Walsum nur noch geringe Chancen auf den Gewinn des Pokals. Das Rückspiel findet am Samstag in Lissabon statt.

Box-Titel verteidigt

Bangkok (dpa/UPI) – Der Thailänder Sot Chitalada bleibt Profi-Weltmeister des World Boxing Council (WBC) im Fliegengewicht. Der 22jährige verteidigte seinen Titel trotz zweier Niederschläge durch ein Unentschieden nach zwölf Runden gegen den früheren Weltmeister Gabriel Bernal (Mexiko).

Graf gegen Jassmann

München (sid) – Der Mannheimer Profi-Boxer Charly Graf soll seinen Titel als Deutscher Schwergewichts-Meister im Herbst verteidigen. Geplant ist ein Kampf für den 4. Oktober in der Frankfurter Festhalle gegen den Deutschen Halbschwergewichts-Meister Manfred Jassmann.

Schwill: Dritter Titel

Wuppertal (sid) – Die Dortmunderin Anneliese Schwill hat in Wuppertal ihren Titel als Deutsche Golf-Meisterin der Seniorinnen erfolgreich verteidigt. Die 59jährige gewann ihren dritten Titel nach 1977 und 1984 überlegen mit 258 Schlägen vor der Bremenerin Karin Krebs (264).

Tödlicher Unfall

Hockenheim (dpa) – Bei einem Trainingsunfall auf dem Hockenheimring ist der Automobil-Rennfahrer Wolf Doubrava (Rudersberg) ums Leben gekommen. Im Training zum 100-Meilen-Rennen der Formel V 1300 kam Doubrava nach der Einfahrt ins Motodrom aus ungeklärten Gründen auf den seitlichen Grünstreifen und prallte anschließend gegen einen als Absperrung dienenden Reifenstapel. Die Ärzte vermuten, daß Doubrava während der Fahrt einen Herzinfarkt erlitten hatte.

Spielbetrieb eingestellt

New York (sid) – Der fünfmalige Fußball-Meister der USA, Cosmos New York, hat seinen Spielbetrieb vorläufig eingestellt. Finanzielle Schwierigkeiten zwangen die Aktionäre zu diesem Schritt. Auch die Serie von zehn Freundschaftsspielen gegen namhafte südamerikanische und europäische Klubs hatte nicht zur erhofften Sanierung geführt.

Zusage von „DDR", USA

Zweibrücken (dpa) – Die „DDR" und die USA stellen unter den 14 teilnehmenden Mannschaften die beiden Spitzenteams bei der Rheinland-Pfalz-Rundfahrt für Radamateure (9. bis 19. Juli). Zum ersten Mal kommt es dabei zu einem direkten Vergleich zwischen der „DDR" und den USA. Namentliche Meldungen liegen allerdings noch nicht vor.

Nogueiras liegt vorn

Taxco/Mexiko (dpa) – Der kubanische Großmeister Jesus Nogueiras hat seine Führung beim Interzonen-Schachturnier mit einem Remis gegen den Norweger Simen Adgestein gefestigt und führt im Feld der 16 Spieler mit 5,5 Punkten vor dem Favoriten Jan Timman (Niederlande) mit 4,5 Punkten und zwei Hängepartien.

Ruderer siegten zweimal

Bled (sid) – Zwei Siege errangen deutsche Ruderer am ersten Tag der internationalen Regatta in Bled. Der Ruhrachter gewann in 5:46,19 Minuten vor Italien und der Doppelvierer in 6:09,80 Minuten vor Rumänien.

Langer holte auf

Dublin (dpa/UPI) – Auf vier Schläge verkürzte der Anhausener Golf-Profi Bernhard Langer seinen Rückstand bei den Internationalen Offenen Golf-Meisterschaften in Dublin. In Führung liegen der Ire Des Smyth sowie die beiden Briten Ian Wossnam und Philip Parkin (alle 211 Schläge).

AMATEURBOXEN

Unverhofft gute Plätze

dpa, Albena

Zwei erste Plätze, ein zweiter und ein dritter Rang – mit diesem unerwarteten Erfolg kehrte die Sechser-Staffel des Deutschen Amateur-Box-Verbandes vom Albena-Cup-Turnier aus Bulgarien zurück. Turniersieger im Freiluftring am Schwarzen Meer wurden vor fast 3000 Zuschauern Helmut Gertel (Worms) im Welter- und Thorsten Spürgin (Hamburg) im Halbschwergewicht. Michael Helsberg (Leverkusen) unterlag in der Mittelgewichtsklasse erst im Finale, Reiner Gies (Kaiserslautern) erreichte den dritten Platz im Leichtgewicht.

Olympia-Teilnehmer Helmut Gertel (24) bot mit Kopfschutz im Finale gegen Andreas Käse („DDR") einen großen Kampf. Er griff immer wieder an und sicherte sich einen 5:0-Punktsieg. Weil er die erste Runde „verschlief", gewann der Deutsche Meister Thorsten Spürgin (25) gegen den Rumänen Cazacu lediglich mit 3:2-Punktrichterstimmen. Mannschaftsleiter Paul Forschbach: „Auch Spürgins Erfolg war hochverdient." Michael Helsberg (20) wurde gegen den starken Kanadier Egartan zum 0:5-Punkteverlierer erklärt.

„Unsere Staffel hinterließ einen hervorragenden Eindruck", analysierte Forschbach. „Drei Wochen nach den Europameisterschaften hatten wir nicht mit einem solchen Siegeszug gerechnet." In der Mannschaftswertung belegten die Deutschen hinter der starken kanadischen Vertretung (fünf Turniersiege) den zweiten Platz.

GALOPP / Premiere im Deutschen Derby

Japanischer Jockey reitet einen Außenseiter

KLAUS GÖNTZSCHE, Hamburg

Die an Kuriositäten durchaus reichhaltige Geschichte des deutschen Galopp-Derbys von Hamburg-Horn wird 1985 um einen weiteren Farbtupfer bereichert. Erstmals soll ein Jockey aus Japan ein Pferd über den 2400-m-Kurs des Horner Moores reiten. Yukio Okabe heißt der 36jährige Jockey, er wird den (allerdings chancenlosen) Außenseiter Ordensadler reiten. Ordensadler gehört dem Japaner Tomiro Wada, dessen Pferde von dem in Düsseldorf ansässigen Agenten Masamichi Murakami gemanagt werden.

Okabe hat in seiner Heimat rund 900 Rennen gewonnen, im Vorjahr das Nippon-Derby mit dem Pferd Simboli Rudolph. International ist er bisher lediglich als Teilnehmer am Japan-Cup 1982 in Tokio in Erscheinung getreten, mit dem Pferd Sweet Native landete er allerdings im geschlagenen Feld. Deutschland wurde damals durch den Hengst Pageno mit Manfred Hofer vertreten.

Die für Japaner typische Gründlichkeit äußert sich in einer besonderen Maßnahme, um Manipulationen zu erschweren. In einem Gebäude in Miho, Sportzentrum genannt, werden freitagnachmittags alle am nächsten Tag reitenden Jockeys (in Japan gibt es nur am Wochenende Rennen) kaserniert. Die Abschottung der Jokkeys von der Öffentlichkeit versuchte man 1982 auch mit den internationalen Jockeys des Japan-Cups. Manfred Hofer: „Jeder hat seine Reitsachen weggeschlossen und ist sofort wieder abgehauen."

Das 116. Deutsche Derby wird, wie schon 1984, wieder von der Computer-Firma IBM gesponsert, über 200 000 Mark läßt sich das Unternehmen die Sponsorchips kosten, das Derby trägt den allerdings wenig einprägsamen Untertitel IBM PC Pokal. Im Rahmen einer Livesendung wird das Derby original im Fernsehen übertragen und deshalb erst um 18.30 Uhr gestartet werden.

Das größte Risiko dabei ist ohne Zweifel die Frage des Wetters. Gerade zur Derby-Woche hat es in Hamburg in den letzten Jahren oft geregnet, ein Renntag mußte sogar schon einmal kurzfristig völlig abgesagt werden. Deshalb fürchtet Championtrainer Heinz Jentzsch, daß das Rennen des Jahres (er bezeichnet es gern als „total verrücktes Rennen") auf einem von den vielen Rennen zuvor durchpflügten Acker gelaufen wird. Jentzsch wird mit mindestens drei Pferden im Derby vertreten sein: Lirung, Acatenango und Pontiac, für den wahrscheinlich ein englischer Jockey verpflichtet wird. Zu einer langfristigen Einrichtung während der Derby-Woche soll der diesmal erstmals am 2. Juli (Dienstag) ausgetragene Holsten-Jockey-Europa-Cup werden. Das Brauhaus gehört im englischen Rennsport zu den größten Sponsoren, als wichtigstes Rennen wird das klassische St. Leger in Doncaster unterstützt.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Amateur-DM-Finale in Bremen: Werder Bremen (A) – Wanne-Eickel 3:0 (1:0). – **Deutsche Damen-Meisterschaft**, Halbfinal-Rückspiel: Bayern München – Saarbrücken 12:0 (Hinspiel: 4:1 – Bayern im Finale).

HANDBALL

Studenten-WM, Endrunde: Südkorea – USA 43:33, Jugoslawien – Rumänien 25:29, Polen – Algerien 28:22, UdSSR – Deutschland 26:20. – Spiel um Platz 15: Brasilien – Finnland 21:20; Spiel um Platz 13: Italien – Türkei 25:21; Spiel um Platz neun: Frankreich – Bulgarien 20:22; Spiel um Platz sieben: USA – Algerien 14:20.

HOCKEY

Bundesliga, Herren, Gruppe Süd: Dürkheim – Stuttgart 0:1, Frankenthal – München 2:0, Berlin – Rüsselsheim 3:2, Limburg – Heidelberg 3:4.

ROLLHOCKEY

Bundesliga, 15. Spieltag: Ober-Ramstadt – Dortmund 4:5, Iserlohn – Düsseldorf 4:4, Cronenberg – Herten 4:2, Heilbronn – Mönchengladbach 3:7, Recklinghausen – Hüls 5:12. – **Europapokal-Hinspiel** der Landesmeister in Duisburg-Walsum: Walsum – Sporting Lissabon 1:1 (0:0).

VOLLEYBALL

Länderspiel der Damen in Ruhpolding: Deutschland – Ungarn 1:3 (15:7, 8:15, 8:15, 8:15). – **Länderspiel** der Damen in Berchtesgaden: Deutschland – Ungarn 2:3 (13:15, 15:10, 15:13, 7:15, 13:15).

WASSERBALL

Bundesliga, 19. Spieltag: Spandau – Hannover-Linden 15:8, Hamburg – Duisburg 98 4:5, Cannstatt – Hohenlimburg 14:9, ASC Duisburg – Würzburg 14:7, Düsseldorf – Offenbach 7:3, Esslingen – Hamm 5:15. – Tabellenspitze: 1. Spandau 38:2, 2. Hamm 37:3, 3. Duisburg 32:8.

WASSERSPRINGEN

Sechs-Länder-Kampf in Heilbronn, Endstand: 1. Deutschland 379 Punkte, 2. Frankreich 360, 3. Spanien und England beide 359, 5. Ägypten 164, 6. Schweiz 81. – Einzel-Entscheidungen, Drei-Meter-Brett, Damen: 1. Döhrich (Deutschland) 443,40 Punkte.

LEICHTATHLETIK

Länderkampf in Erfurt, „DDR" – UdSSR, Stand nach dem ersten Tag: 1. „DDR" 96 Punkte, 2. UdSSR 82 (Männer: 55:51, Frauen: 41:31). – Einzelergebnisse, Männer: 400 m: 1. Schönlebe 44,62 Sek. (Jahres-Weltbestzeit und „DDR"-Rekord), 2. Carlowitz 44,95. – 4x100 m: 1. „DDR" (Truppel, Schröder, Prenzler, Emmelmann) 38,50, 2. UdSSR 38,95. – Kugel: 1. Timmermann 22,08 (Jahres-Weltbestleistung), 2. Bojars (UdSSR) 20,98, 3. Horn 20,42. – Frauen: 100 m: 1. Göhr 11,19 Sek. – 400 m: 1. Wladykina (UdSSR) 49,85. – 4x100 m: 1. „DDR" (Koch, Gladisch, Auerswald, Göhr) 42,07. – 100 m Hürden: 1. Oschkenat 12,79. – Weitsprung: 1. Drechsler 7,33 m (Jahres-Weltbestleistung), 2. Tschistjakowa (UdSSR) 7,27, 3. Radtke 7,07. – Speer: 1. Felke 74,94. – 4. **Grand-Prix-Sportfest** in Prag, Herren: 400 m: 1. Hernandez (Kuba) 45,75 Sek. – 1500 m: 1. Chesire (Kenia) 3:39,60 Min. – 400 m Hürden: 1. Scholz (Deutschland) 50,27. – Hochsprung: 1. Zvara (CSSR) 2,31 m, 2. Centelles (Kuba) 2,31. – Stabhoch: 1. S. Bubka 5,80, 2. W. Bubka 5,80 (beide UdSSR). – Kugel: 1. Machura (CSSR) 21,58. – Diskus: 1. Bugar (CSSR) 67,74, 2. Delis (Kuba) 67,48, 3. Hjeltnes (Norwegen) 65,76. – Speer: 1. Vilhjalmsson (Island) 85,36. – Frauen: 200 m: 1. Kocembova (CSSR) 22,65. – 800 m: 1. Kratochvilova (CSSR) 1:56,57, 2. Kovacs (Rumänien) 1:56,92. – 3000 m: 1. Puica (Rumänien) 8:50,62. – 400 m Hürden: 1. Blaszak (Polen) 54,47. – Hochsprung: 1. Kostadinova 1,98, 2. Andonova (beide Bulgarien) 1,95. – Kugel: 1. Fibingerova (CSSR) 21,03 (Jahres-Weltbestleistung). – Diskus: 1. Silhava (CSSR) 65,50. – **Länderkampf** der Herren, England – USA in Birmingham, Endstand: 1. USA 119 Punkte, 2. England 91. – Einzelergebnisse: 400 m: 1. Franks (USA) 45,18, 2. Bennett (England) 45,66. – 800 m: 1. Coe 1:46,23, 2. Cram (beide England) 1:46,46. – 3000 m: 1. Ovett (England) 7:55,95. – 4x100 m: 1. USA 38,80. – 400 m Hürden: 1. Rambo (USA) 49,90. – 3000 m Hindernis: 1. Huff 8:26,49, 2. Gerber (beide USA) 8:28,43. – **Sportfest** in Essen: Herren, 800 m: 1. Braun (Tuttlingen) 1:45,63 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Harries (Furtwangen) 1:45,80, 3. Thau (Mengerskirchen) 1:46,44. – 1500 m: 1. Wessinghage (Köln) 3:37,61 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Eckert (Darmstadt) 3:37,76, 3. Grothe (Waiblingen) 3:39,37. – 5000 m: 1. Herle (Waldkraiburg) 13:35,73 (DLV-Jahresbestzeit). – 3000 m Hindernis: 1. Ilg (Fürth) 8:23,59 (DLV-Jahresbestzeit), 2. Schwarz (Gauting-Stockdorf) 8:23,93. – Frauen: 800 m: 1. Kraus (Köln) 2:00,79.

RUDERN

Internationale Regatta von Bled, Männer: Zweier m. Stm.: 1. „DDR" 7:34,25, .. Rgm. Essen, Steele, Berlin 7:40,22. – Doppelvierer: 1. Rgm. Ingelheim, Berlin, Hamburg 6:09,80. – Achter: 1. Rgm. Dortmund, Essen, Benrath, Blankenstein, Witten 5:46,14, 2. Italien 6:00,57.

TENNIS

Turnier in Eastbourne, Damen-Einzel, Finale: Navratilova (USA) – Sukova (CSSR) 6:4, 6:3. – Halbfinale: Navratilova – Maleeva (Bulgarien) 6:1, 6:2, Sukova – Turnbull (Australien) 4:6, 7:6, 6:4. – Juniorinnen (U 21)-Einzel, Finale: Graf (Deutschland) – Minter (Australien) 6:3, 6:2.

SCHIESSEN

Europameisterschaften der Trap- und Skeet-Schützen in Antibes: Trap, Damen: 1. Magnusson (Schweden) 143 Tauben, 2. Bednarezu (Polen) 141, 3. Jannsson (Schweden) 138. – Juniorinnen: 1. Rink (Deutschland) 138 Tauben, 2. Girard (Frankreich) 116, 3. Mihaiu (Rumänien) 100.

RAD

Deutsche Meisterschaft im Straßenvierer-Mannschaftsfahren der Amateure in Gelsenkirchen über 96 km: 1. RSG Nürnberg (Burkhardt, Freienstein, Knauer, Stauff) 2:02:47,04 Std., 2. RC Olympia Dortmund 2:03:49,77, 3. SG Feuerbach 2:03:59,87, 4. BRC Schüler-Derby Berlin 2:06:06,12, 5. RSV Öschelbronn 2:07:28,59, 6. RC Olympia Dortmund II 2:08:22,15.

FAUSTBALL

Bundesliga, Nord, Frauen, letzter Spieltag: Düdenbüttel – Benrath 17:25, Wangersen – Neuss 35:26, Hildesheim – Blecher 16:36, Itzehoe – Hamm 24:21, Hildesheim – Ahlhorn 15:24, Schneverdingen – Benrath 19:30, Wangersen – Blecher 36:26, Düdenbüttel – Hamm 22:24, Itzehoe – Neuss 25:21, Hildesheim – Neuss 19:18, Schneverdingen – Blecher 31:22, Düdenbüttel – Ahlhorn 18:28, Schneverdingen – Ahlhorn 15:16, Itzehoe – Benrath 21:26, Wangersen – Hamm 35:22. – Tabellenspitze: 1. Itzehoe 30:6, 2. Benratzh 28:8, 3. Blecher 24:12, 4. Wangersen 22:14, 5. Schneverdingen 21:15, 6. Hamm 18:18.

REITEN

Deutsches Spring-, Dressur- und Fahrderby-Turnier in Hamburg, Dressur-Prüfung Grand-Prix für Damen, zweite Qualifikation zum Derby: 1. Theodorescu (Sassenberg) Lexikon 1571 Punkte, 2. Winter (Berlin) Chagall und Hahn (Brombachtal) Lucky Boy je 1524. – **Großer Preis von Hamburg**: 1. Whitaker (England) mit St. Mungo 0 Fehlerpunkte/46,73 Sek., 2. Schockemöhle mit Lorenzo 0/55,04, 3. Sloothaak mit Pavarotti 4/42,12, ...7. Schewe (beide Deutschland) mit Wilster 8/59,31. – **Internationales S-Springen** um den Preis von Kleinflottbek, zweite Qualifikation zum Derby: 1. Skelton (England) mit Everest Apollo 0/37,09, 2. Sloothaak mit Walido 0/39,10, 3. Azevedo (Brasilien) mit Itschu Tschuna 12/41,74, 4. Fervers (Deutschland) mit Santa Claus 12/47,28. – **Internationales Amazonen-Springen**: 1. Hunter mit Lisnamarrow 0/36,77, 2. Brown mit Foxlight 4/40,95, 3. Brown (alle England) mit Springlight 4/42,06, 4. Thenhausen (Deutschland) mit Silanca 29/69,71 (alle im Stechen). – **Dressur-Grand-Prix**, zweite Qualifikation zum Derby der Herren: 1. Klimke (Münster) mit Pascal 1676, 2. Lange (Pforzheim) mit Fashion 1631, 3. Lange mit Caracas 1586. – **Dressur-Derby**, Herren (Finale mit Pferdewechsel): 1. Klimke 2575, 2. Rehbein (Hamburg) 2547, 3. Lange 2528. – Pferdewertung: 1. Fashion (Lange) 2665, 2. Pascal (Klimke) 2565, 3. Rex the Blacky (Rehbein) 2430. – **Derby der Damen** (Finale mit Pferdewechsel): 1. Theodorescu (Sassenberg) 2456, 2. Smith (Kanada) 2337, 3. de Bary (Schweiz) 2304.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Buena (A. Tylicki), 2. Argentit, 3. Heimat, Toto: 56/17, 16, 15, ZW: 212, DW: 660, 2. R.: 1. Queen's Glory (R. Ulrich), 2. Gardeprinz, 3. Jolliett, Toto: 40/22, 20, 34, ZW: 260, DW: 2164, 3. R.: 1. König Karol (D. Ilic), 2. Safid, 3. Liederprinz, Toto: 68/22, 22, 22, ZW: 696, DW: 4276, 4. R.: 1. Ti Rex (H. Horwart), 2. Malay, 3. Normanne, Toto: 20/13, 6, 22, ZW: 276, DW: 2616, 5. R.: 1. Beretta (E. Schindler), 2. Waldfuchs, 3. Gelon, Toto: 28/14, 14, —, ZW: 64, DW: 228, 6. R.: 1. Ferdi (K. Woodburn), 2. Stratege, 3. Prins Nicolo, Toto: 20/15, 38, 22, ZW: 632, DW: 2432, 7. R.: 1. Around (M. Werning), 2. Kronkönig, 3. Kilburn Boy, Toto: 44/16, 22, 16, ZW: 424, DW: 1320, 8. R.: 1. Silka (Frl. P. Höwer), 2. Tolstoj, 3. Petite Fleur, Toto: 92/22, 18, 19, ZW: 396, DW: 1820.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 7, 9, 29, 42, 46, 49, Zusatzzahl: 5. – **Spiel 77**: 5 8 4 7 9 4 5. (Ohne Gewähr).

HANDBALL

Thiel und Glück halfen

dpa/sid, Darmstadt

Im letzten von sechs Spielen um die Studenten-Weltmeisterschaft im Handball bot die deutsche Auswahl ihre schwächste Turnierleistung. Allein den Weltklasseleistungen der beiden Torwarte Andreas Thiel (Gummersbach) und Stefan Hecker (Essen) war der 24:23-Sieg im Spiel um den dritten Platz gegen Jugoslawien zu verdanken. Zum Gewinn der Bronzemedaille benötigte sie eine Verlängerung und eine Portion Glück.

Schon in der Vorschlußrunde waren im Spiel gegen die UdSSR deutliche Mängel sichtbar geworden. Nur eine Halbzeit lang waren die Deutschen den Sowjets gleichwertige Gegner. Danach leiteten vor allem Kraft- und Konditionsmängel die 20:26-Niederlage ein. Fast nahtlos schloß die deutsche Mannschaft dann im Spiel um Platz drei an die fehlerhaften Leistungen aus der Begegnung mit der UdSSR an. Innerhalb von acht Minuten hatte Jugoslawien gestern nachmittag eine 17:10-Führung herausgespielt, obwohl in der Mannschaft nicht ein aktueller A-Nationalspieler aufgeboten war.

Im Gegensatz dazu konnte Bundestrainer Simon Schobel mit wenigen Ausnahmen den Kader aufbieten, mit dem er sich auf die Weltmeisterschaft 1986 in der Schweiz vorbereiten will. Mittelspieler Wolfgang Kubitzki (Bergkamen) erlitt während des Trainings einen Bänderanriß und fiel kurzfristig aus. Michael Roth (Schwabing) und Erhard Wunderlich (Milbertshofen) sind keine Studenten und konnten deshalb nicht eingesetzt werden. Darüber hinaus aber verfügte Schobel über seine Wunschbesetzung, deren Leistungen im Hinblick auf die Weltmeisterschaft allerdings zur Skepsis zwingen.

Vor 1200 Zuschauern in Darmstadt wurden 17 Torchancen vergeben und zwei Siebenmeter verworfen. Erst nachdem in der insgesamt hektischen Partie die beiden Jugoslawen Uzeirovic und Grahovac beim Stand von 20:21 die rote Karte sahen, schafften die Deutschen den Ausgleich. Zwei Minuten vor dem Ende der regulären Spielzeit erzielte der mit neun Treffern erfolgreichste Torschütze Martin Schwalb (Großwallstadt) das Tor zum 21:21 und erzwang die Verlängerung, in der die technisch starken Jugoslawen oft an Andreas Thiel scheiterten.

SPORTBUND / Harte Kritik von Präsident Willi Weyer in Walsrode

Glaubwürdigkeit der Politiker bezweifelt

dpa, Walsrode

Massive Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Politiker hat der Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), Willi Weyer, geäußert. Auf dem 24. Landessporttag des Landessportbundes Niedersachsen in Walsrode forderte er die Parteienvertreter auf, nicht „eine Eidesformel über und eine unter dem Tisch zu sprechen".

Der DSB-Präsident erinnerte an eine kürzlich erzielte Einigung mit der Kultusministerkonferenz: In einem Kompromiß waren drei Stunden Schulsport pro Woche vereinbart worden. Nur einen Tag darauf sei das Land Hessen ausgeschert und habe die Sportstundenzahl wieder gekürzt. „Wenn in Sportlerkreisen erst Mißtrauen aufkeimt, dann gnade Gott den Parteien", sagte Weyer.

Der Präsident des 19 Millionen Mitglieder zählenden DSB bekannte sich ausdrücklich zu der politischen Mitverantwortlichkeit des Sports in der Gesellschaft: „Wir suchen die Partnerschaft zur Politik und fordern, daß wir mehr als bisher gehört werden." Die vielfältigen sozialen Aufgaben, die die Sportvereine und ihre 2,2 Millinen ehrenamtlichen Helfer übernähmen, könnten von keiner anderen Organisation ersetzt werden. Deshalb hätten die Vereine das Recht, die öffentliche Hand um finanzielle Hilfe zu bitten. Besonders die medizinische Betreuung der Breiten- und Spitzensportler sei unzureichend. „Die Hälfte der Olympiamannschaft war in Los Angeles krank", sagte der Präsident des Deutschen Sport-Bundes.

Am 14. Juni 1985 verstarb unsere frühere Mitarbeiterin Frau

Ilse Koehler

geb. am 19. August 1911

Frau Koehler war 36 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1971 im Ruhestand. Wir schätzten sie als gewissenhafte und zuverlässige Mitarbeiterin und werden ihr Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
HAMBURGER SPARKASSE

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 26. Juni 1985, um 13.00 Uhr auf dem Friedhof Ohlsdorf, Kapelle 10, statt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

PROFIRADSPORT

Gölz Meister Thurau stieg vom Fahrrad

M. GROLEDER, Baden-Baden

Der 22jährige Rolf Gölz aus Bad Schussenried wurde in Baden-Baden in seinem ersten Profijahr deutscher Meister der Profi-Straßenfahrer. Nach 202,5 Kilomter schlug Gölz im Spurt den dreimaligen deutschen Ex-Meister Gregor Braun (29), der sich zuvor bei zwei Rundfahrten in Südfrankreich wieder in Schwung gebracht hatte. Dritter des Rennens wurde der Schweizer Gody Schmutz mit 15 Sekunden Rückstand, der damit die gleichfalls ausgetragene Schweizer Meisterschaft zum dritten Mal nach 1978 und 1980 zu seinen Gunsten entscheiden konnte.

Rolf Gölz galt zuvor als einer der großen Favoriten auf dem hügeligen Kurs kreuz und quer durch die Weinberge um Baden-Baden. Der Adjutant des italienischen Ex-Weltmeisters Giuseppe Saronni hatte sich zuvor bei der Tour de Suisse gut für dieses Rennen eingerollt. Obwohl er sehr viel Führungsarbeit leistete, war er am Ende dem erfahrenen Gregor Braun überlegen.

Vor dem Rennen hatte der Frankfurter Dietrich Thurau, der einzige deutsche Teilnehmer an der Tour de France, gesagt: „Ich fühle mich wieder in Form. Die Magenbeschwerden von der Tour de Suisse sind vergessen." Doch Thurau kam nicht bis ins Ziel. Nach rund 90 Kilomtern gab er das Rennen um die Meisterschaft auf. Der Grund: Nach 40 Kilomtern warf ihn ein Reifenschaden zurück. Als der Frankfurter sich wieder an das Feld herangekämpft hatte, erwischte es ihn erneut: Schäden an den Felgenbremsen. Thurau, der eine Runde verloren hatte, gab das Rennen auf. Ex-Weltmeister Rudi Altig, als Beobachter dabei, meinte: „Das verstehe ich nicht. Als Rennfahrer soll er doch fahren und nicht bremsen."

Seiner Favoritenrolle konnte das von Hennes Junkermann intensiv auf die Deutsche Amateur-Meisterschaft im Vierer-Mannschaftsfahren vorbereitete Team des Titelverteidigers RC Olympia Dortmund in Gelsenkirchen nicht gerecht werden. Auf der 96 Kilometer langen Strecke dominierte von Anfang an die Mannschaft des mehrfachen Deutschen Vizemeisters RSG Herkules Nürnberg. Auch der Ausfall von Mannschaftskapitän Thomas Freienstein durch Reifenschaden fünf Kilometer vor dem Ziel beeinträchtigte die Nürnberger nicht. Mit einem fast schon sensationellen Vorsprung von einer Minute und zwei Sekunden gewannen die Fahrer um den ehemaligen Meister Freienstein in 2:02:47,04 Stunden vor den sichtlich enttäuschten Dortmundern (2:03:49,77).

Während des gesamten Rennens wurden die Nürnberger von ihrem Betreuerteam über die Zwischenzeiten ihrer Konkurrenten unterrichtet. Als beste Vereinsmannschaft entschieden sie den gleichzeitg ausgetragenen „Deutschland-Pokal" ebenfalls für sich. Platz drei belegte überraschend der Vierer der SpVgg Feuerbach in 2:03:59,87 Stunden nach einem spannenden Zweikampf mit dem Deutschen Ex-Meister von 1982/83, RC Schüler-Derby Berlin (2:06:06,12).

TENNIS / Heute beginnt das Turnier von Wimbledon – WELT-Interview mit Klub-Präsident Reginald Hadingham

Selbst Verlierer der ersten Runde erhalten 7000 Mark

CLAUS GEISMAR, London

Er ist 69 Jahre alt, war bis zu seiner Pensionierung Vorstandsvorsitzender der Sportfirma Slazenger und steht seit 16 Monaten an der Spitze des All England Lawn Tennis and Croquet Club. Reginald Edward Hawke Hadingham, genannt Buzzer, ist daher der wichtigste Mann hinter den Wimbledon-Kulissen. Unser Londoner Korrespondent Claus Geismar sprach mit ihm zum Auftakt des Wimbledon-Turniers 1985 in der eleganten Atmosphäre der Members Lounge. Dieser Raum im Centre-Court-Gebäude steht während des Turniers nur den 475 Mitgliedern des Clubs zur Verfügung. Selbst die Queen muß, wenn sie kommt, ihren Tee im Nachbarraum schlürfen.

WELT: Wer gewinnt das Wimbledon-Turnier 1985?

Hadingham: Obwohl er in Paris nicht das Endspiel erreicht hat, muß John McEnroe auf Rasen als Favorit gelten. Ich halte ihn immer noch für den besten Rasenspieler.

WELT: Wer gewinnt bei den Damen?

Hadingham: Für Martina Navratilova gilt dasselbe wie für McEnroe, obwohl auch sie in Paris (gegen Chris Evert-Lloyd) verloren hat.

WELT: Stimmt es, daß Sie es McEnroe verboten haben, seine Freundin Tatum O'Neal mitzubringen, der ein ähnliches feuriges Temperament nachgesagt wird wie dem Wimbledon-Titelverteidiger?

Hadingham: Ich würde mich nie in solche Privatsachen einmischen. Das war eine ganz alberne und erfundene Behauptung einer englischen Zeitung.

WELT: Seit Ihrer Amtsübernahme hat sich die Stimmung deutlich gewandelt. Die Spieler finden, daß die Atmosphäre freundlicher und zugleich resoluter geworden ist. Was haben Sie angeordnet?

Hadingham: Ich gebe zu, daß wir in der Vergangenheit Fehler gemacht haben. Der Vorstand hat die Spieler zu stark auf Distanz gehalten. Das war nicht gut und wurde als überheblicher britischer Snobismus ausgelegt. Ich kümmere mich jetzt selbst um die Spieler und lasse mich in den Umkleideräumen sehen. Außerdem haben wir Teddy Tinling als Verbindungsoffizier eingesetzt. Die Spieler können jeden Wunsch, jede Sorge an uns herantragen. Wir besorgen Kino-, Theater- und andere Karten. Alle sollen Wimbledon als ein großes Erlebnis in Erinnerung behalten.

WELT: Und wo setzt die Strenge ein?

Hadingham: An unserem Turnier nehmen über 400 Spieler teil. Bei solchen Zahlen geht es nicht ohne feste Regeln. Ich habe allen Spielern klargemacht: Wenn es zu Unsportlichkeiten kommt, wenden wir die international vereinbarten, vierstufigen Strafregeln an: Verwarnung, dann Strafpunkt, dann Verlust eines Spiels und dann Disqualifikation. Wir haben uns außerdem vorbehalten: Bei drastischem Fehlverhalten kann ein Spieler auch sofort ohne Verwarnung vom Turnier ausgeschlossen werden. Die Spieler akzeptieren das auch.

WELT: Geben Sie Boris Becker eine Chance?

Hadingham: Ich gehöre zur Generation von Gottfried von Cramm. Ich war gut mit ihm befreundet und habe die drei Endspiele gesehen, die er 1935, 1936 und 1937 erreichte. Auch Wilhelm Bungert habe ich 1967 in seinem Endspiel gegen Newcombe gesehen. Wir vom Wimbledon-Club rechnen damit, daß Boris Becker binnen drei Jahren auf unserem Centre Court in einem Endspiel stehen wird. Ob er dann als erster Deutscher auch ein Endspiel gewinnt, läßt sich nicht voraussagen. Der Sieger von Wimbledon ist immer ein Spieler, der ganz besondere sportliche und auch psychische Kräfte entwickelt. Die Ansätze zu einer solchen Spielerpersönlichkeit zeigt Boris Becker schon heute. Bei den Damen gilt übrigens das gleiche für Steffi Graf.

WELT: Im Fußballstadion von Bradford ist es vor wenigen Wochen zu einer schweren Brandkatastrophe gekommen, bei der 55 Menschen ihr Leben verloren. Ist Ihr Stadion feuersicher?

Hadingham: Der Centre Court ist extra überprüft worden. Der große Unterschied: Unser Tribünenboden ist aus Zement und nicht aus Holz. Unser Dach ist eine Stahlkonstruktion.

WELT: Die Feuerwehr verlangt, daß eine Tribüne in 180 Sekunden geräumt werden kann. Das ist für 16 000 Zuschauer im Centre Court von Wimbledon unmöglich.

Hadingham: Bei einer echten Katastrophe bleibt nur der Fluchtweg aufs Spielfeld. Der Rasen des Centre Court wird ein Jahr lang gepflegt, gewalzt, geschnitten und wie ein rohes Ei behandelt. Und das alles nur für die 13 Turniertage von Wimbledon. Wir können nur hoffen, daß es niemals notwendig wird, 16 000 Menschen darauf herumtrampeln zu lassen.

WELT: Was tun Sie gegen den in diesem Jahr offensichtlich noch schlimmeren Schwarzhandel mit Wimbledon-Tickets?

Hadingham: Zum erstenmal sind sogar gefälschte Tickets aufgetaucht. Unsere Eintrittskarten werden schon genauso gefälscht wie Geldscheine. Deshalb haben wir die Kriminalpolizei eingeschaltet. Inspektor Collin Nobel von der Revierwache Wimbledon arbeitet mit einem ganzen Stab von Kriminalisten an der Überwachung. Im übrigen sind wir aber einfach machtlos. Wenn Angebot und Nachfrage in ein so krasses Mißverhältnis geraten, wird eine totale Kontrolle unmöglich.

WELT: Sind Sie der wichtigste Mann hinter den Kulissen von Wimbledon, oder haben Sie diese Rolle dem Amerikaner Mark McCormack abgetreten, den viele als heimlichen Tenniszar bezeichnen?

Hadingham: Wir arbeiten eng mit McCormack zusammen. Er verhandelt für uns, wenn es um Fernsehrechte oder andere Marketing-Fragen geht. Obwohl wir mit jährlich rund 350 000 Zuschauern am Rande unserer Kapazität angelangt sind, machen die Kasseneinnahmen aus dem Kartenverkauf höchstens noch 20 bis 25 unseres Umsatzes aus. Das große Geld kommt aus der weltweiten Fernsehvermarktung.

WELT: Ist das auch der Grund, warum die Preisgelder für die Spieler in diesem Jahr inflationär um 32 Prozent auf insgesamt 7,7 Millionen Mark aufgebläht worden sind?

Hadingham: Selbst den 64 Verlierern der ersten Runde zahlen wir je 7000 Mark aus. Der Sieger des Herren-Endspiels kassiert 520 000 Mark. Und die Wimbledon-Siegerin des Jahres 1985 wird mit 468 000 Mark nach Hause fahren. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Spieler ja die großen Stars sind, für die das Publikum bezahlt. Deshalb wird die größte Leistung auch mit dem höchsten Preisgeld belohnt. Im übrigen dürfen wir den Abstand zu den anderen Turnieren nicht zu groß werden lassen. Wenn in Paris oder bei den US-Open die Preise klettern, dann müssen wir mitziehen."

WELT: Wimbledon ist und bleibt der Traum aller Tennisspieler. Selbst die Stars unter den Spielern wären bereit, in Wimbledon umsonst zu spielen.

Hadingham: Ich weiß. Das haben uns die australischen Spieler Rosewall und Laver schon angeboten, als noch zwischen Amateuren und Profis unterschieden wurde.

WELT: Kommen im Jahr 1985 die Queen, Lady Di oder Premierminister Thatcher nach Wimbledon?

Hadingham: Ich weiß zwar schon genau, neben wem ich an jedem einzelnen Turniertag in der Königlichen Loge sitzen werde. Aber aus Sicherheitsgründen darf ich es nicht vorher verraten.

Trainer schirmt Boris Becker ab

Für Englands Presse ist Boris Becker ein Spieler, „der den Favoriten am ehesten ein Kuckucksei ins Nest legen könnte" („Guardian"). Die hohe Einschätzung des 17 Jahre alten Deutschen kann auch an der Tatsache abgelesen werden, daß er heute gegen den Amerikaner Henk Pfister auf dem Centre Court spielt. Mutter Elvira fürchtet den Trubel um ihren Sohn: „Hoffentlich scheidet er nicht sofort aus, dann zerreißen ihn genau dieselben, die ihn jetzt hochjubeln." Trainer Günter Bosch schirmt ihn ab: „Wenn er alles zu Gesicht bekommen hätte, was da an Lob über ihn gedruckt war, wäre der Druck noch stärker geworden."

● 520 000 Mark erhält der Sieger bei den Herren, 468 000 Mark die beste Dame – Wimbledon sorgt wieder für Superlative. Im letzten Jahr sahen 391 673 Zuschauer die Spiele, 16,8 Millionen Mark blieben als Gewinn.

● Klare Favoriten sind – trotz ihrer Niederlagen bei den Meisterschaften von Frankreich – die Titelverteidiger: John McEnroe (26) und Martina Navratilova, die erstmals seit drei Jahren nicht auf Platz 1 der Weltrangliste steht.

● Traditionell eröffnet heute der Titelverteidiger das Turnier auf dem Centre Court. John McEnroe spielt gegen den Australier Paul McNamee. Es folgen: Wilander (Schweden) – Zivojinovic (Jugoslawien) und Becker – Pfister.



Reginald Hadingham, Präsident des Wimbledon-Klubs (links, zusammen mit Korrespondent Claus Geissmar), kümmert sich selbst um die Spieler. – Martina Navratilova feierte ihren Vorbereitungssieg auf einer Party in Eastbourne (6:4, 6:3 über Sukova) mit einer übergroßen Sonnenbrille. FOTOS: DIE WELT / AP

McEnroe Favorit, der Rasen macht's

Kaum zu glauben, aber wahr. Genau fünf Jahre ist es her, da zierte die Teilnehmerliste der Herren-Konkurrenz in Wimbledon lediglich ein deutscher Spieler. Jürgen Faßbender war es, der noch einmal die Atmosphäre dieses Turniers schnuppern wollte. Wobei zu bemerken ist, daß Faßbender lediglich an der Mixed-Konkurrenz teilnahm. Kein Pinner, Rolf Gehring war am Start – deutsche Tennis-Profis empfanden Wimbledon als uninteressant.

Glücklicherweise haben sich die Zeiten wieder geändert. Die Riege der sechs deutschen Herren, die im Hauptfeld der 128 auserlesenen Profis starten, wird vom jüngsten, dem 17 Jahre alten Boris Becker, angeführt. Doch mit dieser nüchternen Feststellung allein ist es nicht mehr getan. Denn seine Entwicklung in den letzten Monaten ist fast unglaublich. Nach dem Erreichen des Halbfinales in Rom und seinem ersten Grand-Prix-Triumph im Londoner Queens Club geriet Becker urplötzlich in den erweiterten Kreis der Wimbledon-Favoriten. Das alles mag verfrüht erscheinen, beim näheren Hinschauen ist ihm jedoch einiges zuzutrauen. Unerschütterlich scheint sein Selbstvertrauen in seine eigenen Schläge zu sein. Spielerisch plaziert er seine Gegner aus, zum Beispiel Johan Kriek in der letzten Woche in London. Der unbedingte Wille zum totalen Einsatz bei jedem Ballwechsel kommt bei Becker hinzu. Diese Tatsache berechtigt zu jenem Optimismus, der zuletzt Wilhelm Bungert begleitete, als er 1967 das Finale gegen John Newcombe erreichte. Was natürlich nicht heißen soll, daß Bekker schon diesmal den totalen Durchbruch schafft.

Dennoch, eine Traumauslosung läßt hoffen. Henk Pfister dürfte geschlagen werden. Und Joakim Nystroem, der erste gesetzte Spieler, auf den Becker treffen würde, gilt auch nicht gerade als Rasenspezialist. Man kann sich wieder auf einen deutschen Spieler in Wimbledon freuen. Das alleine ist schon viel wert.

Topfavorit bleibt John McEnroe, ungeachtet seiner beiden Niederlagen gegen Ivan Lendl beim World Team Cup und gegen Mats Wilander in Paris. Dafür sorgt schon der exakt fünf Millimeter dicke Rasenteppich in Wimbledon. Hier kann ein ganz anderer McEnroe auftrumpfen. Kein Konkurrent besitzt das Timing am Netz des Weltranglisten-Ersten, der in der Lage ist, mit seinem gefährlichen Linkshänderaufschlag auf dem kürzesten Weg die ideale Position zu erreichen. Während zahlreiche Konkurrenten auf der sogenannten „Drehscheibenstellung" (ein Meter vor der T-Linie) die Returns abwarten, läuft McEnroe durch und kann somit seine Flugbälle frühestmöglich treffen. Da werden seine Kontrahenten kaum bestehen können, zumal sich „Big Mac" erstmals nicht in England, sondern im heimischen New York auf Rasenplätzen ernsthafter denn je vorbereitete.

Jimmy Connors wird in diesem Jahr wohl zum letzten Mal auf der ganz großen Szene dabei sein. Verschleißerscheinungen haben sich bei ihm in diesem Jahr bemerkbar gemacht, alleine dreimal verlor er auf amerikanischen Turnieren bereits in der ersten oder zweiten Runde. Das gab es über ein Jahrzehnt nicht. Sein unnachahmlicher „Fighting Spirit" scheint sich abzunutzen, was übrigbleibt, ist ein letztes Aufbäumen. Das Erreichen des Halbfinales wäre das Optimum für Connors, der dem gesamten Tennissport mit seiner Einstellung so viel gegeben hat.

Diese Klasse hat auch ein Ivan Lendl noch nicht erreicht. Ihm fehlt neben seiner Ausstrahlung auf dem Platz nach wie vor der spielerische Glanz. Kaum vorstellbar, daß Lendl als Sieger Wimbledon verläßt. Zu eklatant ist seine Schwäche, das Mittelfeld zu überbrücken und eine günstige Netzposition zu erreichen. Da hat Mats Wilander nach seinem Erfolg in Paris sicherlich mehr Chancen, zumal er bereits die australischen Meisterschaften, ebenfalls auf Rasen, gewann. Gefahr droht allen Favoriten vor allen Dingen in den ersten Tagen. Dann nämlich können die Außenseiter auf den lautstarken Nebenplätzen und dem noch extrem schnellen Rasen auftrumpfen. Dies ist die Zeit der sogenannten „Bolzer", wie Steve Denton, Cavin Curren, Paul Anacone, die nur eins können: sehr hart schlagen.

Vielleicht ist es nach der letzten Entwicklung ungerecht: Aber auf den Rasenplätzen in Wimbledon spielen die Damen immer noch die zweite Geige. Dabei haben gerade die deutschen Spielerinnen die Chance, in die Schlagzeilen zu geraten. Claudia Kohde, an Nummer sechs gesetzt, kann ebenso wie Steffi Graf das Viertelfinale erreichen. Beide haben ein spielerisches Potential erreicht, das ihnen die Möglichkeiten einräumt, alle Gegnerinnen bis auf Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd zu besiegen. Natürlich gibt es die Spezialistinnen für schnelle Plätze wie Pam Shriver, Kathy Jordan oder Barbara Potter. Bettina Bunge, die nach langer Schwächeperiode wieder besser im Spiel ist, sind dabei Außenseiter-Chancen zuzutrauen. Und wieder darf auf das große Duell gehofft werden: Martina Navratilova gegen Chris Evert-Lloyd heißt naturgemäß der Tip für das Damen-Endspiel. Sie bleiben (noch) Ausnahmeerscheinungen.

H. J. POHMANN

Der Papst läßt Olszowski Unmut spüren

DW. **Warschau**

In ausgesprochen kühler Atmosphäre hat am Samstag in Rom die Privataudienz des polnischen Außenministers Stefan Olszowski bei Papst Johannes Paul II. stattgefunden. Zum Mittelpunkt des 40minütigen Gespräches hatte der Papst das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in Polen gemacht. Er war der *polnischen Delegation nicht*, wie sonst bei Politikerbesuchen üblich, bis vor die Tür seiner Bibliothek entgegengekommen, berichteten Informanten. Auch habe er Olszowski nicht begrüßt, sondern ihn sogleich zum Platznehmen aufgefordert.

Wie die Gewährsleute berichteten, konterte das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche die Behauptung des Außenministers, die Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Polen seien ausgezeichnet, mit der Feststellung: „Diese (Beziehungen) sind nicht unsere größte Sorge. Das wirkliche Problem besteht zwischen der Gesellschaft und dem Staat." Die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zum Heiligen Stuhl, für die sich Olszowski aussprach, bezeichnete Johannes Paul II. als „verfrüht".

Der polnische Außenminister traf anschließend an die Audienz auch mit Staatssekretär Agostino Casaroli und Sondernuntius Erzbischof Luigo Poggi zusammen, der gerade erst von einer 17tägigen Informationsreise durch polnische Diözesen zurückgekehrt ist.

Warschauer Lob für Kirche in Pommern

dpa, **Warschau**

Vor der Stettiner Jacobikirche haben die polnischen Bischöfe gestern die „Rückkehr der Kirche" in die *Oder-Neiße-Gebiete gefeiert. Die* deutsche Bevölkerung Stettins und Hinterpommerns war seit dem 16. Jahrhundert protestantisch. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz und Erzbischof von Köln, Joseph Kardinal Höffner, hatte eine Einladung zu der Feier nicht angenommen. Der Altar vor der Kathedrale der 1972 neugegründeten Diözese Stettin-Cammin war mit einem großen Bild der in Polen als Nationalheilige verehrten „Schwarzen Madonna" von Tschenstochau, mit weiß-roten polnischen Fahnen, Papst- und Marienfahnen geschmückt. Die offiziellen polnischen Medien würdigten anläßlich der Feiern die Rolle der katholischen Kirche bei der Integration der in den Oder-Neiße-Gebieten neu angesiedelten polnischen Bevölkerung und bei der „internationalen Anerkennung unserer Westgrenze".

Lehrstellenaktion soll als Vorbild dienen

Gespräche Regierung-Wirtschaft über Arbeitsmarkt

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Entlastung des Arbeitsmarktes durch Neueinstellungen in den Betrieben ist das Stichwort, unter dem Arbeitsminister Norbert Blüm, Wirtschaftsminister Martin Bangemann und entweder Finanzminister Gerhard Stoltenberg oder ein hochrangiger Vertreter seines Hauses heute *abend im Bonner Sozialministerium* mit den Spitzen der deutschen Wirtschaftsverbände diskutieren werden. Zwar betont man im Arbeitsministerium, daß diese Gesprächsrunde nicht etwa der Vorbereitung des Regierungstreffens mit der Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) am 23. Juli dienen solle, doch wird auch dann über Möglichkeiten zur Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt gesprochen werden. Bei dem letzten Treffen im Januar waren Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen eingesetzt worden, die inzwischen in Anwesenheit der zuständigen Bundesminister und DGB-Vorstandsmitglieder getagt haben und bis zu dem Treffen am 23. Juli Positionspapiere ausarbeiten werden.

Die Regierung möchte die Präsidenten mehrerer Spitzenverbände (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Bundesverband der Deutschen Industrie, Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, Deutscher Industrie- und Handelstag, Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und Zentralverband des Deutschen Handwerks) überzeugen, daß man angesichts guter Ertragslage und positiver Gewinnerwartung für die nächste Zeit an den Erfolg der Lehrstellenkampagne anknüpfen müsse. Die Wirtschaft habe es verstanden, ohne staatliche Vorschriften nahezu allen Schulabgängern einen Ausbildungsplatz zu geben. Jetzt müsse man die Möglichkeiten der Teilzeitarbeit und befristeter Anstellung nutzen.

Für gemeinsamen Kraftakt

Der neue Regierungssprecher Friedhelm Ost forderte in einem Interview des Senders Freies Berlin einen „gemeinsamen Kraftakt" von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern, um den Strukturwandel in der Wirtschaft zu bewältigen und damit zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen. Er wolle zwar nicht die alte „konzertierte Aktion" beschwören, sagte Ost, verwies jedoch auf die heute abend im Arbeitsministerium stattfindenden Gespräche und das Treffen des Kanzlers mit der DGB-Spitze am 23. Juli.

Finanzminister Stoltenberg hat seinen Kurs für die Diskussionen mit beiden Tarifparteien gestern deutlich gemacht. Im ZDF kündigte er die Fortsetzung des Stabilitätskurses an. Der Minister sagte, er werde weiter die Pläne und Ansätze verstärken, die für die wirtschaftliche Gesundung und den Arbeitsmarkt wichtig sind. Der Haushalt werde unterhalb der Planansätze der mittelfristigen Finanzplanung verabschiedet. Man könne nachhaltig Subventionen kürzen, *im Bereich des Wirtschaftsministers* allein rund eine Milliarde Mark. Auch andere Haushalte, einschließlich des Verteidigungsetats, blieben unter den bisherigen Planansätzen. Die Bundesrepublik habe zwei entscheidende Errungenschaften, die es zu behaupten gelte.

Niedrigste Inflationrate

Stoltenberg: „Wir haben wieder die niedrigste Inflationsrate seit langer Zeit mit rund 2,5 Prozent. Das ist auch sozialpolitisch bedeutsam. Und wir haben fallende Zinsen." Nur über niedrige Zinsen könne man den Investitionsschub verstärken, auch auf Erweiterungsinvestitionen hin, der neben anderen Voraussetzung für eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage sei.

Trotz der intensiven Vorbereitung auf das Spitzentreffen des Bundeskanzlers mit der Gewerkschaftsführung in der parlamentarischen Sommerpause Ende Juli hatte die DGB-Führung vor kurzem eine Kampagne mit Großdemonstrationen gegen die nach ihrer Ansicht verfehlte Regierungspolitik in den Bereichen Beschäftigungsförderung und soziale Sicherung beschlossen. Nach wie vor verlangt der DGB ein staatliches Programm zur Beschaffung von Arbeitsplätzen, eine Forderung, vor deren Erfüllung auch der ehemalige Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff am Wochenende wieder gewarnt hat.

In den Gewerkschaften ist allerdings nach der öffentlichen Drohung mit einem „heißen Herbst" jetzt offenbar eine neue Sprachregelung getroffen worden. Sie machte das DGB-Vorstandsmitglied Siegfried Bleicher deutlich. In Kornwestheim bei Stuttgart sagte er, trotz „derzeit" unüberbrückbarer Gegensätze in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik seien die Gewerkschaften weiterhin zur Zusammenarbeit mit der Bundesregierung bereit. Bleicher, SPD-Mitglied wie die meisten Spitzenfunktionäre des DGB, wies jede parteipolitische Rolle des DGB zurück. Es sei nicht Aufgabe des Gewerkschaftsbundes, an der Demontage einer Regierung mitzuwirken. Nur der Wähler habe in einer Demokratie den Anspruch, mit Wahlentscheidungen politische Mehrheits- und Machtverhältnisse zu verändern.

Washington bietet Moskau umfassende Informationen über SDI-Forschung an

General Abrahamson soll in Genf mit den Sowjets sprechen / Eisige Ablehnung erkennbar

C. GRAF BROCKDORFF, **Brüssel**

Die Vereinigten Staaten haben der Sowjetunion angeboten, sie durch Generalleutnant James Abrahamson, den Chef der Organisation zur Erforschung einer Raketenabwehr im Weltraum, über das SDI-Programm zu unterrichten. Die amerikanische Offerte wurde in Genf bei den *Rüstungskontrollverhandlungen* von der amerikanischen Delegation offiziell unterbreitet, verlautete in Brüssel von westlicher diplomatischer Seite.

Über Strategie reden

General Abrahamson, so das Angebot, würde aus Washington nach Genf reisen und die sowjetische Delegation umfassend über die Zielsetzungen der US-Forschung informieren. Ähnliche Unterrichtungen durch Abrahamson hatten bereits in westlichen Hauptstädten und bei der NATO in Brüssel stattgefunden.

Nach Angaben der Diplomaten nahm die sowjetische Verhandlungsdelegation das amerikanische Anerbieten stumm zur Kenntnis. Die Sowjets hätten sich mit keinem Wort dazu geäußert und lediglich durch die Form ihrer Reaktion ihre eisige Ablehnung zu erkennen gegeben.

Die Diplomaten vertraten die Ansicht, eine Unterrichtung der Sowjetunion durch General Abrahamson, einen Offizier der US-Luftwaffe, müsse konsequenterweise zu einer Erörterung *nicht nur technologischer*, sondern auch strategischer Fragen führen. Damit würde den Vereinigten Staaten Raum gegeben, ihre Vorstellung, die Abschreckung künftig von nuklearen Offensivsystemen wegzuführen zu einer konventionellen Raketenabwehr, vor der Sowjetunion zu entwickeln. Diese erkläre jedoch, sie lehne die Raketenabwehr ab.

Die Sowjets beharren in Genf darauf, daß die Vereinigten Staaten die SDI-Forschung einstellen müßten. Vorher sei die Sowjetunion nicht bereit, überhaupt über die Reduzierung von Offensivwaffen zu diskutieren. Nach sowjetischer Ansicht stellt das amerikanische SDI-Forschungsprogramm eine Verletzung des ABM-Vertrages zur Begrenzung der Raketenabwehr von 1972 dar. Die intensive Forschung der Sowjetunion auf diesem Gebiet, insbesondere auf dem Feld der Laserstrahlen und hochenergiereicher Partikelstrahlung als Waffensysteme für die Raketenabwehr, wurde von den Sowjets in Genf hingegen als „nicht zweckgebundene Forschung" dargestellt.

Jahre weiterverhandeln

In Brüssel ist vielfach die Ansicht westlicher Experten zu hören, daß die Genfer Verhandlungen noch jahrelang ohne greifbares Ergebnis weitergeführt werden könnten. Die Delegationen säßen einander mehr oder weniger stumm gegenüber, weil Moskau auf der Bedingung bestehe, daß Washington die SDI-Forschung einstellen müsse. Voraussichtlich werde erst dann Bewegung in die Verhandlungen *kommen, wenn die Sowjetunion* einsehe, daß sie das SDI-Programm nicht stoppen könne. Bis dahin werde sie versuchen, einen Keil zwischen die Vereinigten Staaten und die europäischen NATO-Partner zu treiben.

(SAD)

Grüne fanden kein Überlebenskonzept

Teilniederlage der Realpolitiker / Lediglich Programmkommission eingesetzt

STEFAN HEYDECK, **Hagen**

Die Grünen suchen weiter nach einem Konzept für ihr politisches Überleben. Auf ihrem außerordentlichen Parteitag in Hagen konnten sie sich lediglich auf die Einsetzung einer Programm- und Strukturkommission verständigen, die in den nächsten Monaten Folgerungen aus den Wahlniederlagen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland ziehen sowie *Perspektiven entwickeln* soll. Darüber hinaus brachten sie es gerade noch fertig, in Anträgen die stufenweise Verringerung von Tierversuchen zu fordern und sich für die „Entgiftung der Umwelt" auszusprechen.

Das Ergebnis bedeutet eine Teilniederlage der Realpolitiker, die sich unter anderem für eine Festlegung in Bündnisfragen mit der SPD eingesetzt hatten. Der Abgeordnete Hubert Kleinert drohte damit, Konsequenzen zu ziehen. Auch sein Kollege Otto Schily zeigte sich sichtbar verärgert, daß sich die Grünen, wie schon auf ihrem Hamburger Parteitag im Dezember, weiterhin vor klaren Entscheidungen über Koalitionen und Regierungsbeteiligungen drückten. Vorstandssprecher Reiner Trampert hatte noch zu Beginn des Parteitags vor einer „Wiederholung von Hamburg" gewarnt: „Wir müssen einmal die politisch-inhaltlichen Schwerpunkte behandeln und so zu unserer inhaltlichen Kompetenz beitragen." Gleichzeitig hatte Trampert, der als einer der Gegner von Bündnissen mit der SPD indirekt mit dem Rücktritt des Vorstands gedroht hatte, forderte die 683 Delegierten auf, sich auf die Bundestagswahlen 1987 einzustellen. Man solle über politische Kampagnen beraten und deutlich machen, „wie notwendig unsere Alternativen sind".

Daß es in Hagen nicht zu den sonst von den Grünen Parteitagen bekannten tumultartigen Szenen und nur zu „weichen" Beschlüssen kam, liegt am Zustand der Partei. Die rivalisierenden Fundamentalisten und Realpolitiker sind nach den jüngsten Wahlpleiten nach wie vor so verunsichert, daß sie, statt offen ihre Konflikte auszutragen, eine Art Harmonie zu demonstrieren versuchten. Vorstandssprecher Lukas Beckmann betonte, es gebe keine politische Strukturkrise, sondern „eine geistige Krise". Denn die Grünen suchten nicht mehr, wie bei ihrer Gründung vor fünf Jahren, „die Einheit der Vielfalt", sondern einen „Minimalkonsens".

Dabei war durchaus deutlich geworden, wie weit die Flügel auseinanderklaffen. Die Abgeordnete Petra Kelly („Ich glaube noch an die Anti-Partei-Partei") verlangte, nicht über die „Grüne Utopie", sondern über „das Machbare" zu diskutieren. Im Gegensatz zu ihr setzte sich die ehemalige Abgeordnete Waltraud Schoppe für Koalitionen mit der SPD ein und wandte sich gegen eine „Ideologisierung", mit der die Grünen „in Bündnisfragen nicht weiter" kämen. Deren Probleme dürften nicht in die später eingesetzten Kommissionen „abgedrängt" werden.

Das Gründungsmitglied der Grünen, Rudolf Bahro, und die seinem Umfeld zugerechnete Christine Schröter sind auf dem Hagener Parteitag aus der Partei ausgetreten. Bahro hatte nach der Perspektivdiskussion seinen Schritt damit begründet, daß es „nicht einen einzigen Punkt" mehr gebe, wo die Grünen ernstzunehmen seien. Da, so Bahro, sei „kein aufrechter Gang" mehr vorhanden. Christine Schröter hatte bereits am Samstag ihren Austritt erklärt, weil sich sich mit der Forderung nach einem sofortigen totalen Verbot von Tierversuchen nicht hatte durchsetzen können.

Teltschik: Die USA prüfen „alle Möglichkeiten"

dpa, **Hamburg**

Bundeskanzler Helmut Kohls außenpolitischer Berater Horst Teltschik hat am Wochenende Pressebeichten widersprochen, nach denen die amerikanische Regierung an einer Beteiligung der westeuropäischen Partner an der Entwicklung einer Raketenabwehr im Weltraum (SDI) kein Interesse mehr habe und nur *noch politische* Unterstüzung für ihre Pläne wünsche. Teltschik erklärte, die Bundesregierung und die US-Administration prüften nach wie vor „alle Möglichkeiten" einer Zusammenarbeit. Dazu zählte nicht nur eine technische Kooperation der Amerikaner mit deutschen Firmen.

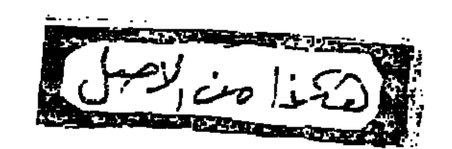
Der Sprecher der baden-württembergischen Landesregierung, Matthias Kleinert, äußerte, Ministerpräsident Späth habe während seiner letzten Reise in die USA im Vergleich zum Februar dieses Jahres einen Wandel in der amerikanischen *Hal*tung feststellen können. Damals habe man noch an eine staatliche Kooperation gedacht, nunmehr habe Späth den Eindruck gewonnen, es gehe lediglich um die Zusammenarbeit von Firmen. Nach dem jetzigen Stand sei eine Vereinbarung über den freien Austausch von Forschungsergebnissen nicht mehr zu erreichen.

Der amerikanische Vizepräsident George Bush komme morgen nach Bonn und werde Bundeskanzler Kohl einen Brief des amerikanischen Präsidenten übergeben, heißt es in einer Meldung der jüngsten Ausgabe des „Spiegel". Die Amerikaner wollten eine Reihe deutscher Unternehmer zu einem Gespräch über das SDI-Forschungsprogramm in das Bundesverteidigungsministerium einladen und dort ihre Absichten erläutern.

Neue Berichte über Folter in Nicaragua

DW. **Frankfurt**

Folter und Hunger sind kennzeichnend für die Haftbedingungen in Nicaragua, heißt es in Berichten, die der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt (igfm) zugingen. Gewalttaten bei Verhören, unzureichende oder gezielt unregelmäßige Ernährung, verschiedenste Foltermethoden wie Eintauchen in Wasser oder *Dunkelhaft sind in vielen* Haftanstalten an der Tagesordnung. Wegen dieser Haftbedingungen ist es zu einem Hungerstreik im „Mustergefängnis" von Tipitapa gekommen. In dem Gefängnis von Esteli sind verhaftete Bauern in den ersten Wochen ihrer Haft an den Händen gefesselt und gefoltert worden, um Geständnisse zu erpressen.



Zorniger Volcker

Sbt. (Washington) – Der Krach zwischen US-Notenbank-Chef Paul Volcker und seinem Stellvertreter hat eine Dimension, über die sich nachzudenken lohnt. Nach dem einmaligen Vorfall in der Geschichte des Federal Reserve Board muß man sich fragen, was geschehen würde, wenn Preston Martin, ein Sparkassen-Manager, in Washingtons Constitution Avenue das Ruder übernehmen sollte. Darüber wird viel spekuliert, zumal da immer noch nicht vom Tisch ist, daß Volcker Mitte kommenden Jahres A. W. Clausen als Präsident der Weltbank ablösen könnte.

Entzündet hat sich der Streit an dem von Martin in der Öffentlichkeit ausgebreiteten Plan, Lateinamerikas schwelende Schuldenkrise endgültig durch limitierte Zinszahlungen zu lösen. Bankforderungen sollen überdies in Beteiligungen und von multinationalen Organisationen garantierte Anleihen umgewandelt werden. Das sind nicht nur alte Hüte, sie sind auch gefährlich. Sofort versiegen würden weitere Bankkredite, zudem dürfen Aktiva und Gewinne der Banken nicht von der Entwicklung in den Schuldnerländern abgekoppelt werden.

Von Tokio aus hat Volcker den Hammer geworfen und Martins Vorstoß als unverständlich, unglücklich und unrealistisch bezeichnet. Eile war in der Tat geboten; denn der Vize hatte den Eindruck erweckt, in den USA stehe eine politische Kehrtwendung bevor. In Frage gestellt waren plötzlich alle Umschuldungsabkommen. Volcker und das Weiße Haus bleiben dabei: Um kreditwürdig zu werden, müssen die Staaten ihr Haus selber in Ordnung bringen. Martin hat schon häufiger danebengegriffen. Seine Berufung als Volckers Nachfolger würde jetzt niemand mehr verstehen.

Bürgernähe

Ha. (Brüssel) – Hübsche Dinge ausgedacht hat sich der von den Regierungschefs der EG geschaffene Ausschuß „Europa der Bürger". Seine Vorschläge für den Mailänder Gipfel umfassen ein europäisches Zahlenlotto, eine europäische Fernsehgesellschaft, gemeinsame Sportmannschaften und sogar eine europäische Fahne. Ob diese Errungenschaften allerdings konkrete Fortschritte im wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozeß ersetzen können, ist höchst zweifelhaft. Mehr tun für die europäische „Identität" könnten die Politiker, wenn sie sich endlich auf die Abschaffung oder (wenigstens die weitgehende Lockerung) der Steuergrenzen im Reiseverkehr einigen würden. Das kleinliche Gerangel um die Aufstockung der Freigrenzen wird mittlerweile zum Trauerspiel. Wie soll da noch einer in Schillers „Ode an die Freude" (Europa-Hymne) einstimmen können?

AUTOMOBILINDUSTRIE

Bis zum Jahr 2000 zwei Millionen mehr Pkw auf unseren Straßen

INGE ADHAM, **Wiesbaden**

Die Dynamik der Motorisierung ist ein eigenständiges Faktum. Schwankungen wird es zwar geben, aber die grundsätzliche Richtung – nämlich eine weiter zunehmende Motorisierung – wird sich auch bis zum Jahre 2000 nicht ändern. Zu diesem Ergebnis kommen die auf einem Kolloquium des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) in Wiesbaden vorgelegten Prognosen über die Weiterentwicklung des Personenverkehrs bis zur Jahrtausendwende.

Berechnet nach Wegen pro Person und Tag, so Peter Cerwenka von der Baseler Prognos AG, wird der motorisierte Individualverkehr bis 1990 um rund sieben Prozent über dem für 1982 erfaßten Verkehrsaufkommen liegen; danach sieht Cerwenka einen leichten Rückgang bis ins Jahr 2000, wo das gesamte Personenverkehrsaufkommen dieser Prognose zufolge aber immer noch deutlich über dem des Jahres 1982 liegen wird. Prognos erwartet übrigens eine steigende Entwicklung allein beim individuellen Verkehr, im öffentlichen Straßenpersonenverkehr, im Luftverkehr und bei der Bahn werden diesen Annahmen zufolge die Zahl der Wege pro Person abnehmen.

Keinen Zweifel an der „Eigendynamik", die der Motorisierung innewohnt, hat Anton Löw von der Deutschen Shell: Trotz einer zeitweise ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden Ende des Jahrtausends 25,75 Millionen Pkw auf unseren Straßen rollen, das sind rund 2,5 Millionen mehr als 1980. Löw sieht einige „natürliche Schwungkräfte" für die weiter zunehmende Motorisierung: So bringe die Spitze der geburtenstarken Jahrgänge aus den sechziger Jahren ein vorsichtig geschätztes zusätzliches Pkw-Potential von einer halben Million. Eine weitere Million zusätzlich sei von der Nachkriegsgeneration junger Frauen zu erwarten: Sie wollen auch wenn sie älter werden nicht auf das Auto verzichten. Als Struktureffekt sieht Löw die Tatsache, daß die im statistischen Durchschnitt voll motorisierten männlichen Erwachsenen ihr Auto in die Altersklasse 55 bis 70 Jahre hinein weiter fahren, was zusätzlich rund 0,4 Millionen Fahrzeuge bringe.

Ingesamt rollen bis zum Jahr 2000 aus den geschilderten strukturellen Gründen rund zwei Millionen Pkw mehr als heute auf unseren Straßen, meint Löw, der weder finanzielle oder wirtschaftliche Restriktionen noch Probleme bei der Energieversorgung als mögliche Hemmschuhe für diese Entwicklung sieht. Auch von der Umweltdiskussion wird seiner Einschätzung nach langfristig keine Bremswirkung ausgehen, „wenn vorhandene Angriffsflächen beseitigt und über einen integrierten Umweltschutz das Auto vom Makel der Umweltbelastung wieder befreit wird".

Auf die Probleme der Zurechenbarkeit der sozialen Kosten des Automobils wies Achim Diekmann, Geschäftsführer des VDA, hin. Diekmann erinnerte daran, daß rund 18 Prozent des Bruttoinlandsproduktes automobilabhängig seien (Zahlen von 1980), rechnet man zu der automobilabhängigen Bruttowertschöpfung in der Bundesrepublik von knapp 252 Milliarden Mark, die nicht abzugsfähige Umsatzsteuer und die Einfuhrabgaben hinzu. Anders ausgedrückt: 1980 waren direkt oder indirekt 4,3 Millionen von insgesamt 26,3 Millionen Arbeitsplätzen, etwa ein Viertel des gesamten Steueraufkommens und ein Sechstel des Exports vom Automobil abhängig.

Dies dürfe nicht den Blick für Belastungen und Schäden verstellen, die mit der Nutzung des Automobils verbunden sind, betonte Diekmann. Er erinnerte jedoch an die Fortschritte, die bei der Verkehrssicherheit, bei der Kraftstoffeinsparung und der Reduzierung von Lärm- und Abgasemissionen erreicht worden seien. Unabhängig von den Beschlüssen in Brüssel, so betonte Diekmann, werde die Industrie das Problem der Schadstoffreduzierung angehen und meistern. „Das Automobil wird in den nächsten zehn Jahren auf dem Wege seiner Anpassung an den Menschen und an die Erfordernisse unserer Umwelt einen weiteren großen Schritt nach vorn tun."

US-AKTIENMÄRKTE

Fusionsgerüchte führten zu einer Kursexplosion

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Viele Körnchen Salz verstreuten nüchterne Broker an der Wall Street, um die Kursexplosion, die am Freitag die US-Aktienmärkte aufrüttelte, in die richtige Perspektive zu rücken. Nach ihrem Urteil waren es in der Hauptsache zwei Faktoren, die den Dow-Jones-Industrie-Index um 24,75 und den viel breiteren Nyse-Index um 1,39 Punkte in die Höhe schießen ließen: neue Fusionsgerüchte, vor allem in der Lebensmittelindustrie, und die Fälligkeit von umfangreichen Termin- und Optionskontrakten.

Erzielt wurden die meisten Gewinne in der letzten halben Stunde vor Wochenschluß, nach gedämpfter Stimmung mit leichten Verlusten an den Vortagen. Nur das plötzliche Feuerwerk rettete die beiden Börsenbarometer, die über die Woche um 23,52 auf 1324,48 sowie um 1,29 auf 109,85 Punkte stiegen, ohne jedoch das bisherige Hoch zu erreichen. Mitgezogen wurden auch Technologiewerte wie IBM, Digital Equipment und Honeywell. Insgesamt ist aber eine Erholung der angeschlagenen Branche, die ihre Marktchancen weit überschätzt hat, nicht in Sicht.

Spitzenreiter waren die Aktien der General Foods Corp.: Sie kletterten um 10,75 auf 82,38 Dollar je Stück, nachdem durchsickerte, Philip Morris wolle den Konzern für nahezu fünf Mrd. Dollar erwerben. Zur Zeit ist Reynolds dabei Nabisco zu übernehmen. Morris sitzt auf hohen Kassenbeständen und möchte dem Zigarettenkonkurrenten Reynolds Industries bei der Diversifizierung den Rang ablaufen. Im Gespräch sind Offerten, die an 100 Dollar je Aktie heranreichen. Wie es jedoch heißt, will sich General Foods mit allen Mitteln wehren.

Nicht zu zweifeln ist daran, daß die Termin- und Optionsgeschäfte in erheblichem Umfang zum Spurt beigetragen haben. Indextermine laufen jeweils am dritten Freitag im März, Juni, September und Dezember, Index-Optionen der Chicago Board Options Exchange und der Chicago Mercantile Exchange am dritten Freitag eines jeden Monats aus. Daß sie zusammentreffen, geschieht also nur viermal im Jahr. Wegen Hedging mußten die Händler umfangreiche Short-Verkäufe decken, was die Kurse nach oben trieb.

Folgt man Michael Metz von Oppenheimer & Co., dann „wird sich die Rallye als ein Zufallsprodukt erweisen". Dafür spricht die gebremste Reaktion der Börse am Donnerstag auf die Blitzprognose für das US-Wirtschaftswachstum im laufenden Quartal.

Für die Investoren wirft ein Plus von 3,1 Prozent auf Jahresbasis nach nur 0,3 Prozent in der Januar-März-Periode viele Fragen auf, zumal da die stark ausgeweitete Geldmenge neue Zinsunsicherheit schafft. Die Wall Street braucht eine nochmalige Diskontsenkung.

Ein Berg von Arbeit

Von PETER GILLIES

Eine Falle ist zugeschnappt: Mit jeder Maßnahme zur Beschäftigungsförderung fällt es Wirtschaftspolitikern schwerer, vor der Illusion einer alsbald bevorstehenden Vollbeschäftigung zu warnen. Jedermann weiß, daß es schnelle Erfolge am Arbeitsmarkt nicht geben kann, aber glauben möchte er halt doch an die Verheißungen. Und da hierzulande gewählt wird, wer den Eindruck eines Hoffnungsträgers zu erwecken weiß, ist das Dilemma der Wirtschaftspolitik offenkundig.

In der Kiepe der Hoffnungsträger wird vor allem eine Botschaft vermißt oder vermutet: Vollbeschäftigung, und dies möglichst rasch und schmerzfrei (für diejenigen, die Arbeit besitzen). Die bürgerlich-liberale Koalition schnürt derzeit ein Paket von stimulierenden Maßnahmen, um der kriselnden Bauwirtschaft auf die Beine zu helfen. Vielleicht rechtfertigen Zielrichtung und Umfang dieses Programms eine flammende Kritik nicht, denn manches davon ist sinnvoll und gefährdet den Kurs der Konsolidierung der Staatsfinanzen kaum.

Aber das erwähnte Paket enthält eben die Verheißung, es komme nur darauf an, daß der Staat entschlossen „Arbeit für alle" bereitstellt. Dieses Versprechen ist nicht einlösbar. Wenn Minister direkt 100 000, 150 000 oder gar 180 000 neue Arbeitsplätze ankündigen, schließen sie die erwähnte Falle nur noch fester. Der Staat vermag dauerhafte – sprich: rentable – Arbeitsplätze nicht zu garantieren, wenn jene, die über den Marktwert der Arbeit entscheiden, abseits stehen. Durch seine Anfälle von Programmitis zieht der Staat das Beschäftigungsrisiko an sich und suggeriert Lösungen, die nicht in seiner Macht stehen. So leistet er nicht nur Illusionen Vorschub, sondern entläßt jene aus der Verantwortung, die sich – unvermeidlich – schmerzhaften Korrekturen stellen müssen.

Aus der Falle führt nicht krampfhafter Optimismus heraus, sondern kühler Realismus. Wenn ein Kaufmann eine Ware zu steigendem Preis anbietet, aber keine Käufer findet, vermag auch der bemühteste Staat nicht den Absatz garantieren. Diese Ware „Arbeit" wird mehr als zweimillionenfach offensichtlich zum falschen Preis, am falschen Ort und in der falschen Qualität angeboten. Da hilft keine „Kurbelei". Die Politik muß deshalb vor allem das „Kurbel-Syndrom" überwinden, also die Suggestion, man müsse nur irgendwie die Konjunktur ankurbeln, und alles, alles wende sich zum Besten.

Mehr als die Hälfte der als arbeitslos Registrierten verfügt über keine ausreichende berufliche Qualifikation. Trotz hoher Erwerbslosenquoten werden vielfach händeringend Fachkräfte gesucht. Allein diese Tatsachen machen deutlich, daß es sich um strukturelle und kaum um konjunkturelle Probleme handelt. Konjunkturprogramme liefen ins Leere, weil sie den entlassenen Hilfsarbeiter nicht in den Job eines Präzisionsmechanikers bringen.

Eine Wirtschaftspolitik der ruhigen Hand bedeutet jedoch nicht, daß der Staat lethargisch bleiben muß. Er sollte vielmehr dafür sorgen, daß der Arbeitsvertrag Chancengerechtigkeit insofern erhält, als der Schutz des Arbeitsbesitzers gleichen Rang genießt wie der Einstieg eines Arbeitslosen. Davon sind wir weit entfernt. Der Zwang zu einem gelenkigeren Arbeitsrecht und zum Abbau der Steuer-, Abgaben- und Subventionslast besteht also weiter.

Für den Jahre dauernden Prozeß zu einer befriedigenden Beschäftigung ist gequälter Optimismus schädlich, aber eine ermunternde Betrachtungsweise ist nicht völlig unbegründet. Am Rande: Es muß nicht dabei bleiben, daß 22 000 Neueinstellungen – wie jetzt in der Autoindustrie – nur als Kurzmeldung das öffentliche Bewußtsein erreichen, eine Entlassung von 200 Leuten jedoch mit dicken Balkenüberschriften. Und was nur wenige wissen: Im Herst 1984 hat sich die Zahl der Beschäftigten erstmals erhöht. Daß dies noch nicht die Arbeitslosenzahlen senkte, hängt mit der etwas sprunghaften Reproduktionsrate der Deutschen zusammen (bis 1989 drängen jedes Jahr zwischen 200 000 und 300 000 junge Erwerbspersonen neu auf den Markt).

Arbeitslosigkeit ist nicht schicksalhaft, sondern hausgemacht. Das Ziel einer ausreichenden Beschäftigung bleibt erreichbar – diese Volkswirtschaft muß sie wollen und nicht durch (vermeintlich) solidarische Appelle die Verantwortlichkeiten verwischen. Im doppelten Sinn: ein Berg von Arbeit.

AUF EIN WORT

» Die deutschen Messen sind einer der besten Exportartikel unseres Landes. Leider wissen sie das in ihrem unerbittlichen Wettbewerb gegeneinander nicht zu nutzen. «

Helmut Rausch, geschäftsführender Gesellschafter der BIH – Berliner Innovations- und Handelsgesellschaft mbH, Berlin. FOTO: DIE WELT

Deutsch-japanische Konsultationen

dpa/VWD, **Tokio**

Konsultationen zwischen den Finanzministerien Japans und der Bundesrepublik fanden erstmals am Wochenende in Tokio statt. Vor allem ging es um Probleme der Banken im jeweils anderen Land. Deutsche Banken fühlen sich durch das in Japan geltende System der Habenzins-Regulierung behindert. Sie stehen auch vor dem Problem, in Japan vom Wertpapierhandel ausgeschlossen zu sein. Die Japaner klagen umgekehrt, daß ihre Banken in der Bundesrepublik bei der Emission von DM-Auslandsanleihen nicht in allen Punkten mit den deutschen Konkurrenten gleichgestellt sind. Staatssekretär Hans Tietmeyer vom Bundesfinanzministerium, der die deutsche Delegation leitete, hofft auf regelmäßige Treffen dieser Art.

UNTERNEHMENSGEWINNE

Einbruch wettgemacht, aber Renditen noch zu niedrig

PETER JENTSCH, **Bonn**

Die deutsche Wirtschaft hat zwar den tiefen Gewinneinbruch aus den Jahren 1981 und 1982 wettgemacht, aber trotz besserer Erträge sind die Renditen noch zu niedrig. Das ergibt sich aus einer jetzt herausgegebenen Übersicht vom Institut der Deutschen Wirtschaft.

Danach haben die Einkommen aus Unternehmertätigkeit (Gewinne vor Steuern) mit einer Gesamtsumme von 109,46 Mrd. DM 1984 das Vorjahresniveau um 17,6 Prozent übertroffen. Die Erträge haben sich damit seit 1982 laufend verbessert, wobei das größte Plus 1983 mit einer Steigerung um 35,6 Prozent gegenüber 1982 zu verzeichnen war. Dadurch konnte – nominal betrachtet – der Gewinneinbruch aus den Jahren 1981 und 1982 mit minus 20 und minus 25 Prozent ausgeglichen werden.

Nach Darstellung des Instituts dürfen die relativ hohen Zuwachsraten jedoch nicht über das nach wie vor ungenügend hohe Gewinniveau hinwegtäuschen. So betrug 1979 der Anteil der Gewinne am gesamten Volkseinkommen 8,8 Prozent, in den sechziger Jahren sogar deutlich über zehn Prozent (1965: 11,4 Prozent). Bei gleichem Anteil wie 1979 wären die Gewinne 1984 um 8 Mrd. DM höher ausgefallen, bei einem Anteil wie 1965 sogar um 43,8 Mrd. DM.

Hinzu kommt, daß die Bruttoerträge von 109,46 Mrd. DM aus 1984 eine reale Finanzierungskraft für Investitionen darstellen, die noch immer um 3,5 Prozent niedriger ist als 1979. Auch die Renditen signalisieren Nachholbedarf: 1983 lag die Nettokapitalrendite der Industrie bei 5,4 Prozent, 1979 bei sieben und 1965 bei 9,5 Prozent.

BUNDESBAHN

Gewerkschaft für Abbau der Wettbewerbsnachteile

FLORIAN NEHM, **Bonn**

Entschuldung und weniger Wettbewerbsnachteile für die Deutsche Bundesbahn hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten, Arbeiter und Angestellten (GDBA), Adolf Hartmann, auf einer Vorstandssitzung seiner Gewerkschaft in Münster gefordert.

„Rosarote Zeiten" für die Bahn könne es langfristig nur geben, wenn der Bund zur Tilgung der auf 35,5 Milliarden Mark angestiegenen Schulden „merklich beitrage". Drei Milliarden Mark jährlich zu zahlender Zinsen belaste das Unternehmen sehr. Um Wettbewerbsnachteile gegenüber dem Straßenverkehr abzubauen, solle der Bund, wie schon bei Bundesstraßen und Autobahnen, auch die Schienen unterhalten, welche die Bahn dann gegen Entgelt benutzen könnte.

Erst so befände sich die Bahn in der Ausgangslage ihrer Wettbewerber. Der Gewerkschaftler kritisierte die Ausdünnung unrentabel gewordener Bahnstrecken in ländlichen Gebieten, weil Kinder, Schüler und Rentner davon besonders betroffen seien. Um Fahrgäste für den Nahverkehr zu gewinnen, seien moderne Triebfahrzeuge, Taktfahrpläne und einfachere Betriebsformen nötig.

Hoffnung für die Bundesbahn schöpft die GDBA aus dem im Bundesverkehrswegeplan bis 1995 vorgesehenen Neu- und Ausbau des Schienennetzes für 34 Milliarden Mark. Zum ersten Mal sei die Bahn der Straße, die für Neuinvestitionen 25 Milliarden erhalten soll, vorgezogen worden. Eine Änderung, die dringend geboten sei, zumal die Bundesbahn noch auf Schienen des vorigen Jahrhunderts fahren müsse, während das Straßennetz um 145 000 Kilometer ausgebaut worden sei.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Japan will Einfuhrzölle für 2400 Waren senken

Tokio (AP) – Das japanische Kabinett hat sich für eine Senkung der Einfuhrzollsätze ausgesprochen, damit ausländische Waren billiger angeboten werden können. Dem Kabinettsbeschluß zufolge soll der Zollsatz auf 2400 Warenarten um 20 Prozent gesenkt werden. Wie verlautete, sollen die Beschlüsse am Dienstag formell abgesegnet werden. Der für Außenwirtschaftsprobleme zuständige Minister ohne Geschäftsbereich, Ioshio Komoto, sagte, man erwäge ein „Sicherheitssystem" zum Schutz von Branchen, die durch eine möglicherweise auf die Zollsenkung folgende „stürmische" Einfuhr ausländischer Erzeugnisse Schaden nehmen könnten. Presseberichten zufolge fordert Landwirtschaftsminister Moriyoshi Sato, daß die Einfuhrzölle für 400 Arten von Agrarerzeugnissen nur um zehn Prozent gesenkt und 22 Warengruppen, darunter Rind- und Schweinefleisch, Orangen, Reis und Weizen, ausgenommen werden.

Rühl drückt aufs Tempo

Stuttgart (nl) – In der Landesbanken-Diskussion im Südwesten hat jetzt der Präsident des Württembergischen Sparkassen- und Giroverbandes Bruno Rühl den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth aufgefordert, „zeitnah in einer Runde mit den Beteiligten seine Vorstellungen zu konkretisieren, die auch im Landtag Chancen der Realisierung haben". Nach mehreren Monaten öffentlicher Diskussionen tue nun richtungweisende Klärung not.

Fehler bei Konsolidierung

Hamburg (dpa/VWD) – Bei der Umsetzung des wirtschaftspolitischen Konzepts der Bundesregierung in praktische Politik hat es nach Ansicht des Vizepräsidenten des Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hans-Jürgen Schmahl, Fehler und Versäumnisse sowie Schritte in die falsche Richtung gegeben. Auf dem Gebiet der Ordnungspolitik sei zu wenig geschehen, wie die Subventionspolitik beweise, um „die erkannten Rigiditäten abzubauen, die die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft beeinträchtigen". Bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen fordert Schmahl eine Politik, die „nicht einfach Reduzierung des Staatsdefizits" bedeute. Konsolidierung bedeute „Umstrukturierung der Staatsausgaben und -einnahmen in wachstumsfördernde Richtung".

Chemie-Messe in Preßburg

Preßburg (dpa/VWD) – Im slowakischen Preßburg begann am Wochenende die einzige chemische Messe des Ostblocks, die „Incheba 85" mit 554 Ausstellern aus 23 Ländern. Die Bundesrepublik ist mit allen namhaften chemischen Firmen auf der Messe vertreten. Schwerpunkt der Messe ist in diesem Jahr die Verarbeitung von Mineralöl- und Olefin-Produkten.

Zollerhöhung angeordnet

Washington (dpa) – US-Präsent Ronald Reagan hat offiziell die Erhöhung der Einfuhrzölle auf Teigwaren aus der Europäischen Gemeinschaft verfügt. Nach Ablauf von 15 Tagen werden die Zölle, die zur Zeit zwischen einem und zwölf Prozent liegen, auf 25 Prozent für Teigwaren mit Eiern und auf 40 Prozent für Nudelprodukte, die keine Eier enthalten, angehoben. Die Sätze beziehen sich auf den Wert der Importe. Reagan reagierte damit auf die nach Meinung der USA unfaire Behinderung der US-Zitrusfrüchte-Ausfuhren in die EG. Italiens Ministerpräsident Craxi will heute bei US-Vizepräsident George Bush gegen die Zollerhöhung protestieren.

Entwurf für Handelsrecht

Wien (dpa/VWD) – Die Uno-Kommission für Internationales Handelsrecht (Uncitral), die am Wochenende nach dreiwöchiger Dauer zuende ging, hat einen Mustergesetzentwurf für internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit fertiggestellt. Er soll als Anregung zur Überarbeitung oder als Mustergesetz dienen.

Reisebranche zufrieden

Frankfurt (dpa/VWD) – In den ersten fünf Monaten dieses Jahres haben die Fachreisebüros in der Bundesrepublik 5,8 Prozent mehr Umsatz erzielt als im gleichen Vorjahreszeitraum. Der Mai-Umsatz sei gegenüber 1984 um sieben Prozent gewachsen, berichtete das Deutsche Reisebüro (DER) in Frankfurt am Samstag. Allerdings verlief nach diesen Angaben die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern – auch wegen des Ferienbeginns – unterschiedlich.

Lufthansa-Chef in Peking

Peking (dpa) – Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau ist am Sonnabend in Peking eingetroffen. Während seines sechstägigen Besuchs wird er mit der staatlichen chinesischen Fluggesellschaft CAAC eine Vereinabrung über technische Kooperation und Beratung unterzeichnen, die sich vor allem auf die Wartung von Flugzeugen erstreckt. Von der zweiten Julihälfte an will die Lufthansa ihren Linienverkehr nach China ausdehnen und zwei Flüge pro Woche zwischen Frankfurt und Peking anbieten.

„Huhn und Schwein '85"

Hannover (dpa/VWD) – Die internationale Fachausstellung für Geflügel- und Schweineproduktion „Huhn und Schwein '85" in Hannover konnte ihre Stellung als eine der führenden Fachausstellungen „eindrucksvoll behaupten und ausbauen". Dies teilte die Ausstellungsleitung zum Abschluß der vier Tage dauernden Ausstellung mit. Auf der alle zwei Jahre stattfindenden Veranstaltung, die von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) und dem Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) ausgerichtet wird, zeigten über 820 Firmen aus 27 Ländern neueste Techniken ihrer Produktionszweige. Die Zahl der Auslandsaussteller hatte sich im Vergleich zu 1983 um 20 Prozent auf 230 Firmen erhöht.

Programme verlängert

Luxemburg (dpa/VWD) – Die für Energiefragen zuständigen EG-Minister haben in Luxemburg die Verlängerung von Forschungs- und Entwicklungsprogrammen mit einer Haushaltsbeteiligung von 500 Mill. Ecu (1,12 Mrd. Mark) beschlossen. Auf der nur dreistündigen Sitzung kamen die Minister ferner überein, am 9. Juli bei einem Ministertreffen der Internationaelen Energieagentur, Japan zur Öffnung des Marktes für Raffinerieprodukte aus arabischen Öländern aufzufordern.

FRANKREICH

Sozialrat warnt vor den Folgen zu vieler Frührentner

AFP, **Paris**

Der französische Wirtschafts- und Sozialrat (CES) hat in einem Bericht auf die hohen Kosten der vorgezogenen Pensionierungen aufmerksam gemacht und vor dem Trend gewarnt, das System immer häufiger als Ersatz für Entlassungen zu nutzen. 1984 wurden an die 700 000 Frührentner (unter 60 Jahren) 44,67 Mrd. Franc (14,3 Mrd. DM) gezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung erreichte nur 40,84 Mrd. Franc, obwohl die Zahl der Erwerbslosen zweieinhalbmal so hoch ist. Es wäre falsch, ein System zu verallgemeinern und zu verewigen, das zur Aufgabe jeder beruflichen Tätigkeit im Alter von 55 Jahren oder darunter – 50 Jahre in der Eisen- und Stahlindustrie – führe.

Die CES-Experten fordern, daß ein Rückgriff auf frühzeitige Pensionierungen statt Entlassungen im Rahmen des „Nationalen Beschäftigungsfonds" (FNE) – der 1985 mit 20,9 Milliarden Franc 42 Prozent des Haushalts des Arbeitsministeriums einnimmt – nur in den Betrieben gestattet wird, die „tatsächlich" in Schwierigkeiten stecken, da es dem Staat sehr hohe finanzielle Lasten aufbürde.

Der Wirtschafts- und Sozialrat betont, daß durch Frührenten zwar eine Reihe von „kalten Entlassungen" vermieden werden konnten, daß aber wahrscheinlich auch eine Anzahl von Arbeitsplätzen abgebaut wurden, die unter anderen Bedingungen erhalten worden wären. Für drei Abgänge sei im Durchschnitt nur eine Neueinstellung zu verzeichnen. Außerdem hätten Frührentner Kaufkraft eingebüßt. Sie beziehen 65 Prozent ihres Lohns, der unter der gesetzlichen Schwelle der Sozialversicherung liegt.

VENEZUELA / Probleme mit privaten Auslandsverbindlichkeiten noch nicht ganz gelöst

Umschuldungspaket ist geschnürt

KAREN SÖHLER, **Bonn**

Venezuela steht kurz davor, einen großen Teil seiner öffentlichen Auslandsverbindlichkeiten – rund 27 Milliarden Dollar – langfristig umzuschulden. Das Paket, das Vertreter der Regierung in Caracas am Freitag in Frankfurt vorstellten, umfaßt etwa 21 Milliarden Dollar. Diese Summe wäre zwischen 1983 und 1988 fällig gewesen. Nun soll sie auf zwölf Jahre gestreckt werden – von 1985 bis 1997. Vorgesehen ist, die Rückzahlungen quartalsweise zu leisten; erstmals voraussichtlich im dritten Quartal dieses Jahres. Es wird davon ausgegangen, daß kein „fresh money" erforderlich ist, um die neuen Tilgungsmodalitäten einzuhalten.

Schon im September 1984 hatte Venezuela sich grundsätzlich mit Vertretern der rund 450 Gläubigerbanken über eine langfristige Refinanzierung geeinigt. Bislang ist es die einzige Einigung in dem Bereich Umschuldung, die zwischen internationalen Geschäftsbanken und einem südamerikanischen Land erzielt wurde, ohne daß der Internationale Währungsfonds (IWF) mitgearbeitet hätte. Die Kreditinstitute verzichten bei den Verhandlungen mit Venezuela auf die Kontrollfunktion, die der IWF bei anderen hochverschuldeten Ländern ausübt. Sicherheit bieten die Gold- und Währungsreserven in Höhe von 13,5 Milliarden Dollar.

Die Gespräche, aus denen sich die endgültigen Umschuldungsverträge ergeben, zogen sich dennoch in die Länge. Schuld sind die Verbindlichkeiten, die private Unternehmen oder auch Personen gegenüber ausländischen Banken eingegangen sind. Dieser Posten wird von Banken mit acht bis zehn Milliarden Dollar angegeben. Venezuelas gesamte Auslandsschuld wird daher auf 35 bis 37 Milliarden Dollar geschätzt. Die Schwierigkeiten mit der privaten Verschuldung sollen nun gelöst werden, indem die Regierung an die Betroffenen – im wesentlichen Unternehmen – Devisen zu Vorzugskursen vergibt. Die Differenz zwischen Sonder- und Normalkurs trägt die Regierung.

Wäre die langfristige Umschuldung endlich unter Dach und Fach, räumen Experten dem ölexportierenden Land gute Chancen ein, die wirtschaftliche Krise der letzten Jahre zu überwinden. Neben den Gold- und Devisenreserven beruhigen die Exportüberschüsse – in den vergangenen beiden Jahren 8,3 und 8,5 Milliarden Dollar. Noch stammen die Ausfuhrerlöse zu 94 Prozent aus dem Ölgeschäft, zu drei Prozent aus der Aluminiumgewinnung. Aber das Potential besteht, andere Bereiche – wie Kaffee-, Kakao-, Baumwoll- oder Lederverarbeitung – für den Export weiter auszubauen. Die Eisenerz-, Gold- oder auch Diamantenvorkommen bieten weitere Möglichkeiten.

ITALIEN / Nach dreijähriger Vorbereitung kommt jetzt die nationale Kreditkarte

Trägergesellschaft der großen Banken

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Nach dreijähriger Vorbereitung werden noch vor Ende dieses Monats die 16 größten italienischen Kreditinstitute die Trägergesellschaft für eine einheitliche nationale Bankenkreditkarte ins Leben rufen. Die neue Karte wird zwei der drei heute in Italien im Umlauf befindlichen Bankenkreditkarten ersetzen: die zur Hälfte von Credito Italiano und rund 30 Banken und Sparkassen getragene Eurocard und die von der Firma Comites, einer Tochter der Mailänder Banca Commerciale Italiana, emittierte Carta Identità.

Dem nationalen italienischen Kreditkartensystem vorerst nicht beitreten wird dagegen die von dem Kreditinstitut Banca d'America e d'Italia in Rom getragene Bankamericard bzw. Visa. Die dem neuen System angeschlossenen Banken haben sich nach dreijähriger Übergangsphase einen Umlauf von 5 Mill. Karten zum Ziel gesetzt. Damit dürfte dann auch Italien Anschluß an die Länder finden, in denen Kreditkarten schon heute ein weitverbreitetes Zahlungsmittel darstellen.

Gegenwärtig sind erst etwas über 1,8 Mill. Kreditkarten in Umlauf. Davon entfallen 1,2 Mill. auf Bankamericard, der in Italien über 200 Banken angeschlossen sind. Das Bankamericard-System hat auch die weitaus meisten Vertragsfirmen, nämlich 75 000, 35 000 mehr als dem Bankkartensystem mit der zweitstärksten Verbreitung, Eurocard. Eurocard zählt derzeit rund 300 000 Karteninhaber, Carta Identità 140 000.

Da von Experten die Zahl der Dienstleistungsbetriebe, die den fünf insgesamt in Italien vorhandenen Kreditkartensystemen angeschlossen sind, auf nicht mehr als 80 000 geschätzt wird, bedeutet dies, daß Bankamericard 94 Prozent des gesamten derzeitigen Netzes abdeckt, während Eurocard mit 40 000 Vertragsfirmen auf 50 Prozent und das jüngste Bankkartensystem, Carta Identità, mit seinen 32 000 Vertragsfirmen auf eine Deckungsquote von 40 Prozent kommt.

Unter den 57 Dienstleistungszweigen, in denen diese Karte verbreitet ist, stehen die 7000 Modeboutiquen und Bekleidungsfachgeschäfte mit Abstand an erster Stelle, gefolgt von den Hotels und den Juweliergeschäften, die jeweils mit 2000 Firmen und den Schuhgeschäften, die mit 1600 Firmen vertreten sind.

Daneben sind in Italien noch American Express und Diners Club in Umlauf. Auf sie entfallen zusammen 360 000 Karteninhaber und 75 000 Vertragsfirmen. Wie im Falle der Bankkreditkarten ist aber auch hier die Verbreitung ständig im Zunehmen.

Zu der anhaltenden Steigerung trägt nicht nur die größere Mobilität insbesondere der mittleren und höheren Führungskräfte in der Wirtschaft bei, sondern auch die Liberalisierung des Zahlungsverkehrs bei Auslandsreisen. Einen noch stärkeren Anstoß und zusätzlichen Wettbewerb wird die nationale Bankkreditkarte auslösen, da diese alle Vorteile einer kodierten Karte zur Benützung automatischer Bankschalter mit denen einer traditionellen Kreditkarte verbindet.

Im Jahre 1984 stellten die italienischen Haushalte insgesamt 195 Mill. Schecks aus, wovon 49 Mill. als Barscheck und 146 Mill. zur Zahlung von Gütern und Dienstleistungen verwendet wurden.

USA / Das regionale Banking in angrenzenden Bundesländern ist jetzt erlaubt

Nach Gerichtsurteil bricht Fusionswelle aus

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Washington vom 10. Juni, wonach regionales Banking in angrenzenden Bundesländern Rechtens ist, wird das US-Finanzsystem grundlegend verändern. Ausgebrochen ist eine Fusionslawine, die in den kommenden Monaten bisher nicht gekannte Ausmaße annehmen wird. Viele Institute suchen den Zusammenschluß, um für den sich abzeichnenden scharfen Wettbewerb mit den Großbanken in New York, Chicago und San Francisco gewappnet zu sein. Alles spricht dafür, daß in den USA Ende dieser Dekade das 50 Jahre alte Verbot des Interstate-Banking aufgehoben sein wird.

Zunächst schwappt die Fusionswelle durch den Südosten Amerikas. Die in der Tabakstadt Winston-Salem in North Carolina ansässige Wachovia Corp. wird mit der First Atlanta Corp. in Atlanta, Georgia, eine Holdinggesellschaft gründen, deren Bilanzsumme mit 15,5 Mrd. Dollar zu Buche schlagen wird. Vorbehaltlich der Zustimmung der Aktionäre und der Aufsichtsbehörden firmiert die neugeschaffene Großbank als First Wachovia Corp.; in der Region spielt sie künftig mit die erste Geige.

Über eine Bilanzsumme von 14,4 Mrd. Dollar wird die First Union Corp. mit Sitz in Charlotte, North Carolina, verfügen, die den Aufkauf der Atlantic Bancorp. in Jacksonville, Florida, und der Northwestern Financial Corp. in Greensboro, North Carolina, avisiert hat. Zusammenschließen werden sich außerdem die Trust Co. (Georgia) und die Sun Banks Inc. (Florida) sowie die Citizens & Southern Georgia Corp. (Georgia) und die Banking Corp. (Florida). Die jeweiligen Bilanzsummen werden sich auf 12 und 16 Mrd. Dollar summieren.

Vor der Haustür des Kongresses, in Maryland und Virginia, haben die Legislativen den Weg für regionales Banking ebenfalls freigemacht. Damit können im amerikanischen Südosten die Banken in 14 Bundesstaaten und dem District of Columbia, also Washington, ohne Beschränkungen operieren. Ähnliche Vereinbarungen bestehen zwischen Indiana und Kentucky sowie in South Dakota und Arizona. Schrittmacher für ein gemeinsames Bankensystem waren Massachusetts und Connecticut, denen Maine und Rhode Island folgten. In Washington fusioniert die NS & T Corp. mit der United Virginia Bank.

Für Europäer mutet die Limitierung des Tätigkeitsbereichs der Banken auf die Bundesstaaten anachronistisch an. Die Furcht vor einem nationalen Banking ist jedoch bei den rund 14 000 kleinen und mittleren Instituten groß; viele werden den Konzentrationsprozeß nicht überleben. Der Kongreß ist dabei, diese innenpolitische Hürde zu überspringen.

RENTENMARKT / US-Zinsrückgang brachte Impulse

Phantasien zum Diskontsatz

Der Rentenmarkt präsentierte sich in der letzten Woche in einer freundlichen Verfassung; Impulse kamen zunächst vom Zinsrückgang in den USA, wo sich die Spekulation auf eine Diskontsenkung verstärkte. Der Markt blieb auch stabil, als die jüngste Schätzung des Wirtschaftswachstums in den USA der Diskontsenkungsspekulation einen Dämpfer aufsetzte und die Zinsen am Anleihemarkt deutlich hochzog. Am deutschen Kapitalmarkt hat sich eine vorsichtige Zinssenkungsphantasie entwickelt, die von der Rücknahme der Zinsen für Wertpapierpensionsgeschäfte und des Schatzwechselzinssatzes beflügelt wurde. Für eine baldige Senkung des Lombardsatzes gibt es jedoch keine Indizien. (cd.)

Emissionen	21.6. 85	14.6. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,52	6,61	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,71	6,72	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,59	6,62	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,87	6,95	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,63	6,65	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,34	6,37	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,13	7,14	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,62	6,65	6,64	7,89	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,19	7,21	7,20	8,08	8,45

Französische Autos werden teurer

J. Sch. Paris

Die französische Automobilindustrie hat für Anfang Juli eine Erhöhung ihrer Inlandspreise um durchschnittlich 4,5 Prozent angekündigt. Sie nutzt damit die Aufhebung der behördlichen Preisreglementierung zu einer je Modell sehr unterschiedlichen Berichtigung. Die ausländischen Konkurrenten dürften sich anpassen. Sie sind jetzt weniger diskriminiert, nachdem der Europäische Gerichtshof die nur sie treffende Sondersteuer für schwere Wagen für unzulässig erklärt hat. Die Einfuhrkontingente für japanische Autos auf drei Prozent der Zulassungen bleibt aber bestehen. Außerdem geben die französischen Hersteller weitere Arbeitsplätze auf. Die zum Peugeot-Konzern gehörende Automobilgesellschaft Citroen, die ihre Belegschaft bereits 1984 um 6000 auf 38 000 Personen reduzierte, hat jetzt eine weitere Kürzung um 1300 Personen angekündigt. Der Renault-Konzern will bis Ende 1986 seine Belegschaft um 21 000 auf 77 000 Mitarbeiter reduzieren.

ÖL / BP-Studie: In der Nordsee wurde 1984 mehr gefördert als in Saudi-Arabien

Opec-Export auf niedrigem Niveau

WILHELM FURLER, London

Die weltweite Nachfrage nach Öl aus den Mitgliedsländern der Organisation Erdöl exportierender Länder, Opec, wird in diesem Jahr das niedrigste Niveau seit Bestehen des Opec-Kartells erreichen. Zu diesem Schluß kommt jedenfalls eine Studie des Ölkonzerns British Petroleum in London. Die großen Absatzschwierigkeiten bei Opec-Öl gehen in erster Linie auf die gestiegene Ölproduktion in Ländern, die nicht der Opec angehören, zurück.

Bei allgemein stagnierender Ölnachfrage ist die Rohölproduktion der Nicht-Opec-Länder im vergangenen Jahr um insgesamt 1,5 Mill. Barrel pro Tag (ein Barrel = 159 Liter) auf 24,5 Mill. Barrel pro Tag gestiegen. Der BP-Jahresstudie über die Lage am Welt-Energiemarkt zufolge liegt die Produktion der Nicht-Opec-Länder inzwischen sogar bei 25,4 Mill. Barrel pro Tag. Aller Voraussicht nach wird sie auch in der zweiten Jahreshälfte auf diesem Niveau bleiben.

So hat allein Großbritannien im vergangenen Jahr fast 800 Mill. Barrel Rohöl produziert, 9,6 Prozent mehr als 1983 und fast 60 Prozent mehr als 1980. Damit ist das Land zum fünftgrößten Ölproduzenten der Welt aufgestiegen, hinter der Sowjetunion, den USA, Saudi-Arabien und Mexiko. Mit Saudi-Arabien produziert nur noch ein Opec-Land mehr Öl als Großbritannien. Die britische Ölproduktion hat inzwischen 17 Prozent der gesamten Opec-Förderung erreicht. 1980 betrug sie nicht einmal ein Prozent.

Nachdem auch Norwegen im vergangenen Jahr seine Ölproduktion um sogar 15 Prozent ausweitete, hat die Förderung von Öl aus der Nordsee 1984 zum ersten Mal die Ölproduktion von Saudi-Arabien übertroffen. So förderten die Nordsee-Produzenten im April gemeinsam 3,6 Mill. Barrel pro Tag gegenüber 3,4 Mill. Barrel in Saudi-Arabien. Von diesen 3,6 Mill. Barrel entfielen 2,7 Mill. auf den britischen Nordseesektor.

Der BP-Studie zufolge hat aber auch die steigende Ölproduktion in den fernöstlichen Entwicklungsländern maßgeblich zu der extrem geringen Nachfrage nach Opec-Öl beigetragen.

Der britische Ölkonzern geht im übrigen davon aus, daß sich die gegenwärtige Welt-Nachfrage nach Öl während der nächsten zwei Jahre nicht verringern wird, und daß die Nicht-Opec-Länder keine Schwierigkeiten haben dürfte, ihr gegenwärtiges Produktionsniveau zu halten. So ist die weltweite Ölnachfrage im vergangenen Jahr um zwar bescheidene 1,9 Prozent gestiegen. Aber dies war immerhin der erste Anstieg seit 1979.

Dennoch weist BP darauf hin, daß sich Öl am Energiemarkt weiterhin schwertut. 0,5 Prozent des 1,9prozentigen Nachfrageanstiegs im vergangenen Jahr seien eine direkte Folge des Bergleutestreiks in Großbritannien. Und dies müsse vor dem Hintergrund gesehen werden, daß sich die gesamte Energienachfrage 1984 um vier Prozent erhöhte. Der Trend zu billigeren Energiearten halte an. Wovon Gas, Kohle und Kernenergie profitierten.

So ist die Elektrizitäts-Menge, die im vergangenen Jahr mittels Kernenergie erzeugt wurde, weltweit um 17 Prozent gestiegen. Mit diesem Anstieg wurden mehr als 40 Mill. Tonnen fossiler Brennstoffe verdrängt. Der weltweite Verbrauch an Erdgas erhöhte sich 1984 um sechs Prozent auf 1,41 Milliarden Tonnen Öläquivalent, wobei Japans Anstrengungen, von Öl auf Gas umzustellen, besonders ins Gewicht fielen.

Der Kohleverbrauch stieg in der gleichen Zeit um vier Prozent auf 2,1 Milliarden Tonnen Öläquivalent, obwohl es in Großbritannien aufgrund des Kohlestreiks zu einem Verbrauchsrückgang um 30 Prozent kam.

All diese Faktoren haben dazu geführt, daß die Ölproduktion der Opec-Länder im letzten Jahr auf 18,3 Mill. Barrel pro Tag zurückfiel, das waren 31,8 Prozent der Welt-Ölproduktion. Den Erhebungen von BP zufolge verringerte sich die Opec-Förderung im ersten Quartal dieses Jahres sogar auf einen Durchschnitt von 15,8 Mill. Barrel. Im Mai dürfte sie sogar auf 15 Mill. gefallen sein.

EG-KOMMISSION / Bericht zur Stahlindustrie

Anpassung währt noch lange

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Maßnahmen zur Umstrukturierung der europäischen Stahlindustrie reichen noch lange nicht aus. Dies zeigen die „Allgemeinen Ziele Stahl 1990", mit denen die Brüsseler Kommission kürzlich die mittelfristigen Entwicklungsaussichten der Branche beschrieben hat. Auch nach Abschluß der gegenwärtig eingeleiteten Anpassungsmaßnahmen wird noch ein erheblicher Kapazitätsüberhang bestehen. Er dürfte die Unternehmen zu weiteren Rationalisierungsanstrengungen zwingen. Grund ist der stetige Rückgang der Stahlnachfrage bei gleichzeitiger Erhöhung der Produktionsmöglichkeiten in Drittländern. Die Beschäftigung in der europäischen Industrie wird deshalb nach Meinung der Experten in den kommenden Jahren noch „schwere Einbußen" hinnehmen müssen.

Das immer größere Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage hat die Stahlkocher in der EG seit 1980 gezwungen, ihre Warmwalzkapazitäten um 28,4 Millionen Tonnen zu reduzieren, das heißt von 171,7 auf 143,3 Millionen Tonnen. Der Ausnutzungsgrad der Anlagen dürfte jedoch – auch wenn der 1982 in Aussicht genommene Zielwert von 30 bis 35 Millionen Tonnen Kapazitätsabbau erreicht wird – bei Warmwalzerzeugnissen und kaltgewalzten Blechen nur bei etwa 66 bis 68 Prozent und bei beschichteten Blechen bei 72 Prozent liegen.

Verglichen mit früheren Jahren ist dies nach Ansicht der Kommission zwar eine beträchtliche Verbesserung (58 Prozent im Jahre 1981 und 54 Prozent 1983), aber nicht ausreichend. Der Nutzungsgrad läge dann immer noch weit unter der als Optimum angesehenen Schwelle von 80 Prozent.

Der Kapazitätsüberhang bei Warmwalzerzeugnissen beträgt rund 24,5 Millionen Tonnen, doch ist die Lage bei den einzelnen Produktkategorien ziemlich verschieden: bei Breit- und Warmband wird ein Nutzungsgrad von 70 Prozent als unerläßliches Minimum betrachtet, um den meisten der bereits umstrukturierten Stahlunternehmen zumindest kurzfristig die Lebensfähigkeit zu sichern und eine schrittweise Liberalisierung des Marktes zu ermöglichen. Eine Kapazitätsausnutzung von 80 Prozent würde nach dem Kommissionsbericht eine zusätzliche Stillegung von rund 6,8 Millionen Tonnen nötig machen.

Sorgen bereiten auch die Auswirkungen der EG-Erweiterung auf das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage. Nach dem Beitrittsvertrag muß die spanische Kapazität auf 18 Millionen Tonnen begrenzt werden, ohne daß bisher klar ist, wann diese Reduzierung erreicht sein wird und wie sie sich auf die einzelnen Stahlprodukte verteilen soll.

Die Kommission geht auch davon aus, daß der Handel mit den traditionellen Partnern oder Nachbarn der Gemeinschaft in den kommenden Jahren stagnieren wird. Noch schwieriger würden die Ausfuhren nach anderen Ländern. Zu prüfen sei, ob Kapazitäten aufrechterhalten werden sollen, die nur in Hochkonjunkturperioden ausgelastet sind. Meist deckten die Exportpreise nur die Grenzkosten der Unternehmen. Eine zu große Differenz zwischen Binnenmarkt- und Exportpreisen bedinge, daß EG-Verbraucher Verkäufe an Drittländer subventionierten.

FRANKREICH / Medikamentenpreise hinken hinterher

Pharmaindustrie protestiert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreichs Pharmaindustrie, die etwa zur Hälfte unter ausländischer – insbesondere deutscher – Kontrolle steht, will sich nicht mehr von der Regierung die Preise vorschreiben lassen. Auf der Generalversammlung ihres Verbandes hagelte es Proteste, nachdem der Verbandsvorstand bereits vor kurzem geschlossen zurückgetreten war. Die französischen Medikamentenpreise hinken seit Jahren hinter der allgemeinen Preisentwicklung her. 1984 hatte die Regierung im Februar zwei und im August ein Prozent genehmigt. Seitdem wurde keine einzige Erhöhung mehr erlaubt. Nur für die von der gesetzlichen Sozialversicherung nicht erstatteten Medikamente dürfen die Preise im nächsten Juli um zwei Prozent angehoben werden. Aber diese Spezialitäten machen nur sieben bis acht Prozent des Branchenumsatzes von 42 Milliarden Franc aus.

Nach Verbandsangaben ist das Preisniveau für französische Medikamente auf die Hälfte des EG-Durchschnitts abgesunken und damit auf den niedrigsten Stand in Europa. Die Zahl der Produzenten verminderte sich von fast 1000 in 1960 auf 350. Hinsichtlich der pharmazeutischen Neuentdeckungen sei Frankreich vom zweiten Platz 1980 auf den fünften abgefallen. Bei einer Rentabilität von nur noch einem Prozent seien die Forschungsausgaben (12,5 Prozent des Umsatzes) gefährdet. Denn für jedes neue Medikament müßten 200 bis 300 Millionen Franc investiert werden. Demgegenüber weist das Wirtschaftsministerium darauf hin, daß die Pharmaindustrie ständig falsche Neuheiten auf den Markt bringe. Dadurch würde der nur für bestehende Medikamente geltende Preisstopp umgangen. In keinem anderen Land gäbe es so viele Pharmazeutika wie in Frankreich. Nach Auffassung der Branche wäre dieses Problem durch die Preisfreigabe zu lösen.

Daß sich die Regierung dazu vorerst kaum entschließen wird, liegt an dem französischen Sozialversicherungsdefizit, das in diesem Jahr fünf und im nächsten 30 Milliarden Franc zu erreichen droht. Durch die kürzlich beschlossene Kürzung der Rückerstattung verschiedener Medikamente allein läßt sich das Defizit nicht aus der Welt schaffen.

TÜRKEI / OECD: Die Rezession ist fast überwunden

Inflation größtes Problem

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Türkei hat sich von dem Zusammenbruch ihrer Wirtschaft Ende der siebziger Jahre dank einer auf marktwirtschaftlichen Grundsätzen gestützten Sanierungspolitik inzwischen weitgehend erholt, stellt die OECD fest. Fortschritte wurden insbesondere im Export erzielt, der 1984 um 20,5 Prozent zunahm und wesentlich zur Steigerung des Bruttosozialprodukts um 5,9 Prozent beitrug. Gleichzeitig aber beschleunigte sich die Inflation wieder auf 45,5 (28,8) Prozent. Auch für das nächste Jahr wird eine Teuerungsrate in dieser Größenordnung erwartet.

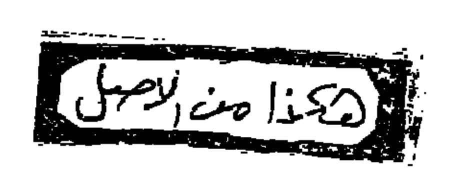
Mit nachfragebeschränkende Maßnahmen allein sei das Problem nicht zu lösen, heißt es in dem OECD-Bericht zur türkischen Wirtschaftslage. Kurzfristig verfüge die Regierung in Ankara nur über einen sehr begrenzten Spielraum, insbesondere zur Verminderung des hohen Budgetdefizits. Deshalb sollten die fiskalischen Strukturänderungen, die die Regierung anstrebt, verstärkt werden.

Wichtigste Quelle des inflatorisch wirkenden Budgetdefizits ist nach Auffassung der OECD-Experten die in der Türkei sehr weitverbreitete Steuerhinterziehung. Auch seien zahlreiche Unternehmen mangels ausreichender Mittel nicht in der Lage, ihre Steuern zu bezahlen. Die geplante Einführung einer Mehrwertsteuer allein würde zur Sanierung des Budgets nicht ausreichen.

Auch der Preisspekulation der von der Importkonkurrenz geschützten Produzenten müsse schärfer entgegengewirkt werden. Bei den Lebensmitteln beanstandet die OECD die wenig wirksamen Verteilungssysteme der staatlichen Kooperativen. Durch Modernisierungsmaßnahmen könnten zum Vorteil des Verbrauchers noch bedeutende Produktivitätsfortschritte erzielt werden. Die behördliche Reglementierung der Löhne und Gehälter dagegen erscheint den OECD-Experten als kleineres Übel.

Das zweite große Problem der Türkei – neben der Inflation – ist die Zahlungsbilanzsituation. Auch hier rechnet die OECD vorerst nicht mit einer wesentlichen Besserung: Das Defizit der Handelsbilanz dürfte in diesem Jahr immer noch 2,75 (1984: 2,94) Milliarden Dollar und das der Leistungsbilanz 1,30 (1,41) Milliarden Dollar erreichen. Dem stehen ausländische Direktinvestitionen von nur 100 Millionen Dollar gegenüber, während der Schuldendienst fast die gesamten Einnahmen im Dienstleistungsverkehr absorbiert.

Der Ausweg aus diesem Dilemma kann nach Auffassung der OECD nur die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und die Förderung der Auslandsinvestitionen sein. Aber dafür bedürfe es niedrigerer Inflationsraten und eines ausgeglicheneren Wirtschaftswachstums, heißt es in dem Bericht.



DELKESKAMP / Planzahlen für 1985 reduziert

Positive Ertragsentwicklung

DOMINIK SCHMIDT, Nortrup

Die zu den führenden norddeutschen Papier- und Wellpappe-Herstellern zählende Delkeskamp KG, Nortrup, hat die ursprünglichen Planungen für 1985 nach unten korrigiert. Der in der Wellpappenerzeugung für möglich erachtete Produktionsanstieg von bis zu 5,5 Prozent, so Claus Delkeskamp, der geschäftsführende Gesellschafter des Familienunternehmens, wird sich aus heutiger Sicht nicht erreichen lassen.

Ein Zuwachs um drei Prozent sei realisierbar. Die angestrebte Fertigung von 100 Mill. Quadratmeter dürfte erst 1986 realisiert werden. Der Umsatz dürfte aber dennoch deutlich über dem Vorjahresniveau liegen, nachdem die Preise Anfang 1985 um rund drei Prozent erhöht wurden.

Zufrieden zeigt sich Delkeskamp mit der Entwicklung im Geschäftsjahr 1984. Mit 100,5 Mill. DM wurde zum ersten Mal in der 89jährigen Firmengechichte die 100-Mill.-DM-Umsatzgrenze überschritten. Gegenüber dem Vorjahr (88,2 Mill. DM) errechnet sich ein Zuwachs von fast 15 Prozent. Vom Gesamtumsatz entfielen auf den Wellpappenbereich 77,8 (70,5) Mill. DM, auf Papier – zum Einsatz kommt ausschließlich der Rohstoff Altpapier – 17,4 (13,1) Mill. DM und auf Kunststoffverpackungen 5,3 (4,6) Mill. DM.

Abgesehen vom Kunststoffbereich liegt die wertmäßige Steigerung jeweils doppelt so hoch wie der Mengenzuwachs – eine Folge der auf 745 (595) DM je Tonne gestiegenen Papierpreise.

Ohne Zahlen zu nennen, spricht Delkeskamp von einer positiven Entwicklung der Ertragslage. Das Unternehmen sei solide finanziert, Fremdmittel spielten in der Bilanz kaum eine Rolle. Die Investitionen, die 1985 bei 5 (4) Mill. DM liegen werden, finanziere man fast ausschließlich aus eigener Kraft.

Verkraftet hat Delkeskamp inzwischen den Ende 1977 aus dem Konkurs der Carton Union in Hannover erworbenen Betrieb. Nach mehreren „schweren Jahren" sei man dort nunmehr über dem Berg. Eine Schließung des Betriebs stehe nicht zur Diskussion.

Delkeskamp beschäftigt insgesamt gut 500 Mitarbeiter, davon 400 im Stammwerk in Nortrup und 100 in der hannoverschen Wellpappenfabrik.

Nach den Worten von Delkeskamp hält das Unternehmen bei Papier einen Marktanteil in der Bundesrepublik von 3 Prozent; bei Wellpappe errechne sich bezogen auf den norddeutschen Raum ein Anteil von 10 Prozent. Das in Nortrup produzierte Papier wird ausschließlich für die eigene Wellpappenfertigung genutzt.

RENAULT NUTZFAHRZEUGE / Gerüchte über Teilverkäufe dementiert

Stammkapital wird aufgestockt

INGE ADHAM, Frankfurt

Die kleinste Verunsicherung der Kundschaft sorgt für eine Verschiebung des Kaufentschlusses oder sogar für eine Verlagerung auf andere Hersteller, räumt Pierre Herrmann ein, für Europa und Nordamerika zuständiger Direktor bei der Renault Véhicules Industriels (RVI). Verunsicherungen und Gerüchte hat es in der Tat in den letzten Wochen um den Nutzfahrzeugbereich von Renault gegeben, der 1984 in „unerträgliche" Verluste gerutscht war.

Bei 33,4 Mrd. Franc Umsatz hat RVI im vergangenen Jahr 2,24 Mrd. Franc Verluste eingefahren. Ganz entschieden weist Herrmann jedoch Gerüchte zurück, die von Teilverkäufen der erst in den letzten Jahren geformten RVI-Gruppe wissen wollen: Renault wird seine Mehrheitsbeteiligung am amerikanischen Lkw-Hersteller Mack (45 Prozent) an niemand abtreten. Darüber seien die amerikanischen Partner bestens informiert.

Es seien auch keine Verhandlungen mit anderen Lkw-Herstellern im Gange und Renault werde weiterhin als Aktionär der Renault Véhicules Industriels das notwendige Betriebskapital zur Verfügung stellen. Innerhalb der nächsten Wochen soll das RVI-Stammkapital durch Renault um 1 Mrd. Franc auf 2,85 Mrd. Franc aufgestockt werden.

Nach der Integration von Berliet-Saviem ist RVI heute der einzige französische Nutzfahrzeughersteller. Zur neu formierten Gruppe zählen darüber hinaus Mack (führend in schweren Lastwagen in den USA) und die 1983 erworbenen 90-Prozent-Anteile bei Dodge-Europa mit Werken in Großbritannien und Spanien, deren Programm sukzessive auf Renault umgestellt werden soll. Durch die Neuerwerbungen habe RVI seinen europäischen Marktanteil auf 12,5 Prozent steigern können, heißt es.

Mit 68 946 Lkw über 5 Tonnen und 2926 Omnisbussen, die die RVI-Gruppe im vergangenen Jahr fertigte, rangiert das Unternehmen weltweit auf Platz 9. Bei den schweren Lkw über 15 Tonnen stehe man auf Platz 2. Weltweit werden 47 500 Mitarbeiter beschäftigt, RVI stützt sich in Frankreich auf zehn Werke mit 24 800 Beschäftigten und exportiere 46 Prozent der 40 100 gefertigten Fahrzeuge, darunter 6400 auf den nordamerikanischen Markt.

Keines der Werke soll vorläufig geschlossen werden, betonte Herrmann. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung liegt derzeit aber nur bei 68 bis 70 Prozent. Um ein „angemessenes Rentabilitätsniveau" zu erreichen – spätestens bis 1988 will RVI ein ausgeglichenes Ergebnis vorlegen –, setzt man auf Rationalisierung und gezielte Zusammenarbeit in der Gruppe. So wurde die gemeinsame Forschung und Entwicklung mit Mack intensiviert (Aufwendungen 1984: 380 Mill. DM); mit Rockwell wird die Möglichkeit einer gemeinsamen Fertigung von Getrieben untersucht.

Am deutschen Markt erzielte Renault in den ersten vier Monaten 1985 mit 210 Neuzulassungen (über 6 Tonnen) einen Marktanteil von 1,35 Prozent. Alle Importeure gemeinsam halten derzeit 12,6 Prozent des in den letzten Jahren stark geschrumpften deutschen Gesamtmarktes von gut 40 000 Einheiten pro Jahr.

KRONE / Kräftiges Umsatzplus mit Fernmeldetechnik

Expansion im Ausland

tb. Berlin

Das Auslandsgeschäft gewinnt für die Krone GmbH, Berlin, immer mehr an Bedeutung. Bisher ist das in der Fernmeldetechnik tätige Unternehmen mit Tochtergesellschaften in acht Ländern – zum Teil mit eigener Produktion – vertreten. Jüngstes Kind ist die Tochter in Hongkong. Von dort aus soll der chinesische Markt erschlossen werden.

Überlegungen über die Gründung weiterer Tochterunternehmen, auch in Europa, sind „angelaufen und werden sicher in den nächsten Wochen spruchreif werden", erklärte der Vorsitzende der Geschäftsführung Klaus Krone vor Journalisten in Berlin. Die Vertriebsaktivitäten von Krone erstrecken sich bereits auf 50 Länder. Bisher hat das Auslandsgeschäft einen Anteil von 41 Prozent – angestrebt werden 50 Prozent.

Das Geschäftsjahr 1984 hat Krone erfolgreich abgeschlossen. Der Umsatz der Gruppe stieg weltweit auf 288 (252) Mill. DM; für 1985 werden mehr als 300 Mill. DM erwartet. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich seit dem Jahresende um rund 200 auf 1920 erhöht. Neben dem Berliner Werk hat Krone noch eine Fabrik in Ludwigsburg.

Der Gewinn lag den Angaben nach auf Vorjahreshöhe. An die Gesellschafter – neben Klaus Krone seine Brüder Heinz und Jörg – sei aber weniger ausgeschüttet, dafür die Rücklagen verstärkt worden. Das Stammkapital soll noch in diesem Jahr aus Gesellschaftsmitteln von 21,3 auf 22,6 Mill. DM erhöht werden.

Besorgt äußerte sich Krone über die angestrebte Aufhebung des Postmonopols bei Telefon-Hauptanschlüssen. Ein Verzicht darauf könnte erhebliche Struktur- und Wettbewerbsverschiebungen vor allem im mittelständischen Bereich, der nicht über eigene Vertriebsorganisationen verfüge, zur Folge haben. Im Fall einer Abschaffung dieses Monopols setzte er sich für eine Übergangszeit von etwa fünf Jahren ein.

KRAFTWERKE / In zehn Jahren neue Techniken

Erheblich weniger Brennstoff

HANS BAUMANN, Essen

Im kommenden Jahrzehnt wird es zu umwälzend neuen Techniken in der Kraftwirtschaft kommen. Dies kündigt die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, an. Seit zwölf Jahren arbeitet das Unternehmen unter Leitung des Vorstandsvorsitzenden, Klaus Knizia, an einer Technologie, die in zehn Jahren die Ausnutzung des eingesetzten Brennstoffes um 20 bis 25 Prozent verbessern soll. Zur Zeit liegen die Nutzungsgrade bei der Verstromung von Steinkohle bei etwa 35 Prozent.

Das neue Verfahren, so VEW, sieht im Prinzip die Kombination von Gas- und Dampfturbinen vor, wie sie bereits jetzt im neuen Kraftwerk Werne angewendet wird. Neben einer Kohlevergasungsanlage, an der in Werne bereits experimentiert wird, soll das Kraftwerk von morgen mit einem Natriumkreislauf ausgerüstet werden. Damit wird Wärme auf hoher Temperatur aus einer herkömmlichen Feuerung eines Kraftwerkkessels in die vorgeschaltete Gasturbine transportiert, wodurch dort die nötige Gasmenge reduziert werden kann. Das Verfahren soll nicht nur den Brennstoffeinsatz kräftig reduzieren, sondern die Kohle umweltfreundlicher als bisher verbrennen und in Strom umwandeln.

Natrium wird nach den Vorstellungen von Knizia künftig auch bei der Auskoppelung nuklearer Prozeßwärme aus Hochtemperaturreaktoren für die Kohlevergasung und andere industrielle Anwendungen, wie etwa die Gewinnung von Wasserstoff oder die Spaltung von Gas, verwendet werden. Damit wird nicht nur der Anwendungsbereich des Hochtemperaturreaktors erweitert, sondern auch bei der reinen Stromerzeugung eine „wesentliche" Verbesserung der Kraftwerksleistung erreicht. Die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Kohle werde mit diesen neuen Techniken steigen, sagt VEW.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Nahost-Aufträge belasten

Stuttgart (dpa/VWD) – Unerwartete Risiken bei der Abrechnung mehrerer Aufträge in Irak und Jordanien haben 1984 das Ergebnis der Gesellschaft für Elektrische Anlagen GmbH (GEA), Stuttgart, belastet. Eine Gewinnausschüttung ist deshalb für 1984 nicht zu erwarten. Die GEA baut und projektiert Anlagen für die Stromversorgung im In- und Ausland.

Kapitalerhöhung

Frankfurt (VWD) – Neben der Ausschüttung von unverändert 12 Prozent Dividende wird der HV der Bundesbahn-Tochter Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank AG am 26. Juli in Frankfurt eine Erhöhung des Grundkapitals um 10 auf 75 Mill. DM vorgeschlagen. Die neuen Aktien von nom. 1000 DM sind mit Gewinnberechtigung ab 1. Juli 1985 ausgestattet und werden zum Kurs von 200 Prozent begeben.

Fast 700 Mill. DM Verlust

Madrid (VWD) – Das staatliche spanische Automobilunternehmen Seat hat 1984 mit roten Zahlen abgeschlossen. Der Verlust belief sich auf 36,19 Mrd. Pesetas (fast 700 Mill. DM). Die Gesamtverschuldung des Unternehmens erreichte Ende 1984 rund 125 Mrd. Ptas. Die Staatsholding INI wird die Finanzlücken des Unternehmens in diesem Jahr mit 56,8 Mrd. Ptas abdecken.

Druckhaus aufgelöst

Köln (Wb.) – Die Verlagsgesellschaft Rudolf Müller GmbH, Köln, hat ihren Umsatz 1984 um ein Achtel auf 25 Mill. DM gesteigert. Das stärkste Wachstum brachte mit einem Zuwachs von 22 Prozent das Büchergeschäft, gefolgt vom Anzeigengeschäft mit plus 13,6 Prozent. Während die Rendite bei Büchern unbefriedigend blieb, hatten die 13 Zeitschriften „entscheidenden Anteil an der zufriedenstellenden Ertragslage". Das angeschlossene Druckhaus wurde inzwischen wegen allgemeiner Überkapazitäten im Kölner Raum liquidiert.

Großauftrag für Ramisch

Düsseldorf (J. G.) – Seinen größten Einzelauftrag (40 Mill. DM) erhielt das Krefelder Familienunternehmen Ramisch Kleinewefers GmbH aus der Sowjetunion für die Lieferung von zwei Anlagen zur Herstellung von beschichteten PVC-Wand/Bodenbelägen. Die ohnehin gute Auftragslage der Firma (130 Mill. DM 1984er Umsatz) sichere nun die Kapazitätsauslastung bis in das dritte Quartal von 1986.

NOVA / Konzern-Beitragsvolumen gewachsen

Rückerstattung angehoben

HARALD POSNY, Düsseldorf

Der gesamtwirtschaftlich leicht entspannten Situation entsprechend haben die drei Nova-Versicherungsgesellschaften (Kranken, Unfall, Leben) 1984 gut abgeschnitten. Das Gesamtprämienvolumen erreichte 549 (529) Mill. DM. Den größten Anteil hatte die Nova Krankenversicherung aG, Hamburg, die bei einer Großzahl der 384 000 (381 000) versicherten Personen Beitragserhöhungen vermeiden konnte. Für etliche wurden sogar Beitragssenkungen wirksam. Notwendig gewordene Beitragserhöhungen bei älteren Versicherten wurden durch Entnahmen aus zurückgestellten Mitteln umgangen. Insgesamt wandte die Nova 1984 dafür 57 Mill. DM auf.

Im letzen Jahr stieg außerdem die Beitragsrückerstattung: 21,3 nach 17,9 Mill. DM wurden ausgezahlt. Für 1985 sind dafür 23 Mill. DM vorgesehen. Die Entwicklung der Aufwendungen für Versicherungsfälle gegenüber dem Vorjahr, sie stiegen um 6,9 nach 1,3 Prozent, machte im Frühjahr dieses Jahres Beitragserhöhungen bei einigen Tarifen nötig. Zur Milderung der Steigerung wurden 20 Mill. DM den Rückstellungen entnommen. Aus dem Bruttoüberschuß von 86 (86,5) Mill. DM wurden 6 (8) Mill. DM den Rücklagen zugeführt, die verbliebenen 80 (78,5) Mill. DM flossen in voller Höhe der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung zu.

Die Nova Unfallversicherung AG verzeichnete einerseits einen Beitragsanstieg um 5,8 (5,0) Prozent auf 80 Mill. DM, andererseits einen Rückgang der Leistungen um 5,5 (plus 9,9) Prozent auf 29 Mill. DM. Zum Geschäftsergebnis trugen vor allem die Erträge aus den um 17 auf 144 Mill. DM gestiegenen Kapitalanlagen bei. Der Jahresüberschuß wuchs auf 6 (5) Mill. DM.

Das Ergebnis der Nova Lebensversicherung AG ermöglichte eine weitere Verbesserung der Überschußbeteiligung. Der Bestand an Versicherungssumme erhöhte sich auf 771 (664) Mill. DM. Das maßvolle Wachstum (176 nach 160 Mill. DM Neugeschäft) der noch jungen Gesellschaft ließ in den letzten Jahren „vertretbare Kosten" entstehen, die eine schnellere Teilhabe der Versicherten an den erwirtschafteten Ergebnissen zuließ.

Nova Kranken	1984	± %
Beiträge (Mill. DM)	441	+ 2,8
Anw. v. Vers.Fälle	306	+ 6,9
Versich.-Leistung [1]	421	+ 6,9
Aufw. f. Beitr.Rückerst.	80	+ 1,3
Rückst.f.Beitr.Rückerst.	178	+ 1,1
Kapitalanlagen [2]	1048	+ 9,4
Kapitalerträge [3]	79	+ 16,2

in % d.verd.Beitr.	1984	1983	1982
Schadenquote [4]	69,5	68,8	70,2
Leistungsquote [5]	95,6	92,1	93,8
Kostenquote [6]	16,3	17,0	17,4
Überschußquote [7]	19,5	20,2	18,6

[1] Aufw. f. Vers.-Fälle, Beitr.-Rückerst. sowie Veränd. d. Deckungs- u. Stornorückstellung; [2] oh. Depotford.; [3] netto; Durchschnittsrendite: 7,9 (7,9) Prozent; [4] Aufw. f. Vers.-Fälle u. erfolgsunabh. Beitr. Rückerst.; [5] Vers.-Leistung; [6] Abschluß- u. Verw. Kosten; [7] Bruttoüberschuß.

NAMEN

Klemens Wesselkock wurde zum Vorstadsvorsitzenden der Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, Hamburg, ernannt. Mit Wirkung vom 24. Juni tritt er die Nachfolge von Günter Kalbaum an, der in den Ruhestand tritt.

Dr. **Henning Bode** wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1985 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Degussa, Frankfurt, gewählt. Bode, der gegenwärtig bei der US-Tochter Degussa Corp. tätig ist, wird als Nachfolger des Ende September in den Ruhestand tretenden Degussa-Vorstands **Hanns E. Sohn** die Leitung des Ressorts Technische Dienste übernehmen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Nachl. d. Heinrich Wilhelm Giesen, Alsdorf; **Ahrensburg:** Nachl. d. Rolf Carl Alfred Calamnius, Bargteheide; **Bad Iburg:** August Steins, Kaufmann u. Ingenieur, Hilter; **Betzdorf:** Bedachungsges. mbH, Hemmelzen; **Dortmund:** Nachl. d. Roland Wilhelm Friedrich Hoffmann; **Eckernförde:** Günter Griese Bauausführungen GmbH, Altenholz; Manfred Ickert, Fleckeby; **Essen:** Nachl. d. Helmut Widuckel; **Esslingen:** Siegmar Mäntele GmbH, Stuttgart; **Geilenkirchen:** Schuhfabrik Falke GmbH, Heinsberg-Dremmen; **Hamm:** Fides-Vermögens- u. Verwaltungsges. mbH, Unna; **Heilbronn:** Ziegelwerk Blattert GmbH & Co. KG, Murr; **Ingolstadt:** „Pharmabit" Chemische Fabrik GmbH; **Moers:** Helmut Magdalinski; **Mönchengladbach:** Optik-Center H. G. Sürth GmbH; Fleischwarenfabrik Hermann Schnitzler KG, Viersen-Boisheim; **Neuss:** Rudi Härtel.

Wochenschlußkurse



Mekka der Gasmänner

Bm. – Es ist wieder soweit: Die Gasmänner der Welt sind in München versammelt. Ihr Mekka, zu dem sie alle drei Jahre reisen, ist der Weltgaskongreß. In diesem Jahr haben sich so viele Gasmänner wie nie zuvor aufgemacht. Nicht nur die schöne Stadt an der Isar lockt, sondern das hochaktuelle Thema, dem sie sich verschrieben haben: Gas.

Der Anteil des Gases an der Versorgung der Erde mit Primärenergie hat bereits einen Anteil von 18 Prozent erreicht. 3000 Teilnehmer aus aller Welt sind nach München gekommen, um an dem Kongreß der Internationalen Gas Union (IGU) teilzunehmen.

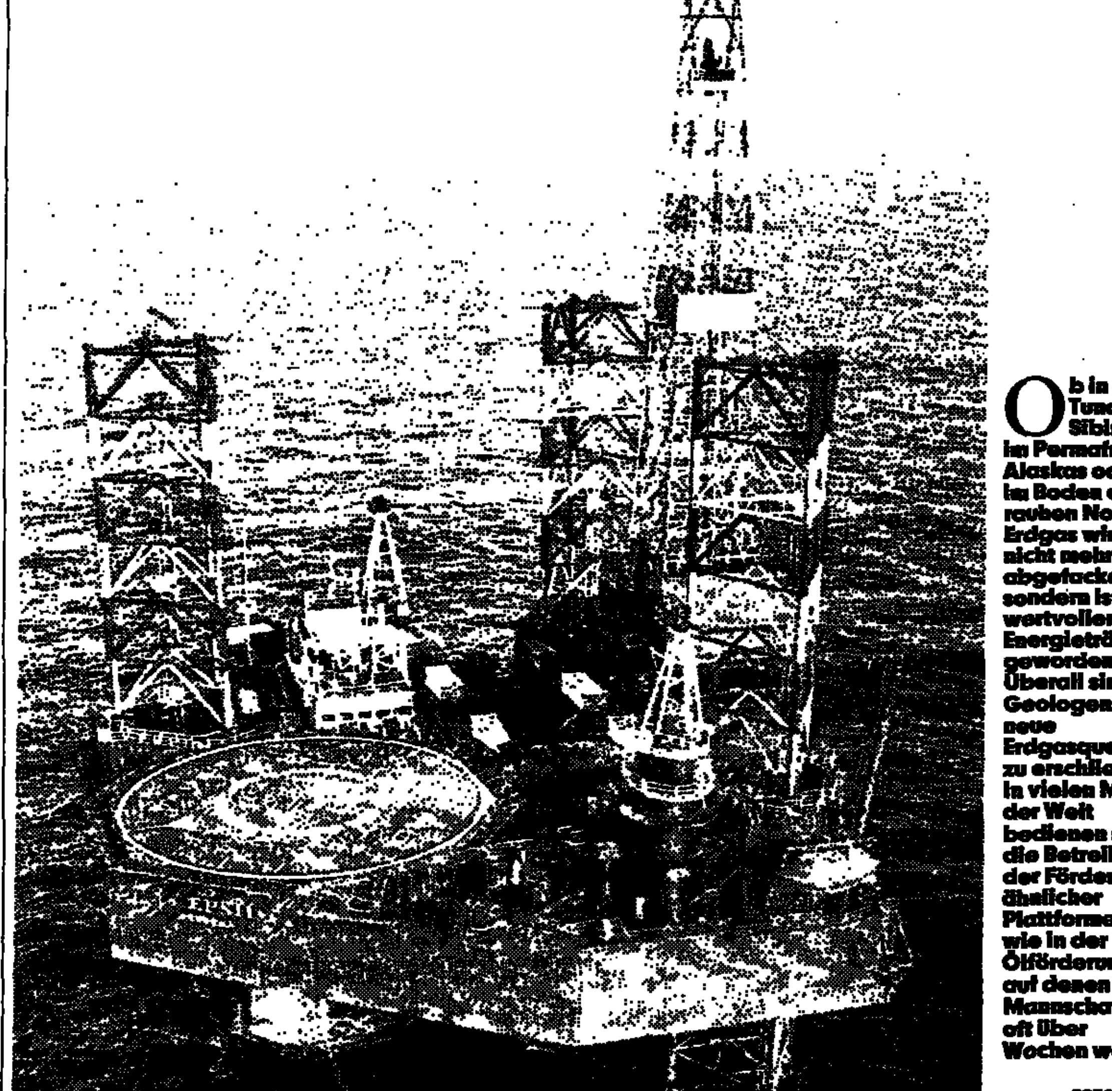
Aber nicht nur der Kongreß mit seinen Fachveranstaltungen lockt. Magnet ist auch wieder die gleichzeitig stattfindende Welt-Gasausstellung. Zu ihr sind über 300 Aussteller aus 23 Nationen nach München gekommen. Auf einer Ausstellungsfläche von 23 000 Quadratmetern zeigen sie neue Techniken und Einrichtungen für Produktion, Transport und Verwendung von Gas.

Der Kongreß ist genau genommen das Sammelbecken der Arbeit der vergangenen drei Jahre, die von den insgesamt acht international besetzten Kommissionen geleistet worden ist (siehe Bericht nächste Seite). Die Palette ihrer Themen reicht von der Erdgasgewinnung und der Erdgasaufbereitung über Transport und Verteilung bis hin zur Verwendung in Haushalt und Industrie. In sieben Diskussionsrunden werden gasfachliche Themen von besonderer Aktualität behandelt. Hierzu gehören unter anderem die Erdgasförderung aus besonders tiefen Lagerstätten, die Transporttechniken off shore, modernste Verbrauchstechnologien, wie etwa die Wärmepumpe, Brennwertgeräte oder die Abwärmerückgewinnung.

Eine Podiumsdiskussion ist dem Thema „Entwicklung der Gasindustrie in den Ländern der Dritten Welt" gewidmet.

An ihr nehmen nicht nur Vertreter der Internationalen Gas Union, sondern auch der Weltbank und aus Ländern der Dritten Welt teil, die an Erdgas hohe Erwartungen zur Industrialisierung ihrer Länder knüpfen. Natürlich ist ein solcher Welt-Kongreß auch die Bühne der Politik. So halten nicht nur Persönlichkeiten der Wirtschaft Plenarvorträge zum Thema Gas und Energiewirtschaft. Auch Politiker, die sich mit diesen Themen befassen, kommen zu Wort.

Kein Kongreß ohne Perspektiven: So wird auch in München das „Internationale Colloquium für Marketing Gas" Ausschau halten auf die Gaswirtschaft dieser Erde von morgen und übermorgen.



Ob in den Tundren Sibiriens, im Permafrost Alaskas oder im Boden der rauhen Nordsee: Erdgas wird nicht mehr abgefackelt, sondern ist wertvoller Energieträger geworden. Überall sind Geologen dabei, neue Erdgasquellen zu erschließen. In vielen Meeren der Welt bedienen sich die Betreiber der Förderung ähnlicher Plattformen wie in der Ölförderung, auf denen die Mannschaften oft über Wochen wohnen.

FOTO: W. E. G.

VERSORGUNG / Nach dem Erdgas das Kohlegas

Reserven für das nächste Jahrhundert

Die Frage wird immer wieder gestellt: Wie weit reichen eigentlich die Erdgasreserven der Welt? Die Antwort der Gasfachleute ist stereotyp: bis weit ins nächste Jahrhundert. Ein Blick auf die Reserven zeigt, daß diese Aussage belegbar ist.

Die bisher gewinnbaren Reserven belaufen sich zur Zeit auf 109 Milliarden Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) – umgerechnet 91 000 Milliarden Kubikmeter. Zu dieser Menge kommen weitere 205 Milliarden Tonnen SKE (171 000 Milliarden Kubikmeter), die „zusätzlich gewinnbare Reserven" genannt werden. Im vergangenem Jahr wurden weltweit 1,85 Milliarden Tonnen SKE an Erdgas verbraucht. Würde der Verbrauch sich nicht erhöhen, reichte der Erdgasvorrat 170 Jahre.

Doch diese Rechnung bleibt rein theoretisch. Sie sagt nämlich nichts darüber aus, daß Jahr für Jahr mehr Erdgas entdeckt als verbraucht wird. 1970 noch waren Reserven von 50 Milliarden Tonnen SKE bekannt, heute sind es die erwähnten 109 Milliarden. Geologen schätzen, daß 15 Prozent der Erdoberfläche nach Erdgas abgesucht worden sind. Große Funde werden noch in der Tiefsee nördlich des 62. Breitengrades erwartet. Um sie zu fördern, müssen noch neue Fördertechniken entwickelt werden.

Von den sicher gewinnbaren Reserven von 109 Milliarden Tonnen SKE liegen allein 51 Milliarden im Boden der Sowjetunion, Osteuropas und Chinas. Im Mittleren und Nahen Osten sind 30 Milliarden Tonnen SKE sicher förderbar. Westeuropa bringt es bis heute auf 7,3 Milliarden Tonnen, die USA auf 6,7, Afrika auf 6,4 und Fernost/Pazifik auf 5,7 Milliarden; Südamerika auf 3,7, Kanada auf 3,1 und schließlich Mittelamerika auf 2,6 Milliarden Tonnen SKE.

Auch von den zusätzlich gewinnbaren Vorräten von 205 Milliarden Tonnen SKE liegt wieder der größte Teil (39 Milliarden Tonnen) in der Sowjetunion, in Osteuropa und in China. Mittel- und Nahost haben solche Vorräte von 34 Milliarden Tonnen, Westeuropa bringt es auf 5,5, die USA aber schon auf fast 20 Milliarden; Afrika auf 14,8, Fernost/Pazifik auf neun, Südamerika auf 7,2, Kanada auf zwölf und Mittelamerika auf 1,8 Milliarden Tonnen SKE.

Das Erdgaszeitalter wird also länger anhalten als das Ölzeitalter: Ein weiterer Trost kommt hinzu: Sollte das Erdgas wirklich einmal zur Neige gehen, dann tritt an seine Stelle das Kohlegas, dessen Techniken heute schon in aller Welt erprobt werden. Eine große Rolle für dieses Kohlezeitalter wird die bei uns entwickelte Hochtemperatur-Technik spielen, wie sie in Hamm-Uentrop mit dem THTR im Herbst in Betrieb gehen wird. Aus solchen Reaktoren lassen sich Temperaturen um 1000 Grad Celsius ausbinden, mit denen die in Hülle und Fülle auf der Welt vorhandene Kohle vergast werden kann. Resultat: Ein Ende des Gaszeitalters vermag niemand abzusehen.

Auch vom Transport her gesehen ist die Erdgasversorgung gesichert. Mitte der sechziger Jahre wurde die erste Pipeline von den Niederlanden in die Bundesrepublik gebaut. Länge: 200 Kilometer. 1973 kam zum erstenmal Sowjetgas in die Bundesrepublik über ein Rohr von 1800 Kilometer Länge. Seit 1978 fließt Gas aus Westsibirien in die Bundesrepublik. Länge der Pipeline: 5500 Kilometer. In den USA wird zur Zeit geprüft, ob man ein Rohr über 8000 Kilometer verlegen kann, das Gas aus Alaska in die USA transportieren soll. Auch die Verlegung von Pipelines in der Tiefsee (und deren Reparatur bei vollem Betrieb) bereiten keine Probleme mehr. Die Mittelmeerleitung Algerien–Italien liegt in 600 Meter Tiefe.

Aber Erdgas kann auch mit dem Tanker transportiert werden. Das Gas wird zu diesem Zweck auf minus 161 Grad Celsius abgekühlt und so verflüssigt. Das Produkt heißt dann LNG (Liquified Natural Gas). Im vergangenen Jahr wurden auf diese Weise auf der Erde rund 50 Milliarden Kubikmeter LNG transportiert.

Bei Bedarf kann auch die Bundesrepublik Flüssiggas weltweit einkaufen. In Wilhelmshaven steht bereits das Gelände und auch für 60 Millionen Mark die Software zur Verfügung, um binnen vier bis fünf Jahren ein LNG-Terminal zu errichten, auf dem LNG wieder zu Erdgas entspannt werden kann.

Erdgas ist ein großes Welt-Handelsgut. Im letzten Jahr wurden rund 260 Millionen Tonnen SKE per Pipeline oder mit dem Gas-Tanker transportiert. Importeure dieser Mengen waren die Bundesrepublik mit 18 Prozent, die USA und Japan mit je 14 Prozent, Frankreich mit zwölf Prozent, Italien mit acht Prozent, Großbritannien mit sechs Prozent und Belgien/Luxemburg mit fünf Prozent. An andere Länder gingen insgesamt weitere 23 Prozent. Größter Lieferant war die Sowjetunion mit 30 Prozent.

HANS BAUMANN

Weitreichende Erdgasressourcen

in Mrd. t SKE

Kanada 3,1 / 7,9
USA 6,7 / 38,0
Mittelamerika 1,5 / 2,6
Südamerika 3,8 / 14,1
Westeuropa 5,8 / 8,2
Afrika 6,4 / 33,2
Mittel- und Nahost 34,9 / 26,3
UdSSR/Osteuropa/China 56,6 / 49,2
Fernost/Pazifik 10,2 / 5,4

sicher gewinnbare Erdgasreserven 109,3 Mrd. t SKE
zusätzlich gewinnbare Erdgasressourcen 204,6 Mrd. t SKE

PREIS

Der Markt entscheidet

Ist der Erdgaspreis zu hoch, ist er zu niedrig? Die Diskussion darüber wird kontrovers und emotional geführt. Dem Erdgaslieferanten ist er natürlich zu niedrig, ebenso der Konkurrenz im Wärmemarkt. Dem Verbraucher ist er zu hoch – zumindest nach dem letzten kalten Winter, der die Heizkosten um bis zu 20 Prozent in die Höhe trieb.

Aber der Erdgaspreis ist ein Marktpreis. Er bildet sich im Wettbewerb mit anderen Energien am Wärmemarkt. Bis zum Herbst vorigen Jahres noch richtete sich der Marktpreis nach einem Preismix aus leichtem und schwerem Heizöl. Doch nachdem das schwere Heizöl praktisch vom Wärmemarkt verschwunden ist und in Konvertern zu leichteren Fraktionen verarbeitet wird, ist den Abnehmern – vornehmlich kommunale Versorger – eine Koppelung des Erdgaspreises an den Preis für leichtes Heizöl angeboten worden, die auch durchweg akzeptiert wurde.

So bewegt sich der Erdgaspreis in halbjährlichen Intervallen mit dem Preis für leichtes Heizöl. Allerdings muß die durchschnittliche Preisveränderung innerhalb der vergangenen sechs Monate mindestens fünf Prozent betragen, weil kleinere Preiskorrekturen den Verwaltungsaufwand nicht rechtfertigen würden. Auch die Lieferanten von Erdgas richten ihre Verkaufspreise an die Erdgasversorgungsgesellschaften nach den Preisen im Wärmemarkt der Bundesrepublik. Regelmäßige Gespräche – etwa mit den Sowjets – legen den Lieferpreis für Erdgas fest.

Wenn das Heizöl weiter auf dem Rückzug bleibt, ist denkbar, daß andere Wettbewerbspreise im Wärmemarkt zur Preisfindung herangezogen werden, etwa Kohle oder auch Heizstrom. WR

PERSPEKTIVEN

Dynamische Kooperation

Die Sicherheit der Versorgung mit Erdgas ist eine der vordringlichsten Aufgaben der deutschen Erdgaswirtschaft. Ein bedeutsames Mittel dazu ist die internationale Kooperation, die logistische Verbindung untereinander durch ein weit verzweigtes Rohrnetz und die erdgaspolitische Philosophie der europäischen Erdgasgesellschaften, die es den großen Erdgasproduzentenländern erschwert, das eine Land gegen das andere auszuspielen.

Im Zentrum des europäischen Erdgasverbundes liegt das deutsche Erdgasleitungsnetz. Der Verbund reicht heute von der Nordsee (Dänemark) bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis nach Osteuropa. In ihm strömen Gasmengen aus den Fördergebieten in Westeuropa, aus der Sowjetunion und aus Afrika. Schweden beabsichtigt, demnächst diesem Verbund beizutreten.

Das Netz hat heute bereits eine Länge von ungefähr 500 000 Kilometer. Allein das Leitungsnetz der deutschen Gaswirtschaft überwindet 167 000 Kilometer, zur Hälfte mit Hoch- und Mitteldruckleitungen und zur Hälfte mit Niederdruckrohren.

Die Kooperation hat versorgungstechnische Aspekte. Der Erdgasbezug jedes Landes stützt sich nicht nur auf einen Lieferanten, sondern gleich auf mehrere. Durch Kooperation können kleinere Einzelmengen zu großen, interessanten Aufträgen für die Erdgasförderländer gebündelt werden. Beispiel: Das westeuropäische Erdgaskonsortium wird voraussichtlich im Jahr 2000 aus neuen Erdgasfeldern in der nördlichen Nordsee 15 Milliarden Kubikmeter beziehen, beginnend mit der Lieferung 1995. In der Bundesrepublik werden von diesen Mengen etwa 40 bis 45 Prozent bleiben. WR

STRUKTUR / Lieferbasis ist der Konzessionsvertrag

Im Haushalt stark im Aufwind

Die deutsche Gaswirtschaft konnte auch im Jahre 1984 auf dem Wärmemarkt weiter expandieren. Insgesamt wurden 1984 in der Bundesrepublik 59,0 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) Erdgas verbraucht, was einer Zuwachsrate von 5,5 Prozent gegenüber dem Jahr 1983 entspricht. Damit übertraf das Erdgas deutlich den Anstieg des gesamten Primärenergieverbrauchs, der mit 377,5 Millionen Tonnen SKE nur um 3,5 Prozent über dem Vorjahresergebnis lag. Infolgedessen hat sich der Anteil des Erdgases am gesamten Primärenergieverbrauch auf 15,6 Prozent erhöht.

Erdgas im Vormarsch

Die Verkaufserfolge wurden vor allem im Bereich Haushalt und Kleinverbraucher – in dem als Ergebnis des weiteren Vordringens der Erdgasheizung rund neun Prozent mehr Erdgas verkauft wurden –, aber konjunkturbedingt auch in der Industrie erzielt, während die Kraftwerksmengen wiederum rückläufig waren. Dadurch haben sich die Anteile der einzelnen Absatzsektoren an der gesamten Gasabgabe – wie schon in den letzten Jahren – weiter zugunsten des Haushalt- und Kleinverbraucherbereichs entwickelt, auf den 41 Prozent der Gesamtabgabe entfielen. An die Industrie wurden 45 Prozent und an die Kraftwerke 14 Prozent abgegeben.

Zur Gruppe der Ortsgasunternehmen zählen darüber hinaus auch regional tätige Gesellschaften, die direkt und/oder über die Beteiligung an gemischtwirtschaftlich strukturierten Gesellschaften die Gasversorgung betreiben. Diese Unternehmen sind überwiegend privatwirtschaftlich organisiert und führen neben der Versorgung von Ballungsräumen die energie- und strukturpolitisch wichtige Flächenversorgung durch. Ihre Betätigung erfolgt auf der Basis von Konzessionsverträgen, die sie mit den in ihrem Gebiet liegenden Gemeinden abschließen.

Die örtlichen Gasversorgungsunternehmen sowie andere Großabnehmer (zum Beispiel Kraftwerke) in der Bundesrepublik beziehen ihr Gas von insgesamt zehn Ferngasgesellschaften (geordnet nach dem Absatz im Jahre 1983): Ruhrgas AG, Thyssengas GmbH, Gasversorgung Süddeutschland GmbH, Bayerische Ferngas GmbH – BAYERNGAS, Saar Ferngas AG, Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG – VEW, Gas-Union GmbH, Westfälische Ferngas-AG, Ferngas Salzgitter GmbH, Ferngas Nordbayern GmbH, oder direkt von den sechs Erdgasfördergesellschaften: Gewerkschaften Brigitta und Elwerath, Betriebsführungsgesellschaft mbH BEB, Erdgas-Verkaufs-Gesellschaft mbH Münster, Mobil Oil AG, Wintershall AG, Deutsche Shell AG, Gelsenberg AG, die der Ortsgaswirtschaft das Erdgas über eigene Hochdruckleitungen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus erfüllen diese Gesellschaften eine Reihe weiterer wichtiger Aufgaben, wie den Import von Erdgas (Ruhrgas AG) und das Betreiben eigener Ortsversorgungen über eigene Mittel- und Niederdrucknetze (Westfälische Ferngas-AG).

Die Ortsgasversorgungsunternehmen haben 1984 rund 59 Prozent des Erdgasverbrauchs in der Bundesrepublik an die Endverbraucher verteilt und haben damit ihre Bedeutung in der Gaswirtschaft – wie stets in den letzten 15 Jahren – weiter verstärkt. Im Jahre 1970 beispielsweise betrug ihr Anteil an der gesamten Gasabgabe erst etwa 38 Prozent. Auf die Ferngasgesellschaften entfiel 1984 ein Anteil von 33 Prozent; die Direktlieferungen der Fördergesellschaften und der Kokereien machten jeweils rund vier Prozent aus.

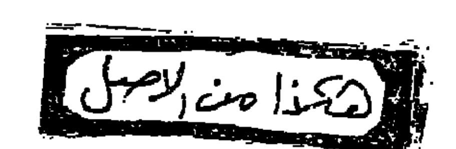
Die Verteilung des Erdgases erfolgte in der Bundesrepublik 1984 über ein etwa 167 400 Kilometer umfassendes, weitverzweigtes Leitungsnetz, wovon rund 48 600 Kilometer auf das Hochdrucknetz und 118 800 Kilometer auf das Mittel- und Niederdrucknetz entfielen. Allein im Jahre 1984 wurden über 6400 Kilometer Erdgasleitungen mit einem Investitionsaufwand von 3,4 Milliarden Mark verlegt. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag mit 76 Prozent, wie in den Vorjahren, bei den örtlichen Gasversorgungsunternehmen. Angesichts des fortgeschrittenen Ausbaus des Hochdrucknetzes bilden in Zukunft die Verdichtung des Erdgas-Transportsystems und der Ausbau der Flächenversorgung die wesentlichen Aufgaben der deutschen Gaswirtschaft.

Struktur und Verbrauch

Die Größenstruktur der Ortsgaswirtschaft zeigt, daß 75 Prozent (373) aller Ortsgasunternehmen in der Bundesrepublik eine Gasabgabe von unter 0,5 Milliarden Kilowattstunden (kWh) aufweisen und rund 18 Prozent der Gasabgabe abdecken, während die 13 (drei Prozent) größten Unternehmen (Abgabe über fünf Milliarden kWh) 37 Prozent des Verbrauchs bereitstellen.

Die häufigste Unternehmensform ist die des Eigenbetriebs, in der etwa 50 Prozent aller Unternehmen organisiert sind. Die großen Unternehmen (über fünf Milliarden kWh) werden zu 92 Prozent als GmbH oder Aktiengesellschaft geführt.

JOACHIM KÖNIG



DEUTSCHE GASWIRTSCHAFT

Auch finanziell sind sie stark verflochten

Wenn der private Erdgasverbraucher von der „deutschen Erdgaswirtschaft" hört, dann denkt er in erster Linie an seine Stadtwerke, die ihm das Erdgas und auch die Rechnung dafür ins Haus senden. Vielleicht hat er auch eine Vorstellung davon, daß ein riesiges Netz von Rohren die gesamte Republik durchzieht, in dem Tag und Nacht Erdgas strömt. Vielleicht weiß er auch noch, daß dieses Netz in Europa keine Grenzen kennt, daß „Europa" in der Gaswirtschaft längst existiert.

Aber Stadtwerke sind weitgehend anonym und Erdgasleitungen liegen nun einmal in der Erde. Man sieht sie nicht und wird folglich nicht an die Existenz dieses großen Wirtschaftszweiges erinnert.

Ein Blick in die finanzielle Verflechtung der deutschen Erdgasgesellschaften, also jener Gesellschaften, die die Kommunen erst einmal mit Erdgas versorgen, zeigt, wie groß diese Branche ist und wie eng sie miteinander verbunden ist.

So gehört die Bayerische Ferngas GmbH (Bayerngas), München, dem Freistaat Bayern zu 20 Prozent, den Stadtwerken Regensburg zu 7,5 Prozent und den Städten München zu 40, Augsburg zu 25, Ingolstadt zu 3,75 und Landshut zu 3,75 Prozent.

Die Energieversorgung Weser-Ems AG, (EWE), Oldenburg, befindet sich zu 74 Prozent in Händen des Landeselektrizitätsverbandes Oldenburg und zu 26 Prozent im Besitz der Preußischen Elektrizitäts-AG, Hannover, an der die Veba AG mehrheitlich beteiligt ist.

Einen großen Kranz von Beteiligungsgesellschaften hat die Erdgas-Verkaufs-GmbH, Münster. Der Gewerkschaft Elwerath (je 50 Prozent bei Esso und Shell) gehören 27,66 Prozent, der gleiche Prozentsatz liegt bei der Mobil Oil AG und bei der Wintershall AG (Tochter der BASF), Preussag AG 5,3 Prozent, Deutsche Texaco 4,9 Prozent, C. Deilmann AG 4,5 Prozent, Deutsche Schachtbau mbH 1,2 Prozent und Gelsenberg AG (BP) 1,1 Prozent.

Die Ferngas Nordbayern GmbH, Bamberg, befindet sich zu 54 Prozent in Händen der Ruhrgas AG, zu 26 Prozent bei der Saar-Ferngas AG und zu 20 Prozent beim Freistaat Bayern.

Auch sieben Städte sind Anteilseigner

Größer ist der Beteiligungsring an der Gas-Union GmbH, Frankfurt. Hier halten die Main-Gaswerke AG 37,7, die Ruhrgas AG 25,93, die Städtischen Werke AG Kassel 10,1, die Stadt Göttingen 6,73, die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG 17,5 und die Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH 2,04 Prozent.

Anteilseigner an der Gasversorgung Süddeutschland GmbH, Stuttgart, sind die Technischen Werke der Stadt Stuttgart AG mit 33,4, die Energie- und Wasserwerke Rhein-Neckar AG mit 26,25, fernerhin das Land Baden-Württemberg mit 25 sowie die sieben Städte Baden-Baden, Freiburg, Göppingen, Heilbronn, Pforzheim, Reutlingen und Ulm mit 15,35 Prozent.

Die Gewerkschaften Brigitta und Elwerath Betriebsführungsgesellschaft mbH, Hannover, gehört zu je 50 Prozent zur Esso AG und zur Deutsche Shell AG. Die größte deutsche Ferngasgesellschaft, die auch Konsortialführer in europäischen Aktivitäten ist, ist die Ruhrgas AG, Essen. Ihre Aktien halten die Bergemann KG zu 31,1, die Gelsenberg AG (BP-Tochter) zu 25, einige frühere Bergbauunternehmen zu 0,19, die Gewerkschaft Brigitta (Esso und Shell) zu 25, die Schubert KG zu 15 und die Veba AG zu 3,71 Prozent.

Auch die Saar-Ferngas AG, Saarbrücken, hat einen großen Aktionärskreis: Ruhrgas AG mit 20, Saarbergwerke AG mit 25,1001 und die Stadtwerke Saarbrücken mit 17,9907 Prozent, ferner das Saarland mit 7,9317, Rheinland-Pfalz mit 17,0684, Stahlwerke Röchling-Burbach GmbH mit 5,6488; weiterhin die AG der Dillinger Hüttenwerke mit 0,6263, Technische Werke Ludwigshafen mit 0,6594, Gasanstalt Kaiserslautern AG mit 1,2059 und Landkreise und Gemeinden des Saarlandes und von Rheinland-Pfalz mit 3,7687 Prozent.

Die Salzgitter Ferngas GmbH, Salzgitter, gehört zu 100 Prozent der Deutsche Schachtbau- und Tiefbohrgesellschaft mbH.

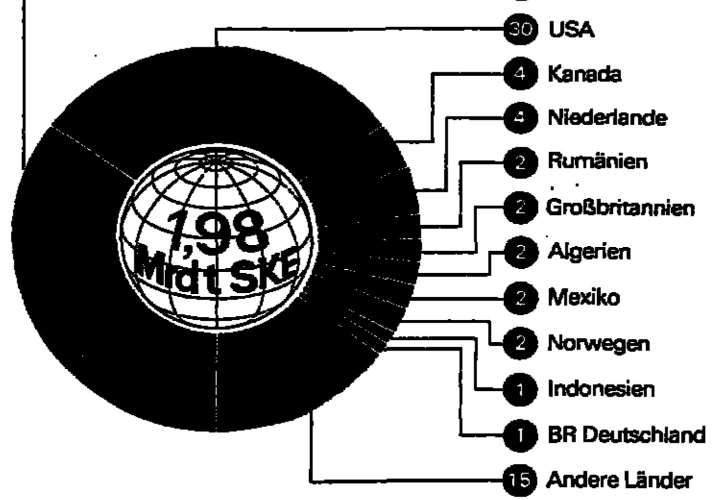
50 000 Kilometer stehen unter Hochdruck

Die Thyssengas GmbH, Duisburg, befindet sich in vier Händen: Zu 50 Prozent bei der Viag Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Bundesbesitz), zu 25 Prozent bei der Esso-Mutter Exxon Corporation, zu 24 Prozent bei der niederländischen Mutter der Deutsche Shell AG, Shell Petroleum N. V. und zu einem Prozent bei der B. V. Nederlandse Internationale Industrien Handel Maatschappij.

Die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, die auch Erdgas vertreibt, ist zu 25,32 Prozent in Händen der Energie-Verwaltungs-GmbH, zu 32,59 Prozent bei der Kommunale Energie-Beteiligungs-GmbH, zu 4,99 Prozent bei der Stadt Bochum, zu 14,98 Prozent bei kommunalen Körperschaften und zu 22,12 Prozent in Händen privater Anteilseigner.

Die Westfälische Ferngas AG, Dortmund, gehört mit 38 Prozent dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe, mit 4,9 Prozent dem Landesverband Lippe, mit 40,9 Prozent zwölf Landkreisen und mit 16,2 Prozent 27 Städten und Gemeinden.

Das Gewicht der deutschen Erdgaswirtschaft drückt sich nicht nur in einer engen finanziellen Verflechtung aus. Die effektiven Werte, die diese Branche schafft, sprechen eine ebenso deutliche Sprache. Im vergangenem Jahr hat die Erdgaswirtschaft 55 Milliarden Mark umgesetzt, davon 30 Milliarden aus dem Absatz an Weiterverteiler (vornehmlich Kommunen) und 25 Milliarden Mark aus dem Absatz an Endverbraucher. Investiert hat die Gaswirtschaft 1984 fast 3,5 Milliarden Mark. Beschäftigt werden 36 200 Mitarbeiter. Sie betreibt ein Leistungsnetz von insgesamt fast 168 000 Kilometer, davon im Hochdruck fast 50 000 Kilometer. C. B.



Nettoförderung (wirtschaftlich verwertete Förderung), Prozentanteile gerundet

Aus vielen Quellen schöpfen

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Energie-Importland. Rund zwei Drittel des Primärenergiebedarfs stammen zur Zeit aus ausländischen Quellen, der weitaus größte Teil davon aus Ölquellen.

Daher muß eine Industrienation bemüht sein, ihre Bezugsquellen so breit wie möglich zu streuen, um nicht erpreßbar zu werden. Einen großen Anteil daran hat das Erdgas, das fast ein Fünftel des Primärenergiebedarfs deckt.

Dieses Gas stammt vornehmlich aus westeuropäischen Quellen, zu fast einem Drittel aus deutschem Boden. Aus den Niederlanden kommen 30 Prozent des Bedarfs, aus Norwegen weitere 14 Prozent und erstmals aus Dänemark 0,3 Prozent. Ein Viertel des Bedarfs wird aus der Sowjetunion über eine 5000 Kilometer lange Erdgasleitung geliefert. Das in der Bundesrepublik importierte Erdgas stammt ausschließlich aus Ländern, die nicht zur Opec gehören.

Der Anteil des Sowjetgases wird bis 1990 auf rund 30 Prozent des deutschen Bedarfs steigen. Dennoch ist die Erdgaswirtschaft sicher, daß selbst der Ausfall dieser Menge durch Lieferungen aus eigenen Quellen, aus Norwegen und aus den Niederlanden kompensiert werden könnte. Es wird aber auch darauf hingewiesen, daß nicht nur die deutsche Erdgaswirtschaft aus der Sowjetunion mit Gas beliefert wird. Fast alle Länder Westeuropas beziehen über das gleiche Rohr wie die Bundesrepublik große Mengen Sowjetgas.

Noch größere Bedeutung wird Norwegen als Erdgaslieferant gewinnen. Dieses Land hat wegen seiner geringen Bevölkerungszahl keinen hohen Eigenbedarf, kann daher von seinen großen Vorräten in der norwegischen Nordsee erhebliche Mengen exportieren.

Zur Zeit wird von einem europäischen Konsortium mit den Norwegern über Lieferungen beraten, die im Jahr 2000 mit jährlich 15 Milliarden Kubikmeter ihren Höhepunkt erreicht haben und 1995 beginnen sollen. 40 bis 45 Prozent dieser Mengen werden in der Bundesrepublik bleiben. WR

KOMMISSIONEN / Die Münchner Themen aus der Arbeit der letzten drei Jahre

Das dicke Rohr erhöht den Vorrat

Gas, ein Rohr, ein Brenner und ein Streichholz – das ist für einen Großteil der Menschheit das Wesen der Gastechnik. Doch wozu dann Seminare, Kongresse, Berge von Fachliteratur? Ganz einfach: Gas benötigt komplizierte Technik – von der Exploration bis zur Anwendung. An der Verfeinerung dieser Technik arbeiten drei Jahre – bis zum neuen Weltgaskongreß – die unterschiedlichsten Kommissionen an dem weiten Umfeld „Gas".

Die WELT hat die Kommissionsberichte der vergangenen drei Jahre eingesehen, die jetzt in München diskutiert und vorgetragen werden. Mehr als ein Einblick kann es nicht sein, denn der Stoff ist zu umfangreich – und zum Teil auch so wissenschaftlich –, als daß man ihn in einer Tageszeitung unterbringen könnte.

Frankreich und die UdSSR entwickelten gemeinsam einen Korrosionsschutz gegen aggressive Erdgase. Der Inhibitor sollte einfach zu handhaben und wirtschaftlich sein. An einer Lagerstätte in Usbekistan wurde der neu entwickelte Korrosionsschutz „Cekangaz" jetzt mit Erfolg angewendet.

Sowjets und Ungarn haben mechanische und chemische Methoden entwickelt, um Erdgas aus den Lagerstätten Aldje in Ungarn und Karachaganak in der UdSSR zu gewinnen, das bisher bei hohen Betriebstemperaturen durch feste Paraffin-Ablagerungen die Leitungen verstopfte.

Brian J. Brooks aus Australien referiert über eine Erdgasaufbereitungsanlage in Südaustralien, die Kohlenwasserstoff und Äthan aus dem Erdgas trennt, bevor es in zwei große Industriegebiete mit fünf Millionen Einwohnern (Sydney gehört dazu) geleitet wird. Das Äthan wird in Untertagespeicher geleitet und später in einer noch zu errichtenden petrochemischen Anlage verarbeitet.

In Italien entsteht der größte Untertagespeicher des Landes. Mit Hilfe eines mathematischen Modells wurde das Verhalten dieses leergeförderten Feldes namens Minerbio studiert. Der neue Speicher am nördlichen Endpunkt der Trans-Mittelmeer-Erdgasleitung aus Algerien hat 43 Bohrungen zur Entnahme von Erdgas. Sein Zweck: Vorräte halten für den Fall, daß Lieferungen aus Nordafrika unterbrochen werden.

Zwei Amerikaner haben Möglichkeiten entdeckt, die Umweltgefährdung durch den gegen Ende der Förderung steigenden Gehalt von Schwefelwasserstoff im Erdgas zu vermeiden: Der Schwefel wird aus dem Erdgas gewonnen.

Aus der „DDR" berichten zwei Experten über ihre Erfahrungen mit der Speicherung von Gas in Aquiferen, in erschöpften Kohlewasserstofflagerstätten, in stillgelegten Bergwerken und in Steinsalzkavernen. Das Kavernenfeld Bernburg zählt inzwischen 19 Kavernen mit einem Lagervermögen von 16 Millionen Kubikmeter. Es soll bis zum Jahr 2000 auf eine Kapazität von mehr als eine Milliarde Kubikmeter gebracht werden.

Gas aus Braunkohle, Steinkohle und Müll

Bis hierher wurden kurz die Arbeiten der Kommission A vorgestellt. Die Kommission B gliederte sich in drei Unterabteilungen. B-I – Leitung J. Garstka, „DDR" – befaßt sich mit konventionellen Verfahren zur Gaserzeugung aus fossilen Brennstoffen durch Umsetzung mit Wasserstoff und Sauerstoff. B-II wird von B. S. Lee, USA, geleitet. Diese Kommission untersucht unkonventionelle Verfahren der Gaserzeugung aus Biomasse, Müll, und aus Ölschiefer in Verbindung mit Prozeßwärme aus Kernenergieanlagen.

Unterkommission B-III (Leitung: J. Reboul, Frankreich) arbeitet auf dem Gebiet der Qualitätskontrolle. Schwerpunkt: Methoden und Apparate in Betrieben der öffentlichen Gasversorgung.

Zwei Fachingenieure der British Gas Corporation stellen einen zusammen mit Lurgi, Frankfurt entwickelten Gasgenerator mit einer Leistung von 330 Tonnen pro Tag vor. Es können die unterschiedlichsten Kohlensorten vergast werden (Körnung bis zu sechs Millimeter). Das im englischen Westfield entwickelte Verfahren läßt jetzt auch die Verwendung von Rohförderkohle zu.

Im „DDR"-Gaskombinat „Schwarze Pumpe" ist es gelungen, den ersten Schritt zur industriellen Nutzung von aschereicher und salzhaltiger Braunkohle zu tun. Diese Kohle wird unter hohem Druck vergast. Das Verfahren scheint sich nach Ansicht der „DDR"-Experten auch zur Vergasung von Steinkohle- und Koksstäuben zu eignen.

Aus New York berichtet Helmut W. Peter, daß in den USA rund fünf Milliarden Kubikmeter Methan im Jahr aus dem Müll der Deponien gewonnen werden könnten. Die Forschungsarbeiten zur Nutzung dieses Biogases laufen noch.

Zwei Westberliner und ein Fachmann von Lurgi berichten von einer Methanol-Spaltanlage der Gasag AG in Westberlin. Drei solche Anlagen in Westberlin haben bereits einen Anteil von 25 Prozent an der Gesamtproduktionskapazität von zehn Millionen Kubikmeter pro Tag.

Der Franzose Michel Pottier liefert eine Darstellung der seit 1978 laufenden Versuche, angesichts der stark gestiegenen Preise für Öl und Erdgas die vorhandenen Kohlevorräte unter Tage zu vergasen. Im Jahr 1983 wurden Bohrungen von der Erdoberfläche niedergebracht, um auf diese Weise die Kohlevergasung zu bewerkstelligen. „Ermutigende Ergebnisse" haben auch Versuche mit elektrischer Entgasung erbracht.

Aus Italien stammen Verfahren zur Reparatur von Tiefseeleitungen, auf die das Land zu seiner Versorgung mit nordafrikanischem Gas aus Algerien angewiesen ist. Paul Rietjens aus den Niederlanden hingegen berichtet über Erfahrungen beim Schweißen von Rohrleitungen unter Druck, also bei vollem Betrieb. Rohrleitungen, die nach den entwickelten Methoden angebohrt und repariert werden, besitzen nach Rietjens die gleiche Sicherheit und Lebensdauer wie vor der Reparatur. Über Schutzumhüllungen und über kathodischen Schutz von Leitungen schließlich referieren zwei Fachleute der British Gas Corporation.

Ein dänisches Team hat sich Gedanken darüber gemacht, ob auch alle Qualitätsnormen, die auf dem Papier stehen, in der Praxis beim Leitungsbau berücksichtigt werden, was ja nach Überdeckung der Leitungen nachträglich kaum noch nachprüfbar ist. Sie entwickelten ein „formalisiertes Qualitäts-Sicherheitssystem für den Bau und für die Konstruktion von Erdgasleitungen".

Fortschritt auch bei Pipeline-Technologie

Zwei Schweden stellen eine Durchführungsstudie für eine großenteils über Land führende Pipeline vom norwegischen Festlandsockel nördlich des 62. Breitengrades über Nordnorwegen, Schweden und Dänemark bis in die Bundesrepublik vor. Die Forscher kamen zu dem Ergebnis, daß das Projekt nicht nur technisch realisierbar wäre, sondern auch in der Öffentlichkeit auf überwiegend positive Resonanz stieße.

Renato Drusiani und Mario Zeppegno aus Italien erörtern Problemlösungen für die Gasversorgung der rasch expandierenden italienischen Städte. Die Expansion zwingt dazu, die Regel- und Meßstationen zur Übernahme des Erdgases immer weiter an den Stadtrand zu verlegen. Hierdurch ergebe sich die Möglichkeit, die Verbindungsleitungen zwischen dem Transport- und dem Verteilungssystem zu überdimensionieren. Diese Überdimensionierung habe deutliche Vorteile für die Speicherung von Gas für den Spitzenbedarf gegenüber herkömmlichen Vorratssystemen. HANS BAUMANN

ENERGIESPAREN

Wärme pumpen Kosten sparen

Genau betrachtet stellen die Verkäufer von Energie das Grundgesetz aller Märkte auf den Kopf: Der Erfolg liegt im Mehrabsatz. Doch die Energiewirtschaft hat erkannt, daß nur dann ihr Geschäft Zukunft behält, wenn sie den Kostenfaktor Energie in der Produktion nicht überhand nehmen läßt, daß Energie so preisgünstig wie möglich sein muß, wenn die Wirtschaft insgesamt florieren soll.

Da aber die beiden Ölpreisschübe von 1973/74 und 1979/80 den Energiepreis insgesamt so stark erhöht haben, daß die Konjunktur der Weltwirtschaft aus dem Tritt geriet, war die Energiewirtschaft von sich aus bemüht, Methoden zu entwickeln, mit denen die Wirtschaft den Einsatz von Energie verringern konnte. Energiesparen wurde Mode.

Zur Einsparung von Energie leistet die Gaswirtschaft einen ganz besonderen Beitrag. Erdgas muß nicht in eine Sekundärenergie umgewandelt werden, wie etwa Kohle in Strom. Erdgas kann, so wie es aus der Leitung strömt, über Spezialbrenner direkt in Wärmeenergie verwandelt werden. Es entstehen also keine Verluste durch Umwandlung. Erdgas wird sofort und beinahe restlos genutzt.

Hier müssen auch die Hersteller von Geräten erwähnt werden, die seit einem Jahrzehnt Fortschritte erzielt haben wie in fünf Jahrzehnten zuvor nicht. Diese Fortschritte wiederum wurden zusammen mit den Unternehmen der Gaswirtschaft erzielt.

Aus der neuen Technologie der Gasanwendung ragt die Gaswärmepumpe heraus. Gaswärmepumpen nutzen nicht nur die Temperaturen der Außenluft, sondern auch die Abwärme des gasbetriebenen Antriebsmotors der Pumpe. Auf diese Weise sparen Gas-Wärmepumpen Energie gegenüber anderen, konventionellen Heizsystemen. Beispiel: Bei der Beheizung eines Mehrfamilienhauses mit einer Gas-Wärmepumpe können bis zu 160 Prozent der eingesetzten Primärenergie als Nutzwärme gewonnen werden. Anders herum: Die Energieersparnis beträgt gegenüber einer konventionellen Heizungsanlage bis zu 50 Prozent, in Einzelfällen sogar noch mehr.

In der Bundesrepublik arbeiten zur Zeit bereits über 500 Kompressions-Gas-Wärmepumpen mit einer Leistung von 50 Kilowatt. Sie beheizen Verwaltungsgebäude, Sport- und Schwimmzentren, Mehrfamilienhäuser und Industrieanlagen.

Energie wird auch mit dem neuen Brennwertkessel gespart. Er nutzt die Kondensationswärme, die bei herkömmlichen Kesseln mit dem Abgas verlorengeht. Voraussetzung für die Nutzung des Brennwertes ist die saubere Verbrennung, die mit dem Einsatz von Erdgas gewährleistet ist. Der Brennwertkessel bringt selbst gegenüber einem modernen Gaskessel mit hohem Wirkungsgrad eine Ersparnis von über 15 Prozent.

Eine weitere Sparmethode ist das Wärmezentrum. Über 2000 sind davon bereits in der Bundesrepublik in Betrieb. Das Wärmezentrum ist eine umgebaute Kesselanlage, aus der der gesamte Haushalt gespeist wird. Die heute auf dem Markt erhältlichen Gas-Wärmezentren ermöglichen eine Energieeinsparung von etwa 25 Prozent. Bm.

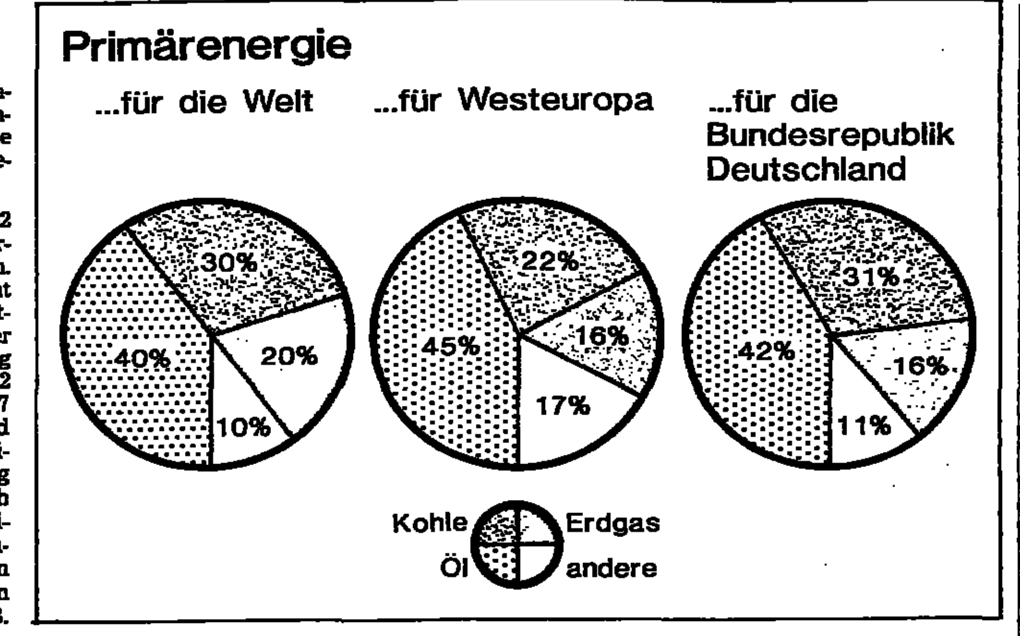
Gewinner: Gas und Kernenergie

Die aktuellen Zahlen vom ersten Quartal 1985 über den Verbrauch von Primärenergie in der Bundesrepublik Deutschland zeigen zwei Gewinner: Die Kernenergie und das Erdgas. Insgesamt hat der Verbrauch an Primärenergie um 1,2 Prozent auf 104 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE) zugenommen gegenüber dem ersten Quartal 1983. Neben den beiden Gewinnern gab es fünf Verlierer: Die Steinkohle mit minus 6,1 Prozent auf 21,5 Millionen Tonnen SKE, die Braunkohle mit minus 5,2 Prozent auf 9,9 Millionen Tonnen SKE, das Mineralöl mit minus vier Prozent auf 38,5 Millionen Tonnen SKE und die Wasserkraft und die übrigen Energieträger mit minus 6,6 Prozent auf 10,7 Millionen Tonnen SKE.

Die Nase vorn in diesem Rennen hat mit Abstand die Kernkraft. Sie legte um 56,2 Prozent auf 10,7 Millionen Tonnen zu. Ihr folgt das Erdgas mit einem Plus von 5,4 Prozent auf 21,5 Millionen Tonnen SKE, das heißt: Erdgas war im ersten Quartal 1985 mit über 20 Prozent an der Primärenergieversorgung beteiligt, wozu sicherlich der harte Winter erheblich beigetragen hat.

Die Kernenergie machte einen so deutlichen Satz nach vorn, weil vier neue Kernkraftwerke bis zum Jahresende 1984 in Betrieb gegangen waren und die Kernkraftwerke insgesamt einen sehr hohen Auslastungsgrad hatten. Dadurch wurde weniger Steinkohle und Braunkohle für die Erzeugung von Elektrizität benötigt.

In der Zeit von 1979 bis 1982 war der Primärenergieverbrauch stark zurückgegangen. 1982 lag er um gut elf Prozent unter dem bisherigen Höchststand von 1979. Nach einer Stabilisierung von 1983 stieg er 1984 wieder kräftig um 12 Millionen Tonnen SKE auf 377 Millionen Tonnen SKE an und lag damit wieder auf dem Niveau von 1973. Weltweit betrug der Primärenergieverbrauch im Jahre 1984 rund 10,2 Milliarden Tonnen SKE. Die Staaten Westeuropas hatten daran einen Anteil von 1,7 Milliarden Tonnen SKE. C.B.



ENERGIEPREISE / Importkohle mit Abstand am billigsten

Das Gas hielt sich im Zaume

Ein Blick auf die Energiepreis-Entwicklung zeigt die explosionsartige Anhebung nach den Ölpreisschüben 1973/74 und 1979/80. Nicht profitieren konnte von diesem Preissog die Importkohle. Sie ist in den letzten Jahren sogar wieder billiger geworden. Der Grund liegt auf der Hand: Der Weltkohlemarkt ist mit einem Volumen von rund 250 Millionen Tonnen im Jahr relativ klein. Um diesen verhältnismäßig begrenzten Markt, auf den zudem noch ständig neue Anbieter wie Kolumbien stoßen, ringt ein Exportland wie beispielsweise Polen, das dringend auf Devisen angewiesen ist, und daher über einen möglichst niedrigen Preis große Mengen auf sich zu ziehen versucht.

Wie die Tabelle ausweist, hat sich auch die deutsche Kohle im Preis zurückgehalten. Der Grund: Sie hätte wahrscheinlich bei höheren Preisen noch mehr an Boden verloren. Im Zaume haben sich auch die Grenzübergangspreise für Erdgas gehalten, obwohl die Preise sich am deutschen Wärmemarkt orientieren, derzeit vorzugsweise am Preis für leichtes Heizöl.

Der Vergleich der Grenzübergangspreise verrät aber auch, daß Erdgas einen geringeren Devisenaufwand erfordert als der Import von Heizöl. WR

Zeitraum	Preise in DM/t SKE					
	Erdgas	Rohöl	Heizöl schwer	Heizöl leicht	dt. Industrie-kohle	Import-kohle
1970	44,96	41,66	38,89	58,83	80,59	65,36
1971	40,71	53,10	50,82	75,54	87,50	69,00
1972	42,42	50,06	38,89	60,27	87,50	65,90
1973	39,62	56,96	45,31	117,25	91,18	59,53
1974	48,30	155,14	113,74	174,69	121,21	98,43
1975	76,71	154,55	127,00	170,13	139,08	125,26
1976	89,91	169,04	129,08	190,43	154,74	104,75
1977	104,39	168,12	136,07	190,24	154,74	99,51
1978	122,66	145,53	122,24	178,17	168,55	88,17
1979	123,20	191,52	152,93	353,86	171,78	94,29
1980	181,63	313,56	229,71	385,50	201,25	121,78
1981	258,70	426,18	326,40	468,50	234,87	170,47
1982	302,68	423,91	315,11	489,62	248,69	172,47
1983	292,29	398,37	326,65	444,69	256,97	147,76
1984	304,91	428,10	387,13	468,93	265,57	144,25

UMWELT / Unter der Erde zum Verbraucher

Energie aus dem Bilderbuch

Das Bewußtsein der Menschen für ihre Umwelt ist namentlich in den Industrienationen in den letzten Jahren sensibilisiert worden. Schlagwörter wie Verschmutzungsabgabe nach dem Abwasserabgabengesetz, die Großfeuerungsanlagen-Verordnung oder der Katalysator für Automobile stehen für dieses Ringen um Regenerierung der Umwelt.

Eine besonders umweltfreundliche Energie ist neben der Kernkraft das Erdgas. Von seinen Förderquellen bis zum Verbraucher wird es ohne Belastung der öffentlichen Verkehrswege durch Pipelines unter der Erde transportiert.

Transport und Verbrauch von Erdgas verursachen keine Verschmutzung von Boden und Gewässern. Erdgas hilft demnach, das Trinkwasser sauber zu halten.

Da Erdgas, so wie es ankommt, verbrannt wird, ist keine Umwandlung in eine Sekundärenergie erforderlich. Und weil keine Umwandlung stattfindet, werden auch keine Schadstoffe freigesetzt und auch keine Abwärme.

Erdgas verbrennt besonders sauber. Der gasförmige Zustand ermöglicht eine gleichförmige Durchmischung mit der Verbrennungsluft und dadurch eine fast vollständige Verbrennung. Schädliche Bestandteile wie etwa Schwefel und seine Verbindungen sind im Erdgas praktisch nicht enthalten. Die Abgase von Erdgasfeuerungen sind deshalb nahezu frei von Schwefeldioxid, von Staub, Kohlenwasserstoffen und Fluoriden.

Die Erdgaswirtschaft hat ausgerechnet, daß die jährlichen Schwefeldioxid-Emissionen im Bundesgebiet zur Zeit bei etwa drei Millionen Tonnen liegen. Hätten wir kein Erdgas, so würde diese Menge um 0,8 Millionen Tonnen höher sein.

Auch die Stickstoffoxid-Emissionen sind bei Erdgasfeuerungen gering. Stickstoffoxide stammen nicht aus dem Erdgas, sie entstehen vielmehr bei jedem Verbrennungsprozeß. Die Industrie arbeitet mit Nachdruck an der Weiterentwicklung von Brennern, die die Stickoxid-Werte weiter drücken.

All diese Vorteile des Erdgases erlauben es, Industrien auch dort noch anzusiedeln, wo die Schadstoffbelastung insgesamt schon ziemlich hohe Werte erreicht hat. WR

FLÜSSIGGAS / Wachsende Verfügbarkeit

Jeder zehnte Haushalt heizt aus der Flasche

Immer mehr rückt in der Bundesrepublik auch Flüssiggas – Propan/Butan – als Energie in den Vordergrund. Dabei spielt die Marktdurchdringung vom Gas aus der Flasche und aus dem „Tank" eine besondere Rolle. Mobilität, geringe Umweltbelastung und hohe Wirtschaftlichkeit haben in den letzten zehn Jahren zu einer Verdoppelung des Flüssiggasabsatzes geführt.

Heute nutzt fast jeder zehnte Haushalt in der Bundesrepublik Flüssiggas. Obwohl der Trend zum Energiesparen weiter anhält, konnten die deutschen Flüssiggas-Versorgungsunternehmen ihren Absatz 1984 um 6,9 Prozent auf 1,1 Millionen Tonnen steigern.

Nach den Prognosen der Mineralölwirtschaft gehört Flüssiggas zu den wenigen *Mineralölprodukten*, deren Verbrauch langfristig steigende Tendenz hat. Wo kommen nun diese zusätzlichen Mengen her, und wie können sie vermarktet werden?

Noch vor relativ kurzer Zeit war der Flüssiggasimport aus Übersee kaum denkbar. Der deutsche Bedarf an Flüssiggas wurde im wesentlichen aus inländischen Raffinerien gedeckt. Die rückläufige Kapazitätsentwicklung der Raffinerien und ihre reduzierte Fahrweise führten zu stagnierendem bis sinkendem Mengenaufkommen. Jeder Konsumzuwachs mußte durch Importe abgedeckt werden.

Dieser Entwicklung kommen nun die ständig wachsenden Verfügbarkeiten aus ausländischen Lieferquellen entgegen. Bei der Rohöl- und auch bei der Erdgasförderung fallen Begleitgase an, die in der Vergangenheit fast ausschließlich abgefackelt wurden. Mit dem Steigen der Energiepreise erkannten auch die Rohölförderländer den Wert dieser leicht zu verflüssigenden Gase. Seitdem wurden immer mehr Extraktionsanlagen errichtet; die Begleitgase werden vom Rohöl oder Erdgas abgespalten, in Exportterminals gesammelt und per Tanker exportiert.

Extraktionsanlagen gibt es inzwischen unter anderem in Saudi-Arabien, Kuwait, einigen arabischen Emiraten, Australien, Nordafrika, Südamerika und nicht zuletzt in der für das Verbrauchszentrum Westeuropa besonders günstig gelegenen Nordsee. 1984 wurden aus der Nordsee etwa drei Millionen Tonnen Flüssiggas gefördert. Das Förderniveau wird nach Schätzungen in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts etwa vier Millionen Tonnen pro Jahr erreichen.

Weltweit lag der Flüssiggasverbrauch 1984 bei rund 90 Millionen Tonnen. Die größten Verbrauchermärkte sind die USA (45 Millionen Tonnen), Westeuropa (18 Millionen Tonnen) und Japan (16 Millionen Tonnen). Die den Eigenbedarf der Erzeugerländer übersteigenden Exportverfügbarkeiten betragen 1984 rund 25 Millionen Tonnen und dürften weiter wachsen.

Um diese zusätzlich verfügbaren Mengen absetzen zu können, mußten an Europas Küste Seehafen-Terminals und entlang der Flüsse Binnenläger errichtet werden. Im westeuropäischen Küstenbereich gibt es heute Terminals, unter anderem in Vlissingen, Terneuzen, Zeebrügge, Antwerpen und Le Havre. Mit Emden wurde kürzlich neben Brunsbüttel in der Bundesrepublik ein weiterer Seehafen-Terminal in Betrieb genommen.

An der Rheinschiene existieren bereits Binnenläger in Duisburg, Krefeld, Mainz, Mannheim und Karlsruhe. Die lückenlose Versorgungskette zum Verbraucher wird durch 100 regionale Lager und 30 Tankwagenstützpunkte geschlossen.

Flüssiggas konkurriert im Wettbewerb auf dem Wärmemarkt vorwiegend mit Erdgas und Heizöl. Die weltweit wachsende Verfügbarkeit von Flüssiggas dürfte nach Meinung der Branche *längerfristig die preisliche* Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Einen vergrößerten Anteil am Absatz auf dem Wärmemarkt erwartet die Branche auch aufgrund verschärfter Umweltschutzauflagen. Flüssiggas zählt zu den schadstoffarmen und damit zu den umweltfreundlichen Energien. STEFAN MÜLLER-RUST

WÄRMEMARKT

Ziel: 1990 acht Millionen Wohnungen

Es kommt ins Haus wie Wasser und Strom, es steht ständig zur Verfügung; man braucht es nicht zu lagern, auch ist es geruchlos und ungiftig und außerdem läßt es sich bei seiner Anwendung sehr fein regulieren: Erdgas.

Jahr für Jahr lassen sich rund 300 000 Wohnungen in der Bundesrepublik an das Erdgasnetz anschließen. Vom Herbst an können es auch die West-Berliner, weil im Oktober über eine Stichleitung durch die „DDR" Sowjetgas nach West-Berlin geleitet wird.

Das Ziel der deutschen Gaswirtschaft ist es, 1990 rund acht Millionen der insgesamt rund 25 Millionen Wohnungen an das Erdgasnetz angeschlossen zu haben. Die Ausweitung des Erdgasmarktes hat im wesentlichen zwei „Quellen":

1. Der Anschluß von Neubauten an das Netz; etwa 70 Prozent der Neubauten wählen Erdgas, rund 15 Prozent ziehen Heizöl vor.
2. Ehemalige Heizölkunden stellen von Öl auf Erdgas um.

Wie Klaus Liesen, Vorstandsvorsitzender der Ruhrgas AG, Essen, erklärte, verläuft die Entwicklung des Erdgasverbrauchs in der Bundesrepublik im Rahmen der seit Anfang der siebziger Jahre bestehenden energiepolitischen Zielsetzung, die auf einen Anteil des Erdgases am gesamten Energieverbrauch von rund 18 Prozent gerichtet ist. Zur Zeit beträgt dieser Anteil 16 Prozent.

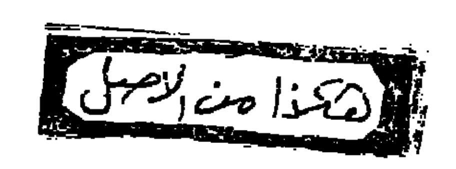
Der Anteil von etwa einem Fünftel des Energieverbrauchs hilft nach Liesen, das Energieproblem zu entproblematisieren. Ein Fünftel Anteil am Energieverbrauch dient also der langfristigen Versorgungssicherheit, es dient dem Umweltschutz und es bietet eine Energie, deren Preis beim Verbraucher nicht subventioniert zu werden braucht.

Das Erdgas steht in einem freien – und noch wachsenden – Wettbewerb. Absatzgarantie für Erdgas gibt es nicht; wettbewerbliche Fehlschläge gehen, so Liesen, nicht zu Lasten des Verbrauchers oder des Steuerzahlers. Klaus Liesen: Die Gaswirtschaft bejaht diese Situation. Sie erwarte allerdings, daß die marktwirtschaftlich orientierten Rahmenbedingungen bestehen bleiben.

Das bedeutet für ihn, daß Interventionen – wie etwa Anschlußzwang oder Subventionen – weder zugunsten noch zum Nachteil des Erdgases erfolgen sollten. Solche Interventionen würden letztlich auf eine regionale Monopolisierung einzelner Energiearten hinauslaufen. Das würde also eine Beseitigung des Substitutionswettbewerbs im Wärmemarkt bedeuten. Die Folge wäre nach Liesen ein Nachlassen des Rationalisierungsdrucks und damit ein Verzicht auf die positive Funktion der Wettbewerbspreise. WR







Pankraz, M. Warnke und die Kunst bei Hofe

Das Buch des Hamburger Kunsthistorikers Martin Warnke über die „Hofkünstler", soeben erschienen im DuMont Buchverlag, Köln, ist mehr als nur ein Markstein in der Kulturgeschichtsschreibung. „Zur Vorgeschichte des modernen Künstlers" nennt Warnke sein Werk im Untertitel, und seine Kernthese lautet: Nicht in der bürgerlichen Produktions- und Tauschgesellschaft hat dieser moderne Künstler seine wesentliche, bis heute nachwirkende Prägung erfahren, sondern „bei Hofe", im Kammerdienst irgendeines der vielen Duodezfürsten, die bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein vor allem in Deutschland und Italien blühten. Die politischen und sozialen Reaktionsweisen zumindest des mitteleuropäischen Künstlers seien folglich auch heute noch weitgehend höfisch – eine kühne, interessante Feststellung, mit der Warnke auch einen bedenkenswerten Beitrag zur aktuellen Diskussion leistet.

Das *Material, das er ausbreitet*, ist überwältigend und von hohem kulturgeschichtlichen Reiz. Demnach verhielt es sich keineswegs so, wie das gängige Klischee wissen will: daß nämlich die Künstler in die Stadt und in eine freie Unternehmerposition strebten, um Freiheit für ihr Schaffen zu finden und sich selbst zu verwirklichen. Die Künstler suchten im Gegenteil der Stadt zu entkommen, wo Gildenzwang, wirtschaftliche Ungewißheit und mangelnder Glanz ihr Fortkommen hinderten, und begaben sich scharenweise in Fürstendienste. Dort fanden sie geregeltes Einkommen, üppige Aufträge, Wappen und Adel; sie partizipierten am Gottesgnadentum des Souveräns. „Der Anteil der Künste an der sichtbaren Erscheinung fürstlicher Aura, die privilegierte Nähe des Künstlers zum Herrscher", schreibt Warnke, „hat den Eindruck von einer ‚höheren', aus besonderen Gnaden genährten, mit universaler Kompetenz begabten, außergewöhnlichen Tätigkeitsform hervorgerufen und festgelegt."

Warnke bringt vor allem Beispiele aus Architektur und bildender Kunst, liefert faszinierende Einblicke in die Biographien Michelangelos, Bramantes, Giottos, Mantegnas, Berninis oder Cellinis, aber er läßt keinen Zweifel daran, daß das Gesagte auch für Musiker und Dichter gilt. In der Tat hat sich das, was wir uns „den musikalischen und dichterischen Aufbruch in die Moderne" zu nennen angewöhnt haben, ja beinahe ausschließlich an Höfen abgespielt. Haydn, Mozart und Beethoven standen in Fürstendienst oder zumindest in Fürstensold, Goethe, Wieland, Klinger oder Klopstock waren Höflinge oder „Fürstenbegleiter". Der Hofdienst brachte oft Spannungen mit sich, erforderte Kompromisse und Abstriche; doch im allgemeinen – auch das zeigt der Hamburger Professor – war er ein sehr viel besserer Garant für die Künstlerfreiheit als die „freie" Stadtluft. Die fürstliche Kunstakademie war der bürgerlichen St. Lukas-Gilde in jeder Hinsicht überlegen.

Die Französische Revolution von 1789, die angeblich die „endgültige Befreiung vom Despotismus" brachte, hat sich in ihren kunstpolitischen Dekreten und Maßnahmen sehr zwiespältig gegenüber der Kunst verhalten. Ein Aufruf des Ausschusses für öffentliche Arbeiten von 1793 appellierte an die Künstler, ihr Schaffen in den „Dienst der Freiheit" zu stellen und „ihre frühere Niedrigkeit zu sühnen" (!). Die Künstler brauchten nun keine individuellen Mäzene mehr, hieß es, „die Bedürfnisse einer gebildeten Nation genügen, ihnen Bewegung und Lebendigkeit zu erhalten". Zur gleichen Zeit wurden von den Sansculotten zahllose Kunstwerke von unschätzbarem Wert mutwillig zerstört, viele Künstler wurden vertrieben oder gar guillotiniert.

Aber nicht nur sie, sondern faktisch alle Künstler machten nun die desillusionierende Erfahrung, daß es leichter ist, sich mit dem Geschmack eines einzelnen fürstlichen Auftraggebers zu arrangieren als mit dem Geschmack des sich über den Markt durchsetzenden oder von revolutionären Massenparteien gegängelten Zeitgeistes. Der einzelne Fürst ließ sich sehr oft zur Liberalität bekehren, der Markt oder die Partei taten das nie. Hier liegt zweifellos ein wichtiger Grund für die Totalopposition, die heute viele Künstler betreiben. Nur noch im puren Dagegensein glauben sie einen Zipfel der großen Kunstfreiheit zu erhaschen, doch es macht sie wiederum keineswegs glücklich, daß die Gesellschaft (oder wenigstens der mit Kunst befaßte Teil von ihr) auch diese Gesten des Dagegenseins oftmals bejubelt und großzügig honoriert. Denn was nützt Dagegensein, wenn es keinen Widerstand oder nur noch den Widerstand einiger nicht zählender Hinterwäldler findet? Gleichgültigkeit ist nicht Liberalität.

Was nützt es, sich für etwas Besseres, Edleres zu halten, wenn es keine Instanz gibt, die einem das glaubhaft bestätigen kann? Der moderne Parteienstaat, entweder (Modell Ost) Globalterrorist oder (Modell West) glanzloser Verwalter von Gruppeninteressen, leistet solche Bestätigung gewiß nicht. Aber auch die privaten Kunstförderer unserer Tage, Geldleute, Banken, Stiftungen, entbehren jeglicher Nobilitierungs-Kompetenz, denn Geld allein, ohne auch nur die Spur eines eigenen Kunstwillens, verleiht keinen metaphysischen Glanz. Gerade die Gleichgültigkeit der neuzeitlichen Förderer gegenüber dem „Was", ihr beflissenes Gießkannen-Verhalten entlarvt sie als geistigen Pöbel, von dem man kein Adelsprädikat entgegennehmen mag.

Was können die Künstler tun? Sie können sich natürlich endlich ihres höfischen Erbes begeben, um nur noch Kunst- und Literaturproduzenten unter vielen anderen gleichberechtigten Produzenten zu sein. Bekanntlich waren sie schon einmal beinahe so weit, machten jedoch gerade noch rechtzeitig die Erfahrung, daß dabei die Kunst selbst draufzugehen drohte. Bliebe als Alternative also nur noch, daß sie sich selbst unter jene Zucht und (partielle) metaphysische Außenleitung stellen, die ihnen ihre höfischen Auftraggeber einst abverlangten.

Pankraz

Lob für Oberhausen

Die Prawda mag die Filmtage

In einem „Spannungsfeld von Kontinuität und Fortentwicklung" sieht die neue Leiterin der Westdeutschen Kurzfilmtage, die Frankfurter Journalistin Karola Gramann, die Zukunft der Oberhausener Kurzfilmtage. Bei ihrer Amtseinführung erklärte sie, sie wolle die Tradition eines Forums für die Kurzfilm-Regisseure aus aller Welt – besonders aus dem Ostblock und den Entwicklungsländern – beibehalten.

Am selben Tage veröffentlichte die Moskauer „Prawda" einen Beitrag, der mit Applaus und Lob für die diesjährigen Filmtage nicht geizte: Da reaktionäre Kreise des Westens, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland, die Welt wieder in die Zeiten des „kalten Krieges" zurückholen wollten, bilde zu anderen westlichen Filmfestivalen Oberhausen eine rühmliche Ausnahme. Denn hier sei „die Filmleinwand für die Werke aller progressiven Filmschaffenden der ganzen Welt offen".

Die Zeitung führt weiter aus, im Mittelpunkt der Veranstaltung hätten vor allem die Fragen des Kampfes gegen die nukleare Gefahr sowie der Politik der imperialistischen Aggressionen gestanden. Hervorgehoben wurde besonders der Eröffnungsfilm aus der „DDR", „Das lustige Spiel", ein scharfes Pamphlet gegen die „nuklearen Spiele, die die USA unermüdlich verfolgten". „Von entlarvendem



Setzt auf Kontinuität: Karola Gramann, die neue Leiterin der Oberhausener Kurzfilmtage FOTO: DPA

anti-imperialistischen Charakter" seien besonders die Filme „Palästina – Chronik eines Volkes" – von der PLO gezeigt – sowie zwei Streifen über die Tragödie von „El Salvador" gewesen. Einer dieser Filme dokumentiere das Schicksal eines ehemaligen Fliegers in Vietnam, der heute als Arzt in Salvador arbeite und sühne.

Aufmerksam wurden von sowjetischer Seite auch die Filme über Gastarbeiter registriert, so u. a. der kanadische Film „Unter dem Tisch" und der griechische Film „Asyl", der das „traurige" Schicksal eines griechischen Gastarbeiters in der Bundesrepublik aufrolle. Der Inhalt sei die „gesetzliche" Einbürgerung, „die jedoch in der Regel", so der Prawda-Korrespondent, „nur Bitterkeit und Enttäuschung bringe".

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

„Ein Fest mit Georg Friedrich Händel" – Die prächtige Geburtstagsfeier im Garten von Herrenhausen

Für Meister Tod ein bizarres Grazioso

Hannover feiert Georg Friedrich Händel. Die Stadt nutzt den 300. Geburtstag des Komponisten, um ihren französischen Garten in Herrenhausen in Szene zu setzen, um zu einem Barock-Fest unter freiem Himmel einzuladen. Daß Händel als Hofkomponist Georg Ludwigs, des späteren Königs von England, insgesamt nur eineinhalb Jahre am Hof in Herrenhausen weilte, stört die Hannoveraner heute wenig.

Georg I. und Händel treten bei der Eröffnung sogar „persönlich" auf. Reinhold Rüdiger, Intendant der Landesbühne Hannover, spielt einen prächtigen Landesherrn, und Alexander May, Schauspielintendant der Niedersächsischen Staatstheater Hannover, stellt den Komponisten vor. Ihre Vorhut bilden Fanfarenbläser auf goldbetreßten Pferden, die, fest im Sattel sitzend, einen Marsch für Trompeten und Pauken von Christian Philipp Emanuel Bach und den Marsch aus Händels „Judas Maccabäus" intonieren. Dieser Festzug mit berittenen Herolden, Hofdamen, Höflingen, einer Meute von Windspielen vor dem Hintergrund des Gartens – die Zuschauer erleben ihn im Ehrenhof – beeindruckt mehr, als wenn „Händel" und der „Kurfürst" aus ihren Wagen steigen und huldvoll ins Publikum grüßen. Das „Huldigungsballett" zum Concerto grosso opus 3, Nr. 4a von Händel mit einer Choreographie von Lothar Höfgen, die schöne Soli bietet, stimmt da eher auf das Barock-Spektakel ein.

Nach der Eröffnung zeigt sich die hervorragende Organisation des Festes. Die 3000 Zuschauer werden durch fahnenschwenkende, fröhliche „Pulcinellen" getrennt und an vier verschiedene Veranstaltungsorte geführt. Nun präsentiert sich, was unter der künstlerischen Gesamtkonzeption von Herbert Asmodi entstanden ist: ein breites Spektrum darstellender Kunst, das Ballett, konzertante Aufführungen, Oper, Komödie, Pantomime und Maskentanz umfaßt. Der ganze Garten wird zur Bühne, der Abend lebt von und mit der Kulisse des Gartens. Deshalb werden die Schwächen des Programms sofort deutlich, wenn man bei schlechtem Wetter in die Orangerie ausweichen muß, wo sonst die Bearbeitung einer Szene aus Händels „Herakles" (Inszenierung Herbert Wernicke) und „Enrico Leone", eine wiederentdeckte Oper von Agostino Steffani, Händels Vorgänger am Hof in Herrenhausen, zu sehen sind.

Mit viel Mühe wurden zu dem Fest einzelne Partien aus Händels Werken herausgesucht. Um den Bogen zum Heute zu spannen, verband man sie mit neuen Werken zum Thema Händel, Herrenhausen oder Hannover. Da sie von unterschiedlicher Qualität sind, ist diese Synthese nicht so recht gelungen. Die fiktive Begegnung „Händel und Molière" von Herbert Asmodi beispielsweise, die im Gartentheater gespielt wird, gerät zur Posse. Gerd Peiser mimt einen etwas zu devoten Molière, und Alexander Mays monumentaler Händel wirkt nur väterlich-polternd. Das Schönste bleibt das Theater selbst, die Bühne gesäumt von hohen Hecken und einer weiß-goldenen Pergola. Dagegen gerät „Philipp und Sophie", eine komödiantische Interpretation der sagenumwobenen Königsmarck-Affäre, ebenfalls von Herbert Asmodi, unter der Regie von Ulf Reiher mit Myriam Christina Kretschmann (Sophie) und Bernhard Lübe (Königsmarck), vor allem aber Michael von Rospatt als Kurprinz und Marianne Schilling als Gräfin Platen zu einer anzüglichen, aber komischen Parodie.

Die sehenswertesten Inszenierungen sind die unter freiem Himmel, die sich in die Architektur des Gartens fügen. Der Besucher kann, angeleitet durch ein nach Spielorten und Themata gegliedertes Programm, flanieren und sich überraschen lassen, was ihm hinter der nächsten Hecke geboten wird. Ob im Heckengarten, im Lindenstück, Boskett oder Halbmond, überall finden sich Überraschungen. Vor der Fontäne, auf einer Bühne im Wasserbecken, führt das französische Temps fort Théâtre ein phantastisches Maskenspiel – „Amour et Folie" – in Anlehnung an die Fabeln Lafontaines auf. Die beinahe rituell wirkenden Bewegungen der drei Tänzer mit ihren farbenprächtigen Masken, die südostasiatisch anmuten, mit der bizarren Musik, die von der Flöte dominiert wird, fangen ein.

Genauso faszinierend ist die „Barockuhr" des Balletts der Staatsoper. Dreizehn lebende Allegorien verkörpern die vier Jahreszeiten, die vier Elemente sowie Weisheit, Jugend, Alter und Feuer. Langsam umtanzen sie den Meister Tod zum „Grazioso für Glasharmonika" von Johann Friedrich Reichardt und dem „Concertino für Glasharfe" von Fred Schaubelt (per Band überspielt).

Die Kostüme sind allemal Farb- und Stoffschwelgereien. Ohnehin tragen die Gewänder aller Darsteller, die größtenteils in Italien, in Mailand und Padua, gefertigt wurden, sehr zur Wirkung des Festes bei. Der Besucher kann nicht alles erleben, jedoch kann er zum Schluß, wenn alle 400 Teilnehmer im Ehrenhof aufmarschieren, noch einmal alle Kostüme bewundern.

Das Finale beginnt mit der Parade der Darsteller. Die Szene aus Jon Symons Rockballett „Warlock" fiel allerdings wegen der nächtlich feuchten Bühne aus. So sang ein 400köpfiger Chor das „Halleluja" aus Händels „Messias" in die Nacht hinein. Aber selbst diese vielen Stimmen verflüchtigen sich im Freien, klangen ein wenig zerfetzt. Besser drang da schon Händels Feuerwerksmusik durch, weil durch eine Lautsprecherübertragung verstärkt.

Wenn schon der Einzug der Künstler vor dem Hintergrund des leicht erleuchteten Gartens und beim Fakkelschein ein Fest fürs Auge ist, dann ist es zum Schluß erst recht das Feuerwerk mit der dazugehörigen Händel-Melodie. Der Glitzerregen, der vom Himmel fällt, und die Musik lassen barocke Lebensfreude aufkommen – und die Frage, ob unsere Zeit sich für solche Feste eignet.

CATRIN WILKENING



Das große Spektakel im Großen Garten von Herrenhausen: Das Maskenspiel der Gruppe „Temps fort Théâtre" FOTO: JOACHIM GEISEL

Albert Lortzings „Hans Sachs" in Saarbrücken

Vor den Meistersingern

Auch im „Hans Sachs" des Albert Lortzing gibt es meistersingerliches Bemühen, eine Festwiese, einen wohlhabenden Goldschmied samt heiratsfähiger Tochter, einen Schusterpoeten mit Lehrbuben und einen geckenhaften Rivalen des Hans Sachs. Aber dann hören die Parallelen zu Richard Wagners „Meistersingern von Nürnberg" auf. In Lortzings Oper sind sie noch in der Vorprüfung. Bei Sixtus Beckmesser hätten sie allesamt versungen und vertan. Selbst Sachs, der dilettierende Poet auf Freiersfüßen, vermag nur recht magere und kurzatmige Proben seines Könnens zu liefern, und es ist ein Zeichen dramaturgischer Hilflosigkeit, wenn am Ende Kaiser Maximilian, der ja etwas vom Schreiben verstand, bemüht werden muß, um die wenig aufregende Geschichte einem versöhnlichen Ende zuzuführen.

Auch musikalisch hält das Stück nicht, was die schwungvolle Ouvertüre verspricht. Zuviel Milde und Biederkeit wehen durch Lortzings Oper, die 1840, drei Jahre nach „Zar und Zimmermann", zum ersten Mal gespielt und bald vergessen wurde. Selbst als „Meistersinger"-Ersatz für kleinere Bühnen taugt sie nicht.

Man tat gut daran, das heute kaum noch spielbare Stück biedermeierlich anzuvisieren und es von den „Meistersingern" so weit wegzurücken wie vom „Wildschütz". Doch das macht den Mißgriff erst recht deutlich. Otto Daubner in der Titelpartie brachte seinen angenehmen Kavaliersbariton vorteilhaft zur Geltung. Jürgen Volmer hätte den konturlosen Goldschmied sicher gern gegen den van Bett aus „Zar und Zimmermann" eingetauscht, und Hiroko Nishida kokettierte mit ihren gesanglichen Vorzügen, ohne sie als fade Kunigunde nachdrücklich beweisen zu können. Das Orchester feierte einen wenig strapaziösen Abend ab, an dem Dirigent Hans Urbanek freilich alle Mühe hatte, die Musiker bei guter Laune zu halten und den unkomplizierten Musikantenstil Lortzings auf tonliche Sauberkeit und die gebührende Leichtigkeit zu bringen.

Dieser „Hans Sachs" ist halt doch ein wenig langweilig und gemütsarm, eigentlich eine Gelegenheitsarbeit mit austauschbaren Musiknummern. Deshalb brauchte Silvia Kuhlmann, die ihn zielsicher und schnörkellos in Szene setzte, den Nürnberger Honoratioren weder Sentimentalität noch Aufgeblasenheit auszutreiben. Sie läßt die wenigen Effekte ohne Peinlichkeit ausspielen und kommt mit Geschmack und Geschick über die gemütlichen Runden.

HEINZ LUDWIG

Fächer der Belle Epoque im Pariser Modenmuseum

Wind für freie Schulen

Wie ein zarter Wirbel empfängt uns diese Sinfonie aus Stoffen, Farben und Federn im Pariser Modemuseum im Palais Galliéra. Es führt uns „Fächer als Spiegel der Belle Epoque" in scheinbar endloser Vielfalt vor und öffnet den Blick für eine andere Welt, in der die Damen der Gesellschaft auf dieses Accessoire nicht verzichten konnten.

1910 exportierte allein das Hauptausfuhrland Südafrika fast 400 000 Kilogramm Straußenfedern, die von Modeschöpfern auf Hüte und Fächer gesteckt wurden, allen voran von den damals weltberühmten Pariser Fächerfabrikanten wie Duvelleroy oder Kees. Aber die an eine tropische Fauna erinnernden, paradiesischen Federfächer sind hier nicht die einzige Attraktion. Nicht minder überraschende Stücke aus Papier, Seide oder Spitze auf einem Gestell aus Horn, Knochen und Holz oder aus Elfenbein, Schildpatt und australischem Perlmutt sind zu bewundern.

Die Motive der oft an Puppen zur passenden Garderobe gezeigten Fächer bezaubern durch ihre eigenartige, praktische Schönheit. Sie erlauben aber auch interessante Einblicke in die Welt der Jahrhundertwende. Da läßt eine royalistische Zeitung Fächer herstellen, auf denen gegen die Inhaftierung des Thronprätendenten protestiert wird. Da tauschen die gegnerischen Parteien in der Dreyfus-Affäre Fächerschläge aus. Und kaum werden in der Öffentlichkeit die katholischen Privatschulen angegriffen, bringen Fächer mit Slogans für „freie Schulen" frischen Wind in die Auseinandersetzung.

Mit ihrem Fächer wollte die Besitzerin vor allem Aufmerksamkeit auf sich lenken, er erhöhte den Reiz des Decolletés, das sich mit seiner Hilfe flugs kaschieren oder decouvrieren ließ. Außerdem eignete er sich trefflich für wortlose Dialoge. Doch über diese „Sprache der Fächer" erfährt man leider in der Ausstellung nichts. Statt dessen wird ausführlich vorgeführt, wie Fächer hergestellt wurden.

Gezeigt werden dreihundert Variationen über ein modisches Thema. Namhafte Künstler der Zeit wie Mucha, Chéret und Redon lieferten Entwürfe. Und nicht nur Madame Barthou, die Frau des späteren Außenministers, ließ sich von ihren illustren Gästen Autogramme auf den Fächer geben.

Der Spaziergang durch die Belle Epoque der Fächer ist ein reizvoller Augenschmaus, auch wenn man sich an heißen Sommertagen am liebsten ein Modell aus der Vitrine nehmen würde (bis 27. Okt.; Katalog 140 Franc).

MICHAEL SIEBERT

Neuer Start im Hamburger Theater in der Kunsthalle: Gombrowicz-Premiere des Theater Scena Polska

Wer alles verloren hat, nur nicht seinen Akzent

Das nennt man Courage: sich mit dem höchst anspruchsvollen und schwierigen Unternehmen einer dreieinhalbstündigen Inszenierung von Witold Gombrowicz' „Die Trauung" im Theater in der Kunsthalle (tik) zum erstenmal dem Hamburger Publikum zu stellen. Das „Theater Scena Polska Hamburg", eine Gruppe von Exil-Schauspielern aus mehreren osteuropäischen Ländern, erntete am Ende dieser Tour de force in der fremden deutschen Sprache Beifallsstürme und Bravorufe des Publikums – was nicht nur Solidarität bekunden und Mut machen sollte, sondern auch einer sehr ansehnlichen Leistung galt.

Sie sind Profis, die Mitglieder dieser von dem Polen Aleksander Berlin im August 1984 in Hamburg gegründeten und geleiteten Exilantenbühne (ein erster Versuch, in Kiel Fuß zu fassen, war gescheitert), geflüchtete Schauspieler, die nur eines wollen, nämlich wieder in ihrem Beruf arbeiten, wieder auftreten. Doch ihre Integration in die deutsche Theaterszene wird durch die Sprachbarriere verhindert: „Ein Emigrant ist ein Mensch, der alles verloren hat, nur nicht seinen Akzent" (Gabriel Laub).

Daß sie trotz der unüberhörbaren Sprachschwierigkeiten dennoch auf deutsch spielen, ist Programm. Es ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege in die künstlerische und soziale Integration. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit zwischen deutschen und ausländischen Schauspielern, die sich bereits bei dieser ersten Premiere bewährte.

Hauptziel der „Scena Polska" ist nicht etwa politisches, agitatorisches Theater. Diese Exilbühne hat andere Absichten. Sie will die Bühnenliteratur des 20. Jahrhunderts aus Polen und anderen osteuropäischen Ländern exemplarisch vermitteln. Zugleich beabsichtigt man, spezifisch polnische Darstellungsweisen vorzuführen, auch durch das Engagement von noch in Polen arbeitenden Regisseuren, Bühnenbildnern und Komponisten. Das jedoch ist vorerst Zukunftsmusik.

Noch ist die Existenz der kleinen Truppe (sieben Leute, davon drei Polen, gehören zum Stamm-Ensemble) nicht gesichert, noch ist sie ganz auf Improvisation und auf den Goodwill von Förderern angewiesen, auf das Überlassen von Spielstätten, auf technische Hilfe, wie sie jetzt das Thalia Theater großzügig gewährte.

Zwar geben staatliche und private Institutionen eine Zuschuß. Doch genügt das noch nicht als Existenzgrundlage. Deshalb bleibt man „auf dem Teppich" und plant vorsichtig: noch einige Hamburger Vorstellungen der „Trauung", mit der man nach der Sommerpause dann auf Tournee durch Schleswig-Holstein und Niedersachsen, vielleicht auch durch das Ruhrgebiet gehen will. Als nächste Premiere im Herbst ist ein Vier-Personen-Stück eines polnischen Autors vorgesehen. Fernziel bleibt ein von Aleksander Berlin schon in seinen Kieler Zeiten avisiertes Schauspiel von Tadeusz Rozewicz.

Das Vorurteil, die „Scena Polska" verdiene eher ein soziales als ein künstlerisches Interesse, hat Aleksander Berlins Inszenierung des surrealen Traumspiels von Witold Gombrowicz überzeugend widerlegt. Henryk Nolewajka, in Krakau ausgebildet, warf sich mit vollem Engagement und bis zur Erschöpfung in die Hauptrolle des Henrik. Was outriert wirkte, ging auf das Konto des Sprachproblems. Und Marek Wlodarczyks Ausstrahlung und seine vitale Bühnenpräsenz erinnerten an den jungen Brandauer. Für diesen hochbegabten Schauspieler könnten und sollten sich Film und Fernsehen interessieren.

BELINDE BÜTOW

JOURNAL

Lopez Cobos wird Chefdirigent in Cincinnati

AP, Berlin

Der Generalmusikdirektor der Deutschen Oper Berlin, Jesus Lopez Cobos, wird ab 1987 zusätzlich zu seinen Berliner Aufgaben die Leitung des Cincinnati Symphony Orchestra (USA) übernehmen. Der Vertrag als Chefdirigent läuft zunächst bis 1991. Cobos ist Nachfolger von Michael Gielen, der sein Amt im Sommer 1986 abgibt.

SWF-Literaturpreis an Friederike Mayröcker

dpa, Baden-Baden

Der österreichischen Schriftstellerin Friederike Mayröcker ist der diesjährige Preis des SWF-Literaturmagazins in Höhe von 10 000 Mark zugesprochen worden. Die Autorin erhielt die Auszeichnung für ihren 1984 erschienenen Prosaband „Reise durch die Nacht" und für ihr „in 40 Jahren in unbeirrbarer Kontinuität aus Traummaterial, Traumarbeit und den Erinnerungsresten der Kindheit hergestelltes poetisches Gesamtwerk".

Expressionisten aus Schleswig-Holstein

E.N. Bonn

„Graphik des deutschen Expressionismus" zeigt bis zum 5. Juli die Landesvertretung von Schleswig-Holstein in Bonn. Zu sehen sind mehr als 70 Bilder von Barlach, Max Beckmann, Feininger, Heckel, Kirchner, Marc, Felixmüller, Otto Mueller, Munch, Nolde, Pechstein und Schmidt-Rottluff aus dem Besitz der Museen Kiel und Lübeck. Diese Häuser hatten durch die „Säuberung" der Nationalsozialisten ihren gesamten Bestand an Expressionisten verloren, konnten aber inzwischen etwa 800 Blätter, darunter auch Hauptwerke – z.B. von Nolde – wieder erwerben.

Die „Met" stellt ihre USA-Tourneen ein

AP, New York

Die New Yorker Metropolitan Opera wird mit einer alten Tradition brechen: Mit Ende der Spielzeit 1986 werden die jährlichen Tourneen durch andere Großstädte der USA eingestellt, weil sie – wie „Met"-Intendant Bruce Crawford erklärte – zu einem Verlust von mehr als einer Million Dollar führten. Die Zahl der in die „Met"-Tournee einbezogenen Städte war in den vergangenen Jahren bereits ständig zurückgegangen. Für die letzte, für Mai 1986 geplante Reise wurden nur noch Boston, Atlanta, Cleveland und Minneapolis ausgewählt.

Schmuck aus Afrika und Asien

DW. Pforzheim

„Schmücken – Urtrieb der Völker" heißt die Sommerausstellung im Schmuckmuseum Pforzheim. Gezeigt wird Schmuck aus Asien und Afrika aus der Sammlung Eva und Peter Herion. Die Ausstellung dauert vom 6. Juli bis 15. Sept.

Jüdisches Fest, Jüdischer Brauch

DW. Königstein/Ts.

Die erste Auflage dieses Buches erschien 1936. Aber ehe es verbreitet werden konnte, wurde es von den Nationalsozialisten beschlagnahmt und eingestampft. Der Jüdische Verlag im Athenäum-Verlag, Königstein/Ts., hat nun eines der wenigen erhaltenen Exemplare des Buches „Jüdisches Fest, Jüdischer Brauch", herausgegeben von Friedrich Thieberger, nachgedruckt (486 S. mit zahlr. Abb., 88 Mark). Und es erweist sich auch heute noch als eine interessante Lektüre. Denn mit Geschichten und Gedichten von der biblischen Zeit bis ins erste Drittel des 20. Jahrhunderts werden anschaulich das religiöse Brauchtum und die Rituale erläutert.

Philharmonische Katzenmusik

Der Orchestervorstand der Berliner Philharmoniker ist zurückgetreten. Als Rainer Zepperitz nämlich bekanntmachte, der Favorit des Orchesters für den Posten des Intendanten sei Prof. Richard Jacoby, da fielen ihm gleich zwei Stimmen ins Wort. Prof. Jacoby ließ wissen, was jedermann inzwischen wußte – mit Ausnahme offenbar des Orchestervorstands –, daß er nicht zur Verfügung stehe, weil er sich und seine Berufung nicht von der Presse diskutiert sehen lassen wolle. Noblesse oblige? Der andere Einspruch kam vom Berliner Kultursenator Volker Hassemer, weil mit dieser vorschnellen Verlautbarung des Orchestervorstands zugunsten Jacobys alle anderen Kandidaten und Bewerber von vornherein abgewertet würden. So blieb dem in Sachen Takt und Taktik schwachen Orchestervorstand nur der Rücktritt. Die Neuwahl droht dabei wiederum auf Machtproben zwischen Orchester, Karajan und Senat hinauszulaufen, bei denen sich der Senat der stärksten Position seit langem begeben hat.

gtl.

Schwerste Flugzeug-Katastrophe über dem Atlantik / Jumbo-Jet der „Air India" mit 325 Passagieren abgestürzt / Bombe explodiert?

Um 8.30 Uhr verschwand die Boeing 747 vom Radarschirm

DW./SAD/dpa/A. J. London

Besteht ein Zusammenhang zwischen dem Absturz des Großraumflugzeugs der indischen Luftfahrtgesellschaft „Air India" und der Explosion auf dem Tokioter Flughafen Narita, bei dem gestern zwei Menschen getötet worden sind? Einer entsprechenden Vermutung ging die Polizei gestern in London und Tokio nach. Eine weitere Spekulation wurde aus Montreal gemeldet. Dort sollen mehrere verdächtige Gepäckstücke aus der abgestürzten indischen Maschine herausgeholt worden sein.

Gestern früh ereignete sich auf der meistbeflogenen Route der Welt, über dem Atlantik, die bisher schwerste Katastrophe der zivilen Luftfahrt. Kurz vor der irischen Küste stürzte eine Boeing 747 der „Air India" mit 325 Menschen an Bord ins Meer, verschwand plötzlich vom Radarschirm des irischen Flughafens Shannon, „als ob es Klick in einer Telefonleitung gemacht habe," erklärte ein Sprecher vom Tower Shannon. Der Jumbo-Jet befand sich auf dem Flug AI-182 von Montreal nach Bombay via London-Heathrow, als die Maschine gegen 8.30 Uhr (MESZ) plötzlich aufhörte zu existieren. Kein Funkspruch. Kein Notruf. „Nichts mehr auf dem grünen Radarschirm. Nur noch Stille", sagte ein Fluglotse.

An der Absturzstelle runde 150 Kilometer westlich der irischen Küste wurden bis gestern nachmittag 20 Leichen geborgen. Fast alle der 303 Passagiere und 22 Besatzungsmitglieder waren Inder.

An den Bergungsarbeiten und der Suche nach den Opfern des Unglücks waren nach Angaben des britischen Verteidigungsministeriums ein Dutzend Flugzeuge und Schiffe der britischen, irischen und amerikanischen Armee beteiligt, darunter fünf Sea-King-Hubschrauber und zwei Nimrod-Suchflugzeuge der Royal Air Force, zwei HC-53-Hubschrauber und eine Herkules vom US-Stützpunkt Woodbridge (Suffolk) sowie ein Flugzeug und ein Schiff der irischen Streitkräfte.

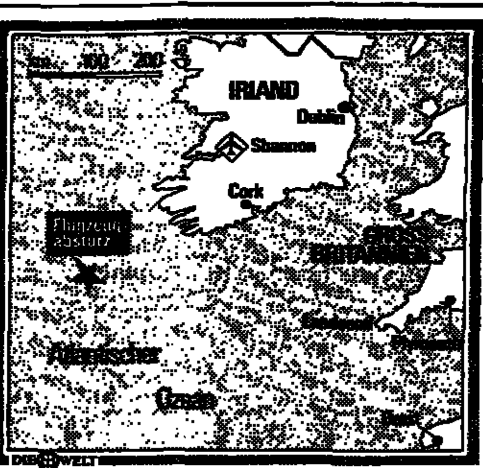
Offiziere der Suchmannschaften berichten von chaotischen Verhältnissen an der Absturzstelle. „Tausende von Trümmern. Ein Chaos, in dem menschliches Leben nicht mehr zu erwarten ist." Im Umkreis der Katastrophenstelle wurden mehrere Schlauchboote gefunden, die jedoch nicht aufgeblasen waren. Es funktionierten nur die automatischen Notrufsignale.

Inzwischen hat sich das Wetter drastisch verschlechtert. Eine geordnete Suche erscheint kaum noch möglich. Der Wind hat aufgefrischt, Wogenberge bis zu einer Höhe von vier Metern schwemmen die Trümmer auseinander. Nebel läßt nur eine Sichtweite bis 50 Meter zu. Lloyd's Unfallmeldedienst hat inzwischen den exakten Absturzort mit 51 Grad 01 Minuten 09 Sekunden nördlicher Breite / 12 Grad 42 Minuten 05 Sekunden westlicher Länge angegeben (s. Karte).

Noch acht Minuten vor dem Absturz hatte die Mannschaft des Jumbo-Jets beim Funkkontakt mit Shannon keinerlei Zwischenfall gemeldet. Zum Zeitpunkt des Absturzes flog die Maschine in einer Höhe von rund 10 000 Metern. Auf dem Londoner Flughafen Heathrow sollte die Maschine vor dem Weiterflug nach Bombay aufgetankt und die Mannschaft ausgetauscht werden.

Dem Vernehmen nach handelt es sich um den ersten Absturz eines Verkehrsflugzeugs auf der Transatlantikroute, die in jeder Woche von Hunderten von Maschinen frequentiert wird. Ein Sprecher des Internationalen Pilotenverbandes bezeichnete es als unwahrscheinlich, daß technische Schwierigkeiten den Absturz verursacht haben.

Der bisher schwerste Absturz ins Meer forderte 269 Opfer. damals, im September 1983, schossen russische Abfangjäger den Koreanischen Jumbo über Sachalin ab. War es diesmal eine Bombe?



Zerfetzte eine Bombe die Passagiermaschine?

A.J./DW, London

In London verdichteten sich gestern nachmittag die Spekulationen, daß der indische Air India-Jumbo durch eine Explosion abstürzte. Ein Sprecher der indischen Luftfahrtgesellschaft teilte auf dem Flughafen Heathrow mit, die Gesellschaft sei seit längerem bedroht worden.

Captain Peter Harris von der britischen Küstenwache sagte in einem Interview mit BBC, er könne sich nicht vorstellen, daß alle vier Triebwerke der Maschine plötzlich ausgesetzt hätten. In einem solchen Fall könnten SOS-Rufe immer noch abgesetzt werden. Für eine Explosion sprechen auch die Hinweise, *daß die* Maschine „wie ein Stein vom Himmel" fiel. Außerdem deuten die vielen Wrackteile darauf hin.

Ein Jumbo, dessen vier Triebwerke auf einen Schlag ausfallen, stürzt nicht wie ein Stein zu Boden, sondern gleitet mit einer Sinkgeschwindigkeit von etwa Zehn zu Eins hinab, das heißt, sinkt auf zehn Meter um einen. Also Zeit genug für Warnsignale. Aus jüngster Zeit sind zwei Fälle von totalem Triebwerksausfall bekannt geworden. Beide gingen glimpflich ab. 1983 flog eine britische Maschine in Indonesien direkt in den Vulkanausbruch des Galunggung. Nach minutenlangem Gleitflug gelang es dem Piloten, zwei der vier Triebwerke wieder in Gang zu bringen. Ein ähnliches Kunststück schaffte im Februar '85 ein Pilot aus Taiwan. Nur hatte er vermutlich die Beinahe-Katastrophe selbst verursacht. Er ließ es zu, daß seine Maschine die Mindestgeschwindigkeit unterschritt; daraufhin kippte sie ab.

Nur die Katastrophe von Teneriffa war schlimmer

dpa, Hamburg

04. 04. 75 Vietnam – Über Saigon stürzt ein US-Großraum-Flugzeug mit südvietnamesischen Waisenkindern an Bord ab. 178 Tote, 127 Überlebende.
03. 08. 75 Marokko – Bei Agadir prallt eine jordanische Boeing 707 mit Gastarbeitern im Nebel gegen einen Berg. 190 Opfer.
10. 09. 76 Jugoslawien – Bei Zagreb stoßen eine DC-9 der jugoslawischen Inex-Adria und eine Trident der British Airways in 10 000 Meter Höhe zusammen. 176 Tote.
19. 09. 76 Türkei – Bei Antalya rast eine Boeing 727 der türkischen Gesellschaft THY gegen einen Berg. 154 Tote.
27. 03. 77 Spanien – Auf dem Flugplatz von Santa Cruz/Teneriffa stoßen zwei Jumbo-Jets (Boeing 747) der PanAm und der KLM beim Start der KLM-Maschine im Nebel am Boden zusammen. 583 Tote, 60 Überlebende.
01. 01. 78 Indien – Nach dem Start in Bombay stürzt eine Boeing 747 der Air India ins Meer. 213 Opfer.
25. 09. 78 USA – Über San Diego (Kalifornien) kollidiert eine Boeing 727 mit einem Sportflugzeug. 151 Opfer.
15./16. 11. 78 Sri Lanka – Bei Colombo stürzt eine DC-8 der Icelandic Airways im Gewitter ab. 196 Tote, 66 Mekka-Pilger überleben.
25. 05. 79 USA – Kurz nach dem Start in Chicago verliert eine DC-10 ein Triebwerk. 273 Opfer.
11. 08. 79 Sowjetunion – Zwei sowjetische Maschinen vom Typ TU-134 stoßen in 8000 Meter Höhe über der Ukraine zusammen. Mindestens 150 Tote. 160 Opfer bei einem Absturz über Alma Ata im **Juli 1980**.
26. 11. 79 Saudi-Arabien – Eine Boeing 707 der Pakistan International Airlines stürzt nach Zwischenstopp in Dschidda ab. Der Pilot funkt Notrufe. 156 Opfer.
28. 11. 79 Antarktis – Eine DC-10 der Air New Zealand zerschellt am Mount Erebus. 257 Tote.
19. 08. 80 Saudi-Arabien – An Bord einer TriStar der Saudi Arabian Airways bricht ein Brand aus. Die Maschine landet noch in Riad. Trotzdem verbrennen alle *301 Menschen*.
01. 12. 81 Frankreich – Bei Ajaccio (Korsika) prallt eine jugoslawische Chartermaschine vom Typ DC-9 gegen einen Berg. 180 Tote.
09. 07. 82 USA – Beim Absturz einer Boeing 727 *am Rande von* New Orleans sterben 154 Menschen.
08. 11. 83 Angola – Nach dem Start in Lubango stürzt eine angolanische Maschine vom Typ Boeing 737 ab. 150 Tote. Anschlag der Unita?
27. 11. 83 *Spanien* – Vor Madrid streift die Boeing 747 einer kolumbianischen Gesellschaft einen Berg. 181 Tote, elf Überlebende. **19.02.85** Spanien – Eine spanischen Maschine prallt gegen einen Berg. 148 Opfer.

LEUTE HEUTE

Alte Verbindung

Der einst im britischen Foreign Office spionierende Verräter **Kim Philby**, der sich vor 22 Jahren nach Moskau abgesetzt hatte, ist schwer krebskrank. Das erfuhr **Alan Young**, der 46jährige, illegitime Sohn des heute 72jährigen, von seinem Vater. Philby hatte die Verbindung zu seinem in London lebenden Sohn nie abreißen lassen. Die beiden telefonierten durch Vermittlung der sowjetischen Botschaft mindestens einmal im Monat miteinander. Der ehemalige Spion darf allerdings nicht ausreisen, da er nur auf Bewährung frei ist. Er war in Moskau zu einer Haftstrafe von 30 Monaten wegen Einbruch und Erpressung verurteilt worden.

Neues Glück

Die Schauspielerin **Victoria Principal**, durch die Fernsehserie „Dallas" weltweit besser bekannt als Pamela Ewing, hat am Samstag den kalifornischen Schönheitschirurgen **Harry Glassman** (42) geheiratet. Für die glücklichen Brautleute ist es der zweite Versuch: Beide haben schon eine Ehe hinter sich. Einzig die Tochter des Bräutigams schien nicht zufrieden. Sie fand, daß ihre Stiefmutter „die langweiligste Frau" sei, die ihr je begegnet ist.

Neues Image

Der Pariser Juwelier Cartier bemüht sich seit neuestem um das Image eines Kunstmäzens und Wohltäters. *Dazu gründete das Haus vor kurzem* außerhalb von Paris ein eigenes Kunstmuseum. Vermutlich auf Anraten des „Président Directeur Générale", **Natalie Hocq**, veranstaltete die Firma außerdem in einigen französischen Städten Sonderverkäufe zugunsten des Roten Kreuzes, so auch in Lille. Hier konnte ein kaufwilliges Publikum beispielsweise ein Original-Cartier-Perlenkollier, das normalerweise umgerechnet 80 000 Mark kosten würde, zum Spottpreis von 25 000 Mark erwerben. Der Wohltätigkeitssinn störte die in Lille ansässigen Juwelier-Kollegen. Sie sahen darin lediglich „unlauteren Wettbewerb" und – erreichten ein gerichtliches *Verbot des gut gemeinten Vorhabens.*

Die hochkarätige Lobby eines Lebenslänglichen

WALTER H. RUEB, Düsseldorf

Das Oberlandesgericht Hamm lehnte – wie bereits kurz berichtet – eine vorzeitige Haftentlassung von Felix Kamphausen ab. Der 41jährige hatte Anfang der 70er Jahre für Schlagzeilen gesorgt: Als bezahlter Killer schoß er auf den Düsseldorfer Getränkemillionär Theo Schubert und verletzte ihn schwer. Auftraggeber waren die Millionärsgattin und *ihr Geliebter. Der Nebenbuhler und* Minouche Schubert, die dem Sensationsprozeß Farbe und prickelnde Spannung verliehen, kamen mit mehrjährigen Haftstrafen davon, Kamphausen aber wurde zu *lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.*

Die Verurteilung im Frühjahr 1973 leitete den Wendepunkt in Kamphausens Leben ein. Zunächst nahm er das Urteil nicht an, stand in Widerstand und Abwehr, spielte mit Selbstmordgedanken, betrieb innerlich Schuldverschiebung und Verweigerung. Erst nach dreijähriger Haft begann er, sich anzupassen, zu besinnen, Überlebenstechniken zu entwickeln, zu lesen, zu schreiben, Bildungsangebote anzunehmen und sich einer Einzeltherapie zu stellen. Kurzum: Der ehemalige Kellner und Zuhälter machte mit der Welt Frieden, zeigte sich zugänglich und gewaltfrei. Schließlich zog er in die Zelle eines entlassenen Lebenslänglichen. Wo früher der Mörder eines Justizbeamten Ikonen gemalt hatte, schrieb Kamphausen nach und nach vier Bücher, von hier aus startete er zu Autorenlesungen, hier spielte er in zwei WDR-Filmen sich selbst.

„Manch einer, der längere Zeit im Knast ist, hängt sich auf, viele werden zermürbt, so weit kaputtgemacht und entmündigt, daß sie sich bis zum totalen Kadavergehorsam unterordnen. Ich habe angefangen zu schreiben, um am Leben zu bleiben", sagte Kamphausen später. „Mit Lyrik habe ich die Mauern der Isolation regelrecht gesprengt."

Sein alter *Volksschullehrer und* väterlicher Freund Bernhard Osterwind brachte ihn in der Haft zum Realschulabschluß, Heinrich Böll ermutigte und Luise Rinser förderte ihn. Die Begegnung mit der Düsseldorfer Lyrikerin Astrid Gehlhoff-Claes aber war das Schlüsselerlebnis im Leben des Häftlings. Die angesehene Dichterin wurde durch ihre Initiative „Mit Worten unterwegs – Schriftsteller arbeiten mit Inhaftierten" zur geistigen Mentorin des noch orientierungslos Dahintreibenden.

Kamphausen wurde schon bald Anerkennung zuteil. Für sein Erstlingswerk erhielt er vom nordrhein-westfälischen Kultusminister einen Förderpreis, sein viertes Werk „*Zu* früh – zu spät" kam im Ullstein-Verlag mit einer Startauflage von 25 000 auf den Markt und ein Brief von Ministerpräsident Johannes Rau an Bernhard Osterwind nährte in Kamphausen gar die Hoffnung, daß das Stigma des Verbrechers langsam von ihm wich.

Unter dem Aktenzeichen IA 7-43-01-K-5/77 schrieb der Landesvater: „Die erstaunliche Entwicklung dieses Mannes beobachte ich schon seit mehreren Jahren. Ich habe mich wiederholt für ihn eingesetzt. ... Jetzt ist das gerichtliche Verfahren zur Überprüfung einer bedingten Entlassung eingeleitet worden. Dieses Verfahren hat grundsätzlich Vorrang vor einem Gnadenverfahren, so daß ich die Entscheidung der Gerichte abwarten muß ... Erst wenn das gerichtliche Verfahren nicht zu einem positiven *Ergebnis führen sollte*, werde ich über die Frage einer Begnadigung entscheiden ..."

Dieser Fall ist jetzt eingetreten. Warum, weiß Kamphausen inzwischen auch. „In der Begründung des Oberlandesgerichts Hamm ist die Rede von der Schwere meiner Schuld", sagte der Lebenslängliche zur WELT. „Und von einer Sache, die schon jahrelang zurückliegt. Da wurde ich wegen Trunkenheit am Steuer verurteilt, bekam eine Geldbuße und verlor für zehn Monate meinen Führerschein ..."

Kamphausen ist nämlich seit fast drei Jahren im „offenen Vollzug", das heißt, er darf täglich die Justizvollzugsanstalt in Castrop-Rauxel im Ruhrgebiet verlassen, zur Arbeit fahren und bekommt regelmäßig Ausgang und Urlaub.

Im Wuppertaler Peter-Hammer-Verlag steht der Lebenslängliche kurz vor Beendigung einer Lehre als Verlagskaufmann. „Hermann Schulz, mein Chef, hat jetzt an Ministerpräsident Rau geschrieben und ihn um Begnadigung für mich gebeten", verriet Kamphausen. „Die beiden kennen sich. Rau ist ja von Haus aus auch Buchhändler ..."

Zur Lobby des schreibenden Häftlings zählt sogar der nicaraguanische Kultusminister Ernesto Cardenal. „In *unserem Verlag werden Bücher von* ihm verlegt", erklärte Kamphausen. „Bei Besuchen lernte er mich kennen. Er interessierte sich für meinen Fall. Schließlich wandte er sich mit einem Gnadengesuch an unseren Ministerpräsidenten."

Kamphausen ist zuversichtlich, daß er auf dem Gnadenweg die Freiheit wiedererlangt. „Ich hoffe, daß der Ministerpräsident meine Bemühungen, in der Gesellschaft wieder Fuß zu fassen, anerkennt ... Schließlich sind diese sichtbar. Von mir sind vier Bücher auf dem Markt und ich betreibe zwei eigene Verlage."

In weißem Hemd und grauer Hose hat der Lebenslängliche in einem bequemen Sessel vor gefüllten Bücherregalen mit einem Häftling keinerlei Ähnlichkeit. Zwischen buschigen Augenbrauen und einem mächtigen Schnurrbart blicken seine Augen vertrauensvoll in die Welt. Selbstsicher *liest Kamphausen aus einem psycho*logischen Gutachten vom 28. Februar 1984 vor. Es ist so günstig, daß man sich fragt, ob die Richter in Hamm etwa dadurch mißtrauisch geworden sind ... Dachten sie an Schlagzeilen *über zu humanen Strafvollzug*, an Rückfälle vorzeitig Entlassener, an zu schnelle Umwandlung von Lebenslänglich in Zeitstrafen?

Das erwähnte Gutachten war für das Gericht in Hamm erstellt worden. Da ist von der Vergangenheit Kamphausens die Rede: von kindlicher Verhaltensstörung, pubertärer Verwahrlosung, jugendlicher Kriminalität und Erwachsenenkriminalität in allen Ausprägungen, von geringer Hemmungsschranke und Frustrationstoleranz, von Kräften, die er nicht umsetzen konnte, von Orientierung am Lustprinzip, mangelndem sozialen Integrationswillen, vom Trend zu Fluchtmechanismen, von Fiktionsbildungen und Realitätsverlust. Aber schließlich auch von einer neuen Ebene der Selbstdarstellung, schöpferischer Expansivität, ausgeprägtem Realitätssinn und der sozial angepaßten, nachgiebigen, ruhigen, gelassenen und introvertierten Persönlichkeit voller Empfindsamkeit und Sensibilität, der eine günstige Sozialprognose gestellt werden könne, weil die beim Mordversuch vor 15 Jahren zutagegetretene Gefährlich*keit nicht mehr bestehe.*



Mit Lyrik habe ich die Mauern der Isolation gesprengt": Felix Kamphausen, der Mann, der Anfang der 70er Jahre im „Minouche-Verfahren" für Schlagzeilen gesorgt hatte. Ein Mann der Wandlung? Heinrich Böll, Luise Rinser und Johannes Rau glauben es.

FOTO: RUEB

Kamphausen ist hin- und hergerissen. Äußerungen der Zuversicht wechseln mit Ausbrüchen von Hoffnungslosigkeit und Bitternis. Sein *Gedächtnisprotokoll vom Überprü*fungstermin bezüglich der Umwandlung von Lebenslänglich in eine Zeitstrafe von 15 Jahren ist ein Beweis dafür. „Da bat ich Richter W., etwas sagen zu dürfen", heißt es da. „Ich *bemühte mich, klar zu machen, daß* meine Schuld, meine ganz persönliche, ureigene Schuld ewig anhalten würde und gar nichts mit einer formellen Strafzumessung zu tun habe und daß ich damit leben müsse, so oder so ... *Draußen auf dem Ge*richtsflur war neben der Tür ein kleiner, weißer Zettel mit mehreren Namen angeheftet. Bei mir stand: 9.00–9.20 Uhr. Der Nächste hatte anstatt zwanzig sogar nur zehn Minuten auf dem weißen *Zettelchen stehen ...*"

Kamphausen blickte zum Fenster hinaus, dann auf Astrid Gehlhoff, die ihn seit 10 Jahren betreut. Dachte er an seine Vergangenheit, seine *Schuld, die zurückliegenden 15 Jah*re, seine kinderlos geschiedene Ehe oder an seine Zukunft? „Nein", sagte er ruhig und besonnen. „Ich frage mich nur: Kann man ein Leben in zwanzig Minuten Revue passieren *lassen und prognostisch abchecken?*"

Deutsche kauften die edelsten und teuersten Weine

dpa, Bordeaux

Einen Spitzenpreis von 56 000 Franc (fast 9000 Mark) erzielten sechs *Magnum-Flaschen (1,5 Liter) roter* Bouzy-Champagner der Marke „Veuve Cliquot" aus dem Jahr 1944 bei einer Versteigerung des britischen Auktionshauses „Christie's" am Freitag in Bordeaux. Weinliebhaber aus der Bundesrepublik Deutschland gehörten neben denen aus Frankreich und Großbritannien zu den eifrigsten Käufern edler französischer Tropfen der älteren Jahrgänge. Ein Bonner Händler erstand sämtliche angebotenen Flaschen des Sauternes-Weines „Chateau Yquem" (1er cru superieur), darunter zwölf aus dem Jahr 1944, zum Preis von umgerechnet 5000 Mark – „für den Eigenbedarf". Insgesamt kamen bei der Auktion im Rahmen der Weltmesse für Wein und Branntwein (Vinexpo) in Bordeaux 4000 Flaschen Wein, Branntwein und Champagner zu Preisen zwischen 300 Franc (100 Mark) *und 56 000 Franc* unter den Hammer.

Erfolg von „Discovery"

AFP, Houston

Die sieben Astronauten der amerikanischen Raumfähre „Discovery" bereiteten sich gestern auf die Rückkehr zur Erde vor. Die Landung nach einwöchigem Flug ist für heute 15.14 Uhr MEZ auf der Wüstenpiste des kalifornischen Luftwaffenstützpunktes Edward geplant. Flugdirektor Larry Bourgeois wertete die Forschungsmission der „Discovery" als „hundertprozentig gelungen".

Unwetter in Indien

AP, Neu-Delhi

Der Nordosten Bangladeschs und der angrenzende indische Unionsstaat Assam werden derzeit von schweren Überschwemmungen heimgesucht. Im bengalischen Bezirk Maulvibazar sind nach Angaben der Behörden vom Wochenende 55 000 Menschen von den Fluten eingeschlossen. In Assam wurden rund 50 000 Menschen aufgrund anhaltender Monsunregenfälle obdachlos.

Schlag gegen die Mafia

AP, Rom

Bei einem landesweiten Schlag gegen die Mafia hat die italienische Polizei Freitag und Samstag 213 mutmaßliche Bandenmitglieder festgenommen. Nach Polizeiangaben erfolgten die Festnahmen gleichzeitig in Messina, Rom, Mailand, Bari, Brindisi, Ancona, Pesaro, L'Aquila und Frosinone. Den Verhafteten wird Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Mord, Entführung, Rauschgiftschmuggel und Korruption vorgeworfen.

Mildred Scheels Nachfolger

dpa, Köln

Zum neuen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Krebshilfe ist am Samstag in Köln der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Geiger, gewählt worden. Er ist damit Nachfolger der am 13. Mai verstorbenen Mildred Scheel. Das Amt des Präsidenten ist noch nicht neu besetzt.

WETTER: Kühl

Wetterlage: Tiefdruckgebiete über den britischen Inseln lenken weiterhin kühle und wolkenreiche Meeresluft nach Deutschland.



Vorhersage für Montag:
Im Norden und Berlin Wechsel zwischen kurzen Auflockerungen und starker Bewölkung mit einzelnen Schauern. Temperaturen tagsüber um 17, nachts 12 bis 9 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um Süd. **Im Westen und Süden** überwiegend stark bewölkt und besonders im Süden länger andauernder Regen. Tagestemperaturen um 16 Grad, nachts Abkühlung auf 14 bis 10 Grad. Mäßiger Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten:
Weiterhin unbeständig und kühl.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	15°	Kairo	29°
Bonn	15°	Kopenh.	16°
Dresden	14°	Las Palmas	22°
Essen	14°	London	15°
Frankfurt	15°	Madrid	23°
Hamburg	18°	Mailand	19°
List/Sylt	16°	Mallorca	24°
München	13°	Moskau	18°
Stuttgart	13°	Nizza	22°
Algier	26°	Oslo	20°
Amsterdam	12°	Paris	12°
Athen	26°	Prag	13°
Barcelona	23°	Rom	22°
Brüssel	14°	Stockholm	25°
Budapest	16°	Tel Aviv	27°
Bukarest	24°	Tunis	25°
Helsinki	21°	Wien	14°
Istanbul	23°	Zürich	15°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 5.07 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr; **Mondaufgang:** 12.54 Uhr, Untergang: 1.23 Uhr
*in *MEZ*, zentraler *Ort Kassel*

Lauter bunte Sommernachtsträume in Berlin

H.-R. KARUTZ, Berlin

Vor einem Jahr entflammte Pop-art-Aktionist André Heller aus Wien mit seinem „Feuerzauber" vor dem Reichstagsgebäude die Herzen von 500 000 Besuchern und sorgte mit für ein Berlin-Besucherplus von 15 Prozent. Auch in diesem Jahr träumt man an der Spree wieder den „Sommernachtstraum" – wenngleich weniger feurig. Nach dem Muster der Weltstädte London oder Rom will Berlin (jährlich fünf Millionen Besucher) auch in dieser Saison nicht in das gefürchtete „Ferien-Loch" im Juli und August fallen.

Von Pekings Kaiserschätzen bis zur „Kunstmeile" auf dem Kurfürstendamm spannt sich der Regenbogen. „Merry old England" hilft den Berlinern, um den Touristenboom von 1984 zu wiederholen. Die Queen schickt nach Prinz Charles nun allein sieben Militärkapellen aus den ehrwürdigsten Regimentern des Empire, die am *kommenden Wochenende* beim größten Militärkonzert auf europäischem Boden ins Horn stoßen.

Insgesamt marschieren rund 500 alliierte Musiker in die Waldbühne ein, wo 1936 die Boxer und Turner um olympische Medaillen stritten. Man bringt den gewaltigen martialischen Sound von Peter Tschaikowskys „1812"-Ouvertüre zu Gehör.

Bis zum 18. August sind noch – direkt an der Mauer – die „Schätze aus der verbotenen Stadt" zu sehen – *Kostbarkeiten des Kaiserhauses aus* Peking. Die Jahrhundertschau mußte bereits mehrfach wegen Überfüllung geschlossen werden.

Angesichts des 300. Geburtstages des Meisters dehnt die Stadt ihre traditionellen „Bach-Tage" in verschiedenen Kirchen und unter freiem Himmel auf die doppelte Dauer aus (5. bis 15. Juli).

Auch die Philharmoniker transportieren ihre Instrumente in die Waldbühne und huldigen dort zum Auftakt am 2. Juli den „Traum-Frauen" „Rosamunde" von Franz Schubert und „Carmen". Daniel Barenboim dirigiert. Am 14. August sitzt man wieder philharmonisch unter märkischen Kiefern und lauscht Gustav Mahlers „Zweiter" unter Claudio Abbado.

Zwischen dem 3. Juli und 25. August rücken Deutschlands Kabarett-Stars in das Domizil der „Stachel*schweine" im Europa-Center ein: Lo*re Lorentz, Hans Scheibner, Dietrich Kittner.

Vom 15. bis 31. August stimmen Europas Sänger-Poeten der ersten Garnitur ihre Chansons und Songs der Melancholie im „Theater des Westens" mit seiner Jugendstil-Architektur an: Hermann van Veen, Konstantin Wecker. Georg Danzer und Stephan Sulke.

Vom 4. bis 7. Juli kurbelt der Senat mit einem Rendezvous von 150 Leierkastenmännern und -frauen ein Drehorgel-Festival an.

Daß auch Frauen Zirkus machen, beweist das berühmteste Unternehmen dieser Branche, der frau-liche „Cirque de Barbarie", vom 25. Juli bis 18. August nahe der Kongreßhalle. Am kommenden Freitag bereits beginnt die bis zum 8. Juli dauernde „Kunstmeile" auf dem Kurfürstendamm. Bekannte deutsche Galeristen drapieren dabei die Schaufenster des Bummel-Boulevards, den einst Bismarck *als Reitweg nutzte, mit Bildern* und Skulpturen.

Der größte Gag, der nur mit dem bisher nicht zum Zuge gekommenen Plan von Christo vergleichbar ist, den Reichstag in Kunststoff-Folie zu *verpacken, startet* am 19. Juli: Dann ist die farbige Lichtplastik „Colour Space" auf einem Parkplatz am Kurfürstendamm fertig. Der Brite Maurice Agis baute seine ungewöhnliche Rauminstallation schon einmal in New York auf. Aus 66 sechseckigen Würfeln im Durchmesser von 3,50 mal 3,20 Meter errichtet er ein Gebilde aus Plastikwänden, die durch ein Luft-Gebläse aufgerichtet werden. Diese lichtdurchlässigen Waben in den Farben des Regenbogens erhalten ovale Durchgänge für den Besucher. Jeweils 150 Menschen dürfen eine halbe Stunde durch diesen Lichttraum wandeln – sie selbst tragen bunte Umhänge. Ihre Gesichter, der Körper – alles wird zu „Colour Space" ...

Die wahrlich größte Sommer-Show Berlins bleibt leider aus, weil's an einem zahlungskräftigen Sponsor mangelte: Die irische Rockgruppe „U 2" wollte nach dem Muster der Briten von „Barclay James Harvest" vor dem Reichstag unmittelbar an der Mauer zu Ost-Berlin ein Open-air-Konzert für eine halbe Million Besucher geben. Das Projekt hätte gut 500 000 Mark gekostet. 80 000 Mark wollte der Senat dazugeben. Nicht genug.

ZU GUTER LETZT

„Abgeordneter von wilden Affen gebissen", meldete dpa aus Neu-Delhi.

